

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 21. Feber 1980

## Tagesordnung

1. Bericht über den vom Rechnungshof vorgelegten Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1978
2. Erste Lesung: Antrag 36/A der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Mittelstandsgesetz
3. Bundesgesetz über die Gewährung eines Kredites der Oesterreichischen Nationalbank an die türkische Notenbank
4. Vertrag mit der Schweiz über die wechselseitige Amtshilfe in Kraftfahr-(Straßenverkehrs-)angelegenheiten
5. Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

## Inhalt

### Personalien

Krankmeldung (S. 2415)  
Entschuldigungen (S. 2415)

### Tatsächliche Berichtigungen

Dkfm. DDr. König (S. 2443)  
Dr. Tull (S. 2455)

### Fragestunde (15.)

#### Verkehr (S. 2415)

Dkfm. Gorton (115/M); Dr. Ofner, Roppert, Dkfm. DDr. König  
Neumann (116/M); Ing. Murer, Maier, Gurtner  
Kittl (117/M); Dkfm. DDr. König, Dr. Steger,  
Dr. Lenzi  
Reicht (118/M); Hietl, Grabher-Meyer, Rechberger  
Treichl (119/M); Dkfm. Gorton, Dr. Ofner,  
Heinz  
Dr. Ofner (124/M); Prechtl, Dkfm. Gorton,  
Dr. Stix  
Dr. Steger (136/M); Ing. Hobl, Dkfm. DDr.  
König, Probst

### Wahlen in Institutionen

- (5) Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (S. 2494)

### Ausschüsse

Zuweisungen (S. 2429 und S. 2493)

### Verhandlungen

- (1) Bericht des Rechnungshofausschusses über den vom Rechnungshof vorgelegten Bundesrechnungsabschluß (III-19) für das Jahr 1978 (234 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Fertl (S. 2429)

Redner:

Dkfm. DDr. König (S. 2431 und S. 2443),

Dr. Tull (S. 2438 und S. 2455),  
Dipl.-Vw. Josseck (S. 2444),  
Stögner (S. 2448),  
Heinzinger (S. 2450),  
Hagspiel (S. 2455),  
Rechnungshofpräsident Dr. Kandutsch  
(S. 2458),  
Fauland (S. 2459),  
Dkfm. Gorton (S. 2464),  
Ing. Ressel (S. 2468),  
Bundesminister Lausecker (S. 2470),  
Hietl (S. 2470) und  
Bergmann (S. 2475)

Annahme des Gesetzentwurfes betreffend  
Genehmigung des Bundesrechnungsab-  
schlusses 1978 (S. 2477)

- (2) Erste Lesung des Antrages (36/A) der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Mittelstandsgesetz

Redner:

Ing. Sallinger (S. 2478),  
Mühlbacher (S. 2483) und  
Dr. Stix (S. 2489)

Zuweisung (S. 2493)

- (3) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (97 d. B.): Bundesgesetz über die Gewährung eines Kredites der Oesterreichischen Nationalbank an die türkische Notenbank (180 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Veselsky (S. 2493)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2493)

- (4) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (175 d. B.): Vertrag mit der Schweiz über die wechselseitige Amtshilfe in Kraftfahr-(Straßenverkehrs-)angelegenheiten (251 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Lenzi (S. 2493)

Genehmigung (S. 2494)

## Eingebracht wurden

### Anfragen der Abgeordneten

Dr. Feurstein, Dr. Blenk, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Verteilung der Leistungen der Pensionsversicherung auf die Bundesländer (355/J)

Dr. Feurstein, Dr. Blenk, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Transporte mit LKW der ÖBB auf der Bregenzerwald-Bundesstraße (356/J)

Dipl.-Ing. Riegler, Heinzinger und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Besetzung des

- Postens eines Versuchstechnikers in der Bundesanstalt für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt (357/J)
- Dipl.-Ing. Riegler, Heinzinger und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Aufnahme von Dr. Karl Rieger als Vertragsbediensteter in die Bundesanstalt für Wassergüte (358/J)
- Heinzinger, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Verwaltungsdirektor der Forstlichen Bundesversuchsanstalt (359/J)
- Heinzinger, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Aufnahme von Dr. Felix Habart in den Personalstand der Bundesanstalt für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt (360/J)
- Heinzinger, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Besetzung einer Planstelle für einen Handwerker im Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft Scharfling (361/J)
- Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Bundestheater-Vorstellungen für Pensionisten (362/J)
- Dr. Ermacora, Dr. Lichal und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend besorgniserregende Zunahme von extremistischen Strömungen (363/J)
- Mag. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Revitalisierung der Kartause Mauerbach (364/J)
- Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Dr. Lenzi, Wanda Brunner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Unfälle auf schienengleichen Bahnübergängen in Reutte, Breitenwang und Pflach (365/J)
- Dr. Reinhart, DDr. Hesele, Dr. Hilde Hawlicek, DDr. Maderner, Dr. Jolanda Offenbeck und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Empfehlung 779 und Entschließung 613 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (366/J)
- Dipl.-Ing. Riegler, Heinzinger und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Einstellung bzw. Zuerkennung von Präsidialzulagen im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (367/J)
- Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Dr. Lenzi, Wanda Brunner und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend arbeits-, sozial- und ausländerbeschäftigungsrechtliche Stellung der Schilehrer in Österreich (368/J)
- Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Dr. Lenzi, Wanda Brunner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Maßnahmen für Tirol (369/J)
- Dr. Schwimmer, Dr. Johann Haider, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Unwahrheit bei der Beantwortung einer Anfrage durch den Sozialminister (370/J)

#### Anfragebeantwortungen

- des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Hafner und Genossen (293/AB zu 292/J)
- des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen (294/AB zu 289/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Steinbauer.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Hauser, Dr. Taus, Ing. Url und Ing. Gassner.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde.

#### Bundesministerium für Verkehr

**Präsident:** Anfrage Nummer 1: Abgeordneter Dkfm. Gorton (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

115/M

Sind Sie bereit, im Interesse des Energie-sparens dem Beispiel der schwedischen Staatsbahnen zu folgen und die Personentarife für die Österreichischen Bundesbahnen zu senken?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dem Beispiel Schwedens zu folgen würde für die Kunden der Österreichischen Bundesbahnen einen Schritt zurück bedeuten. Denn was die schwedischen Bahnen gemacht haben und was tatsächlich die für schwedische Verhältnisse günstigen Tarife ausmacht, nämlich die Schaffung eines differenzierten Angebotes, ist bei uns schon viel früher eingeführt worden. Zusammenfassend kann man sagen, daß der Ermäßigungssatz bei uns nach wie vor um etwa 10 Prozent günstiger liegt als in Schweden.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton:** Herr Bundesminister! Ich möchte sagen: Bei der Einfallslosigkeit der Bundesregierung in Sachen Energie-sparmaßnahmen sollte man eigentlich erwarten, daß ein so mutiger Schritt eines Landes, das viele Jahre hindurch den österreichischen Sozialisten als Muster gedient hat, doch auch eine gewisse Nachahmung findet.

Wenn Sie heute sagen, daß die Tarifgestaltung im Vergleich zu Schweden in Österreich noch günstiger wäre, so, glaube ich, trifft das nach gewissen Vergleichen nicht in diesem Maße zu, zumindest soweit ich mir diese Vergleiche auch habe besorgen lassen können. Man muß natürlich auch die Nettoeinkommen in Vergleich ziehen, um eine Gesamtrelation herstellen zu können.

Ich möchte Sie fragen: Haben Sie genaue Vergleichsuntersuchungen über die Verhältnisse

in Schweden mit den österreichischen Tarifen nach dieser Tarifermäßigung in allen Destinationen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Herr Abgeordneter! In Sache Energie hat sich die Bundesregierung im Juli des vergangenen Jahres ein eigenes Programm gegeben mit einem Operationskatalog und mit einer Einteilung in kurzfristige, mittelfristige und längerfristige Maßnahmen.

Aber zu Ihrer Frage hinsichtlich der konkreten Vergleiche mit Schweden. Zunächst müßte man vielleicht davon ausgehen, daß in Österreich im Jahre 1978 etwa 169 Millionen Passagiere befördert wurden und in Schweden 65 Millionen Reisende.

Tatsächlich zahlen die schwedischen Reisenden im Durchschnitt immer noch um etwa 20 Prozent mehr als die Österreicher; das gilt vor allem im Nahverkehr. Dazu muß man wissen, daß im Nahverkehr, also bei Strecken bis 70 Kilometer, etwa 86 Prozent aller Reisenden fahren.

Ich kann nun eine Reihe von Beispielen, die ich Ihnen gerne auch als Ganzes zur Verfügung stelle, angeben. So sind etwa bei Entfernungen bis 15 Kilometer die Österreichischen Bundesbahnen um 27,2 Prozent, bis 30 Kilometer um 14 Prozent, bis 70 Kilometer um 9 Prozent, bis 100 Kilometer um 9,9 Prozent und bis 400 Kilometer um 7,2 Prozent billiger als die schwedischen Bahnen.

**Präsident:** Zweite Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton:** Herr Bundesminister! Ich habe auch eine Vergleichstabelle, und wenn ich ebenfalls hier ein Beispiel anführen darf, so ergibt sich aus dieser Tabelle, daß zum Beispiel die Rückfahrkarte im Rahmen von 50 Kilometer in Schweden 32 schwedische Kronen nach der Tarifermäßigung kostet, das wären umgerechnet zirka 95 S, während sich der Preis bei uns, glaube ich, um 100 S bewegt. Bei 100 Kilometer wären das 172 österreichische Schilling — bereits umgerechnet —, in Österreich sind es 164 S, also ungefähr gleich. Bei 600 Kilometer sind es nach meiner Berechnung 834 S — umgerechnet — in Schweden, in Österreich 820 S. Ich möchte also sagen, daß in der ersten Kategorie in Schweden das sogar billiger ist, in den oberen Kategorien jedoch eine Gleichwertigkeit festzustellen ist.

Ich glaube, daß hier doch ein Schritt im Verhältnis zum gesamten schwedischen Netto-

**Dkfm. Gorton**

einkommen gesetzt ist, der zweifellos eine gewaltige Verbilligung mit darstellt.

Ich meine also, daß wir die Attraktivität des Verkehrsangebotes auch noch entsprechend steigern müssen, und möchte Sie fragen: Sind Sie bereit, die Entwicklung der gesteigerten Verkehrsinanspruchnahme der schwedischen Bahnen seit der Tarifsenkung im ersten Jahr sehr genau zu verfolgen, um dann vielleicht doch im Jahre 1980 eine Parallele zu Schweden in diesen Fragen mit herstellen zu können? (*Zwischenrufe.*)

**Präsident:** Herr Minister. Bitte.

**Bundesminister Lausecker:** Herr Abgeordneter! Soweit Ihre Frage über den Anlaßfall des Tarifvergleiches hinausgeht und auf allgemeine soziale Aspekte abzielt, kann ich nur in einer Bemerkung hinzufügen, daß wir in Österreich, nicht nur was Beschäftigtenlage, sondern auch was Realeinkommen anlangt, in den letzten Jahren wahrlich keine Vergleiche zu scheuen brauchen.

Aber nochmals zu den Tarifvergleichen. Ich glaube, man muß sich dann schon einigen, Gleiches mit Gleichem zu vergleichen, also den ermäßigten Tarif mit dem ermäßigten Tarif und die einfache Fahrt mit der einfachen Fahrt. Ich habe Ihnen das Beispiel gebracht, daß wir bei 30 Kilometer um 14 Prozent billiger sind. Bei 70 Kilometer sind wir um 9 Prozent billiger, bei den Strecken mit 400 Kilometer sind wir um 7,2 Prozent billiger. Oder aber, wenn Sie das auf österreichische Verhältnisse konkret umlegen: Bei einer Fahrt von Wien nach Linz — wenn man die schwedischen Verhältnisse auf unser Streckennetz transponiert und wenn man immer Gleiches mit Gleichem vergleicht — sind wir um etwa 21,5 Prozent beziehungsweise 28,8 Prozent billiger. Der Vergleich einer Streckenlänge von Wien nach Villach, Hin- und Rückfahrt, ergibt, daß wir um 29,3 Prozent günstiger liegen. Bei einer Streckenlänge, die Wien—Innsbruck, Hin- und Rückfahrt, entspricht, sind wir um 23,1 Prozent billiger und bei der Strecke Wien-West—Feldkirch um 20,7 Prozent.

Ich kann Ihnen nur einmal mehr sagen: Es wurde konkret verglichen, und diese Vergleiche gehen zu unseren Gunsten aus. Erfreulicherweise ist auch die Inanspruchnahme unseres Angebotes durchaus günstig. Da 86 Prozent der Reisenden im Nahverkehr fahren, gewinnen unsere forcierten Schnellbahnausbauten — aber das geht über die Fragestellung hinaus — ganz besondere Bedeutung, die auch angenommen werden.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Ofner.

**Abgeordneter Dr. Ofner (FPÖ):** Herr Bundesminister! Es ist uns schon klar, daß jedes Häferl seinen passenden Deckel braucht und daß daher der schwedische Deckel nicht auf das Häferl „Österreichische Bundesbahnen“ passen kann. Es erscheint daher müßig, die Tarife und die Kosten über einzelne Kilometerstrecken zu vergleichen. Was aber Schweden beispielgebend getan hat, war, einen deutlich wahrnehmbaren, auch für das Publikum deutlich wahrnehmbaren Akzent zu setzen, der es zustande gebracht hat, die Züge und damit auch die Kassen zu füllen, Umlagerungen von der Straße auf die Schiene zustande zu bringen, mit allen damit verbundenen Energiespar- und Unfallverminderungseffekten.

Meine Frage an Sie geht dahin, ob es nicht denkbar wäre, eine im Effekt ähnliche Entwicklung durch einen deutlich erkennbaren neuen Aspekt auch bei den Österreichischen Bundesbahnen herbeizuführen, ohne jetzt konkret zu vergleichen, wieviel 100 Kilometer dort oder da kosten. Das ist sicherlich in der Auswirkung nicht vergleichbar.

**Präsident:** Herr Minister, bitte.

**Bundesminister Lausecker:** Herr Abgeordneter! Die Österreichischen Bundesbahnen — das ist eben einmal eine Tatsache, ich wiederhole mich — befördern 169 Millionen und die schwedischen Bahnen nur 65 Millionen Reisende. Die Österreichischen Bundesbahnen haben mit ihrer Tarifreform 1977 ein Sortiment an Tarifmöglichkeiten geschaffen, das auch angenommen wurde und das zu diesen günstigen Vergleichen in einzelnen Streckenbereichen geführt hat. Ich bin ja aufgefordert worden, zu bestimmten, konkreten Streckenvergleichen Stellung zu nehmen. Daher habe ich von 15 Kilometer bis in die Hunderte Kilometer diese Vergleiche angestellt.

Wir haben bei den Österreichischen Bundesbahnen die Ausbauten in den Nahverkehrsbereichen und die Verbesserung in den Fernverkehrsbereichen in den letzten Jahren so gestaltet, daß wir das Menschenmögliche getan haben und das Glück haben, daß diese Maßnahmen auch von unseren Kunden angenommen werden.

**Präsident:** Nächste Frage: Herr Abgeordneter Roppert.

**Abgeordneter Roppert (SPÖ):** Herr Bundesminister, Sie haben in Ihrer Beantwortung bereits die Tarifreform der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Jahre 1977 erwähnt.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Wie hat sich diese Tarifreform im speziellen Reiseverkehr beim Fernverkehr der ÖBB schließlich ausgewirkt?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Ich habe vorhin schon zum Nahverkehr konkret gesprochen, im Fernverkehr ist die Bilanz gleichfalls günstig. Wenn man etwa das Jahr 1976 mit 20,37 Millionen Fernverkehrsreisenden in Vergleich setzt zum Jahr 1978, also dem Jahr nach der Tarifreform, mit 23,88 Millionen Reisenden, so ergibt sich eine Steigerung von 3,5 Millionen oder 17,2 Prozent in zwei Jahren.

**Präsident:** Nächste Frage: Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Die Einführung der Kilometer-Bank bei den Österreichischen Bundesbahnen ist zweifellos eine positive und aner kennenswerte Maßnahme.

Es geht aber um folgendes: Schweden hat mit dieser massiven Senkung der Tarife um 30 Prozent seine Frequenz auf den Bundesbahnen beträchtlich erhöhen können. Dr. Ofner hat schon aufgezeigt, daß es hier nicht um den relativen Vergleich geht. Gegenüber dem, was die schwedischen Bahnen früher befördert haben, haben sie durch die massive Tarifsenkung eine Menge von Autofahrern bewogen, vom Auto auf die Bahn umzusteigen.

Und jetzt ergeht die Frage an Sie, ob Sie nun bereit sind, durch eine ähnliche Maßnahme auch in Österreich zu erreichen, daß im Interesse des Energiesparens Autofahrer es auch für die eigene Brieftasche wünschenswert finden, vom Auto auf die Bahn umzusteigen.

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir sind in Österreich nicht nur dazu bereit gewesen, sondern wir bauen seit Jahren vehement die Schnellbahnstrecken aus, und diese Ausbauten werden auch angenommen. Ich sagte schon, daß sich 86 Prozent der Reisenden im Nahverkehr bewegen; dies betrifft nicht nur die Schnellbahn, das ist mir schon bewußt.

Aber fest bleibt doch die Tatsache — und die könnte bei diesen Fragen und Antworten immer wieder vergessen werden —, daß wir weit mehr Kunden mit unserer Bahn transportieren, daß wir nach wie vor billiger, billiger als die schwedischen Staatsbahnen, transportieren und daß wir, sehr geehrter Herr Abgeordneter, gerade von Ihnen bei jeder Gelegenheit, wenn hier in diesem Haus über die Österreichischen Bundesbahnen und über das, was Sie als Defizit uns global zusammenrechnen, geredet wird, immer wieder Vorhalte bekommen.

Die Österreichischen Bundesbahnen haben also ein günstiges Tarifangebot und haben einen entsprechenden Zuspruch. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. DDr. König: Mehr Umsatz verringert doch das Defizit!)*

**Präsident:** Anfrage 2: Herr Abgeordneter Neumann (ÖVP) an den Herrn Minister.

116/M

Was werden Sie tun, um die Benachteiligung der Bevölkerung des ländlichen Raumes bei der Versorgung mit Telephonen rascher abzubauen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Von einer Benachteiligung der Bevölkerung im ländlichen Raum in der Telephonversorgung kann gewiß deswegen nicht gesprochen werden, da seit Jahren mehr als die Hälfte der Investitionen für den Leitungsausbau — und das ist jährlich über 1 Milliarde Schilling — in den ländlichen Raum fließt.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Neumann:** Herr Minister! Sie haben jetzt für den forcierten Telephonausbau im ländlichen Raum ein hohes Lied des hohen Lobes gesungen. Das ist aber trotzdem nicht sehr eindrucksvoll.

Es ist doch bekannt, daß im ländlichen Raum erst auf jeden siebenten, im gesamtösterreichischen Durchschnitt auf jeden vierten und in der Schweiz und in anderen europäischen Staaten bereits auf jeden zweiten Einwohner ein Telephonanschluß kommt.

Dazu kommt eine weitere Benachteiligung des ländlichen Raumes: Es besteht noch immer keine einheitliche Telephonanschlußgebühr, sodaß die Bewohner des ländlichen Raumes, gleich welchen Berufstandes, nur über die Telephongemeinschaften die oft sehr hohen Anschlußgebühren, die bis zu 30 000 S betragen, herunterdrücken konnten. Ja die Telephongemeinschaften sind die einzige Möglichkeit, den Telephonausbau im ländlichen Raum finanziell überhaupt zu ermöglichen.

Meine Frage: Herr Minister! Wie stehen Sie als zuständiger Ressortchef zu den so wichtigen Telephongemeinschaften in Österreich?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dazu stehe ich vorbehaltlos positiv, weil sie die Ausbauten gerade im ländlichen Raum sehr günstig beeinflusst haben und weil ja auch die Zusammenarbeit mit den Telephongemeinschaften sehr günstig gewesen ist.

**Bundesminister Lausecker**

Zu Ihrer Feststellung, was die Telephondichte anlangt, daß man also allenthalben schon Versorgungsgrade hat, daß jeder zweite anderswo ein Telephon hat: Das stimmt in dieser Form nicht.

Wenn ich etwa — und wir haben darüber schon oft gesprochen — die Versorgungsdichte an Hauptanschlüssen, nicht an Sprechstellen, hernehme, dann stelle ich fest: Es sind im Jahre 1970 auf 100 Einwohner Österreichs 12,2 Telephonanschlüsse gekommen. Zu Beginn des Jahres 1980, Ende 1979, sind auf 100 Einwohner 27,1 Anschlüsse entfallen. Wir sind damit etwa der Bundesrepublik sehr nahe gerückt.

Bereits drei von vier Haushalten in Österreich verfügen über einen Telephonanschluß.

Ich kann Ihnen gerne auch bundesländerweise Zahlen zur Verfügung stellen, die zeigen, wie günstig sich die Anschlußdichte dort entwickelt hat. Das gilt also durchaus nicht nur für die Ballungsräume.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Neumann:** Herr Minister! Sie haben jetzt von der Telephondichte gesprochen und gemeint, daß sich die Zahl der Telephonanschlüsse in den letzten zehn Jahren etwa verdoppelt hat. Es ist das insofern auch nicht sehr eindrucksvoll, als sich bekanntlich die Telephonegebühren in dieser Zeit mehr als vervierfacht haben.

Aber Sie haben erfreulicherweise — ich möchte dafür danken — eine sehr positive Erklärung zu den Telephongemeinschaften abgegeben. Sie sind also mit mir der Meinung, Herr Minister, daß ein Fehlen dieser Gemeinschaften den Telephonausbau enorm verzögern und verteuern würde.

In Widerspruch dazu steht jedoch ein Erlaß, der von der Postdirektion bis zum letzten Bezirksbautrupp hinuntergegangen ist und besagt, daß die Gründung von neuen Telephongemeinschaften nicht mehr zuzulassen, daß der Kontakt mit bestehenden Telephongemeinschaften sofort abubrechen ist. In einem konkreten Fall in meinem Bezirk wurde eine bereits zugesagte Teilnahme eines Postbediensteten an einer Versammlung der Telephongemeinschaft kurzfristig abgesagt.

Meine Frage: Herr Minister! Bekennen Sie sich zu diesem Erlaß, zu diesem negativen Erlaß der Postdirektion, oder sind Sie, wie Sie jetzt gesagt haben — ich nehme das an, ich möchte das noch einmal hören —, mit mir und den Betroffenen der Meinung, daß das Beseitigen der Telephongemeinschaften eine weitere Belastung darstellen würde, die der ländlichen Bevölkerung — gleich welchen

Berufsstandes — einfach nicht mehr zuzumuten wäre?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ein derartiger Erlaß, den Sie hier erwähnen, ist mir nicht bekannt und soll auch nach einer Meldung, die ich gerade hier bekomme, gar nicht existieren.

Aber vergessen wir doch bitte nicht: Die Telephonanschlußgemeinschaften, zu denen ich mich positiv geäußert habe, sind ja überhaupt erst durch die Novelle 1974 im Fernmeldegebührengesetz geschaffen worden.

Wir haben es also nicht dabei bewenden lassen, diese Möglichkeit des forcierten Telephonausbaues gutzuheißen. Wir haben es ja überhaupt erst geschaffen, und wir haben gerade in der letzten Zeit wieder eine Reihe von Verbesserungen für die Versorgung im ländlichen Raum in die Wege geleitet. So wurden etwa seit Herbst 1979 die Ausmündungen der verlegten Kabel möglichst weit an die Gehöftgruppen herangebracht, wobei die Erstellung der Telephonanschlüsse für die Anschlußwerber erleichtert und verbilligt wird.

**Präsident:** Weitere Frage, Herr Abgeordneter Murer.

**Abgeordneter Ing. Murer (FPÖ):** Verehrter Herr Bundesminister! Nehmen wir an: Bei einem Bergbauern passiert ein Unglück, und er braucht dringend einen Arzt — viele Bergbauern haben noch keinen Telephonanschluß —, Herr Bundesminister. Stellen Sie sich vor: Stunden dauert es, bis der Bauer in das Tal kommt. Es geht in diesem Fall um Leben und Tod. Können Sie sich vorstellen, wie wir das in der Zukunft noch schneller regeln können? Können Sie sich vielleicht vorstellen, daß wir ein Sonderbeschleunigungsprogramm in dieser Angelegenheit machen könnten?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung hat immer wieder geradezu gezielt versucht, zusätzliche Bautrupps einzusetzen, um in bestimmten Gebieten den Ausbau noch zu forcieren.

Sie müssen davon ausgehen, daß in einem Jahrzehnt in diesem Staat weit mehr Telephonanschlüsse geschaffen wurden, als in diesem Staat vorher überhaupt bestanden haben. Denn Ende 1969 waren es weniger als 900 000 Anschlüsse, und jetzt, im Jahr 1980 ist die Zahl 2 040 000 längst überschritten. Das ist mehr als eine Verdoppelung, und es ist eine

**Bundesminister Lausecker**

Verbesserung der Dichte, die auch dem ländlichen Raum zugute kommt.

Aber ein Dank bei jeder Gelegenheit auch den Post- und Telegraphenbediensteten, denn es geht ja nicht nur um die Bereitstellung des Geldes, sondern auch darum, daß die Anschlüsse in stets steigender Zahl hergestellt werden. (*Beifall bei der SPÖ.*) Die jährliche Anschlußquote ist auf über 200 000 gestiegen. Die monatliche Anschlußquote im Jänner 1980 hat eine neue Rekordhöhe erreicht, und auch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ist gerade bei den Bergbauern mit deren Förderung vorangegangen.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Maier.

Abgeordneter **Maier** (SPÖ): Herr Bundesminister! Man hört immer von begrüßenswerten Förderungen der Telephonanschlußgemeinschaften durch die Bundesländer beziehungsweise durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Frage: Kann man einen Vergleich ziehen zwischen diesen Förderungen und den Leistungen, welche die Post- und Telegraphenverwaltung für die Anschlußgemeinschaften erbringt?

**Präsident:** Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lausecker:** Herr Abgeordneter! Diesen Vergleich kann man durchaus ziehen, und das bezieht sich auch noch einmal auf das, was mich der Herr Abgeordnete Murrer jetzt eben gefragt hat. Denn neben den bereits erwähnten Aufwendungen und Leistungen der Post für Investitionen gibt es die von mir jetzt eben erwähnten Förderungsmöglichkeiten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und der Bundesländer. Also, im Zusammenhelfen dieser Stellen gelingt es ja oftmals, diese Dinge zu forcieren.

So sind beispielsweise für einen Telephonanschluß im Rahmen einer Telephonanschlußgemeinschaft etwa im Raume Mittersill vom Teilnehmer rund 10 000 S zu bezahlen — das ist viel Geld —, von denen aber das Land 3 000 S refundiert, sodaß dem Teilnehmer Kosten in Höhe von etwa 7 000 S erwachsen.

Was dabei aber nicht vergessen werden darf, ist, daß der Post im ländlichen Raum im Bundesdurchschnitt nach wie vor Kosten von etwa 70 000 S erwachsen; ganz allgemein sind es 35 000 S. Der Anteil der Post bei diesen Leistungen mit ihrer Investitionsquote von 35 000 S im Bundesdurchschnitt sollte dabei nicht übersehen werden. Das ist, wie ich glaube, ein eindrucksvoller Vergleich.

**Präsident:** Nächste Frage. Herr Abgeordneter Gurtner.

Abgeordneter **Gurtner** (ÖVP): Herr Bundesminister! Die österreichischen Maschinen- und Betriebshilferinge als moderne bäuerliche Selbsthilfeorganisation gewinnen immer mehr an Bedeutung. Eine wesentliche Voraussetzung für das gute Funktionieren ist eine hohe Telephonanschlußdichte und sind vernünftige tragbare Telephongebühren.

In der Bundesrepublik Deutschland ist im vergangenen Jahr eine generelle Senkung der Telephongebühren durchgeführt worden.

Bei uns in Österreich ist die Post mit den Fernmeldegebühren hochaktiv. Ich frage Sie daher: Ist in Österreich in der nächsten Zeit mit einer ähnlichen Senkung zu rechnen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich wurde auf diese Gebührenfrage schon des öfteren angesprochen, und wenn man auch einen globalen Vergleich mit anderen Postverwaltungen anstellt, dann sieht man, daß Österreich durchaus nicht im Spitzenfeld ist. Die Vergleiche können für gewisse Bereiche natürlich manchmal eine Spitzenstellung ergeben, aber im allgemeinen Vergleich, wenn man den Ortstarif und die verschiedenen Entfernungen hinzunimmt, hält Österreich hier die Vergleiche mit den Nachbarstaaten durchaus zu seinen Gunsten aus.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Kittl (SPÖ) an den Herrn Minister. (*Abg. A. Schlager: Die Frage ist nicht beantwortet worden! Keine Gebührensenkung dann? Er hat gefragt, ob eine Gebührensenkung kommt! — Bundesminister Lausecker: Ich wurde auf die Gebührenvergleiche angesprochen!*)

117/M

Wie hat sich das Verkehrsaufkommen im Gütertransit durch Österreich in den letzten Jahren bei den einzelnen Verkehrsträgern entwickelt?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Herr Abgeordneter Kittl! Ein Blick auf den Gütertransit in Österreich bestätigt einmal mehr, daß Österreich das Straßengütertransitland Europas schlechthin geworden ist.

Wenn man etwa das gesamte Transitaufkommen, also Bahn, Straße und Schiff, der Jahre 1967 und 1978 vergleicht, dann zeigt sich eine Steigerung von 9 Millionen Tonnen auf 24,6 Millionen Tonnen.

Bei der Bahn geht die Entwicklung — jeweils von 1967 auf 1978 — von 5,8 auf 8,9 Millionen Tonnen, im Straßengütertransit von 2,2 Millionen Tonnen auf 14,7 Millionen Tonnen; das bedeutet, daß 1978 pro Werktag

2420

Nationalrat XV. GP — 25. Sitzung — 21. Feber 1980

**Bundesminister Lausecker**

bereits 3 500 Schwer-Lkw im Interesse anderer Volkswirtschaften durch Österreich rollten.

Auf der Donau wurden in der Binnenschiffahrt mit gewissen Schwankungen nach oben und nach unten jährlich etwa 1 Million Tonnen befördert.

Der Vollständigkeit halber sollte man sich hier noch vor Augen halten, daß der Zuwachs im Gesamtaufkommen von 1967 auf 1978 im Gütertransitverkehr 173 Prozent beträgt, bei der Bahn 53 Prozent und bei den Lkw 568 Prozent!

Dazu kommen noch die durch die Rohrleitungen durch unser Land geschleusten Mengen an Öl oder an Gas.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

**Abgeordneter Kittl:** Herr Minister! Sie haben nun die Entwicklung bis 1978 aufgezeigt. Darf ich Sie fragen: Welche Chancen sehen Sie, um auf die verkehrspolitische und volkswirtschaftliche Weiterentwicklung einzuwirken?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Die Chance, darauf einen Einfluß zu nehmen, kann nur in der Fortsetzung des Weges liegen, den wir seit dem Jahre 1978 bereits gehen: im forcierten Ausbau der Zentralverschiebebahnhöfe, der Großverschiebebahnhöfe und der Güterverkehrskapazität der Österreichischen Bundesbahnen.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

**Abgeordneter Kittl:** Herr Bundesminister! Eine wesentliche Rolle spielt auch immer die Frage des kombinierten Verkehrs zwischen Schiene und Straße. Welchen Stellenwert messen Sie dem kombinierten Verkehr bei?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Ich beurteile die Chancen des kombinierten Verkehrs durchaus positiv, nur muß man sich dabei vor Augen halten, daß bei den geringen Entfernungen in unserem kleinen Land im Herzen Europas aus sich selbst heraus und für sich selbst allein sehr wenig bewirkt werden kann, wenn es nicht europaweit zu dem von uns stets forcierten Zusammenarbeiten mit den anderen Verkehrsträgern und Bahnverwaltungen kommt. Das sind die Voraussetzungen für eine europaweite Entwicklung des kombinierten Verkehrs, der, alles in allem genommen, natürlich im Prozentsatz zu den Güterverkehren eine relativ bescheidene Rolle einnimmt, aber nicht nur in Österreich.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

**Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP):** Herr Bundesminister! Es ist meine feste Auffassung, daß es nur durch eine Beschleunigung im Güterverkehr auf der Bahn möglich sein wird, mehr Transportsubstrat auf die Bahn zu bekommen.

Wie aber verträgt es sich mit diesen Bestrebungen, wenn die Bundesbahn mit eigens angeschafften Lkw auf der Strecke der Bregenzwald Bundesstraße zwischen Bregenz und Bezaun umfangreiche Holztransporte auf der Straße durchführt, während parallel dazu die Bregenzwaldbahn eine direkte Verbindung zwischen Bregenz und Bezaun herstellt? Damit wird der eigenen Bahn Konkurrenz gemacht, Transportsubstrat auf die Straße gezogen, und es werden die Frächter außerdem auf Steuerzahlerkosten konkurrenziert.

Herr Bundesminister, sind Sie bereit, das zu untersuchen und abzustellen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Herr Abgeordneter! Ich bin nicht nur bereit, das zu untersuchen, sondern ich bin für solche Hinweise sehr dankbar, denn es ist so, daß die Österreichischen Bundesbahnen ihr Rollenverständnis immer so erklärt haben, daß der Lkw eine Zubringerfunktion zur Schiene ausüben soll.

Ich werde den konkreten Hinweis gerne auch noch in diese Richtung hin untersuchen. *(Zwischenruf des Abg. A. Schlager.)*

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Steger.

**Abgeordneter Dr. Steger (FPÖ):** Herr Bundesminister! Wir wissen, daß in den letzten Tagen in Wahrheit die Gespräche mit der EG über einen Zuschuß zum Straßenbau in Österreich gescheitert sind. Es muß daher österreichische Reaktionen geben, die unter anderem darin bestehen könnten, daß wir vermehrt die EG zwingen, Gütertransport, der durch Österreich durchgeht, auf die Schiene zu verlagern. Dazu ist aber festzuhalten, daß sowohl in Jugoslawien als auch in Italien keine freie Kapazität zur Übernahme vorhanden ist.

Haben Sie in dieser Richtung bereits Gespräche aufgenommen und werden Sie diese führen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Herr Abgeordneter! Diese Gespräche werden nicht nur von den Österreichischen Bundesbahnen, sondern werden auch von mir als Verkehrsminister im Rahmen der Europäischen Verkehrsministerkonferenz permanent geführt.



**Bundesminister Lausecker**

Es ist eine Tatsache, daß bei den großen Verladehäfen der Nordsee und der Ostsee das überwiegende Güterkontingent auf die Binnenschifffahrt und dann noch immer der bei weitem größte Teil auf die Straße geht. Vor Jahren ist einmal auf der Verkehrskonferenz eine Unterlage darüber bekannt geworden, daß etwa in Rotterdam zwei Drittel auf Schiff, 30 Prozent auf die Straße und nur 4 Prozent auf die Schiene gehen.

Wir — wenn ich sage „wir“, meine ich die zentraleuropäischen Staaten — sind uns eins darin, daß jede Anstrengung zu unternehmen ist, eine vernünftige Verlagerung der Verkehrsströme herbeizuführen, und dies nicht nur sozusagen vom egoistischen Standpunkt eines Verkehrsträgers beurteilt werden kann.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lenzi.

Abgeordneter Dr. **Lenzi** (SPÖ): Herr Bundesminister, kann man feststellen, ob seit Einführung des Straßenverkehrsbeitrages eine Verlagerung der Verkehrsströme bei den Verkehrsträgern eingetreten ist?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Herr Abgeordneter! Es ist seit Einführung des Straßenverkehrsbeitrages ein positiver Trend bei den Österreichischen Bundesbahnen eingetreten, denn es schlagen bereits die Investitionen zu Buche, die getätigt wurden, so ist beispielsweise im ersten Halbjahr 1978 das Transportaufkommen der Österreichischen Bundesbahnen um 8,7 Prozent gesunken, das der Straße dagegen um 11,9 Prozent gestiegen, im zweiten Halbjahr 1978 und im ersten Halbjahr 1979 sind dann deutliche Trendwenden eingetreten. Im zweiten Halbjahr 1978 ist das Transitaufkommen der Bahn um 9 Prozent und im ersten Halbjahr 1979 um 7,1 Prozent gestiegen.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter **Reicht** (SPÖ) an den Minister.

118/M

Zu Beginn des Jahres 1980 gab es in Österreich über 2 Millionen Telephonanschlüsse, das heißt um über 1,150 Millionen mehr als vor zehn Jahren; es warten aber noch immer 158 000 Österreicher auf ein Telephon, und ich frage Sie daher, wie lange beträgt die durchschnittliche Wartezeit für eine Anschlußherstellung?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die durchschnittlichen Wartezeiten differieren von Bundesländ zu Bundesland sehr stark, sodaß die Angabe

einer durchschnittlichen Wartezeit für den gesamten Bundesbereich die tatsächlichen Verhältnisse stark verzerren würde.

Aber vielleicht ist es wissenswert und wichtig einmal festzustellen, das zirka 50 Prozent aller Anschlußwünsche sofort, also innerhalb eines Zeitraumes von bis zu drei Monaten erfüllt werden können, von den verbleibenden 50 Prozent kann man sagen, daß für rund zwei Drittel der wartenden Anschlußwerber die Wartezeit weniger als zwei Jahre beträgt.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter **Reicht:** Herr Bundesminister! In den letzten Jahren sind sehr hohe Zuwachsraten an Telephonanschlüssen zu verzeichnen gewesen. Sie haben gerade gesagt, daß im Jänner wieder eine Rekordeinschaltziffer zu verzeichnen war. Diese hohen Zuwachsraten bringen natürlich auch die Gefahr der Überlastung des Fernsprechnetzes mit sich, dadurch kann sich ja die Sprechqualität senken. Was wird getan, um in qualitativer Hinsicht die Sprechqualität zu verbessern beziehungsweise zu erhalten?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Die Verbesserung des Sprechens in qualitativer Hinsicht ist ein Prozeß des ständigen Ausbaues der technischen Infrastruktur, der Errichtung von Fernmeldezentren — wie beispielsweise Wien-Arsenal, Salzburg-Hochalpenstraße — und des Ausbaues des Kabel- und Richtfunknetzes. Durch all diese Maßnahmen tritt eine Verbesserung der Sprechqualität ein.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter **Hietl**.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Bundesminister, Sie haben eben dem Fragesteller erklärt, daß 50 Prozent der Ansuchen innerhalb von drei Monaten erledigt werden. Zwei Drittel müssen weniger als zwei Jahre warten. Zweifellos eine lange Zeit. Für das restliche Drittel ist die Frage offen.

Der ländliche Raum hat ja in der Regel wesentlich längere Wartezeiten als die Ballungszentren, ganz abgesehen von den wesentlich höheren Kosten. Dadurch entsteht vor allem eine Benachteiligung des Einzelhofes, wo es bis zu sechs Jahren Wartezeit gibt, was zweifellos im ärztlichen und tierärztlichen Bereich oft zu großen Gefahren führt.

Herr Bundesminister, meine Frage geht dahin: Ihr Vorgänger, Minister **Lanc**, hat in seiner Ministerzeit erklärt, ein Telephonanschluß im Stadtbereich bringt mehr an Gebühren als einer im ländlichen Raum. Sind Sie auch dieser Meinung? Damit im

**Hietl**

Zusammenhang steht für mich die Meinung, der ländliche Raum soll länger warten. Sind Sie dieser Meinung, oder glauben Sie, daß im ländlichen Raum ebenso die Notwendigkeit gegeben ist, so rasch wie in Ballungszentren einen Anschluß zu erzielen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Herr Abgeordneter! Mir ist diese Erklärung meines Amtsvorgängers nicht bekannt, und ich kann mir auch nicht vorstellen, daß er sie in dieser Form gegeben hat. Aber es ist selbstverständlich, daß die Ausbauleistungen auf dem Telephonsektor für Stadt und Land mit dem gleichen Engagement, mit dem gleichen Einsatz vorangetrieben werden müssen. Daß technisch und räumlich schwierigere Voraussetzungen vom Leitungsbau und von der technischen Infrastruktur am Land gegeben sind, ist ja eine Tatsache. Dieser Umstand — und nur dieser Umstand — ist es, der zu unterschiedlichen Zeiten führt. Nur 50 Prozent, sagte ich, in ein bis drei Monaten, und von den verbleibenden 50 Prozent dann die Teilung in die zwei Drittel und ein Drittel.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

**Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ):** Herr Bundesminister! Es ist sicher für Anschlußwerber, die schon seit Jahren auf einen Anschluß warten und das besonders auch im ländlichen Bereich, keine besonders erfreuliche Nachricht, wenn von einer durchschnittlichen Wartezeit, die relativ kurz ist, gesprochen wird.

Meine Frage in diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister: Was werden Sie tun? Werden Sie ein Sonderprogramm erarbeiten, das besonders die benachteiligten Gebiete, die nicht unbedingt nur im ländlichen Bereich, sondern auch im Bergbereich sind, werden Sie für diese ein Sonderprogramm ausarbeiten, um gerade diese eklatant langen Wartezeiten auf einen Telephonanschluß von bis zu drei Jahren zu beseitigen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich würde nicht gerne mit dem großen Etikett eines Sonderprogramms mich hier erklären, denn die Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung ist mit einer Reihe von Sonderprogrammen und Einsätzen unterwegs. Ich habe heute schon die zusätzlichen Bautrupps erwähnt, und ich habe die stets steigenden Anschlußleitungen in Monats- und in Jahresvergleichen erwähnt.

Herr Abgeordneter! Die Warteliste, die bei mehr als zwei Millionen Hauptanschlüssen

in Österreich etwa bei 158 000 gelegen ist, ist ja für die, die warten müssen, natürlich ein Umstand, daß man alles daransetzen muß, damit diese rascher zu ihrem Telephon kommen. Das ist im ländlichen Raum etwas schwieriger. Aber es ist zugleich auch ein Ausdruck dessen, daß immer mehr Österreicher in diesem Staate sich heute überhaupt daranwagen können, sich ein Telephon zu wünschen. Es wäre vor einem Jahrzehnt für viele ja noch undenkbar gewesen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kraft: Das ist doch kein Geschenk!)* Ich erkläre Ihnen, wir wollen mit vollem Einsatz weiterhin darauf wirken, daß es zu forcierten Ausbauten gerade im ländlichen Raum, unter gezieltem Einsatz im ländlichen Raum weiterhin kommen wird.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Rechberger.

**Abgeordneter Rechberger (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! In Kürze wird die Erdfunkstelle Aflenz offiziell in Betrieb genommen. Welche Bedeutung hat dieses Großprojekt für die österreichischen Telephon Teilnehmer?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bitte noch hinzufügen zu dürfen, daß es natürlich niemals — weil das im Zwischenruf noch einmal gekommen ist — Frage sein kann, ob vielleicht ein Telephon im Ballungsraum mehr Einnahmen bringt als im ländlichen Raum. Diese Differenzierung ist von der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung nie angestellt worden und wird nicht angestellt werden im Ausbau der Telephonbereiche.

Zu Aflenz darf ich sagen, daß die Inbetriebnahme der Erdfunkstelle Aflenz eine Verbesserung des Sprechverkehrs zwischen Österreich und vor allem den Vereinigten Staaten und Kanada bringen wird. Obwohl schon jetzt die USA und Kanada von Wien und einigen Landeshauptstädten im Selbstwählverkehr erreicht werden können, wird durch die Erdfunkstelle Aflenz eine Vermehrung der Zahl der gleichzeitig möglichen Gespräche erfolgen. Der Fernsprechverkehr wird reibungsloser und damit schneller abgewickelt werden können. Wie wichtig das für die Telekommunikation auch internationaler Organisationen in Österreich ist, brauche ich nicht hinzuzufügen. Die Erdfunkstelle wird noch in diesem Frühjahr Ende Mai eröffnet werden.

**Präsident:** Anfrage 5: Herr Abgeordneter Treichl (SPÖ) an den Minister.

119/M

Die Schwerpunkte der Ausbauprogramme bei den Österreichischen Bundesbahnen liegen der-

zeit auf den Sektoren des Güterverkehrs und des Personennahverkehrs, und ich frage Sie daher: Welche Überlegungen bestehen in Richtung einer zukunftsorientierten Beschleunigung des Reiseverkehrs?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist richtig, daß bei den Österreichischen Bundesbahnen die Investitionsschwerpunkte derzeit auf den Ausbau der Güterverkehrsanlagen ausgerichtet sind. Für die Zeit danach — und das muß man immer wieder erklären, das geht in die Richtung Ende der achtziger Jahre — stellen die Österreichischen Bundesbahnen aber schon jetzt Überlegungen und Planungen an, wie die Qualität des Verkehrsangebotes im Personenfernverkehr weiter gesteigert werden kann.

Es ist neben der weiteren Anhebung des Reisekomforts durch die laufende Modernisierung des rollenden Materials auch daran gedacht, den Reisenden kürzere Reisezeiten anzubieten. Und so wird wie in anderen Ländern, wie etwa in der Bundesrepublik, in Frankreich oder in Italien auch in Österreich an die Errichtung sogenannter Hochgeschwindigkeitsstrecken gedacht, die eine wesentliche Erhöhung der Reisegeschwindigkeit ermöglichen werden.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

**Abgeordneter Treichl:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Es ist sicherlich unbestritten, daß gerade in der heutigen Zeit dem Ausbau des Güterverkehrs und des Personennahverkehrs entsprechendes und erhöhtes Augenmerk geschenkt werden muß. Es ist aber auch sehr erfreulich zu hören, daß auf dem Sektor Reiseverkehr an verschiedene einschlägige Verbesserungen gedacht ist. Als Abgeordneter des westlichsten Bundeslandes interessiert es mich daher naturgemäß, Herr Bundesminister: Was wird die zu erwartende Verkehrsbeschleunigung für das Bundesland Vorarlberg bringen?

**Präsident:** Herr Bundesminister.

**Bundesminister Lausecker:** Herr Abgeordneter! Das wird man auf die Minute genau sicherlich nicht anhand des Planungsstadium sagen können. Aber wenn diese Hochgeschwindigkeitsstrecken, für die besonders die Westbahn und die Südbahn prädestiniert sind, kommen, dann wird es zu einer Neubau- strecke zwischen Wien und St. Pölten kommen müssen auf der Westbahn. In Verbindung mit der Rosenheimer Kurve, die ja bereits im Bau ist und im Jahre 1981 fertiggestellt werden wird, wird es zu bedeutenden Verbesserungen kommen.

Man rechnet sich bei den Bundesbahnen aus, daß dann etwa eine Fahrt von Wien nach Linz in rund eineinviertel Stunden wird bewältigt werden können, nach Salzburg in etwa zwei Stunden. Daraus könnte man schließen, daß im Zusammenwirken mit der inzwischen fertiggestellten Rosenheimer Kurve die Fahrt Wien—Bregenz in etwa sieben Stunden bewältigt werden kann.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

**Abgeordneter Treichl:** Herr Bundesminister! Die Gestaltung der Eisenbahnanlagen in Bregenz ist ja, wie Ihnen bekannt ist, seit längerer Zeit Gegenstand von sehr regen Diskussionen ebenso wie der Bau eines Basis-tunnels für die Bahn zur Führung durch den Pfänder.

Ich gestatte mir daher folgende Frage: Was ist bezüglich einer zeitgemäßen Ausgestaltung der Eisenbahnanlagen der Landeshauptstadt Bregenz vorgesehen, und wie stehen in diesem Zusammenhang — diese Frage gehört dazu — die Chancen für die Verlegung der Eisenbahn in den Pfänder? (*Abg. Dr. Blenk: Die Zusatzfrage ist aber schon sehr weit hergeholt!*)

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Was die eisenbahnmäßige Versorgung der Landeshauptstadt Bregenz anlangt, erlaube ich mir zunächst darauf hinzuweisen, daß durch die Errichtung des Güterbahnhofes Wolfurt bereits ein erster Schritt getan wurde. Mit einem Gesamterfordernis von 1,1 Milliarden Schilling wird das bewältigt, davon sind 710 Millionen Schilling schon verbaut.

Aber was nun Bregenz selbst anlangt, Herr Abgeordneter, hier können die Österreichischen Bundesbahnen... (*Abg. Doktor Schwimmer: Wieso wissen Sie das? Bregenz kommt in der Frage gar nicht vor, Herr Präsident! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Doktor Schwimmer: Wenn ich so eine Frage stelle, wird mir das Wort abgeschnitten!*)

**Präsident:** Herr Abgeordneter! Die Geschäftsordnung wird von mir gehandhabt. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Bitte, Herr Minister. (*Abg. Dr. Schwimmer: Ich werde mir dieses Recht auch herausnehmen!*)

**Bundesminister Lausecker:** Herr Abgeordneter! Für die eisenbahnmäßige Versorgung in Bregenz können die Österreichischen Bundesbahnen etwa 230 Millionen Schilling bereitstellen. Für den Pfändertunnel allerdings bliebe dann noch eine Differenz auf über eine Milliarde, auf 1 064 Millionen Schilling. Das

**Bundesminister Lausecker**

Projekt Pfändertunnel hängt davon ab, ob zwischen Land, Gemeinde und Bund eine entsprechende Trägerschaft gefunden werden kann.

**Präsident:** Eine weitere Anfrage, Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Bundesminister! Um auf die Investitionen zurückzukommen: In dem heute zu behandelnden Bundesrechnungsabschluß 1978 wird seitens des Rechnungshofes eine für die Bundesbahnen bedauerliche Budgetplanlosigkeit Ihres Ressorts hinsichtlich verschiedener Ansätze festgestellt.

Bei den drei wesentlichsten Budgetansätzen das Jahres 1978 haben Sie nicht nur 776 Millionen Budgetüberschreitungen machen müssen, sondern die Österreichischen Bundesbahnen haben für diese Investitionen am 7. August 1978 schon entsprechende Ausgabenermächtigungen erteilt, während seitens des Finanzministers erst am 28. September 1978 die Genehmigung erteilt wurde und das Gesetz noch viel später beschlossen wurde. Also Budgetplanlosigkeiten, die für die Bundesbahnen sehr bedauerlich sind.

Ich möchte Sie fragen: Sind solche Budgetplanlosigkeiten mit den Folgen gesetzlich ungedeckter Erteilung von Ausgabenermächtigungen auch im Jahre 1979 zu verzeichnen gewesen, und wie haben Sie Vorsorge getroffen, daß solche Vorkommnisse für die Investitionen nicht im Jahr 1980 wiederum später einmal vom Rechnungshof festgestellt werden müssen?

**Präsident:** Herr Abgeordneter, da sind Sie weit weg, während der Kollege Schwimmer anscheinend die Anfrage nicht gelesen hat. (*Abg. Dkfm. Gorton: Investitionen!*)

Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Ich möchte auch hoffen, daß ich mir nicht den Unwillen Ihrer Fraktion zuziehe, Herr Abgeordneter, wenn ich zu einer Zusatzfrage, die mit der Frage überhaupt nichts zu tun hat — das hat Ihr Kollege eben gerügt —, eine Antwort gebe.

Gesetzlich ungedeckte Vorgangsweisen bei den Investitionsschwerpunkten der Österreichischen Bundesbahnen liegen nicht vor, dies wird ja auch Gegenstand der Behandlung des Rechnungsabschlusses am heutigen Nachmittag sein. Investitionsschwerpunkte der Österreichischen Bundesbahnen sind vor aller Welt und klar gesetzt worden auf dem Sektor Güterverkehr, auf dem Sektor Ausbau des Nahverkehrs. Es war ja heute schon Gelegenheit, darüber zu sprechen, wie die auch angenommen worden sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Nächste Anfrage. Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. **Ofner** (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Reisegeschwindigkeiten auch auf Flachlandstrecken in Österreich stellen sich viel niedriger dar als in vergleichbaren Bereichen des Auslandes. Das führt zu so unbefriedigenden Ergebnissen, daß man zum Beispiel nach Salzburg mit dem Pkw wesentlich rascher gelangen kann als mit den Bundesbahnen. Noch dazu gibt es gerade nach Salzburg sehr ungünstige Intervalle zwischen den einzelnen Zügen.

Meine Frage an Sie geht daher dahin: Erscheint es unter diesen Umständen wirklich ausreichend, wenn Sie sagen, daß daran gedacht werden muß, etwas anderes zu tun, und daß es dazu kommen müssen, sich darüber Gedanken zu machen? Ist es nicht vielmehr notwendig, daß man konkrete Überlegungen anstellt, wie man auch in Österreich zu Schnellverkehrsstrecken — vor allem auf der Westbahn — kommt? Welche konkreten Überlegungen gibt es diesbezüglich von Ihrer Seite?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich gebe Ihnen vorbehalten recht, daß man diese Überlegungen konkret anstellen soll. Und sie werden konkret angestellt. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß wir jetzt Projekte um rund 6 Milliarden Schilling — Zentralverschiebebahn Wien, Großverschiebebahn Villach-Süd, Wolfurt und ähnliches — zu bewältigen haben, daß also jetzt in diesen ersten achtziger Jahren der Güterverkehr den Schwerpunkt ausmacht. Man kann Milliarden-Projekte nicht zur gleichen Zeit bewältigen.

Daher sind die Planungen der Österreichischen Bundesbahnen mit diesem Zeithorizont, den ich gesagt habe, im vollen Gange. Wir werden, da es sich um sehr aufwendige Projekte handelt, dann an folgende herangehen: Es geht um die Westbahn. Man wird dann in fünfviertel Stunden nach Linz fahren können. Es geht aber auch um die Südbahn. Dort allerdings um den Preis des großen Projektes eines Semmering-Basistunnels. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß das in Geld und in Baukapazität eine ganz große Herausforderung sein wird. Allerdings — wenn es soweit ist — dann auch ein Zeitgewinn allein von etwa 40 bis 50 Minuten.

Also sehr konkrete Überlegungen, die schon jetzt angestellt werden. Aber eine finanzielle Kapazität, die man nicht nebeneinander, sondern nur nacheinander bewältigen kann.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Heinz.

Abgeordneter **Heinz** (SPÖ): Herr Minister! Im Zuge der Beschleunigung des Reiseverkehrs hat in den letzten Jahren der schnellbahnmäßige Ausbau der Strecke Bregenz—Feldkirch ohne Zweifel sichtbare Fortschritte gemacht.

Meine Frage geht nun dahin, ob die Möglichkeit besteht, auf der Strecke Feldkirch—Bludenz ebenfalls einen solchen Schnellbahnverkehr einzurichten.

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Möglichkeit besteht grundsätzlich sehr wohl. Ich habe darauf auch schon in einem Schreiben an den zuständigen Vorarlberger Landesrat eine positive Antwort gegeben. Nur muß man sich vor Augen halten, daß wir derzeit den zweigleisigen Ausbau der Strecke Feldkirch—Bregenz in Bau haben und daß das ein Milliarden-Projekt darstellt. Vorarlberg hat damit schon einen ungemein hohen Anteil an der sogenannten Nahverkehrsmilliarde. Man muß davon ausgehen, daß wir jetzt mit sechs Bundesländern bereits derartige Verträge haben. Also wenn man realistisch in der Geld- und Zeiteinschätzung ist, ist die Frage zu bejahen.

**Präsident:** Anfrage 6: Herr Abgeordneter Ofner (FPÖ) an den Herrn Minister.

124/M

Bis wann werden Sie dem Nationalrat ein Gesamtverkehrskonzept vorlegen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich könnte mir vorstellen, daß ein Gesamtverkehrskonzept erarbeitet wird und in etwa vier Jahren dem Nationalrat dann vorgelegt werden kann.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Dr. Ofner:** Herr Bundesminister! Welche Bereiche wird dieses Konzept umfassen und welche Schwerpunkte werden darin enthalten sein?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Herr Abgeordneter! Mir schiene es wichtig — wenn man darangeht, ein Gesamtverkehrskonzept zu gestalten —, daß es von einer umfassenden Betrachtungsweise auszugehen hat, daß es sich nicht auf Teilbereiche beschränkt und daß es mit einem Wort in die Richtung geht, wie es in der Regierungserklärung vom 19. Juni 1979 der Bundeskanzler schon ausgesprochen hat:

„Daß ein „ausgewogenes Verkehrssystem“ erforderlich ist, „daß künftig jeder Verkehrsträger jene Aufgaben erfüllt, für die er sich technisch und gesamtwirtschaftlich am besten eignet“.

„In einem sinnvollen Nebeneinander von Straße und Schiene sprechen daher Gründe der Sicherheit, des Umweltschutzes und eines geringeren Energieaufwandes für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs.“

Darüber hinaus aber werden Fragen des Umweltschutzes, des Landschaftsschutzes und volkswirtschaftliche Aspekte zu Buche zu schlagen haben, wenn man von einem ausgewogenen Verkehrskonzept wird sprechen wollen.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Dr. Ofner:** Herr Bundesminister! Sehen Sie die Gewichtung so, daß es nicht nur darauf ankommt, den Vorrang, den so oft zitierten Vorrang des öffentlichen Verkehrs zu dekretieren, sondern daß auch ein entsprechendes Anbot von der Seite des öffentlichen Verkehrs — was die Frequenz, das Fassungsvermögen, die Dichte et cetera betrifft — da sein muß, um dieser dekretierten und sicher im grundsätzlichen richtigen Maxime nach dem Vorrang des öffentlichen Verkehrs auch in der Praxis dann nachkommen, also Rechnung tragen zu können?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Herr Abgeordneter! Ich gehe noch weiter: Wir werden mit diesen Ausbauten der öffentlichen Verkehrseinrichtungen ja nicht warten, bis es zu einem Gesamtverkehrskonzept kommt. Wir bauen ja die Nahverkehrsstrecken aus. Wir verbessern — davon war heute mehrfach die Rede — das Verkehrsangebot allenthalben. Das Verkehrskonzept selbst, von dem ich hoffe, daß es in einer Beteiligung aller Interessierten zustande kommen wird, wird aber am Ende kein Dekret oder keine Dekretierung darstellen, sondern wird eben — wie das im Wesen der Sache liegt — nur eine Entscheidungshilfe für alle Entscheidungsträger sein können.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Prechtl.

Abgeordneter **Prechtl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Sicherlich, heute im Zusammenhang mit der Energieverknappung wird ein Verkehrskonzept große Bedeutung erlangen. Ich frage Sie in diesem Zusammenhang, ob bei der Erstellung des Verkehrskonzeptes auf bestimmte Gruppeninteressen Rücksicht genommen werden soll und ob der internationale Verkehr in diesem Zusammenhang seine Berücksichtigung finden wird, weil es doch

2426

Nationalrat XV. GP — 25. Sitzung — 21. Feber 1980

**Prechtl**

eine Reihe von Verkehrskonzepten in verschiedenen europäischen Ländern schon gibt.

**Präsident:** Herr Minister. Bitte.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, eine vernünftige Verkehrsabwicklung ist nur möglich im Wege der internationalen Kooperation, und ich bin weiters der Meinung, daß auf die Interessen einzelner Verkehrsträger Bedacht zu nehmen ist, aber daß es immer eine Interessensabwägung wird sein müssen, daß gesamtverkehrspolitische und volkswirtschaftliche Interessen dagegen, wie gesagt, abgewogen werden.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Gorton.

**Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP):** Herr Bundesminister! In der ÖVP-Alleinregierung von Bundesminister Dr. Weiß wurde in den Jahren 1968 bis 1970 ein Gesamtverkehrskonzept erarbeitet, und die Qualität dieses von der ÖVP-Alleinregierung erstellten Konzeptes scheint allein darin zu liegen, daß es jetzt zehn Jahre praktisch nicht erneuerungsbedürftig war.

Ich möchte Sie fragen: Werden Sie an dieses Gesamtverkehrskonzept, das ja heute praktisch noch Gültigkeit hat, entsprechend anschließend aufbauen, und welche Schwerpunkte in Bezugnahme auf dieses seinerzeit erarbeitete Gesamtverkehrskonzept werden Sie hier ergänzend setzen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist richtig, das letzte Gesamtverkehrskonzept stammt aus dem Jahre 1969, und es ist jetzt einfach an der Zeit, eine neue Bestandsaufnahme vorzunehmen. Ich würde weder eine Fortschreibung noch eine Konkurrenz darin sehen. Nur, aus diesem Gesamtverkehrskonzept habe ich beispielsweise zitiert, als wir hier über den Straßenverkehrsbeitrag diskutiert haben, und habe Ihnen vorgehalten, daß Sie selbst da drinnen derartige Eingriffsmöglichkeiten für möglich erklärt haben, von denen Sie dann allerdings nichts wissen wollten, als wir den Straßenverkehrsbeitrag hier beschlossen haben.

Aber ich will damit sagen, die Zeit ist einfach reif geworden, in einer ausgewogenen Weise mit Hilfe von Wissenschaft und Forschung ein neues Verkehrskonzept zu erstellen. Nicht konkurrenzieren, sondern ganz einfach unserer Zeit und der Zeit, die vor uns liegt, entsprechend.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Stix.

**Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ):** Herr Bundesminister! Ein erheblicher Teil der Verkehrsprobleme hängt zusammen mit den Kernzonen in Ballungsräumen, sprich innerstädtischer Verkehr. Da gibt es nun gewisse kompetenzrechtliche Probleme für den Verkehrsminister. Meine Frage lautet: Werden Sie danach trachten, in Ihr Verkehrsgesamtkonzept auch die innerstädtischen Verkehrsprobleme mit einzubeziehen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Herr Abgeordneter! Ich werde mir gewiß keine Kompetenzen zu arrogieren versuchen, die mir nicht zukommen, aber es muß und wird erlaubt sein, bei dem Wort Gesamtverkehrskonzept eine umfassende Betrachtung unter Einladung aller, die mitwirken wollen, auszusprechen und dann auch als Entscheidungshilfe zu gestalten.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Steger (FPÖ).

136/M

Werden Sie einen Ministerialentwurf für eine Novelle zur Straßenverkehrsordnung ausarbeiten lassen, wonach in städtischen Ballungszentren künftig eine Ausnahmeregelung dahingehend ermöglicht wird, daß die dort ansässige Wohnbevölkerung die in ihrem Wohnbereich eingerichteten Kurzparkzonen ohne zeitliche Beschränkung benützen kann?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Problematik der Kurzparkzonen ist dem Verkehrsministerium nicht nur vertraut, damit hatten wir uns ja immer wieder zu beschäftigen. Es ist vor allem im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz auch darüber des öfteren bereits gesprochen worden. Auf diesen Umstand nimmt die Straßenverkehrsordnung bereits heute Bedacht, die die Möglichkeit von Erleichterungen für gehbehinderte Personen vorsieht, und dazu kommen auch die Möglichkeiten des § 45 Abs. 2, daß es individuelle Ausnahmsbewilligungen von den Kurzparkzonen geben kann, wegen erheblichen persönlichen und wirtschaftlichen Interesses.

Die Frage ist nur so, daß man sich klar sein muß, ob man in diesem Punkt nicht den Sinn der Kurzparkzonen verläßt, aber, wie gesagt, es ist das eine Frage, die ja in der Kompetenz der Herren Landeshauptmänner liegt und die vom Verkehrsminister auf dem Boden der jetzigen Rechtslage ja nicht beeinflusst werden kann.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dr. Steger:** Herr Bundesminister! Es wird Ihnen wahrscheinlich nicht bekannt sein, daß Stadtrat Mayr in Wien

**Dr. Steger**

sich auf den Standpunkt stellt, daß es nicht möglich ist, dorartige generelle Ausnahmen in Kurzparkzonen für die Bewohner des innerstädtischen Bereiches zuzulassen, weil in der Straßenverkehrsordnung im § 25 festgehalten ist, welche Ausnahmen grundsätzlich denkbar sind, welche gesetzliche Ermächtigung für den Verordnungsrahmen festgesetzt ist.

Halten Sie es nicht für notwendig, weil keine Gesetzänderung bisher durchgeführt wurde, den gesetzlichen Rahmen so zu ziehen, daß tatsächlich auf Länderebene geregelt wird, daß im innerstädtischen Bereich die Bewohner einer Gegend, wo jetzt eine Kurzparkzone vorhanden ist, gratis parken können?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Stellungnahme Wiens ist mir bekannt, denn als ich Ihre Anfrage gelesen habe, habe ich mich natürlich umgehört, und es ist in dieser Stellungnahme ja nur ausgesprochen worden, ich kann sie hier auszugsweise zitieren — man beschäftigte sich mit Kurzparkzonen —: „Das Erfordernis der Erheblichkeit wird nicht gegeben sein können, wenn die gesamte Wohnbevölkerung erfaßt werden soll.“

Und wenn man sich vor Augen führt, daß etwa der Wiener erste Bezirk rund 23 000 Einwohner hat, daß etwa 16 000 zugelassene Kraftfahrzeuge und etwa 12 000 Stellplätze vorhanden sind, dann liegt der Schluß nahe, was dann die Kurzparkzone noch für eine Funktion haben soll.

Aber ich bin hier nicht der Verteidiger einer Vorgangsweise eines Bundeslandes. Ich kann es gerne übernehmen bei einer sich bietenden Gelegenheit, daß das Bundesministerium für Verkehr, wenn eine Novelle zur Straßenverkehrsordnung in Versendung gebracht wird, dieses in der Anfrage aufgezeigte Problem zur Diskussion stellt, weil es ganz einfach eine österreichweite Meinungsbildung darüber geben muß. Das ist ja nicht eine Sache, die man in der Elisabethstraße entscheiden kann.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

**Abgeordneter Dr. Steger:** Herr Bundesminister! Ich bin sehr froh, daß Sie sagen, daß Sie grundsätzlich bereit sind, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit das dann länderweise nach den jeweiligen städtischen Erfordernissen geregelt werden kann.

Hier in Wien geht es ja nicht darum, daß der ganze 1. Bezirk dort gratis parken soll, sondern nur jene Bewohner, die tatsächlich innerhalb der Kurzparkzone ihre Wohnung

haben, und das sind wesentlich weniger. Und da ist es schon ein Bedürfnis, daß Personen in ihren Rechten nicht so beeinträchtigt werden, weil ja sonst eine Entvölkerung dieser Zone eintritt.

Ich darf Sie also fragen, ob Sie grundsätzlich ein Interesse haben, daß diese Bestrebungen der Bevölkerung in diesen Ballungszentren unterstützt werden, damit keine Entvölkerung eintritt.

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe mich bereit erklärt, daß ich im Zuge eines Begutachtungsverfahrens diese Frage zur Diskussion stelle. Es wird auch hier notwendig sein, Interessen gegen Interessen abzuwägen und vor allem der Meinungsbildung nicht vorzugreifen, für die ja eine derartige Anfrage im Zuge eines Begutachtungsverfahrens, wie mir scheint, der sinnvolle Weg sein sollte.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Hobl.

**Abgeordneter Ing. Hobl (SPÖ):** Herr Bundesminister! In der Anfrage des Herrn Angeordneten Dr. Steger ist davon die Rede, ob Sie bereit sind, hier Ausnahmeregelungen hinsichtlich der zeitlichen Beschränkung neu vorzusehen. Der Herr Abgeordnete Dr. Steger hat aber jetzt in seinen Zusatzfragen immer wieder davon gesprochen, daß die Wohnbevölkerung *gratis* die Kurzparkzone benützen soll, also eine andere Fragestellung, als sie mir schriftlich im Spiegel vorliegt.

Werden Sie daher, Herr Bundesminister, die Frage, die Sie anlässlich einer Novellierung der Straßenverkehrsordnung an die zur Begutachtung berufenen Stellen richten, in zweierlei Hinsicht stellen, einmal so, wie es hier schriftlich vorliegt: Ausnahme von der zeitlichen Beschränkung, und dann zweitens: Ausnahme von der entgeltlichen Benützung der Kurzparkzone, also daß die Wohnbevölkerung *gratis*, wie Herr Kollege Dr. Steger sagt, dort parken kann? (*Rufe bei der FPÖ: Frage! Frage!*)

Sie haben auch das Beispiel der Innenstadt gebracht, Wohnbevölkerung, Stellplätze. Sind Ihnen auch aus anderen Städten und Gemeinden, wo Kurzparkzonen eingerichtet sind, solche Erhebungsergebnisse bekannt?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich verfüge sicher nicht über umfassende Unterlagen, die die Frage hier *ad hoc* beantworten ließen. Aber eines möchte ich noch einmal erklären: Die Frage-

**Bundesminister Lausecker**

stellung soll und wird nicht eine tendenziöse sein. Es wird die Frage sein, ob man in der Abwägung Kurzparkzone und Anrainerbevölkerung eine andere Regelung als die derzeitige wünscht. In dieser globalen Form, glaube ich, sollte man es zur Debatte stellen und zur Meinungsbildung aufrufen.

**Präsident:** Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Der Herr Abgeordnete Dr. Steger hat natürlich völlig zu Recht entgegen den Ausführungen des Abgeordneten Hobl hier verbunden die Ausnahme von der zeitlichen Beschränkung mit der Gebührenbefreiung, weil sich das ja aus dem Gesetzestext ergibt.

Sie haben schon darauf hingewiesen, Herr Bundesminister, daß Sie einer Prüfung dieser Frage positiv gegenüberstehen, und ich glaube, man muß auch, wenn man eine Ausdehnung der Kurzparkzonen, wie sie sich in den Ballungszentren vielfach als unumgänglich notwendig erweist, anstrebt, dafür sorgen, daß die dort wohnende Bevölkerung dadurch nicht unzumutbar belastet wird.

Eine solche Befassung setzt voraus, daß man über das nötige statistische Material verfügt. Sie haben für den 1. Bezirk hier Zahlen genannt. Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, für die auch von Ihnen in Aussicht gefaßten Gespräche uns statistisches Zahlenmaterial über die einzelnen Kurzparkzonen in den Landeshauptstädten zu beschaffen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Ich weiß nicht, ob ich nicht zu viel verspreche damit, aber ich kann es nur übernehmen, für die Fragestellung im Zuge einer Begutachtung zu versuchen, all das Material dazu zu bekommen, das man dann für die Meinungsbildung benötigt. Diese Goodwill-Tour kann ich übernehmen, aber ich kann jetzt nicht im Vorhinein sagen, was man dann in der Tasche haben wird.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Problematik, die angezogen wurde, der Begriff Ballungszentrum, bezieht sich ja nur auf den Tag. Nachts sind diese Gebiete, vor allem in den zitierten größeren Städten Wien, Graz ja bereits fast völlig entvölkert. Das gibt infrastrukturelle Probleme größter Art: Das Zentrum wird leer, die Peripherie wird um viel Geld neu strukturiert.

Um jetzt eine weitere Benachteiligung all dieser Stadt- und Zentrumsbewohner, der

Altstadtbewohner, zu verhindern, um die Altstadt vital zu erhalten, hat man ja versucht, und das höre ich ja aus den bisherigen Fragen, hier eine Lösung zu treffen.

In Graz geht man daran, eine Lösung zu treffen in Form der sogenannten grünen Zonen. Das sind Bereiche, in denen im Bereich der gebührenpflichtigen blauen Zone bestimmte Plätze, natürlich nicht alle, aber bestimmte Plätze, den Bewohnern der Altstadtzentren vorbehalten sind.

Es hat sich bei der Herausgabe der Parkzettel gezeigt, daß bundesgesetzliche Regelungen berücksichtigt werden müßten. Sind Sie bereit, hier weiterzugehen und gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen beziehungsweise Schritte zu setzen, die eine derartige Regelung, wenn sie sich bewährt — wenn das nach dem Gesetz nicht geht, muß man das Gesetz ändern —, für ganz Österreich zu schaffen, erstens um eine Einheitlichkeit herbeizuführen ...

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter! Sie sollen kürzer fragen, bitte.

Abgeordneter **Probst** (*fortsetzend*): ... und zweitens, um in diesem Sinne nicht nur verkehrsfördernd zu sein, sondern auch altstadtrevitalisierend zu wirken?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lausecker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich muß Ihnen in aller Bescheidenheit sagen, ich glaube, da wäre der Verkehrsminister fürwahr nicht der rechte und der geeignete Mann, der die Struktur unserer Städte und unserer Gemeinden glaubt beeinflussen oder verändern zu können. Ich kann es schlicht und einfach übernehmen, bei einer Novelle zum Straßenverkehrsbeitrag die Frage aufzuwerfen, ob die in der Vollziehung der Herren Landeshauptmänner liegenden Möglichkeiten für Ausnahmen oder für andere Vorgangsweisen ... (*Abg. Dr. Steger: Sie haben gesagt: Novelle zum Straßenverkehrsbeitrag!*) Zur Straßenverkehrsordnung, entschuldigen Sie, also zur Straßenverkehrsordnung. (*Abg. Dr. Steger: Ich habe geglaubt, es kommt schon wieder ein Beitrag!*) Ich kann es lediglich übernehmen, bei einer zur Versendung gelangenden Novelle zur Straßenverkehrsordnung die Frage über die Behandlung von Kurzparkzonen aufzuwerfen, nicht mehr und nicht weniger, und dann muß es eine Meinungsbildung geben.

**Präsident:** Die Fragestunde ist abgelaufen.

**Einlauf und Zuweisungen**

**Präsident:** Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 293/AB und 294/AB eingelangt sind.



**Präsident**

Die eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

dem Handelsausschuß:

Antrag 38/A der Abgeordneten Staudinger, Mühlbacher, Diplom-Volkswirt Dr. Stix und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen geändert wird;

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 39/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend ein Bundesgesetz zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln (Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung 1980);

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Antrag 40/A der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Suchtgiftgesetz 1951 geändert wird (Suchtgiftgesetznovelle 1980);

dem Verfassungsausschuß:

Antrag 41/A der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Datenschutzgesetz geändert wird.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen folgenden Ausschüssen zu:

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz über die Forschungsorganisation in Österreich und über Änderungen des Forschungsförderungsgesetzes (Forschungsorganisationsgesetz) (214 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen geändert und für das Geschäftsjahr 1980 eine Sonderregelung getroffen wird (236 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Exekutionsordnung geändert werden (UWG-Novelle 1980) (249 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert wird (252 der Beilagen).

**1. Punkt: Bericht des Rechnungshofausschusses über den vom Rechnungshof vorgelegten Bun-**

**desrechnungsabschluß (III-19 der Beilagen) für das Jahr 1978 (234 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Rechnungshofausschusses über den vom Rechnungshof vorgelegten Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1978.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Fertl.

Berichterstatter Dr. Fertl: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechnungshof hat gemäß Art. 121 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz dem Nationalrat den von ihm verfaßten Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1978 zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt. Gemäß § 9 Abs. 2 Rechnungshofgesetz wird zugleich mit dem Bundesrechnungsabschluß dem Nationalrat der Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorgelegt.

Den Gebarungsergebnissen sowie den Nachweisungen über das Bundesvermögen stellt der Rechnungshof entsprechend seiner bisherigen Gepflogenheit eine zusammenfassende Darstellung voran, welche insbesondere eine überblicksartige Beurteilung des Budgetvollzuges anhand der maßgeblichen Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes 1978 ermöglichen soll.

Die für eine ordnungsgemäße Verrechnung der Gebarung im Bundeshaushalt wesentliche Kontinuität ist dadurch gewahrt, daß die anfänglichen Gesamtbestände des Rechnungsjahres mit den schließlichen Gesamtbeständen des Vorjahres übereinstimmen.

Wie der Bericht ausführt, war für die Budgeterstellung und den Budgetvollzug auch im Berichtsjahr die gesamtwirtschaftliche Entwicklung maßgebend. Die Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes lag mit 1,5 von Hundert unter jener des Vorjahres.

In der Land- und Forstwirtschaft lag die Zunahme der realen Wertschöpfung dank der günstigen Getreide- und Weinernte über dem Jahresdurchschnitt, Industrie und Gewerbe, die Energie- und Wasserversorgung insgesamt sowie der Verkehr erzielten durchschnittliche Zuwächse, desgleichen die Bauwirtschaft auf Grund der Entwicklung im Tiefbau und der regen Nachfrage nach Ausbau- und Installationsleistungen. Hingegen sank der Anteil des Handels an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung als Folge der Schwäche der Inlandsnachfrage erheblich unter den Wert des Vorjahres.

Entsprechend dem mit Art. III Abs. 4 des Bundesfinanzgesetzes 1978 der Vollziehung eingeräumten Gestaltungsrecht erhöht sich der im Art. I Abs. 1 leg. cit. genehmigte Gesamtgebarungsabgang von 40 425 Millionen Schilling

**Dr. Fertl**

um die Beträge, in deren Höhe die Ermächtigungen ausgeübt wurden, auf 49 365 Millionen Schilling. Der tatsächliche Gesamtgebarungsausgang von 50 649 Millionen Schilling lag mit 1 284 Millionen Schilling über dem vom Gesetzgeber genehmigten Abgang. Selbst bei voller Ausnützung der Ermächtigungen wäre der Gesamtgebarungsausgang um 874 Millionen Schilling über dem Höchstwert von 49 775 Millionen Schilling gelegen. Die im Art. I Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 1978 vorgeschriebene Abgangdeckung wurde daher im Finanzjahr 1978 nicht erreicht.

Hiezu stellte der Bundesminister für Finanzen im Rechnungshofausschuß fest, daß dieses Gebarungsergebnis durch zusätzliche, über das erwartete Ausmaß hinausgehende Minder-einnahmen bedingt ist. Nicht genehmigte Mehrausgaben liegen diesem Abgangsbetrag nicht zugrunde.

Wie der Rechnungshofbericht weiter ausführt, ergab sich im Budgetvollzug 1978 nach Abzug der Ausgaben für die Tilgung der Finanzschuld in Höhe von 15 763 Millionen Schilling vom Gesamtgebarungsausgang ein Nettoabgang von 34 886 Millionen Schilling.

Soweit der Bundesminister für Finanzen nicht bereits im allgemeinen durch die Art. III bis V und VIII a des Bundesfinanzgesetzes 1978 in der Fassung der Bundesfinanzgesetz-Novelle 1978 bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen ermächtigt war, Überschreitungen von Ausgabenansätzen innerhalb der dort bestimmten Grenzen zuzustimmen, wurden vom Nationalrat im besonderen derartige Abweichungen von der betraglichen Bindung an das Bundesfinanzgesetz 1978 mit dem 1. Budgetüberschreitungs-gesetz und dem 2. Budgetüberschreitungs-gesetz genehmigt. Das 1. Budgetüberschreitungs-gesetz 1978 genehmigte Überschreitungen von 580 Millionen Schilling, das 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1978 Überschreitungen von 2 887 Millionen Schilling. Von den Mehrausgaben, die sich insgesamt auf 12 721 Millionen Schilling beliefen, sind daher solche von 9 254 Millionen Schilling auf administrativem Wege verfügt worden.

Wie aus den ansatzweisen Erläuterungen zur Voranschlagsvergleichsrechnung hervorgeht, sind in mehreren Fällen die haushaltsrechtlich erforderlichen Genehmigungen zur Überschreitung finanzgesetzlicher Ausgabenansätze nicht beziehungsweise nicht zeitgerecht, das heißt, nicht vor Ablauf des Finanzjahres, eingeholt oder die als Bedeckungsmaßnahme erforderlichen Rückstellungen anderer Ausgaben beziehungsweise Mehreinnahmen nicht eingehalten worden.

In der voranschlagswirksamen Gebarung weist der Bund 1978 Ausgaben von 265 521 Millionen Schilling und Einnahmen von 214 872 Millionen Schilling, demnach einen Abgang von 50 649 Millionen Schilling auf. Von diesen Gesamtausgaben wurden 28,3 Prozent für das Personal, 55,3 Prozent für laufende Sachausgaben und 16,4 Prozent für die Vermögensgebarung verwendet. Von den Sachausgaben entfielen 24 052 Millionen Schilling auf Anlagen, 17 850 Millionen Schilling auf Förderungsmaßnahmen und 148 585 Millionen Schilling auf sonstige Zwecke. Von den Einnahmen von 214 872 Millionen Schilling stammten aus öffentlichen Abgaben 121 882 Millionen Schilling, aus abgabenähnlichen Beiträgen 34 802 Millionen Schilling, aus der Gebarung der Bundesbetriebe 42 488 Millionen Schilling und aus übrigen Einkünften 15 700 Millionen Schilling. Vom Gesamtaufkommen der Einnahmen entfielen 212 701 Millionen Schilling, das sind 99 Prozent, auf die laufende Gebarung und 2 171 Millionen Schilling auf die Vermögensgebarung.

Die Anlehnungsgebarung, welche nach den bestehenden Haushaltsvorschriften die Aufnahme von Finanzschulden im allgemeinen und die Tilgung kurzfristiger Kredite umfaßt, weist im Jahr 1978 Einnahmen von 91 926 Millionen Schilling und Ausgaben von 42 363 Millionen Schilling auf.

Der Aufnahme von über das Finanzjahr hinaus wirksamen Finanzschulden im Ausmaß von 49 563 Millionen Schilling standen im Berichtsjahr 15 769 Millionen Schilling budgetmäßig verrechnete Tilgungen gegenüber.

Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 1978 gemäß Art. IX des Bundesfinanzgesetzes oder auf Grund sonstiger gesetzlicher Ermächtigungen Haftungen in der Höhe von 85 848 Millionen Schilling übernommen. Von diesem Betrag entfielen, aufgeschlüsselt nach Wirtschaftszweigen, 34 862 Millionen Schilling auf die Ausfuhrförderung, 28 281 Millionen Schilling auf die Ausfuhrfinanzierungsförderung, 5 782 Millionen Schilling auf die Elektrizitätswirtschaft, 9 964 Millionen Schilling auf den Straßenbau, 4 197 Millionen Schilling auf andere verstaatlichte Unternehmungen und Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, 399 Millionen Schilling auf die Land- und Forstwirtschaft, 1 371 Millionen Schilling auf die Wasserwirtschaft, 212 Millionen Schilling auf die Erdölbevorratung sowie 780 Millionen Schilling auf sonstige Wirtschaftszweige.

Zur Übersicht 11.1 „Berechtigungen und Verpflichtungen des Bundes in künftigen Finanzjahren“ auf Seite 555 wurde vom Berichterstatter auf einen Druckfehler auf-

**Dr. Fertl**

merksam gemacht: Beim Ansatz 59 Finanzschuld hat die Endsumme statt 379,561.18 richtig 79,561.183 zu lauten. Die Gesamtsummen sind richtig ausgewiesen.

Der Rechnungshofausschuß hat den Bundesrechnungsabschluß 1978 in seiner Sitzung vom 15. und 16. Jänner 1980 in Verhandlung gezogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Hagspiel, Dr. Tull, Dkfm. Gorton, Heinzinger, Fauland, Steinbauer, Neumann, Dr. Ettmayer, Hellwagner, Tirnthal, Reicht, Bergmann, Peter, Hietl, Pichler, Ing. Ressel, Dr. Nowotny, Grabher-Meyer, Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Wiesinger und Dr. Marga Hubinek sowie der Ausschußobmann.

Vizekanzler Dr. Androsch, die Bundesminister Lanc, Lausecker, Dr. Sinowatz, Dr. Hertha Firnberg, Rösch, Dipl.-Ing. Haiden, Dr. Weißenberg, Dr. Salcher und Sekanina, die Staatssekretäre Dr. Löschnak, DDr. Nussbaumer und Johanna Dohnal sowie der Präsident des Rechnungshofes Dr. Kandutsch nahmen zu den im Verlaufe der Beratungen aufgeworfenen Fragen Stellung.

Auf Grund eines Antrages des Berichterstatters beschloß der Ausschuß einstimmig, dem Hohen Hause die Genehmigung des vom Rechnungshof vorgelegten Bundesrechnungsabschlusses für das Jahr 1978 im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG in Form eines entsprechenden Gesetzesbeschlusses zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Rechnungshofausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für die Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab einmal in diesem Haus einen jungen Abgeordneten, Finanzsprecher seiner Partei, namens Dr. Hannes Androsch. Er hat dem damaligen Finanzminister, Professor Koren, wegen Abweichungen im Budget vorgeworfen, das wäre ja ein Hausnummern-Budget. Es waren damals verhältnismäßig bescheidene Abweichungen, die Hannes Androsch geortet hatte.

Heute ist derselbe Abgeordnete selbst als Finanzminister verantwortlich für den Budgetvollzug, und wir stellen hinsichtlich des Jahres 1978 aus dem Abschluß des Rechnungshofes fest, daß sich eben derselbe Finanzminister, der wegen kleiner Abweichungen, verhältnismäßig kleiner Abweichungen, so kritisch zu seinem Vorgänger war, um die „Kleingkeit“ von 10 Milliarden Schilling veranschätzt hat!

Das Defizit, budgetiert mit 40 Milliarden Schilling, wurde um 25 Prozent überschritten: Wir haben ein Defizit in der stolzen Höhe von 50 Milliarden Schilling vor uns!

Ich will mir die Frage ersparen, Herr Bundesminister, ob Sie Ihren Vorwurf des Hausnummern-Budgets nunmehr innerlich auch an sich selbst richten wollen.

Es gab einmal einen Oppositionsführer namens Dr. Kreisky. Er hat dem damaligen Regierungschef, Dr. Klaus, wegen eines Defizits von 7 Milliarden Schilling vorgeworfen: Das ist ja ein Wahnsinn!

Heute sind wir konfrontiert mit einem Defizit von 50 Milliarden Schilling, und ich würde den Herrn Bundeskanzler, wäre er hier, gerne fragen, was er denn zu diesem exorbitanten Defizit heute zu sagen weiß.

Meine Damen und Herren! Das ist vielleicht der beste Spiegel, den man der Regierungspartei heute vorhalten muß, und es hält der Rechnungshof als objektive Kontrollinstanz in diesem Staate der Regierung vor, daß all das, was Sie versprochen haben, heute, wo Sie selbst Verantwortung tragen, nicht mehr gilt, nicht mehr eingehalten wird, ja daß Sie viel schlechter sind als Ihre Vorgänger und daß der Vorwurf von der „teuersten Regierung, die es jemals gab“, auf diese Regierung voll und ganz zutrifft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da hat Herr Abgeordneter Dr. Tull im Rechnungshofausschuß erklärt: Ja aber die Vollbeschäftigung haben wir gesichert! Das Arbeitsplatzargument ist tatsächlich das Hauptargument Ihrer gesamten politischen Auseinandersetzung und gilt als Entschuldigung für alles und jedes.

Nun ist es unbestreitbar, daß die Beschäftigung in Österreich im Vergleich zu manchen Ländern Europas wesentlich günstiger ist. Aber, bitte, das alles ist eine geborgte Beschäftigungspolitik, die erkauf wird um den Preis einer Verschuldung, die ungeheuer ist.

Die Finanzschulden, meine Damen und Herren, sind nach dem Ausweis des Rechnungshofes auf Seite XXIX des Berichtes seit dem Jahr 1969 auf das Viereinhalbfache

**Dkfm. DDr. König**

gestiegen, explodiert: 200 Milliarden Schilling mit Ende 1978. Die Verwaltungsschulden haben sich gegenüber 1969 sogar verfünffacht, sie sind nämlich auf rund 50 Milliarden Schilling gestiegen.

Nur um den Preis einer ungeheuren Verschuldung und — was vor allem wirklich beängstigend ist und von allen Fachleuten kritisiert wird — um den Preis einer sehr starken, laufenden Erhöhung der Verschuldung, einer ungeheuren Beschleunigung der Verschuldungszunahme haben Sie dieses Ziel erreichen können und alle anderen Maßnahmen, die notwendig gewesen wären, unterlassen. Und das werfen wir Ihnen vor.

Einzig und allein mit Hilfe einer immer zunehmenden Verschuldung haben Sie Beschäftigung erhalten, Beschäftigung finanziert, und alles andere, was notwendig gewesen wäre, um vermeidbare Ausgaben im Budget zu kürzen, um Einsparungen zu erzielen, um realistisch zu budgetieren, wurde weggeschickt, weil man sich einzig und allein darauf verlassen hat, diese Schulden aufzunehmen.

Mit einem Drittel — mit rund einem Drittel der Finanzschulden, es ist nicht ganz ein Drittel, aber 60 Milliarden Schilling sind es immerhin im Jahre 1978 — stehen wir im Ausland in der Kreide, was bedeutet, daß wir im Jahr 1978 bereits 18 Milliarden Schilling nicht für Investitionen verwenden konnten, sondern sie nur zur Zinsenzahlung heranziehen mußten.

Meine Damen und Herren! Diese Entwicklung ist eine Schere — das weisen ja, Herr Finanzminister, Sie wissen das, auch sozialistische Experten im Beirat für Wirtschaftsfragen in der Budgetvorschau aus —, die immer stärker die zukünftigen Investitionen bedroht und daher auf Dauer gesehen sicher kein Mittel der Arbeitsplatzsicherung darstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist also, Herr Abgeordneter Dr. Tull, eine geborgte Vollbeschäftigung, eine Vollbeschäftigung auf Pump, die Sie bislang erreicht haben, und daher besteht wirklich kein Grund zu allgemeinem Jubel, weil sie in dieser Form, wie der Finanzminister ja selbst zugegeben hat, nicht von Dauer sein kann.

Dann haben Sie gesagt, aber im Jahr 1978 haben wir doch eine relative Stabilität, eine relativ niedrige Inflationsrate gegenüber dem Ausland gehabt.

Wir haben auch ein relativ niedriges Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Ausland gehabt, nämlich real nur 1,5 Prozent. Daß

sich das natürlich auch in einer schwachen Inlandsnachfrage und daher in einem geringen Preisauftrieb niederschlägt, ist klar.

Dieses geringe Wirtschaftswachstum hat ja auch seine Schattenseiten. Der Finanzminister beklagte es ja, weil ihm eben die Einnahmen ausgeblieben sind, mit denen er gerechnet hatte.

Dennoch sei mir auch hier ein offenes Wort gestattet, Herr Finanzminister! Sie werden sich immer aus, wenn Sie mit dieser gewaltigen Fehlschätzung im Budget konfrontiert werden. Ich behaupte, Sie mußten es wissen, Sie haben die Einnahmen überbudgetiert und die Ausgaben unterbudgetiert, um hier ein optimistisches Budgetbild darstellen zu können. Dann behaupten Sie immer: Das ist ja nicht so, die Wirtschaftsentwicklung hat das bedingt, die Einnahmen sind halt geringer gewesen.

Herr Bundesminister! Der Rechnungshof weist eine Zuwachsrate der Einnahmen von 10,3 Prozent aus und verweist wörtlich darauf, daß das ganz beachtlich über dem nominellen Wachstum des Bruttonationalproduktes von 6,4 Prozent gelegen ist. Die Einnahmen sind also viel stärker gestiegen als das Wachstum des Bruttonationalproduktes. Freilich, weil Sie die Steuerschraube angezogen haben und daher mehr herausgepreßt haben, als dem Wachstum des Bruttonationalproduktes entsprochen hätte.

Wenn Sie dennoch viel weniger Einnahmen hatten — nämlich um 12 Milliarden weniger als veranschlagt —, dann zeigt das, daß Sie wirklich hier die Einnahmen viel zu hoch angenommen haben und, ich möchte sagen, nicht zu optimistisch, sondern einfach bewußt, um ein besseres Bild in der Öffentlichkeit darzustellen in der Erwartung, daß wir ohnehin erst einviertel Jahre später über die Ergebnisse diskutieren können, daß all das erst viel später bekannt wird. Man wollte halt der Öffentlichkeit ein rosiges Bild und eine vorzügliche Wirtschaftspolitik darstellen.

In der Tat sagte der Abgeordnete Tull im Ausschuß angesichts dieser Fakten wörtlich:

„Der Bundesrechnungsabschluß 1978 stellt den unwiderlegbaren Beweis für die Richtigkeit des von unserer Regierung geführten finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Kurses dar.“

Herr Abgeordneter Tull! Wenn Sie 50 Milliarden Defizit, wenn Sie rund 34 Milliarden Nettoverschuldungszunahme, wenn Sie die Tatsache, daß 20 Prozent der Ausgaben überhaupt nicht mehr durch Einnahmen gedeckt sind, jeder fünfte Schilling, der verausgabt wird, schon geborgt wird, als einen

**Dkfm. DDr. König**

Beweis eines vorzüglichen finanzpolitischen Kurses darstellen, dann muß ich sagen: Gute Nacht, dieser Kurs!

Was haben wir denn hier im Rechnungsabschluß stehen? — „Ungünstige Wirtschaftsentwicklung“ auf Seite 367, „vermehrte Insolvenzen“, „die der Veranlagung“ — Gewerbesteuer ist gemeint — „unterstellte mäßige Wirtschaftsbelebung trat nicht ein“.

Und da sagen Sie, das sei ein ausgezeichnete wirtschaftspolitischer Kurs? Na, ich glaube, die österreichische Bevölkerung würde sich für so einen Kurs wirklich bedanken, könnte sie darüber befinden (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber es ist nun einmal so: Einmal wird gewählt, da wird alles rosig hingestellt, und dann werden die negativen Folgen damit begründet, daß man gesagt hat: Wir haben ja die Mehrheit bekommen!

Meine Damen und Herren! Dazu ist die Bevölkerung nicht befragt worden. Sie weiß es auch nicht. Sie ist der Propaganda ausgeliefert gewesen: Jawohl, wir haben ein relativ günstiges Wirtschaftsklima!, in Wahrheit, bitte, hat es gar nicht so gut ausgesehen. Das, was wir an Arbeitsbeschäftigung erhalten konnten, ist geborgt und ist mit einem Aufwand geborgt, der zunehmend drückender wird.

Meine Damen und Herren! Mit zwei Behauptungen muß hier auch einmal aufgeräumt werden, und zwar an Hand der sehr konkreten Fakten.

Der Herr Finanzminister hat hier wiederholt — und zwar in mündlichen Anfragebeantwortungen, wo es immer sehr schwer ist, den Gegenbeweis zu führen — erklärt: Es ist ja gar nicht wahr, daß die Steuerbelastung gestiegen ist, sondern sie ist im Gegenteil relativ abgesunken!

Bitte, es glaubt zwar draußen kein Mensch, und die Abgeordneten können es nicht glauben, weil sie ja immer wieder mit der Realität konfrontiert sind, aber es wird hier immer wieder vom Regierungspult aus verkündet.

Tatsache ist, daß die nüchternen Zahlen etwas ganz anderes sagen. Der Rechnungsabschluß sagt auf Seite IX, daß die Belastung mit Steuern und steuerähnlichen Abgaben bereits 41,8 Prozent erreicht hat.

Nun gab es darüber eine Diskussion zwischen Finanzministerium und Rechnungshof, und der Finanzminister hat auf Berechnungsunterschiede verwiesen und hat gemeint, gewisse Dinge dürfe man hier doch nicht einrechnen. Es gab eine Einigung, wie uns gesagt wurde, zwischen den beiden Ressorts.

Man hat festgestellt: Unter Ausschaltung dieser Berechnungsdifferenzen wären es im Jahre 1978 40,7 Prozent.

Nun gestatten Sie mir, daß ich Ihnen die Zahlen nenne, die in den Vorjahren zu verzeichnen waren. Im Jahr 1973 betrug die Belastung mit Steuern und steuerähnlichen Abgaben nur 36 Prozent, im Jahr 1974 37 Prozent, im Jahr 1975 38 Prozent, im Jahr 1977 39 Prozent, und jetzt halten wir nach den bereits bereinigten Zahlen bereits bei 40,7 Prozent. Die Belastung mit Steuern und steuerähnlichen Abgaben ist also, Herr Finanzminister, entgegen Ihren Behauptungen eindeutig gestiegen, und ich glaube, man sollte ein für allemal mit solchen Propagandabehauptungen Schluß machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine zweite Behauptung möchte ich auch an Hand des Rechnungshofberichtes widerlegen, nämlich die Erklärung, ja ich muß sagen, die Verunglimpfung — um nicht ein noch härteres Wort zu gebrauchen — der Steuerzahler durch den Abgeordneten Nowotny, der erklärt hat, es wären hier Milliarden an Steuern hinterzogen worden... (*Abg. Doktor Nowotny: Die Steuerzahler habe ich nicht gemeint!*) Die Steuerzahler zahlen ja, und nur die können hinterziehen. Wer soll denn da bitte verunglimpft werden? Das ist doch eine Spiegelfechtere! Natürlich meinen Sie die Steuerzahler, wenn Sie sagen... (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.*) Die Nichtzahler oder die Zuwenigzahler, Herr Minister. Die Nichtzahler oder die Zuwenigzahler, die, die hinterziehen, hat er gemeint. Er hat es schon so gemeint, wie er es gesagt hat.

Auf Seite 371 des Rechnungsabschlusses steht die Meinung Ihres Ministeriums, des Finanzministeriums, zitiert, warum die Umsatzsteuer um 5,6 Milliarden Schilling weniger eingebracht hat. Das ist Ihr Ressort. Das haben Ihre Beamten geschrieben, und deren Sachlichkeit möchte ich anerkennen. Sie haben folgendes gesagt:

„Nach Auffassung des Bundesministeriums für Finanzen“ — ich nehme an, Sie haben sich dem angeschlossen, Herr Minister, denn es ist ja eine Äußerung Ihres Ressorts — „sind die Mindereinnahmen im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß entgegen den bei der Veranschlagung getroffenen Annahmen der private Verbrauch um 1,5 Prozent zurückging und die Preiserhöhungen geringer ausfielen; außerdem stiegen die Einfuhren nur mäßig an und nahmen die Insolvenzen stark zu.“

So, Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, und jetzt bitte kommen Sie zum Rednerpult

**Dkfm. DDr. König**

heraus und entschuldigen Sie sich für Ihre Behauptung und für Ihre Verleumdung der Steuerzahler. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun hat aber der Rechnungsabschluß nicht nur diese Fakten, diesen Spiegel über den Budgetvollzug des Jahres 1978 dem Finanzminister vorgehalten, sondern er hat auch massive Kritik an Ihrer Ressortführung, Herr Bundesminister, in bestimmten Bereichen am Budgetvollzug vorgebracht.

Ich möchte die wesentlichen, die vier gravierendsten Punkte hier vortragen.

Der Rechnungshof hat auf Seite XI festgestellt, daß der tatsächliche Gebarungsabgang von 50 Milliarden Schilling — also genau 50 649 Millionen Schilling — mit 1 284 Millionen Schilling über dem vom Gesetzgeber genehmigten Abgang lag. Bitte, eine ganz klare Feststellung.

Wir haben hier einen Abgang beschlossen, Ihr Budgetvollzug hat sich darüber hinweggesetzt, er lag mit 1 284 Millionen Schilling über dem von diesem Haus genehmigten Abgang.

Die im Artikel I Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 1978 vorgeschriebene Abgangsdeckung wurde daher im Finanzjahr 1978 nicht erreicht. Ich möchte hinzufügen: Trotz der Tatsache, daß Sie ohnehin Überschreitungsermächtigungen von rund 9 Milliarden Schilling haben, die Ihnen eine große Flexibilität geben.

Herr Bundesminister! Das ist ein ganz gravierender Vorwurf. Sie haben im Ausschuß darauf hingewiesen: Ich habe nichts verausgabt, was nicht genehmigt war! — Das stimmt schon. Aber es ist einfach nicht korrekt, wenn man hergeht und sich über einen Abgangsrahmen hinwegsetzt.

Es mag zweckmäßig sein, dafür Kassenmittel heranzuziehen. Aber bitte, dann muß man auf eine saubere gesetzliche Klärung achten. Es geht sicher nicht an, daß man sagt: Ich werde das Gesetz schon später mit meiner Mehrheit ändern und nehme beabsichtigte gesetzliche Änderungen vorweg und tue so, als müßte ich mich um die geltende gesetzliche Lage nicht kümmern. — Das, Herr Minister, ist ja kein Einzelfall.

Zweites Beispiel. Der Rechnungshof weist darauf hin, daß rund 97 Millionen Schilling an Bundesmineralölsteuer, die für den Ausbau der Bundesstraßen und Autobahnen vorgesehen wurden, von Ihnen abhaken, also nicht ihrem Zweck entsprechend verwendet wurden.

Ihre Begründung: Ich habe im Vorjahr aus dem außerordentlichen Budget Finanzierungen zusätzlich für den Autobahnbau ge-

tätigt, und das hole ich mir jetzt wieder bei den zweckgebundenen Mitteln der Bundesmineralölsteuer herein.

Bitte, das ist nach der geltenden Rechtslage des Jahres 1978 nicht zulässig gewesen. Das hat der Rechnungshof massiv kritisiert. In allen Jahren waren es 500 Millionen Schilling, die insgesamt auf diese Weise abgezweigt wurden.

Es ist eben nicht zulässig, daß Sie nachher dann hergehen und erst im Jahre nach dieser Feststellung des Rechnungshofes Gesetzesänderungen einbringen und sich letztlich durch Novellen zum Finanzgesetz 1979 dann bestätigen lassen, daß Sie das doch machen dürfen. Das ändert aber nichts daran, daß zu dem Zeitpunkt, wo Sie es gemacht haben, das nicht gesetzeskonform war.

Das ist die Kritik, die wir an Ihrer Amtsführung haben, daß Sie sich immer wieder über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzen und daß Sie es sich nachher mit Mehrheit richten — wie seinerzeit bei den 2 Milliarden — und dann sagen: Jetzt ist die Rechtslage ohnehin so, also muß ich auch das, was früher war, unter dem Aspekt der neuen Rechtslage sehen; das ist ohnehin auch damals so zu verstehen gewesen!

Mitnichten! Ein gesetzentreuer Vollzug ist das jedenfalls nicht gewesen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Drittes Beispiel. Auf den Seiten 303, 305 und 307 wird berichtet, daß die Bundesbahnen von Ihnen, Herr Bundesfinanzminister, erst am 28. September 1978 die Zustimmung zu Ausgaben bekommen haben, die bereits am 7. August 1978 von den ÖBB durchgeführt wurden, wozu die Bundesbahn bereits zu diesem Zeitpunkt die Ermächtigung gegeben hat.

Was ist wieder gesagt worden, obwohl das eindeutig ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen ist? Na ja, der Dispositionsspielraum im Bundesbahnbudget hätte schon noch eine Umschichtung ermöglicht, wäre diese Zustimmung nicht gekommen.

Nun, Herr Bundesminister, wird die Geschichte noch ärger, denn ich habe auf eine Anfragebeantwortung im Ausschuß — dankenswerterweise, muß ich sagen — vom Herrn Verkehrsminister in der Zwischenzeit schon Bescheid bekommen. Und was geht daraus hervor? Das ist ein Schreiben des Herrn Verkehrsministers mit der Zahl 5913/1-1-1980. Und da heißt es, daß die Elektrolokomotiven vom Jänner 1979 bis 1980, die Güterwagen aber schon vom September 1978 bis März 1979 ausgeliefert wurden. Die sind ja nicht in

**Dkfm. DDr. König**

einem Monat gebaut, die sind also längst schon in Auftrag, in Arbeit gewesen, als überhaupt noch keine Ermächtigung da war.

Herr Bundesminister! Es ist der Bahn kein Vorwurf zu machen, außer daß sie sich nicht an die Bestimmungen gehalten haben. Sie konnten ja nicht anders. Die Betriebsräte der Lieferbetriebe haben ihnen die Tür eingelaufen, sie haben gesagt: Wir brauchen das. Die Bahn hat ihnen gesagt: Wir können ja darauf gar nicht verzichten, das ist unumgänglich notwendig. Sie, Herr Minister, haben es gewußt, Sie haben es nur nicht ins Budget hineingenommen.

Bei der Budgetrede zum Budget 1978 habe ich hier erklärt: Wir wissen bereits, daß man stillschweigend toleriert hat, daß die Betriebe bauen. Man hat ihnen unter der Tuchent gesagt: Ihr werdet schon dann die Bezahlung bekommen, es wird schon gerichtet werden, aber ins Budget nehmen wir es nicht hinein.

Dieses Haus wurde bewußt im unklaren gelassen über das, was es da an Nebenabreden gibt. Natürlich, weil man sagt, das kann man dann ohnehin nicht beweisen, es wird abgeleugnet. Aber hier ist jetzt der Beweis. Es ist nämlich bereits vom September bis März ausgeliefert worden, und es ist undenkbar, daß in so kurzer Zeit erst der Auftrag erfolgt ist und erst gebaut worden ist. Das heißt, unsere Behauptung stimmt.

Sie wären gut beraten gewesen, Sie hätten das gleich ins Budget hineingenommen, statt hinterher es nachzuziehen. Sicher, es hätte den Budgetabgang von Haus aus erhöht, es hätte das Budget optisch nicht so schön gemacht, wie Sie es uns hier verkauft haben. Aber es wäre ehrlicher und offener gewesen und hätte uns heute diese Kritik erspart. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vierter Punkt. Ich beschränke mich auf einige wesentliche Punkte, um nicht zu lang zu werden.

Der Rechnungshof stellt auf Seite XXVI fest, daß Sie für 501 Millionen Schilling Schatzscheine ausgegeben haben, die natürlich Zinsen verursacht haben, um dem Bautenministerium die Mittel für den Autobahn- und den Bundesstraßenbau zur Verfügung zu stellen, obwohl Sie noch 1,4 Milliarden Schilling an zweckgebundenen Mineralölsteuereinnahmen hatten. Hatten in dem Sinn, daß Sie diese Mittel für Dezember zu erwarten hatten.

Was haben Sie gesagt? Sie haben erklärt: Man weiß ja nie genau, wann und wieviel hereinkommt, man muß also angesichts dieser

Ungewißheit disponieren können, deshalb war der Kredit notwendig.

Mitnichten, Herr Bundesminister! Der Rechnungshof hat völlig recht. Wenn Sie 1,4 Milliarden Schilling in dem laufenden Jahr noch verfügbar haben, dann ist es doch nicht denkbar, daß Sie noch 500 Millionen Schilling zusätzlich aufnehmen müssen und dadurch Zinsaufwendungen entstehen. Sie haben die 1,4 Milliarden Schilling natürlich zwischenweilig anders verwendet und haben sie dann zwar nicht zweckwidrig — sie sind dann schon zugeführt worden —, aber nicht rechtzeitig zweckgemäß verwendet. Dadurch sind unnötigerweise enorme Zinsenbelastungen aufgelaufen. Der Rechnungshof sagt zu Recht: Bei zweckgebundenen Einnahmen weiß man doch, was jeden Monat hereinkommt. Da kann es gewisse Schwankungsbreiten geben, aber zu sagen, eine Monatsrate kommt überhaupt nicht, ist doch völlig illusionär.

Deshalb hat der Rechnungshof massiv kritisiert. Ich zitiere wörtlich: „Der Rechnungshof hat den Bundesminister für Finanzen darauf hingewiesen, daß die Inanspruchnahme dieser Kreditermächtigungen dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zuwiderläuft. Wäre dieser Betrag“ — wir haben dann nach Diskussion im Ausschuß eingefügt — „rechtzeitig widmungsgemäß für Zwecke der Errichtung von Bundesstraßen und Autobahnen verwendet worden, so hätten die auf Artikel VIII a des Bundesfinanzgesetzes 1978 gestützten Kreditoperationen unterbleiben und der daraus entstandene Zinsaufwand vermieden werden können.“

Herr Bundesminister! Eine gravierende Kritik. Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeitsgebot verletzt, unnötige Mehrzinsen verursacht — das ist eine gravierende Kritik, die Sie sich hier vom Rechnungshof zu Recht gefallen lassen müssen, wo man nur hoffen kann, daß das in Zukunft nicht mehr erfolgt.

Wie aber reagierte die Regierungspartei darauf? Auf diese massive Kritik haben Sie, das muß man schon sagen, mit einer einmaligen Vorgangsweise reagiert. Wir standen in den Beratungen unter Zeitdruck, weil die Regierungsklausur anberaumt war und man den Ministern die Möglichkeit geben wollte, noch zeitgerecht hinzureisen. Wir haben daher vorzeitig die Beratungen mit dem Bautenminister beendet, wir haben sogar auf den Herrn Handels- und Energieminister verzichtet, damit er rechtzeitig zur Regierungsklausur kommt, weil wir uns doch dieser wichtigen Klausur gegenüber entgegenkommend verhalten wollten.

**Dkfm. DDr. König**

Was war die Reaktion der Regierungspartei? Während wir also das parlamentarische Frage-rechtfreiwilligeingeschränkt haben, uns zurückgehalten haben, um diese Regierungsklausur zeitgerecht zu ermöglichen, kommt im letzten Moment der Abgeordnete Tull daher, bringt ein zehn Seiten langes Papier einer Besprechungsniederschrift zwischen Finanzministerium und Rechnungshof, das niemand sonst hat, und stellt den Antrag, das muß in den Bericht aufgenommen werden; Vereinbarungen, Absprachen, Schriftwechsel zwischen Ressorts müssen in unseren parlamentarischen Bericht aufgenommen werden. Daß natürlich hier die Opposition, noch dazu angesichts eines so entgegenkommenden Verhaltens im zeitlichen Ablauf, verständlicher-weise reagiert, ist klar.

Sie haben dann, Herr Kollege Tull, ich will das hier anerkennen, Ihren Antrag zurückgezogen beziehungsweise modifiziert, und es wurde dieses Papier dann lediglich dem Protokoll beigelegt, nachdem es vorher verteilt worden ist. Wir haben aber dann, und das möchte ich doch hier sagen, festgehalten — das steht ja sonst nirgends, sondern nur im Protokoll, daher möchte ich es hier auch vorlesen —, daß Präsident Kandutsch zu diesem Papier eindeutig folgendes festgestellt hat:

„Der Präsident des Rechnungshofes“ — so steht es im Protokoll — „verteilt an die Abgeordneten im Ausschuß eine Information laut Beilage Nummer 2“ — besagtes Zehn-Seiten-Papier — „und gibt hiezu ergänzend die Erklärung ab, daß im Absatz 3 Punkt 7 mit dem Begriff ‚nicht weiter verfolgt wird‘ nur gemeint ist, darauf zu verzichten, daß weitere Darstellungen des bereits ausdiskutierten Rechtsstandpunktes durch die Beamten der beiden Ressorts, die Notwendigeres zu tun haben, erfolgen. Die Aufnahme einer entsprechenden Fußnote auch in künftigen Rechnungsabschlüssen entspricht dem Rechtsstandpunkt des Rechnungshofes.“

Das heißt, der Versuch, mit dem Papier so zu tun, als wäre das alles ohnehin weg-gewischt, dieser Versuch ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Denn der Rechnungshof stellt hier zweierlei fest: Erstens, der Rechtsstandpunkt, den der Rechnungshof einge-nommen hat, bleibt unverändert, und zweitens, was ich vollinhaltlich teile, die Beamten des Rechnungshofes und des Finanzministeriums haben Wichtigeres zu tun, als sich hier in einer nutzlosen Darstellung zu verzetteln, wenn man nicht bereit ist, endlich bereit ist auch vom Ressort und von der Regierung her, gerechtfertigte Kritik des Rechnungshofes auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Da bricht dem Minister kein Zacken aus der Krone. Jeder wird verstehen, daß überall, wo gearbeitet wird, etwas passieren kann. Aber es dann vertuschen zu wollen, weg-wischen zu wollen, nachträglich durch Gesetze reparieren zu lassen und dann so zu tun, als wäre es vorher auch schon rechtmäßig erfolgt, das ist etwas, was wir einfach nicht hinnehmen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dann, muß ich sagen, ist etwas passiert, was in der parlamentarischen Geschichte eigentlich einmalig ist.

Meine Damen und Herren! Es ist üblich, und alle jene Kollegen, die als Berichterstatter oder als Vorsitzender in einem Ausschuß tätig sind, wissen, daß der Bericht für das Haus so zusammengestellt wird, daß aus den Erläuterungen der Vorlage Teile herausge-nommen werden, ausgewogen, als Bericht zusammengestellt werden; es kommen dann die Wortmeldungen dazu, es kommen die Abstimmungen dazu, es erfolgt der Berichts-antrag.

In seltenen Fällen, wenn man im Ausschuß darüber spricht und sich einigt, in Ausnahmefällen also, können auch wörtliche Aussagen passagemäßig aufgenommen werden. Das ist hier nicht der Fall gewesen, ist auch eigentlich beim Rechnungsabschluß nie der Fall.

Nach Schluß der Sitzung — nach Schluß der Sitzung! — werde ich von Beamten der Parlamentsdirektion informiert, daß in den abgesprochenen Berichtsentwurf eine Passage aufgenommen werden soll, die der Finanz-minister im Ausschuß wörtlich erklärt haben soll. Ohne daß im Ausschuß die Möglichkeit war, darüber zu reden, ohne die Möglichkeit, daß auch eine Passage des Herrn Rechnungs-hofpräsidenten, die sich darauf bezieht, auf-genommen wird, ohne abzuklären, ob das überhaupt gesagt worden ist, ist das einfach verlangt worden.

Und auf meine Frage, wo ist der Herr Berichterstatter, wurde mir gesagt, er mußte schon weg, es hat mir das sozusagen der Beamte der Parlamentsdirektion überbracht.

Ich möchte hier gleich, damit kein falscher Eindruck entsteht, von Haus aus feststellen, daß ich dem Kollegen Fertl, dem Bericht-er-statter, meinen Dank dafür ausspreche, daß er letztlich eine objektive Berichtsausfertigung ermöglicht hat. Das möchte ich hier zu allem Anfang eindeutig feststellen.

Nur: Das ändert nichts daran, daß diese Vorgangsweise wirklich in der Parlaments-geschichte einmalig war.

Ich mußte dann sagen: Bitte schön, es besteht jetzt keine Möglichkeit mehr, das abzuklären mit den anderen Fraktionen.



**Dkfm. DDr. König**

Daraufhin wurde mir gesagt: Es besteht aber hier schon eine Absprache mit dem Sektionschef des Finanzministeriums über den Text, der Berichterstatter will das, und das muß so hinein!

Dann habe ich das mit meinen Aufzeichnungen und mit dem Bericht der „Parlamentskorrespondenz“ verglichen, habe dort festgestellt, daß jedenfalls der Mittelteil dieser Aussagen nicht aufscheint und weder nach meinen Aufzeichnungen noch nach der „Parlamentskorrespondenz“ gesagt wurde.

Es hat mir dann der Vertreter der Parlamentsdirektion auch beigeppflichtet, daß ein Teil dieser von mir kritisierten Passage auch seiner Erinnerung nach gar nicht gesagt wurde. Und es wurde dann auch in der späteren Folge zugegeben, daß das wirklich nicht gesagt wurde, daß das also irrtümlich, wie es dann geheißen hat, hineingekommen ist.

Meine Damen und Herren! Ich muß wirklich sagen: Das ist ein einmaliger Vorgang!

Ich habe dann gesagt: Ich unterschreibe nicht etwas, was meiner Aufzeichnung nach und, wie gesagt, teilweise sogar auch bestätigt von der Parlamentsdirektion gar nicht gesagt worden ist! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.*) Worauf man dann erklärt hat, ich soll das streichen und dann meine Unterschrift daraufsetzen. Das habe ich getan.

Es wurde also die Passage gestrichen und das übrige belassen. Und so ging der Bericht weg.

Und dann habe ich zu meiner Überraschung erfahren durch den Kollegen Tull, der ja maßgeblich auch im Rechnungshofausschuß mitwirkt, daß diese gestrichene Passage wieder hineinkommt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Nun muß ich also sagen: Das ist schon eine überraschende Mitteilung gewesen, nachdem der Bericht mit der Streichung bereits unterschrieben war, und ich mußte daher der Parlamentsdirektion mitteilen, daß eine Veränderung des unterschriebenen Berichtes zur Folge hat, daß ich meine Unterschrift zurückziehe.

Und jetzt kam folgendes: Wie ich der Beilage der Information zum Präsidialprotokoll entnehme, hat, nachdem ich die Unterschrift zurückgezogen hatte, weil der Bericht nachträglich verändert wurde, mein Stellvertreter, der Kollege Pichler, den abgeänderten Bericht unterschrieben. (*Zwischenruf des Abg. Doktor Mock.*) Jedenfalls steht es wörtlich so da.

Es heißt hier: Der Ausschußobmann — das ist die Beilage für das Präsidialprotokoll — zog seine Unterschrift zurück, und der Bericht wurde vom Obmannstellvertreter unterfertigt.

Jetzt muß ich sagen: Da schlägt es dreizehn! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das, muß ich wirklich sagen, ist eine Vorgangsweise, für die mir jedes Verständnis fehlt, und ich anerkenne, daß die Präsidialkonferenz das nicht zur Kenntnis genommen und dort erklärt hat, daß selbstverständlich nur bei Verhinderung des Obmannes der Obmannstellvertreter das unterschreiben kann.

Und ich glaube, man muß auch hier dem Haus zur Kenntnis bringen, was die Präsidialkonferenz aus diesem Anlaß gesagt hat. Sie hat nämlich gesagt laut Präsidialprotokoll vom 29. Jänner: Es besteht Einvernehmen, daß sich demnach die Berichterstattung auf die tatsächlichen Vorgänge im Ausschuß zu beschränken — nicht irgendwelche Wortmeldungen, die da abgesprochen sind zwischen Ministerium und sonst wem — und daß der Obmannstellvertreter den Bericht nur im Falle der Verhinderung des Obmannes zu unterfertigen hat. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß der Herr Präsident Benya sich bedanken würde (*Zustimmung des Abg. Dr. Mock.*), wenn er seine Unterschrift verweigert und es würde einer der anderen Präsidenten einfach die Unterschrift daraufsetzen.

Also bitte, ich finde, das ist schon eine Vorgangsweise, die wirklich einmalig ist (*Zwischenruf des Abg. A. Schlager.*), und ich muß sagen, daß ich es dem Kollegen Fertl hoch anrechne, daß er dann, wie wir darüber gesprochen haben, sich dazu bekannt hat, daß diese Passagen wieder gestrichen werden und daß der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt wird und damit eine objektive Berichtsabfassung möglich war. Ich anerkenne das, und ich glaube, daß damit dem Parlamentarismus ein guter Dienst erwiesen wurde, und hoffe nur, daß eine solche Vorgangsweise keine Wiederholung mehr findet. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Blenk: ... Verständnis für Demokratie!*)

Meine Damen und Herren! Gerade der Rechnungsabschluß 1978 zeigt, daß eine wirksame Kontrolle nur möglich ist, wenn im neuen Haushaltsrecht nicht nur, bitte, eine größere Flexibilität im Budgetvollzug ... (*Abg. Dr. Schiwmer: Wie beim Arbeiterkammergesetz! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Ist das in Ordnung? — Abg. Babanitz: Was hat das mit der Arbeiterkammer zu tun? — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Wenn Sie mir gestatten fortzufahren: Ich glaube, daß der Rechnungsabschluß 1978 zeigt, daß wir bei den Beratungen im Haus-

**Dkfm. DDr. König**

haltsrecht nicht nur, wie es der Herr Finanzminister verständlicherweise wünscht, mehr Flexibilität für den Budgetvollzug vorsehen müssen, sondern daß wir vor allem auch die Kontrollrechte dieses Hauses verstärken müssen, die Kontroll- und die Mitwirkungsrechte. Denn auf Seite XXXI lesen wir, daß die Vorbelastungen bereits 117 Milliarden Schilling umfassen; 1978: inzwischen sind sie gestiegen. Bei einem Rahmen von 265 Milliarden ist das fast ein halbes Budget! Das sind die Vorbelastungen, auf die das Parlament überhaupt keinen Einfluß hat. Wir haben kein Mitspracherecht. Wenn die kommenden Budgets verpfastert werden durch Vorbestellungen und Vorbelastungen, haben wir darauf keinen Einfluß. Ich glaube, daß das ein wesentlicher Punkt ist.

Oder etwa, wenn der Herr Finanzminister Finanzschulden aufnimmt mit langen, tilgungsfreien Jahren, haben wir darauf keinen Einfluß, und der Rechnungshof sagt auf Seite XXI: Der größte Teil der Schulden ist erst in späteren Finanzjahren fällig.

Also es werden die Schulden auch noch verschoben und massiert auf die späteren Finanzjahre, und über die Belastung und Einengung des Budgetspielraumes durch die Aufnahme von Verwaltungsschulden, die auch dem Hohen Haus entzogen sind, wurde hinlänglich gesprochen.

Ich glaube daher, daß ein neues Haushaltsrecht nur in der Ausgewogenheit zwischen mehr Flexibilität und besserer Mitwirkung und Kontrolle durch dieses Haus gestaltet werden kann, und ich glaube, daß das auch ein legitimes Anliegen der Regierungspartei im Sinne eines wohlverstandenen Parlamentarismus sein müßte. Nur dann nämlich könnte auch die gewaltige Verschuldungspolitik, die heute als Konzept zur Arbeitsplatzsicherung gepriesen wird, rascher in ihren Folgen erkannt werden, nämlich daß die positiven Folgen einer geborgten Konjunktur nur vorübergehend sind und mit ständig steigenden Zinsenbelastungen sowie Zahlungen an das Ausland erkauf werden, die auf lange Sicht den Spielraum für Investitionen im Budget verringern, die Zahlungsbilanz belasten und schließlich und endlich zu einem bösen Erwachen aus dem so schönen Traum von einer Insel der Seligen führen müssen.

Wie wenig der Budgetvollzug, die Budgetpolitik der Regierung und des Finanzministers eine gelungene ist und ein klares Konzept zu verwirklichen darstellt, zeigt, wie sehr der Finanzminister zwischen Budget und Rechnungsabschluß eine Kluft entstehen hat lassen, die die Budgetwirklichkeit darstellt, und wie

sehr der Finanzminister heute Getriebener seiner Ausgaben- und Verschuldungspolitik geworden ist.

Das, bitte, ist dieser Widerspruch zwischen Budgeterwartung, also das, was uns vorgelegt wurde bei der Budgetrede, und der Budgetvollzugswirklichkeit, das ist das, was heute durch den Rechnungsabschluß sichtbar wird. Daher stimmen wir auch diesem Rechnungsabschluß zu und danken den Beamten des Rechnungshofes und seinen Funktionären für diese Arbeit, weil sie uns in die Lage versetzt, eine objektive Grundlage in der Hand zu haben, die einen Beitrag liefert, die in Zahlen gegossene Regierungspolitik aus dem Dunstkreis des politischen Zweckoptimismus wieder in die nüchterne Wirklichkeit zurückzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tull.

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn ein Budget ein in Zahlen gegossenes Regierungsprogramm ist *(Abg. Dr. Schwimmer: Manipulation!)*, dann ist zweifelsohne folgerichtig der Bundesrechnungsabschluß die Bilanz dieser Regierungspolitik. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)* Ich glaube, es wird notwendig sein, ehe ich auf die etwas kuriose Faschingsrede des Herrn Kollegen König zu sprechen komme — Aschermittwoch ist vorbei *(Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP: Das haben Sie notwendig!)* —, doch einige Widersprüche aufzuzeigen. Allerdings andere Widersprüche als jene, die Kollege König geglaubt hat, hier monieren zu können. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kraft: Sie sind ja nicht in Vöcklabruck, Herr Tull!)*

Es soll der Widerspruch aufgezeigt werden zwischen dem, was anlässlich der Verabschiedung des Budgets 1978 die Redner der Österreichischen Volkspartei vorausgesagt, prophezeit haben, und dem, was dann eingetroffen ist *(Abg. Dr. Schwimmer: ... Manipulation!)*, was nunmehr an Tatsachen und Fakten, Herr Kollege Schwimmer, dargestellt hier in diesem Bundesrechnungsabschluß, zutage getreten ist. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben von Tatsachen und Fakten zu reden, ...)*

Herr Kollege Dr. Taus hat als Hauptredner anlässlich der ersten Lesung des Budgets 1978 am 3. November folgendes wörtlich erklärt: „Mit dem Budget 1978 hat die sozialistische Regierung den Vorrang der Vollbeschäftigungspolitik aufgegeben. Das ist eine eindeutige Feststellung, die sich aus dieser budgetpolitischen Linie ergibt. Nun aber“, führte Taus weiter aus, „haben Sie sich endgültig

**Dr. Tull**

und für alle deutlich von der Linie der Vollbeschäftigung entfernt.“

Dr. Taus sagte weiter: „Der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister haben mit diesem Konfusionsbudget den Vorrang für die Vollbeschäftigung aufgegeben. Dieses Budget“, weissagte damals Herr Dr. Taus, „entlarvt aber diese Regierung, es geht hier ausschließlich um eine Loch-auf-Loch-zu-Politik, aber längst nicht mehr um eine konzeptive Politik zur Sicherung der Arbeitsplätze.“

Und schließlich sagte Taus: „Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, daß die Regierung mit diesem Budget Vollbeschäftigungspolitik nicht mehr betreiben kann.“

Nun, meine Damen und Herren, wie sahen die Tatsachen aus? 1978 gab es 2 758 000 unselbständig Beschäftigte, um 21 000 mehr als 1977. Die Arbeitslosenrate mit 2,1 Prozent war 1978 die niedrigste unter allen Industriestaaten. Es ist unbestreitbar, daß in den 70er Jahren 400 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen worden sind, während in den 60er Jahren nur 76 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen worden sind.

Da spricht Herr Dr. Taus von einem „Konfusionsbudget“, von einer „Loch-auf-Loch-zu-Politik“. Da sagt er, daß es keine konzeptive Politik gäbe.

Herr Dr. Taus hat am 1. Dezember als Hauptredner in der Generaldebatte weiter erklärt, es wird sich in Österreich nur mehr schwerlich jemand finden, der die Ansicht vertritt, daß die Budgetpolitik dieser Regierung erfolgreich ist. Nun, Sie glaubten damals, behaupten zu können, daß die Regierungspolitik nicht erfolgreich gestaltet werden könnte, und siehe da, das Volkseinkommen ist im Jahr 1978 um 6,6 Prozent gestiegen, die Inflationsrate belief sich auf 3,6 Prozent, während sie ein Jahr vorher 5,5 Prozent ausmachte (*Abg. Graf: Ist das schon Tull oder noch Taus?*), und das Pro-Kopf-Einkommen, Herr Kollege Graf, der Arbeitnehmer betrug 1978 11 952 S, während es 1977 11 171 S betragen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und Taus erdreistete sich damals, das Budget 1978 als „Hausnummernbudget“ zu bezeichnen. Er sprach damals von chaotischen Zuständen. Meine Damen und Herren, aber Taus hat damals ja weitere Feststellungen getroffen, die sich wieder einmal nachher als falsch erwiesen haben, die wieder einmal nichts anderes bedeuteten als den Versuch, Unruhe, Verunsicherung zu schaffen.

Er hat damals gesagt, daß die österreichischen Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig

wären, daß der Spielraum des Staates für öffentliche Investitionen und für eine aktive Wirtschaftsförderung im Jahr 1978 immer geringer werde.

„Das ist leider“, sagte er damals, „meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die Wahrheit über Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik.“ Nein, meine Damen und Herren, die Wahrheit ... (*Zwischenruf des Abg. Graf.*)

Herr Kollege Graf, Ihnen ist natürlich nicht sehr angenehm, daß man Sie heute mit dem konfrontiert, was Sie damals vorausgesagt haben, daß man Ihnen den Spiegel vors Gesicht hält (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Es ist mir nicht angenehm? Im Gegenteil! Ich genieße das!*), daß man Ihnen beweist, wie Sie damals, wie in den vergangenen Jahren, permanent — seit 1970 in ununterbrochener Folge — diese entsetzliche Schwarzmalerei, diese ewige Lamentierungspolitik betrieben (*Abg. Graf: Rot werde ich malen! Ihnen zu Ehren!*), und dann kommt Herr Kollege König hierher und sagt seelenruhig, daß im Grunde genommen doch die Menschen in diesem Staate es so schlecht gehabt hätten im Jahre 1978, daß es ihnen so schlecht gegangen wäre. Die Bevölkerung wüßte das nicht. O ja, die Bevölkerung weiß das ganz genau, denn die Bevölkerung hatte in der Zwischenzeit einmal die Möglichkeit, ein Votum abzugeben und sich mit unserer Wirtschafts-, mit unserer Finanzpolitik, mit unserer Regierungspolitik ausgiebig zu beschäftigen.

Unterstellen Sie den Österreicherinnen und Österreichern, daß sie unter Umständen auf dem Mond lebten? Nein, meine Damen und Herren, die Pensionisten, die Arbeiter, die Angestellten, die Selbständigen, die haben im Jahre 1978 erlebt, wie es in diesem Lande gewesen ist. Sie haben doch als Zeugen miterleben können, wie es auch damals unter den schwierigen weltwirtschaftlichen Verhältnissen in diesem Lande weiter aufwärts gegangen ist.

Tatsache ist, daß auch die Investitionen im Jahre 1978, im Gegensatz zu dem, was Taus vorausgesagt hat, nicht geringer wurden, sondern weiter gestiegen sind, daß das mit eine der Ursachen dafür gewesen ist, daß wir Vollbeschäftigungspolitik gehabt haben, daß die Einkommenspolitik positiv gestaltet werden konnte, daß der Lebensstandard verbessert worden ist, daß es im Jahre 1978 allen Menschen in diesem Lande doch wesentlich besser gegangen ist, als beispielsweise vielen in den EWG-Staaten oder in den anderen Industrieländern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Dr. Tull**

Herr Kollege König hat, wie könnte es denn anders sein, natürlich wiederum das Problem der Staatsverschuldung hier angeschnitten und so getan, als ob dies im Grunde genommen letzten Endes alles ein Fluch sei, die Schulden seien gestiegen, wir hätten im Grunde genommen nichts anderes als eine geborgte Konjunktur und hat, wie könnte es anders sein, so gesprochen, als ob diese Staatsverschuldung im Jahr 1978 eine geradezu besorgniserregende Dimension angenommen hätte.

1978 beliefen sich die Staatsschulden auf 199 Milliarden Schilling, das steht unumwunden fest. (*Abg. Dr. Schüssel: Sind Sie nicht besorgt?*)

Herr Kollege Schüssel, das macht immerhin 23,73 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Aber wie sieht es denn international aus, Herr Kollege Schüssel? Sie wissen doch ganz genau, daß Österreich damals international gesehen zu jenen Staaten gehört hat, die die niedrigste Verschuldung gehabt haben. Unter 33 Staaten in der Welt lag Österreich hinsichtlich der Verschuldung auf dem 12. Platz.

Die öffentliche Verschuldung — weil Sie fragen, ob ich nicht beunruhigt sei —: Unter den 13 OECD-Ländern lagen wir damals auf dem zweitbesten Platz, die zweitniedrigste Verschuldung unter 13 OECD-Ländern, also wozu diese ganze Hysterie, die Sie hier entfachen, wozu diese Katastrophenstimmung, die Sie hier mit aller Gewalt schaffen wollen.

Wir lagen im Jahre 1978 — und wir haben heute den Bundesrechnungsabschluß 1978 zu behandeln — außerordentlich günstig. Das ist doch letzten Endes auch der Grund, warum damals, warum aber auch heute Österreich diese hohe Kreditwürdigkeit im Ausland genießt. Lesen Sie doch den letzten OECD-Bericht und Sie werden es bestätigt finden, daß Österreichs Kreditwürdigkeit überall in der Welt nicht kleiner, sondern größer geworden ist! Das kann doch nicht darauf zurückzuführen sein, daß diese Wirtschaft schlecht geführt worden ist, daß die Finanzpolitik falsch war, sondern das ist doch genau das Gegenteil, das ist nämlich darauf zurückzuführen, daß wir eine gute Wirtschaftspolitik geführt haben, daß unsere Wirtschaft gesund ist und daß man daher dieser Wirtschaft, dieser Republik Österreich allenthalben größtes Vertrauen entgegenbringen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Natürlich war auch zu erwarten, daß sich der Herr Kollege Dr. König als der Sprecher der Österreichischen Volkspartei mit dem Problem der Steuerbelastung beschäftigt. Er hat es so getan, als ob die im Jahre 1978

bestandene Belastung mit 40,6 Prozent geradezu alarmierend gewesen sei. (*Abg. Dr. Schwimmer: Wollen Sie noch mehr haben?*)

Allerdings hat er vergessen zu sagen, daß die Steuern davon, Herr Kollege Heinzinger, ja nur 25,4 Prozent ausmachen. Diese Steuerquote ist im Grunde genommen in den letzten 10 Jahren nicht gestiegen, sondern konstant geblieben; im Gegensatz dazu machen die Sozialversicherungsbeiträge 15,2 Prozent aus, das ist aber der Preis, den wir gerne für die soziale Sicherheit in diesem Lande, die das Unterpand unseres sozialen Friedens schlechthin, der geordneten politischen Verhältnisse ist, zu zahlen bereit sind. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Wo bleiben die Argumente?*)

Wie sieht es denn mit dieser Belastungsquote im Vergleich zu anderen Staaten aus, Herr Kollege Kohlmaier? In Schweden 53,2 Prozent, Niederlande 49,9 Prozent, Norwegen 45,2 Prozent, Belgien 42,4 Prozent, Dänemark 41,9 Prozent, Frankreich 40,8 Prozent. So läßt sich das fortsetzen. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß der Anteil des Bundes an den öffentlichen Abgaben seit 1965 zurückgegangen ist, besonders seit 1970.

Ich war sehr erstaunt, als ich gestern einen Artikel in der an und für sich von mir sehr geschätzten Wochenzeitung „Die Furche“ gelesen habe, als Aufmacher mit dem Titel: „Nur mit Ach und Krach“. „Affäre um den Rechnungsabschluß 1978“. Da heißt es:

„Um das Defizit optisch in Grenzen zu halten, werden beim Voranschlag einfach die Einnahmen über- und die Ausgaben unterschätzt.“

Aneinander gerieten Finanzminister und Rechnungshof auch bei der Frage der Gesamtsteuerbelastung in Österreich.“

Und dann heißt es weiter:

„Hart blieben dagegen die Fronten in einer anderen Frage: Im Zusammenhang mit dem Defizit von 50,64 Milliarden Schilling stellte der Rechnungshof fest: ‚Der tatsächliche Gesamtgebarungsabgang ... lag mit 1 284 Millionen Schilling über dem vom Gesetzgeber genehmigten Abgang‘. Das heißt: Androsch hat den gesetzlichen Abgangsrahmen ohne gesetzliche Ermächtigung um fast 1,3 Milliarden Schilling überschritten.“

Es ist nur verständlich, wenn Androsch im Rechnungshofausschuß für seine Sache argumentierte.“ Wobei jetzt nichts mehr von diesen Argumenten ausgeführt ist. Der Informant dieser Zeitung sitzt ja zweifelsohne hier, ich glaube, es ist nicht sehr schwer zu erraten, von wem die Informationen aus dem

**Dr. Tull**

Rechnungshofausschuß an diese Zeitung gegangen sein können. Daß diese Informationen, die im Grund genommen nichts anderes bedeuten als eine Irreführung des Redakteurs, denn er ist unrichtig informiert worden, ist klar. Die Details der Ausführungen des Herrn Finanzministers sind einfach unter den Tisch gefallen.

Worum geht es, meine sehr geehrten Damen und Herren? Der Herr Abgeordnete Dr. König hat ja bereits versucht, hier Fragmente, und zwar so wie es seinen Vorstellungen, seinem Konzept entspricht, darzustellen, unvollständig, einseitig, parteipolitisch akzentuiert. (*Abg. Bergmann: Von Manipulation reden Sie nicht!*)

Herr politischer Direktor, gestatten Sie mir, ich beziehe mich ausschließlich auf das Zahlenmaterial des Bundesrechnungsabschlusses: Der genehmigte gesamte Gebarungsausgang belief sich auf 40,425 Milliarden Schilling, der tatsächliche Gesamtgebarungsausgang betrug 50,649 Milliarden Schilling, also es ist somit ein offener, umstrittener Betrag gewesen von 1 284 Millionen Schilling.

Worum geht es nun, meine Damen und Herren bei diesem Problem? — Bei diesem Problem geht es, wie auch bereits Herr Kollege Dr. König kurz angedeutet hat, um die Tatsache, daß die Einnahmen, die tatsächlichen Einnahmen gegenüber dem Budget zurückgeblieben sind.

Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich keinesfalls den österreichischen Unternehmern pauschal irgendwelche böse Absichten unterstelle, Verdächtigungen ausspreche oder gar einfach Behauptungen hier aufstelle, die ich nicht beweisen könnte. Ich will nicht einfach hergehen und sagen, daß diese Mindereinnahmen — es sind sehr beachtliche Mindereinnahmen — ausschließlich auf Steuerhinterziehungen zurückzuführen sind. Ich gebe unumwunden zu, daß auch andere Gründe hier vorhanden sind, die Insolvenzfälle z. B., von denen Kollege König gesprochen hat.

Es gibt sicherlich auch bewußte Rückstände, es gibt Fälle, wo Unternehmer bewußt nicht zeitgerecht ihren steuerlichen Verpflichtungen nachkommen, das steht außer Streit, wobei wir ganz genau wissen, aus welchen Gründen. Ich will auf diese Gründe jetzt in diesem Zusammenhang heute nicht näher eingehen.

Aber es steht doch auch eindeutig fest, daß beispielsweise bei der Umsatzsteuer von den 5 Milliarden Schilling nicht alles nur darauf zurückzuführen gewesen ist, daß Steuer hinterzogen worden ist (*Abg. Hietl: So eine*

*Unterstellung! Beweise!*), wobei hier sicherlich viele äußerst problematische Fälle vorhanden gewesen sind. Tatsache ist, daß es ja laufend mehr Kontrollen geben muß, um verschiedene säumige Unternehmer, die ich als Außenseiter der gewerblichen Wirtschaft bezeichnen möchte, an ihre Steuermoral mit Nachdruck zu erinnern. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Von den Pfuschern haben Sie noch nie etwas gehört!*)

Schauen Sie, Herr Kollege Kohlmaier, wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. Ich rede ja nicht nur von den nicht abgeführten Umsatzsteuerbeträgen. Wie sieht es denn zum Beispiel mit den nicht abgeführten Lohnsteuerbeträgen aus? Da gibt es ja auch einige hundert Millionen Schilling, das sind doch Beträge, die die Arbeitnehmer pünktlichst abliefern, die jedoch die Unternehmer nicht weitergeben, die sie nur treuhändig zu verwalten hätten, die einfach zurückbleiben. (*Ruf bei der ÖVP: Unerhört!*) Ich erfinde nichts, das sind Fakten, das sind Fakten, die man nicht bestreiten kann, weil die Zahlen einfach unumstößlich sind. (*Abg. DDr. König: Nennen Sie ein Beispiel! Begründen Sie das doch! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Aber, meine Damen und Herren, Tatsache ist doch, daß zweifelsohne auch dadurch, daß die Inflationsrate geringer geworden ist, sich das natürlich auch entsprechend ausgewirkt hat.

Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß Mindereinnahmen vorhanden gewesen sind, die einfach durch entsprechende Aktionen beziehungsweise durch die Gebarungsnotwendigkeiten abgedeckt werden mußten. (*Abg. Dr. König: Was ist mit der nichtabgeführten Lohnsteuer? Sagen Sie das doch!*)

Tatsache ist, Herr Kollege Dr. König, daß nichtgenehmigte Mehrausgaben diesem Abgangsbetrag nicht zugrunde gelegen sind. Das ist doch eine Tatsache! (*Abg. Bergmann: Zählen Sie fünf Betriebe auf!*)

Nun die Frage: Was ist mit diesen 1 284 Millionen Schilling, was ist mit jenem Absatz, mit jener Passage, die auf Grund Ihres Einschreitens nicht in den Bericht aufgenommen werden durfte?

Tatsache ist, daß der Finanzminister im Rechnungshofausschuß wörtlich erklärt hat:

Durch die geringe Größenordnung von etwa 1/2 Prozent der Gesamteinnahmen sind solche Mindereinnahmen erst in einem Zeitpunkt erkennbar, wo zum Ausgleich Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen nicht zur Verfügung stehen und legislative Maßnahmen nicht mehr getroffen werden können.

**Dr. Tull**

Das ist der Grund, warum es einen erhöhten Abgang im Ausmaß von 1 284 Millionen Schilling gegeben hat, nicht aber, weil der Finanzminister Mehrausgaben vorgenommen hat, und nicht deswegen, weil der Finanzminister hier bewußt irgend etwas manipulieren wollte, sondern weil infolge der gesamten Entwicklung eine andere Möglichkeit nicht geboten gewesen ist, da keine legislativen Maßnahmen unternommen werden konnten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich aber anlässlich der Behandlung des Bundesrechnungsabschlusses doch noch mit einem anderen Problem beschäftigen, das im Rechnungshofausschuß eine sehr große Bedeutung besessen hat. Nach der Sitzung des Rechnungshofausschusses hat der „ÖVP-Pressedienst“ in einer Aussendung folgendes erklärt:

Der Vorarlberger ÖVP-Abgeordnete Hagspiel verwies im Zusammenhang mit der konzeptlosen Budgeterstellung (*Rufe bei der ÖVP: Jawohl!*) auf den hohen Anstieg der Bundeshaftungen. Von 1969 bis 1978 haben sich diese um 766 Prozent gesteigert und betragen 1978 rund 317 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Nun muß in diesem Zusammenhang doch ein sehr offenes Wort gesprochen werden. (*Abg. Bergmann: Was ist mit der Manipulation?*) Sicherlich sind die Haftungen gestiegen: 1977 betragen sie 176,7 Milliarden Schilling, 1978 waren es 219 Milliarden Schilling. Aber wie sieht es denn mit diesen Haftungen aus? Worum geht es? — Das wird nicht erörtert, das wird nicht dargestellt! Man geht einfach her und sagt: Diese konzeptlose Budgetpolitik; auch die Haftungen sind nun angewachsen.

Die Ausfuhrförderung, die Haftungen für die Ausfuhrförderung betragen 1977 rund 118 Milliarden Schilling, 1978 waren es 159 Milliarden Schilling.

Nun frage ich die Herren des Wirtschaftsbundes — ich frage den Herrn Präsidenten Sallinger, den Herrn Präsidenten Dittrich und den Herrn Präsidenten Graf —: War es denn nicht richtig, daß man für die Ausfuhrförderung entsprechende Haftungen übernommen hat? Ist das nicht darauf zurückzuführen gewesen, daß hier gemeinsame Initiativanträge vorgelegen sind? Gemeinsam hat man hier im Parlament dafür plädiert, den Export Österreichs zu fördern, und zwar durch entsprechende Ausfuhrförderungsbeträge. Das waren Initiativanträge der Abgeordneten Mühlbacher und Mussil sowie Mussil und Mühlbacher, und es ist jeweils auch ein Abgeordneter der FPÖ diesen gemeinsamen Anträgen beigetreten.

Nun aber geht man her und prangert diese Ausfuhrförderung auf Grund dieser gemein-

samen Initiativanträge an. Nunmehr werden sie vom Bauernbündler Hagspiel einfach als verfehlt hingestellt. Diese Beträge wurden doch auf Grund dieser gemeinsamen Anträge bereitgestellt! (*Abg. Bergmann: Das Argument war im Ausschuß schon schlecht, Herr Dr. Tull!*)

Ich frage nun wirklich: Haben Sie die Absicht, in Hinkunft nicht mehr mit uns dafür einzutreten, daß der österreichische Export gefördert wird? — Dann sagen Sie es ehrlich und offen. Es wäre immerhin anständiger, zunächst nein zu sagen und dann bei nein zu bleiben. Wenn Sie aber ja sagen, dann bleiben Sie bitte auch bei diesem Ja. Führen Sie aber dann nicht ein solches zynisches Doppelspiel! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Bergmann: Das Argument war schon im Ausschuß nicht gut!*)

Oder meine Damen und Herren: Wie schaut es zum Beispiel aus mit der Elektrizitätswirtschaft? — 1977 wurden für die Elektrizitätswirtschaft 25 Milliarden Schilling an Haftungen übernommen. Im Jahre 1978 waren es 26,6 Milliarden Schilling. Die Österreichische Volkspartei soll erklären, ob sie für die Förderung, für den Ausbau der österreichischen Elektrizitätswirtschaft ist oder nicht. Wenn ja, dann gibt es kein halbes Ja, genausowenig wie es eine halbe Schwangerschaft gibt. Es gibt nicht ein bißchen Schwangerschaft. Entweder bin ich dafür oder bin ich dagegen! Daher sagen auch Sie, was Sie haben wollen: Entweder Sie sind dafür, dann sagen Sie jawohl. Das wäre konsequent. Oder aber sagen Sie, daß Sie dagegen sind. Dann wissen wir wenigstens, wohin die Reise geht. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Bergmann: Nur Sie waren für die Fristenlösung!*)

Oder Straßenbau: Meine Damen und Herren! Bei jeder Gelegenheit gehen Sie den Bautenminister massiv an, daß auf dem Sektor des Straßenbaues zuwenig geschieht. Auch wir hätten gern mehr Beträge, auch wir würden uns freuen, wenn es noch mehr Möglichkeiten gäbe, den Straßenbau zu forcieren.

Aber wenn Haftungen von 21,3 Milliarden Schilling im Jahr 1978 ausgewiesen sind — 1977 waren es 17,5 Milliarden Schilling —, dann müssen Sie auch den Mut haben, sich dazu zu bekennen. Da geht es nicht, daß ein Herr Abgeordneter Hagspiel das im Rechnungshofausschuß als eine konzeptlose Budgetpolitik deklariert.

So geht es nicht, meine Damen und Herren! Sie müssen endlich wissen, was Sie wollen.

Es geht auf die Dauer nicht an, eine solche doppelbödige Politik zu führen, wie Sie es in der letzten Zeit getan haben.

**Dr. Tull**

Oder Wasserwirtschaftsfonds. Wie oft haben Sie hier schon verlangt, es müßten mehr Mittel für den Wasserwirtschaftsfonds bereitgestellt werden. — Natürlich: Umweltschutz und so weiter. Alles richtig, goldrichtig, meine Damen und Herren! Ich unterstreiche jedes Wort, was in dieser Richtung gesprochen worden ist.

Nun sind 3 600 Millionen Schilling an Haftungen im Jahre 1978 übernommen worden. Der Herr Hagspiel ist dagegen! Der Herr Hagspiel spricht dagegen! Ich möchte gern wissen, was die ÖVP-Bürgermeister von Vorarlberg bis Burgenland sagen, wenn sie nun erfahren, daß ihr Abgeordneter Hagspiel hier im Parlament, im Rechnungshofausschuß dagegen Stellung genommen hat, daß der Bund Haftungen übernimmt, zusätzliche Mittel für den Wasserwirtschaftsfonds bereitstellt, um eben den dringenden Notwendigkeiten entsprechen zu können. (*Abg. Bergmann: Von der Manipulation sollten Sie reden! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! (*Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Bergmann.*) Herr politischer Direktor! Ihr Kollege Josef Höchtel hat auch zehn Gesetze erlassen, zehn Thesen hat er verkündet. Ich lese das in den „Politischen Perspektiven“. Unter anderem sagt Ihr Kollege Höchtel (*Zwischenruf des Abg. Bergmann.*) — Herr Kollege Bergmann, Herr politischer Direktor —:

Die Volkspartei braucht mehr Glaubwürdigkeit. — Ja, sie braucht mehr Glaubwürdigkeit, denn mit einer solchen Doppelzüngigkeit, wie es im Falle Hagspiel gewesen ist, werden Sie auf Dauer gesehen diesem Gebot nicht entsprechen und werden Sie auf Dauer gesehen in der Öffentlichkeit kaum einen Staat zu machen in der Lage sein. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Opposition hat immer wieder mit Recht mehr und verbesserte Kontrollmöglichkeiten verlangt. Wir von der Sozialistischen Partei bekennen uns zur Notwendigkeit, die Regierungstätigkeit scharf zu kontrollieren. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Wir sind der Meinung, daß berechnete Wünsche, Anliegen und Vorschläge auch zu berücksichtigen sind. (*Abg. Bergmann: Wann denn? Bei den Bauernpensionen? — Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Wir haben das nicht nur verbal erklärt, Herr Kollege Kohlmaier. Die Geschäftsordnung des Nationalrates mit den verbesserten Kontrollmöglichkeiten ist erst nach 1970 vom Hause verabschiedet worden.

Erst seit die Sozialisten die stärkste Partei in diesem Hause sind, hat die Opposition verbesserte und vermehrte Kontrollmöglich-

keiten bekommen. Wir begrüßen es. Wir sind der Meinung, meine Damen und Herren, daß das aber auch in der Tätigkeit des Rechnungshofes seinen Niederschlag findet. (*Abg. Doktor Kohlmaier: Warum stimmen Sie dann unseren Antrag nieder?*)

Und wir begrüßen es daher sehr, daß der Personalstand des Rechnungshofes, unseres Kontrollorganes, in der Zeit von 1970 bis heute ganz beachtlich aufgestockt worden ist. Eben weil wir für verbesserte Kontrollen sind, sind wir der Meinung, daß auch der Rechnungshof zusätzliches Personal, zusätzliche Möglichkeiten bekommen soll.

1970, also nach der ÖVP-Ära, gab es im Rechnungshof 177 Bedienstete. Am 31. Dezember 1979 gab es 245. Herr Rangerkommandant, gerade Sie haben keine Ursache, immer wieder von Manipulation zu sprechen. Denn wenn man so viel Butter auf dem Kopf hat wie Ihre Rangers, dann ist es, glaube ich, zweckmäßig, nicht in die Sonne zu gehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß am 31. Dezember 1979 der Rechnungshof 245 Bedienstete gehabt hat, 1980 253, daß also jetzt der Höchststand an Bediensteten da ist. (*Abg. Bergmann: Manipulation!*)

Wir sind diesen Bediensteten für ihre Tätigkeit, die sie ausführen, für uns ausüben, außerordentlich dankbar. Wir sprechen daher den Bediensteten des Rechnungshofes Dank und Anerkennung aus. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Österreich ist in dem zweifelsohne sehr schwierigen Jahr 1978 mit den Problemen dieser Zeit zufriedenstellend fertig geworden. Das Budget 1978, korrekt vollzogen, war, wie der Bundesrechnungsabschluß nunmehr beweist, von einer sozialen Gesinnung und von einem hohen Verantwortungsbewußtsein getragen. Wir stimmen daher dem Bundesrechnungsabschluß 1978 zu. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete DDr. König zu Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Hohes Haus! Der Abgeordnete Tull hat hier die Passage zitiert, die in den Bericht keinen Eingang gefunden hat beziehungsweise dann einvernehmlich vom Berichterstatter und mir gestrichen wurde, und hat dazu erklärt: Tatsache ist, daß der Herr Finanzminister das gesagt hat.

Ich stelle demgegenüber fest, das ist unrichtig. Übereinstimmende Auffassung bestand

**Dkfm. DDr. König**

und besteht zwischen dem Berichterstatter Dr. Fertl und mir, aber auch dem Herrn Parlamentsrat Dr. Ruckser, der mir das bestätigt hat, darin, daß zumindest die Ausführung, die der Kollege Tull hier getan hat, von der geringen Größenordnung von einem halben Prozent der Gesamteinnahmen nie im Ausschuß gemacht wurde.

Herr Kollege Tull, ich würde Sie sehr bitten, daß Sie hier Ihre Erinnerung zu Rate ziehen, damit Sie nicht etwas Falsches hier behaupten, in den Raum stellen und so tun, als ob hier etwas gestrichen würde, was in Wahrheit gesagt worden ist. Umgekehrt ist es der Fall. Es ist hier versucht worden, etwas nicht Gesagtes in den Ausschußbericht hineinzunehmen. Und ich stelle noch einmal fest: Ich anerkenne, daß der Berichterstatter das hier klargestellt hat.

Ein zweites haben Sie behauptet, Herr Abgeordneter Tull: Sie haben hier erklärt, daß Betriebe die Lohnsteuer nicht abgeführt hätten und deshalb wäre es zu den Mindereinnahmen gekommen. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Rechnungshof in seinem Bericht auf Seite 371 zu den Mindereinnahmen an Umsatzsteuer von 5,6 Milliarden Schilling ausführt:

Nach Auffassung des Bundesministeriums für Finanzen sind die Mindereinnahmen im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß entgegen den in der Veranschlagung getroffenen Annahmen der Privatverbrauch um 1,5 zurückging und die Preiserhöhungen geringer ausfielen. Außerdem stiegen die Einfuhren nur mäßig an und nahmen die Insolvenzen zu.

Ihre Ausführungen, Herr Abgeordneter Tull, sind daher unrichtig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Vw. Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Tull, vielleicht darf ich Ihnen etwas erwidern. Sie haben vorhin — ich muß den DDr. König verteidigen, aber mir paßt es so gut in den Übergang hinein — am Beginn Ihrer Rede erklärt, was Dr. König gehalten hätte, wäre eine Faschingsrede gewesen.

Ich darf Sie fragen, Herr Dr. Tull: Was soll denn dann Ihre Rede gewesen sein? *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich glaube, jemand, dem schon lange das Lachen vergangen ist, sollte sich nicht auf die Faschingsbegebe geben.

Aber zur Überleitung, Herr Dr. Tull — und ich möchte behaupten, das ist Manipulation —: Wenn die Opposition berechtigterweise die Ziffern des Rechnungshofes herannimmt,

wo festgestellt wurde, daß die Steuern und ähnliche Abgaben einen Perzentsatz über 40 Prozent ausmachen, dann gehen Sie her — und das, meine ich, ist Manipulation — und nennen uns Staaten, die eine noch höhere Belastung haben.

Bitte, Herr Dr. Tull, darf ich hier festhalten: Und wenn wir in der oberen Hälfte der Mitte liegen würden in Österreich, uns ist aus freiheitlicher Sicht auch diese Belastung noch zu hoch. Und daher unsere Argumente.

Ich will mich auch nicht mit den zum Teil recht differenten Standpunkten zwischen Rechnungshof und Finanzministerium befassen. Meiner Information nach ist ja hier durch Gespräche zwischen den Fachleuten des Rechnungshofes einerseits und des Finanzministeriums andererseits eine Anzahl von beanstandeten Fakten, man kann sagen, ausgeräumt, und es wird sich nicht lohnen, jetzt darüber noch zu diskutieren, wenn in den Folgejahren, vor allem ab 1979, die rechtlichen Formen doch eingehalten werden.

Aber ich muß auf das auch noch einmal zurückkommen, was unter den Allgemeinen Bemerkungen in dem Rechnungsabschluß steht, nämlich, daß das Bruttoinlandsprodukt 1978 mit Steuern und steuerähnlichen Abgaben von 41,8 belastet ist. Dazu die Vergleichszahl aus dem Jahre 1973, damals die Belastung von 36 Prozent.

Der Herr Dr. Tull, der Sprecher der Sozialisten, hat hier nun versucht, aus diesen 41,8 Prozent eine etwas niedrigere Prozentzahl herauszurechnen. Und ich weiß, daß der Rechnungshof vielleicht eine andere Berechnungsgrundlage hat als das Finanzministerium oder auch die OECD-Berechnung. Aber sei es wie es sei, Herr Dr. Tull, eines ist doch sicher: Daß von 1973 bis 1980 eine eminente Steigerung eingetreten ist. Und dieses Faktum bleibt einfach bestehen, egal, ob es nun 40,4 40,8, 41,8 sind, aber gegenüber den 36 Prozent im Jahre 1973, auch wenn man hier eine andere Berechnungsgrundlage nimmt, bliebe die Steigerung auf alle Fälle.

Man muß sich auch fragen: Wie kommt es dazu, daß die Belastungen, Steuern und Abgaben in Österreich von Jahr zu Jahr steigen? — Offensichtlich ist man in Österreich von der Steuerschraube zur Daumenschraube übergegangen. Das krassste Beispiel dazu ist zweifellos die Lohnsteuerentwicklung.

Wenn man sich an Hand einer Tabelle die Zahlen anschaut, sieht man, daß im Jahre 1970, als die Sozialisten in die Alleinregierung kamen, das Lohnsteueraufkommen rund 10,5 Milliarden Schilling betrug und



**Dipl.-Vw. Josseck**

wir jetzt im Jahre 1978 bei 51,3 Milliarden stehen. Da muß man sich doch fragen, wieso in acht Jahren eine derart exorbitante Steigerung beim Lohnsteueraufkommen eingetreten ist.

Dazu muß man auch sagen, daß für 1980 bereits im Voranschlag schon ein Betrag von 61 Milliarden angesetzt ist, der also ein Viertel des gesamten Steueraufkommens darstellt.

Aber was heißt das — und das muß man sich vor Augen halten —: daß nämlich die Lohnempfänger heute eingerückt sind in eine Steuerprogression, die vor Jahrzehnten erstellt wurde für hohe und Höchst Einkommen. Und heute ist bereits der Mann mit dem kleinen und mittleren Einkommen in einer Steuerprogression drin, die dem Finanzminister dieses hohe Einkommen an Lohnsteuer bringt.

Und dann gibt es zwei Politiker — ich will nicht sagen namhafte —, einer dieser Politiker ist der Dr. Tull, und der zweite Politiker — ich habe gesagt: nicht namhaft, Sie können daher ruhig hinausgehen, Herr Dr. Tull, — ist Dr. Nowotny, Universitätsprofessor seines Zeichens, die es einfach nicht unterlassen können, immer wieder „ein Schäufel nachzulegen“, wie man so sagt, in der Diskussion der Steuerhinterziehung. Ich frage mich, warum heißt Dr. Nowotny, seines Zeichens Universitätsprofessor, man kann ihm also einen gewissen Intelligenzquotienten doch zumuten, immer wieder diese Frage an? Ist es seine Idee, oder ist das womöglich abgesprochen, denn es ist interessant zu vermerken, daß, wenn Professor Nowotny behauptet, jeder Österreicher sei ein Steuerhinterzieher, die Folgen ja nicht lange auf sich warten lassen. Die Folge daraus ist, daß der Finanzminister eine „Aktion scharf“ ankündigt und auch durchführen läßt. Ich sagte schon, von der Steuerschraube über die Daumenschraube, und wir stehen doch heute faktisch echt bei der Steuerspionage.

Wenn — hier gibt es Unterlagen, und die Kammer der Steuerberater hat auch in einem Artikel klar die Vorkommnisse zum Ausdruck gebracht — der Finanzminister mit seinem Budget nicht mehr zu Rande kommt, dann heißt es einfach: Geht hinaus, ihr Prüfer und Finanzbeamte, und bringt mir mehr herein! Dann gehen halt Beamte — bitte, kein Vorwurf gegen die Beamten, die arbeiten natürlich im Auftrag — über Friedhöfe, womöglich noch im schwarzen Anzug mit Blumen in der Hand und einer Träne im Knopfloch, und machen gar nichts anderes, als nur zuschauen: Wer baut seinen Verstorbenen ein Grab, das womöglich überstandes-

gemäß ist; wer baut sich eine Grabstätte mit Marmor, oder wer baut ein teures schmiedeeisernes Kreuz, um daraus Schlüsse zu ziehen und denjenigen dann steuerlich zu überprüfen: Wo hat der Steuerpflichtige eigentlich das Geld her, um für seine verstorbenen Familienmitglieder solche Grabstätten errichten zu können?

Da muß ich fragen: Bitte, wo sind wir in Österreich hingelangt, daß es bereits so weit kommt?

Es wird dann immer wieder von diesen beiden Herren aufgeschaukelt, die Österreicher seien halt notorische Steuerhinterzieher. Ich meine, das ist nicht nur peinlich, sondern mir fehlen einfach die Worte zu diesen Maßnahmen.

Aber damit nicht genug. Dieselben Beamten gehen dann auch in die Reisebüros oder stellen sich auf den Flugplatz und schauen, wer mit Neckermann nach Caorle fliegt — kann sich der das leisten? Hier geschieht ein Anheizen von Emotionen, es kommt zum „Vernadern“, wie man in Österreich so schön sagt. Anonyme Anzeigen werden selbstverständlich rigoros verfolgt, und aus diesem Staat macht man langsam, aber sicher auf diese Art und Weise einen Staat, der vom Mißtrauen geprägt ist, Überwachungen an allen Ecken und Enden, der Dirigismus nimmt breiten Raum ein, es ist ohnehin schon fast alles reglementiert und der freie Spielraum des einzelnen wird weitgehend eingeengt.

Aber dieselbe Finanzinstitution ist aber auf der anderen Seite nicht in der Lage, am Jahresende — bitte sich noch einmal den Wirbel in den Finanzämtern anzuschauen — diesem Wirbel Herr zu werden. — Der Herr Kollege Hirscher schaut mich ganz vorwurfsvoll an, weil ich über seinen Beruf spreche. Aber es ist doch so, Herr Kollege: Am Jahresende oder am Jahresanfang wird derjenige, der mit seiner Lohnsteuerkarte zum Finanzamt wandert und schaut, daß er sich auf Grund der Gesetzeslage ein paar Schilling zurückholen kann, doch zu einer Nummer degradiert. Da werden schon Nummernapparate angeschafft, dann reißt man die Nummer ab, mehr als 23 werden ja nicht vorgenommen, denn dann ist die Kapazität des Beamten und der Beamte selbst erschöpft, und das auch nur dreimal in der Woche, weil nur drei Sprechtag pro Woche sind, und dadurch kommt es zu diesen Schlangen. Man darf sich daher nicht wundern, denn der Österreicher wird auf der einen Seite, wenn er selbst einmal zum Amt geht und etwas braucht, dort nicht gerade sehr freundlich, zuvorkommend und schnell behandelt,

**Dipl.-Vw. Josseck**

aber auf der anderen Seite spürt jeder einzelne in Österreich den Steuerdruck.

Und dieses Immer-wieder-Schüren des Klassenkampfes — dann geht man wieder einmal her und beschimpft einen anderen, der vielleicht zwei Wohnungen oder zwei Häuser hat —, ich glaube, damit sollte man doch gerade von der linken Reichshälfte endlich einmal Schluß machen und aufwachen und sich überlegen, wie man diese Probleme gemeinsam in den Griff bekommt.

Es ist einfach erschreckend, wenn selbst der Vorsitzende der Steuerreformkommission sagt, in der Argumentation ist ihm vorgekommen, daß von einer gewissen Seite jeder Österreicher und jeder Wirtschaftstreibende schlechthin als Steuerhinterzieher dargestellt wird, und man doch bitte endlich aufhören soll, eine Einteilung zu treffen in Ausbeuter und Ausgebeutete.

Dr. Tull hat — in einem großen Artikel stand es geschrieben — auch heute wieder von Steuerschnüffelei gesprochen, so möchte ich es bezeichnen, welchen Erfolg diese letztendlich eingebracht hat, und das wäre für ihn der schlüssige Beweis, wie die Österreicher die Steuer hinterziehen. Er hat auch von der nicht abgeführten Lohnsteuer gesprochen. Herr Dr. Tull und meine Herren von den Sozialisten, bitte bemühen Sie sich doch einmal und schauen Sie in die Betriebe hinein, mit welcher großen Schwierigkeiten diese heute zu kämpfen haben. Solche Fälle gibt es immer wieder, aber man darf sie nicht generalisieren. In der rückständigen Lohnsteuer sind doch auch zweifellos die Beträge enthalten, die von Firmen offen sind, die mittlerweile valid geworden sind.

Die Ziffer von 25 000 eingeleiteten Strafverfahren, mit der Dr. Tull manipuliert, ist doch letztlich eine Hausnummer, denn erstens einmal bringt Tull keine Vergleichsziffern dazu. Das sagt doch gar nichts — ich will mich hier nicht in Details verlieren —, denn schon bei der geringsten Fehleintragung oder nicht ordnungsgemäßen Führung eines Kassenbuches wird natürlich meistens schon ein Steuerstrafverfahren eingeleitet, und dann kommt man auf solche Ziffern.

Ich habe gar nichts dagegen, wenn strenge Maßstäbe angelegt werden, aber bitte doch nicht immer wieder von Steuerhinterziehern zu reden. Ich glaube auch, daß diese Streitereien auf die Dauer nichts bringen. Heute glaubt man bedauerlicherweise noch, daß Steuerdelikte bis zu einem gewissen Grad Kavaliersdelikte sind, aber hier müßte es auch Aufgabe des Staates sein, entsprechend mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wenn von diesem Problem gesprochen wird, muß man auch eines in Betracht ziehen: Sollte hinsichtlich Steueraufkommen der Finanzminister sich beschweren und im argen liegen, dann liegt das zweifellos auch daran, weil viele Leute auf den Pfusch ausweichen, der heute zum Teil im großen betrieben wird. Es gibt Pfuscher, die einen höheren Auftragsstand haben als ein gleichgestalteter Gewerbetreibender, weil einfach auf Grund der Lohnnebenkosten und aller weiteren Belastungen der Gewerbetreibende selbst schon nicht mehr mitkommt. Aber hier entgehen natürlich Milliarden an Steuerbeträgen. Dieses Thema müßte man auch anschneiden und darüber reden.

Ich darf zu diesem Themenkreis abschließend doch sagen, daß es lächerlich ist, sich darüber zu wundern, daß jemand, dem man die Daumenschrauben ansetzt, „Au!“ schreit. Das ist die zwangsläufige Folge. Der Staat selbst muß mit gutem Beispiel vorangehen, dann kann er auch Steuermoral verlangen. Er darf nicht mit beiden Händen das Geld beim Fenster hinausschmeißen und dem Steuerpflichtigen sagen: Aber du zahl schön jeden Groschen! Und was ich mit Beim-Fenster-Hinauswerfen meine, dazu braucht man sich jedes Jahr nur den Rechnungshofprüfungsbericht oder den Subventionsbericht ansehen, dann wird man sicher meiner Überlegung folgen können.

Ich möchte mich aber noch mit etwas anderem beschäftigen, das besonders den Finanzminister betrifft, und zwar ist es die Frage der Fehleinschätzungen beim Budget. Im besonderen meine ich die Fehleinschätzung des Budgetdefizits. Dr. König, glaube ich, hat die Ziffern vorhin auch schon angeführt. Es beginnt 1973, wo man im Voranschlag rund 11 Milliarden hatte und beim Rechnungsabschluß dann rund 13 Milliarden. Aber die Schere läuft ja noch immer weiter auseinander, 1978 waren im Voranschlag 40,6 Milliarden und im Rechnungsabschluß 51 Milliarden, also schon eine Abweichung von 10,5 Milliarden.

Hier erlaube ich mir zu dem Schluß zu kommen, sehr persönlich zu dem Schluß zu kommen, ob nicht fast eine Absicht dahintersteckt: Bei der Budgeterstellung bekommt der Finanzminister natürlich von der Opposition — berechtigterweise — seine Abreibungen. Würde aber im Voranschlag der Ausweis über den Abgang schon so groß sein, wie er sich schlußendlich immer wieder darstellt, würde der Protest der Opposition wahrscheinlich noch größer sein. Ich sage daher, ich habe das dunkle Gefühl, daß hier eine gewisse Absicht dahintersteckt: Man will die Öffent-

**Dipl.-Vw. Josseck**

lichkeit beruhigen und ihr Sand in die Augen streuen. Dabei ist doch jedem Österreicher klar, daß es auf die Dauer so nicht gehen kann. Das hält der Private nicht aus, das hält der Gewerbetreibende nicht aus, und das hält auch ganz sicher der Staat nicht aus, daß Jahr für Jahr Verluste in dieser Größenordnung getragen werden müssen.

Interessanterweise — und das bringt mich ja zu diesem Schluß — tritt beim Familienlastenausgleich genau der umgekehrte Effekt ein. Auch dort überschätzt man sich nämlich, aber dort schätzt man die Einnahmen wieder niedriger, offensichtlich auch deshalb, um dem Parlament nicht vielleicht schmackhaft zu machen: Hallo, da wäre ja ein bisschen mehr für die Familienförderung drin. (*Ruf bei der SPÖ: Zweckgebunden!*) — Ich weiß schon: zweckgebunden, ich weiß schon. — Aber hier schätzt man die Einnahmen immer niedriger, als sie letztendlich sind. Offensichtlich ist das auch eine echte Zweckschätzung.

Ich darf aber noch zwei Punkte anschnitten, noch Überlegungen zu zwei Ressortfragen anstellen. Das eine betrifft die Landesverteidigung. Mit Recht fordern die Opposition und solche, die sich mit der Landesverteidigung im besonderen beschäftigen, höhere Ansätze für die Landesverteidigung. Diesmal kann man im Rechnungsabschluß feststellen, daß im Sektor Landesverteidigung Minderausgaben von 160 Millionen waren. Es ist auch deutlich ausgedrückt, worum es geht: Die Umstellung hat nämlich weniger Truppenübungen beziehungsweise Kaderübungen erfordert, und nun fließt der Betrag wieder in den Topf zurück. Ich frage mich nur: Wenn ohnehin gerade bei der Landesverteidigung das Geld hinten und vorne immer zu wenig wird, ob man nicht zweckmäßigerweise hätte umwidmen sollen, als immer wieder zurückfließen zu lassen, wenn man vor allem weiß, wie dringend notwendig manches Gerät gebraucht wird. Und hier erlauben Sie mir bitte auch sagen zu dürfen, daß gerade die moralische Einstellung der breiten Bevölkerung, gerade was die Landesverteidigung betrifft — die Auffassung der Jugend, aber auch der Erwachsenen gegenüber der Landesverteidigung —, doch von Jahr zu Jahr besser wird.

Mein Appell — und ich benütze den Rechnungsabschluß wieder dazu, um an die verantwortliche Regierung und den Finanzminister diesen Appell zu richten — ist daher, doch bitte die Landesverteidigung nicht trocken-zulegen, aber auch bei der Budgeterstellung — besonders für 1981 — nicht wieder nach dem Gießkannenprinzip vorzugehen. Es soll nicht wieder nach dem Gießkannenprinzip verfahren werden, sondern man soll auch

einmal den Mut haben, Schwerpunkte zu setzen. Einen solchen Schwerpunkt hinsichtlich Finanzierung würde die Landesverteidigung dringend notwendig haben.

Es scheidet leider immer wieder am Geld. Aber wenn Österreich sich wirkungsvoll — hoffentlich nicht —, aber wenn es sich wirkungsvoll verteidigen können soll, dann braucht man etwas mehr, und ich meine, es hätte sich auch schon deswegen gelohnt — wenn auch dieser Betrag vielleicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein wäre —, diese 160 Millionen Schilling, die hier Minderausgaben waren, umzuwidmen und anders einzusetzen.

Ein Vergleich dazu auch, wenn ich mich noch kurz mit dem Kapitel Unterricht beschäftigen darf: Bei den Bundestheatern zum Beispiel — bei vier Bundestheatern! — beträgt der Personalaufwand im Jahr 1 Milliarde, und der Personalaufwand beim Bundesheer beträgt rund 4 Milliarden. Ich glaube, daß diese Relation doch sehr kraß ist und meine Argumentation hinsichtlich Landesverteidigung damit nur unterstrichen würde.

Beim Unterrichtsministerium fällt mir auf, daß Jahr für Jahr feststellbar ist, daß es beim Sportstättenbau Minderausgaben gibt. In der Argumentation heißt es dann immer: Infolge langsameren Baufortschrittes war es nicht möglich, die vorgesehenen Mittel voll einzusetzen. — Ob das das Sportgymnasium in Stams betrifft, das Sportzentrum in Niederöblarn, die Sportschule in Lindabrunn oder im Rahmen des Sportstättenbaues Kunsteisbahnen, Schwimmbäder, Sporthallen, immer wieder lautet die Argumentation: Infolge langsameren Baufortschrittes.

Wenn so etwas jährlich wiederkommt, taucht doch die Frage auf: Liegt es an der Planung oder steckt System dahinter? Ich glaube, daß unter Umständen auf Grund der Kämpfe, die sich zwangsläufig von Ressort zu Ressort bei der Budgeterstellung immer ergeben, man anscheinend gerade in diesem Ressort die Forderungen etwas aufbläht, aber letztendlich dann, wenn das Geld da ist, die Mittel nicht einsetzen und das Bauprogramm nicht erfüllen kann. Denn sonst ist mir einfach unverständlich, daß Jahr für Jahr gerade beim Sportstättenbau Minderausgaben vorkommen.

Beträchtliche Mehrausgaben — aber das kann man sicher positiv betrachten — sind bei Post- und Telegraphenanstalt festzustellen, im besonderen beim technischen Ausbau. Es ist letztlich erfreulich festzustellen, daß gerade, was die Technik im Fernsprechverkehr betrifft, Fortschritte zu verzeichnen sind, vor allem auch beim Ausbau der Verständi-

**Dipl.-Vw. Josseck**

gungsmöglichkeiten mit dem Ausland. Wenn also hier Überschreitungen stattgefunden haben, glaube ich, ist das trotzdem positiv anzumerken. Die Frage ist nur, ob man das nicht schon bei der Budgeterstellung entsprechend erfassen kann, wenn man sich mit der Frage der Planung und dem entsprechenden technischen Fortschritt laufend beschäftigt.

Ich darf zum Abschluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, sagen, daß die Quintessenz aus dem Rechnungsabschluß jedes Mal darin zu sehen ist, daß die hervorragende Arbeit der Herren des Rechnungshofes von großer und eminenter Bedeutung ist, weil dadurch eines erreicht wird: Daß durch diese Kontrolle und durch die Feststellungen in den einzelnen Ressorts Überlegungen und Korrekturen angestellt werden und es dadurch zu einer größeren Budgetgenauigkeit kommt. Gerade darauf kommt es uns Freiheitlichen an. Wir werden dem Rechnungsabschluß unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Stögner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Stögner** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Kollege Josseck gemeint hat, man dürfte bei Vergleichen nicht nur Staaten heranziehen, die eine höhere Steuer- und Abgabenquote haben als Österreich, sondern müsse auch solche Staaten in Betracht ziehen, die eine niedrigere Quote haben, so kann man das ja ohne weiteres tun. Man muß nur dann auch die Verhältnisse dieser Staaten vor allen Dingen auf dem sozialen Sektor berücksichtigen.

Zum Beispiel haben die Vereinigten Staaten von Amerika eine Steuerquote von 22,4 Prozent, aber eine Sozialquote von nur 7,8 Prozent. Jeder, der die sozialen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten einigermaßen kennt, weiß, daß ein sehr erheblicher Teil des privaten Einkommens auf die soziale Sicherheit, die mit privaten Versicherungen herbeigeführt werden muß, draufgeht.

Daher bin ich schon der Meinung, daß unser System, das österreichische System der sozialen Sicherheit, auch wenn die Abgabenquote wesentlich höher ist, wesentlich besser für unsere Bevölkerung ist.

Ich möchte mich aber in meinem Diskussionsbeitrag zum Rechnungsabschluß 1978 in erster Linie mit Problemen der Landwirtschaft befassen, weil gerade die Probleme der Landwirtschaft derzeit wieder sehr heftig diskutiert werden.

Wenn wir feststellen, daß an dem Abgang 1978 die Landwirtschaft mit 1 493 Millionen

Schilling, also mit fast 1,5 Milliarden Schilling, beteiligt ist, so muß man sagen, daß die Landwirtschaft im Jahr 1978 von dieser Bundesregierung sehr gut bedient worden ist. Denn eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, die die Landwirtschaft im Jahr 1978 gehabt hat und die durch Budgetmittel nicht behoben werden konnten, sind dann mit dem 2. Budgetüberschreitungsgesetz bereinigt worden. Zum Beispiel 500 Millionen Schilling für die Weizenmanipulation, 65 Millionen Schilling für die Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch, 696 Millionen Schilling für die Milchverwertung auf Grund der neuen Milchmarktordnung, 155 Millionen Schilling — das sind alles zusätzliche Millionen — für den Rinderabsatz und 50 Millionen Schilling zusätzlich für die Lagerung von Futtergetreide.

Man muß hier im Gegensatz zu den Behauptungen der Bauernbundvertreter feststellen, daß die Landwirtschaft von dieser Bundesregierung sehr gut bedient wird *(Beifall bei der SPÖ)*, denn diese zusätzlichen Förderungen ... *(Abg. Ing. Schmitzer: Das Wort „bedient“ ist das einzige, das stimmt, Herr Kollege!)*

Ich habe dazu gesagt: sehr gut bedient wird. *(Abg. Graf: Die Betonung liegt auf „bedient“, sollten Sie das nicht begriffen haben!)*

Man muß dazu noch zur Kenntnis nehmen, daß all diese zusätzlichen Förderungen ja einer geringeren Bevölkerungszahl zur Verfügung gestellt werden. Denn immerhin ist die Zahl der der in Land- und Forstwirtschaft Tätigen von 672 000 Menschen im Jahr 1977 auf 617 000 Menschen im Jahr 1978 zurückgegangen. Dieser Umstand ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß im Jahr 1978 ein sehr wesentlicher Einkommenszuwachs in der Land- und Forstwirtschaft stattgefunden hat.

Dabei müssen wir feststellen, wenn wir sagen, daß fast 6,5 Milliarden Schilling ohne diese 1,5 Milliarden Schilling zusätzlich im Budget enthalten gewesen sind, daß in diesen Summen die Sozialausgaben für die Land- und Forstwirtschaft nicht beinhaltet sind. Die Sozialausgaben betragen immerhin fast 7 Milliarden Schilling für die Land- und Forstwirtschaft und übertreffen das Steueraufkommen aus dieser Sparte bei weitem.

Auch hier ist wieder festzustellen, daß die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung von dieser Regierung sehr gut behandelt wird. Ich sage jetzt „behandelt“, wenn das „sehr gut bedient“ auf Widerspruch stößt.

Nun einige Feststellungen zu der Situation auf dem Milch- und Schweinesektor. Hier werden wir in der nächsten Zeit größere Debatten zu erwarten haben. Tatsache ist, daß

**Stögner**

die Situation auf dem Milchmarktsektor insofern unbefriedigend ist, weil sie nicht dazu beiträgt, die Einkommensdisparität in der Landwirtschaft auf diesem Sektor abzubauen.

Die Regierung beziehungsweise der Landwirtschaftsminister hat daher vorgeschlagen, eine Änderung bei der Absatzförderung vorzunehmen. Wir wissen, daß diese Bestimmungen nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden können, wir sind aber der Meinung, daß wir gerade dem notleidendsten Bereich, dem bergbäuerlichen Bereich, mit einer Änderung in der Form, daß wir nicht nur den außer-tourlichen Absatzförderungsbeitrag absenken, sondern auch den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag entsprechend absenken, Rechnung tragen.

In der Praxis wird das dann so ausschauen: Zurzeit ist die Unterlieferung mehr als 6 Prozent, es würde also ein allgemeiner Absatzförderungsbeitrag derzeit überhaupt nicht eingehoben werden müssen. Tatsache ist aber, daß durch diese Unterlieferung nur der außerordentliche Absatzförderungsbeitrag gesenkt wird und diejenigen, die eine Hilfe am dringendsten brauchen würden, diese Hilfe nicht bekommen.

Bei den Schweinen ist die Situation insofern anders, als hier eine Marktregelung noch nicht besteht. Der Landwirtschaftsminister hat aber im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die es vor einigen Monaten auf diesem Sektor gegeben hat, ganz konkrete Vorschläge gemacht. Er hat auch die Länder veranlaßt, bei dieser Entlastungsaktion mitzumachen. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß diese Entlastungsaktion, die hier gestartet worden ist, eine einmalige Angelegenheit gewesen ist und daß die Länder nicht bereit sind, sich an weiteren derartigen Aktionen zu beteiligen.

Ich darf hier einen Artikel der „Südost-Tagespost“ vom 19. Jänner 1980 zitieren:

„Gegen den neuerlichen Versuch des Landwirtschaftsministers, finanzielle Verpflichtungen des Bundes abzuschieben, hat sich gestern Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl gewendet. Wenn nun der Schweinepreis einen besonderen Tiefstand für die Bauern erreicht hat, so sieht das entsprechende Viehwirtschaftsgesetz eindeutig die Verpflichtung vor, rasch die erforderlichen Mittel einzusetzen, um das Problem zu lösen.“

Daraus geht also hervor, daß sich die Länder an einer weiteren Aktion nicht mehr beteiligen werden.

Auf der anderen Seite ist es aber so, daß es dem Staat unmöglich ist, die Garantie zu über-

nehmen, sämtliche Schweine, die unverkauft bleiben, zu übernehmen. Denn das würde dazu führen, daß wir sehr bald eine derartige Fleischschwemme auf diesem Sektor hätten, die niemand mehr bewältigen könnte.

Daher geht es meiner Überzeugung nach auch hier nicht anders, als daß man doch einen Absatzförderungsbeitrag einhebt, der dafür sorgt, daß derartige Spitzen entsprechend vermarktet werden können.

Wenn nun behauptet wird, daß dieser vorgeschlagene Absatzförderungsbeitrag die Kleinen belasten würde, so stimmt das meiner Überzeugung nach überhaupt nicht, zumal man dazu feststellt, daß man zu dem allgemeinen Absatzförderungsbeitrag, der pro Kilogramm Fleisch vorgeschlagen ist, auch einen zusätzlichen fixen Absatzförderungsbeitrag bei denjenigen einhebt, die mehr als 400 Mastschweineplätze haben, und diesen Betrag auch dann einhebt, wenn diese bewilligten Mastplätze nicht zur Gänze ausgefüllt werden.

Auch hier wird es zu entsprechenden Verhandlungen kommen müssen, aber, wie gesagt, wenn es hier zu keinen Vereinbarungen kommt, wird sich halt die Belastung für die Schweinemäster in ähnlicher Form weiter abspielen, wie das bisher der Fall gewesen ist.

Wir sehen also, daß es unmöglich ist, nur vom Budget her alle Probleme in der Land- und Forstwirtschaft zu lösen, sondern daß auch entsprechende Selbsthilfeaktionen innerhalb der Landwirtschaft gestartet werden müssen.

Daß dies sehr langwierig ist, wissen wir aus Erfahrung. Aber wir wissen auch, daß es überall dort, wo diese Selbsthilfeaktionen einmal ins Leben gerufen sind und wo die Beteiligten erkannt haben, daß das gut ist, bestens geht.

Als Beispiel können wir die Maschinenringgemeinschaften hernehmen, die von Jahr zu Jahr wachsen und womit sehr deutlich verhindert wird, daß so wie in der Vergangenheit sehr große Fehlinvestitionen auf dem Maschinensektor von den Bauern getätigt werden.

Wir werden uns also bemühen müssen, diese Probleme gemeinsam zu lösen.

Wenn wir diese Probleme einer brauchbaren Lösung zugeführt haben, wird das natürlich auch im Budget wieder seinen Niederschlag finden.

Das Budget 1978 — das zeigt der Rechnungsabschluß für dieses Rechnungsjahr — war jedenfalls für die Bauern ein sehr gutes Budget (*Abg. Ing. Murer: Eine Katastrophe!*),

**Stögner**

und daher stimmen wir gerne diesem Rechnungsabschluß zu. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Heinzinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Heinzinger** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Abgeordneter Josseck hat den Abgeordneten Tull gefragt, ob denn seine Rede noch überlagert wäre von den Faschingsfeierlichkeiten. Ich glaube, er hat recht gehabt mit dieser Feststellung, denn Abgeordneter Tull hat in der Pose eines Predigers einer Sonntagsschule in einem schlechten Western (*Heiterkeit bei der ÖVP*) und in der Maske einer Schönfärberei für sämtliche Details dieser Bundesregierung agiert.

Aber Herr Kollege Tull ist auch in einer anderen Situation bemerkenswert. Es ist der Versuch, den „Bock“ zum Gärtner zu machen — bitte „Bock“ unter Anführungszeichen. Denn Herr Kollege Tull ist Vorsitzender des Finanz- und Budgetausschusses, der also alles vorher berät und mit dem Finanzminister abspricht. Und heute kommt Herr Kollege Tull hierher, um darüber zu begutachten, ob denn das alles richtig wäre.

Zu welch wunderbaren Erkenntnissen kommt Herr Kollege Tull? Ich zitiere Tull: Die Bevölkerung weiß ganz genau, sie lebt ja nicht auf dem Mond. Sie haben alle als Zeugen alles erlebt. Alles geht weiter aufwärts.

Meine Damen und Herren! Es ist dann im weiteren die Rede von der Belastung gewesen, davon, daß über 41 Prozent die Steuern und steuerähnliche Abgaben in Österreich ausmachen.

Was weiß die Bevölkerung darüber, Herr Kollege Tull, was weiß sie über diese Steuerbelastung?

Ich habe hier eine Untersuchung aus dem Jahre 1978. Meine sehr geehrten Damen und Herren! 1 bis 2 Prozent der Österreicher — 1 bis 2 Prozent! — wissen tatsächlich, daß die Belastung über 40 Prozent beträgt. 75 Prozent aller Österreicher glauben, daß die Belastung wesentlich darunter liegt, und 22 Prozent der Österreicher haben davon überhaupt keine Vorstellung. Das ist die Wirklichkeit, vor der Sie, Herr Kollege Tull, behaupten, daß die Österreicher wüßten, was ihnen diese Regierung beschert hat.

Ich darf Ihnen noch einen Kollegen aus Ihrer Partei zitieren, und zwar im Zusammenhang mit Schönfärberei, weil Sie hier wieder einmal behauptet haben, Sie hätten am 6. Mai eine Bestätigung für alle Taten und Untaten dieser Politik erhalten. Ich zitiere Fischer:

„Für den Erfolgreichen werden die einzelnen Abschnitte seiner Politik zu Stationen auf der via triumphalis, Mißgeschicke der Vergangenheit werden zu taktischen Finten, und die Wahlkampfführung war großartig.

Genau dieselbe Wahlkampfführung war jedoch im Fall des Mißerfolges denkbar schlecht, die gleichen Mißgeschicke in der Vergangenheit waren der deutlich sichtbare Anfang vom Ende, und im übrigen war schon lange zu erkennen, daß der nunmehr vom Wahlcomputer als erfolglos Entlarvte in Wahrheit nie eine reale Erfolgchance hatte, weil ...“ Und nun kommt die Conclusio:

„Und hier folgen alle jene negativen Einseitigkeiten“ — Herr Kollege Tull —, „die sich eben im Fall eines Erfolges zu positiven Einseitigkeiten gewandelt hätten, während die Realität in ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität auf der Strecke bleibt.“

Gerade diese Realität hat der Sie besonders beeindruckende Parteiohmann Dr. Taus entwickelt, indem er nämlich nicht nur von heute auf morgen gedacht hat, indem er nicht nur das Jahr gesehen, sondern in die Zukunft projizierend gemeint hat, wenn diese Politik der hohen Verschuldung fortgeführt werde, wenn der Gestaltungsspielraum im Budget immer mehr eingeengt werde, dann werden durch eine solche Politik die Arbeitsplätze entscheidend gefährdet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Tull kontrolliert, ist das Ergebnis null (*Heiterkeit bei der ÖVP*), wie wir in der vorhergehenden Beweisführung deutlich gemerkt haben.

Wir haben hier heute Gelegenheit, über den Rechnungsabschluß für 1978 zu sprechen. Auch Kollege Tull hat es nicht verabsäumt, pathetisch zu erklären, daß die Kontrolle selbstverständlich ausgeweitet werden soll und daß diese Kontrolle ganz wichtig ist.

Auch der Herr Bundeskanzler erklärt immer wieder die Bedeutung der Kontrolle. Kreisky meinte dazu, daß die Demokratie auf zweierlei Art, einerseits, was ihre Entscheidungsfreiheit betrifft, angepaßt, andererseits aber auch, was ihre Kontrollmöglichkeiten betrifft, entwickelt werden muß. Kreisky:

„Ich meine damit, daß die Demokratie ihre Einrichtungen, ihre Methoden, aber auch ihre Kontrolleinrichtungen intensivieren und der einzelne immer mehr das Gefühl des Schutzes haben muß.“

„Es muß die ständige, auch institutionelle Kontrolle durch die Öffentlichkeit geben, sie erfolgt durch die Medien.“

**Heinzinger**

„Die Macht ist innerhalb der Demokratie nur erträglich, wenn man das Gefühl hat, daß sie kontrolliert wird und daß man selbst an der Kontrolle indirekt mitwirkt.“

Ich möchte das noch einmal wiederholen. Der Herr Bundeskanzler sagt: „Die Macht ist innerhalb der Demokratie nur erträglich, wenn man das Gefühl hat, daß sie kontrolliert wird.“

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt einmal ansehen, wie diese Machtkonzentration aussieht, die wir zu kontrollieren hätten, und wie die Wirklichkeit der Kontrolle aussieht. Haben wir die Möglichkeit, tatsächlich zu kontrollieren? Ist das Instrumentarium der Kontrolle gleichrangig, oder wird hier versucht, viele Dinge zu vertuschen, zu verschleiern oder zu ver„Tull“en.

Wir haben auf der einen Seite das Parlament mit seiner Mehrheit, wir haben die Regierung, wir haben die sozialistische Mehrheitsfraktion im Gewerkschaftsbund, wir haben eine sozialistische Mehrheitsfraktion in der Arbeiterkammer, wir haben die höchste Verstaatlichungsrate der westlichen Welt, wir haben eine dichte Sozialbürokratie, wir haben die höchste Dichte in den Parteiorganisationen, wir haben — und das verstärkt diese Entwicklung — die Kumulierung all dieser Institutionen, und wir haben dichte Personalunionen, was die Machtballung erneut verstärkt.

Wir haben im stärksten außerparlamentarischen demokratischen Bereich denselben Präsidenten, den wir hier im Parlament haben — eine ungeheure Machtfülle, die bisher für unser Land nicht gefährlich wurde, weil auch die Versuche an diese Macht in einer kritischen Situation glücklicherweise noch nicht herangetragen wurden. Aber diese Machtballung ist eine potentielle Gefahr, da sie mißbraucht werden könnte. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben darüber hinaus noch weiter übergreifende Personalunionen, die eine ganz gefährliche Machtballung darstellen: Parlament, Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Sozialbürokratie — nicht eine Dreieinigkeit, sondern eine Viereinigkeit im Kollegen Dallinger, mit all den denkbaren Versuchen, mit nicht ausreichenden Kontrollmechanismen.

Verehrte Damen und Herren! Sicherlich könnte man uns sagen: In all diesen einzelnen Bereichen gibt es Kontrollmechanismen, Selbstkontrolle, moralische Kraft zur Selbstreinigung.

Ich möchte Ihnen die Skandale nicht aufzählen, die zeigen, daß diese moralische Kraft zur Selbstreinigung immer mehr verkümmert, immer geringer entwickelt wird

und daß die Fähigkeit dazu im Bereiche der sozialistischen Macht zunehmend verkümmert.

Heute sind wir hier und diskutieren über den letzten annähernd wirksamen Bereich der Kontrolle, weil der Rechnungshof ein entsprechendes Instrumentarium hat, das wir hier als Abgeordnete nicht haben. Wir sehen im Rechnungshof das Kontrollinstrument des Parlaments.

Wir haben auf der einen Seite Kontrollmöglichkeit des Parlaments, der Gerichtshöfe, die Kontrollmöglichkeiten der Medien.

Wie schaut nun in diesen einzelnen Bereichen — nur kurz hineingegriffen — die Tatsache der Kontrolle aus?

Der Herr Bundeskanzler meinte: Macht muß kontrolliert werden!

Wie schaut das aus?

Oberstgerichtliche Entscheidungen im Bereiche der Arbeiterkammer: Der Herr Arbeiterkammerpräsident und — natürlich wieder ein weiteres hohes Amt dazu — Fraktionsführer der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion Czettel begleitet mit eigenartigsten Feststellungen das Erkenntnis des Höchstgerichtes.

Vor kurzem gewaltige Aufregung innerhalb der Sozialistischen Partei — eine „Ungeheuerlichkeit“! —, ein Richter wagt es, auf Grund der Gesetzeslage die heiligen Räume der Sozialistischen Partei untersuchen zu lassen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Gewaltige Aufregung. Dieselbe Partei — bitte sehr, nicht ein Außenstehender, der interessiert mich überhaupt nicht —, der Herr sozialistische Landesparteiensekretär von Wien, läßt ÖVP-Sekretariate untersuchen, und der Herr Gewerkschaftsvizepräsident, Abgeordneter Sekanina, ein ganz hochdekoriertes Sozialist und Bauteurminister, läßt das ÖVP-„Volksblatt“ untersuchen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Doppelzüngigkeit in der Frage der Kontrolle. Was meint dazu Ihr Klubobmann? Immer wieder der Unterschied: Sozialistische Wirklichkeit: Machtmißbrauch, Machtmehrung, Machtbegehrlichkeit — sozialistische Sonntagsrede: Demokratie, Durchdringen aller Räume mit Demokratie, Föderalismusdiskussion. (*Zwischenruf des Abg. Haas.*) Ihr Klubobmann Fischer, Herr Kollege Haas: „Gedanken der Kontrolle kann man nicht von Ebene zu Ebene anders sehen.“

Da kann man nur sagen: Ah, da schau her! „Gedanken“ — so Fischer — „kann man von Ebene zu Ebene nicht anders sehen.“ Und Sie pflegen die Gedanken der Kontrolle nach Nützlichkeit für Ihre parteipolitischen Überlegungen zu legitimieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

2452

Nationalrat XV. GP — 25. Sitzung — 21. Feber 1980

**Heinzinger**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zweite Kontrollbereich: die Medien, der ORF. Eine lange Liste schwerer Fouls sozialistischer Spitzenpolitiker, denen man auf Grund ihrer Lebensweisheit und Erfahrung zutrauen darf, daß das nicht so locker herausrutscht, sondern daß dahinter ein System, eine Überlegung steht.

Der Herr Bundeskanzler hat einmal sein Wort gegeben, daß er am ORF nichts ändern werde. Ich darf Ihnen das in Erinnerung rufen. (*Abg. Anton Schlager: Das war das erstemal, daß er sein Wort gegeben hat!*)

Der Herr Bundeskanzler sagt, er habe keinerlei Einwände gegen die ORF-Führung, und er beabsichtige auch nicht, das Rundfunkgesetz irgendwie abzuändern. So versicherte der Herr Bundeskanzler.

In späterer Folge versuchte der Herr Abgeordnete Zentralsekretär Blecha die „Verräter“ zu suchen.

Ein anderer Zentralsekretär, der Herr Abgeordnete Braun, Vorsitzender der Beschwerdekommision — meine sehr geehrten Damen und Herren —: „Was muß im ORF geschehen, damit solchen Leuten das Handwerk gelegt wird ...?“

Verunsicherung, massive Verunsicherung!

Was soll sich der einfache Redakteur denken, wenn er merkt, wie sein Intendant „hingemetzelt“ wurde? Diese Bedrohung im ORF wird fortgesetzt durch permanente Bedrohung bei den Zeitungen. Subtil der Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Presseförderung. Ich erinnere daran: Auf der einen Seite wurden die Gebühren erhöht und die wirtschaftliche Existenzfähigkeiten der Zeitungen gefährdet — eine sehr subtile Methode, die Pressefreiheit, einzuschränken —, auf der einen Seite die Methode, die Wirtschaftlichkeit auszuhöhlen, auf der anderen Seite die Methode, die Verlegereigenschaft in Frage zu stellen, auf der dritten Seite die Methode, Pressuren gegen die Redakteure auszuüben.

Der Herr Bundeskanzler — gewunden, wie üblich —:

„Ich sage das ganz offen, denn einer muß das deutlich sagen, wie das hier gemacht wird. Und außerdem, wenn man schon die Frage stellt, damit das klargestellt wird, auch vor der Öffentlichkeit, wenn man schon die Frage stellt, ob das immer wieder der Steuerzahler entscheiden muß über jede Ausgabe“ — und jetzt kommt das dicke Ende — „dann frage ich mich, ob es dem Steuerzahler von vornherein so angenehm ist, daß Millionen

an Förderung für Zeitungen ausgegeben werden.“

Dann der Herr Präsident, sicherlich nicht in seiner Eigenschaft als Präsident des Hohen Hauses, sondern in seiner Eigenschaft als sozialistischer Parteifunktionär: Sie peitschen uns, weil sie uns hassen. Außerdem die Äußerungen des Herrn burgenländischen Landeshauptmannes Kery in diesem Zusammenhang. Meine Damen und Herren, das ist das Verhalten der Sozialisten zur öffentlichen Kontrolle.

Die Kontrollmöglichkeit des Parlamentes: Untersuchungsausschuß. Ich erinnere an die Untersuchung nach drei Untersuchungsausschüssen. Ich erinnere an die Zwei-Milliarden-Transaktion des Herrn Finanzministers. Seit dieser Zeit permanente Auseinandersetzung hier im Hohen Haus, ob das Rechtens ist.

Dem Herrn Finanzminister ist es völlig Wurscht, daß der Rechnungshof als Kontrollinstanz sorgfältig abwägt, daß hier eines der elementarsten Rechte des Hauses, die Gestaltung des, die Beschlußfassung über das Budget ausgehöhlt wird. Das interessiert den Herrn Finanzminister nicht. In dieser elementaren Frage wurde ein Untersuchungsausschuß abgelehnt!

Leodolter-Skandal — Untersuchungsausschuß abgelehnt!

Arbeiterkammer: Höchst zweifelhafte Methoden bei der Wählerfassung — Untersuchungsausschuß abgelehnt!

Wo bleiben hier die Kontrollmöglichkeiten?

Wir haben in anderen Staaten die Kontrollmöglichkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Falle einer qualifizierten Minderheit; eine Forderung, die wir in diesem Haus wieder stellen werden. Es ist das schon passiert. Dann haben Sie die Gelegenheit, einmal zu beweisen, daß Ihre Worte von mehr Kontrolle ihre Richtigkeit haben.

Aber es ist nicht nur die Ablehnung im Falle der Untersuchungsausschüsse, es ist auch die Behandlung der Anfragen. Mit welcher Arroganz, mit welchem Zynismus, mit welcher Überheblichkeit Minister an sehr konkreten Fragen vorbeireden, grenzt mitunter an Frotzelei.

Und es wird an uns, an den Abgeordneten der Opposition, liegen, daß wir einen Stil entwickeln, daß wir uns diese Überheblichkeit und Arroganz von der Regierungsbank nicht mehr gefallen lassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Bereiche der ... (*Abg. Staudinger: Auch die Abgeordneten sollten soviel Respekt vor sich selber haben, daß sie sich eine solche*



**Heinzinger**

*Behandlung von der Regierungsbank aus nicht gefallen lassen! — Abg. Weinberger: Haben Sie dem Lausecker am Vormittag nicht zugehört?) Herr Kollege, Schweigen wäre in diesem Falle tatsächlich Gold für Sie! (Zwischenruf des Abg. Staudinger.)*

Im Bereiche der richterlichen Kontrolle: keine Sensibilität für Fragen der Demokratie. Im Bereiche der öffentlichen Kontrolle: keine Sensibilität für die Fragen der Demokratie. Im Bereiche der parlamentarischen Kontrolle: keine Sensibilität für die Bereiche der Demokratie.

Und nun — der Abgeordnete König hat es heute ausgeführt — ein unglaublicher Tiefpunkt in dieser Auseinandersetzung. Das letztbleibende Kontrollinstrument, der Rechnungshof mit seinen Möglichkeiten, kommt zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen — ich muß das wiederholen — mit dem Finanzministerium. Wie versucht man das zu reparieren? Ich bitte Sie, sich in die Szene hineinzuversetzen!

Ein Ausschuß befindet sich im Aufbruch.

Die Opposition hat Verständnis für den Parteitag der Sozialisten, erlaubt es den sozialistischen Ministern, früher wegzugehen. Nimmt einen Bereich überhaupt von der Tagesordnung heraus. Und so im Vorbeigehen bringt der Herr Abgeordnete Tull ein Papierchen (*Abg. Dr. Tull: Ich? Welches Papier?*) mit dem all diese Vorkommnisse nunmehr als Bestandteil des Ausschusses repariert werden sollen. (*Ruf bei der ÖVP: Eulenspiegel!*) Wie wird dieses Abkommen zwischen Finanzministerium und Rechnungshof, diese Standpunkte plötzlich, ohne daß das Gegenstand einer durchgehenden und eingehenden Beratung sein kann, wie werden zehn Seiten plötzlich Bestandteile eines Ausschußberichtes?

Herr Kollege Tull, ein solches parlamentarisches Überfallsunternehmen und Abenteuer hat es bisher noch nicht gegeben! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Welche zehn Seiten, Herr Kollege?*) Diese zehn Seiten, Herr Kollege Tull! (*Redner zeigt Blätter vor.*) Und ich werde daraus noch zitieren. Diese zehn Seiten. (*Abg. Dr. Tull: Dann werde ich den Herrn Präsidenten des Rechnungshofes bitten zu erklären, wer das abgegeben hat!*)

Herr Kollege Tull! Sie haben das eingebracht als Bestandteil des Ausschusses. Und Sie haben das im letzten Augenblick so hineinschließen lassen wollen als Ausschußmeinung. Das ist eine ungeheuerliche Manipulation! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und hinter dieser Aktion, meine sehr geehrten Damen und Herren, hinter dieser

Aktion steht das noch Problematischere, hinter diesem System steht das noch viel Problematischere, die Respektlosigkeit vor dem Parlament! Daß ein Abgeordneter, der schon lange Angehöriger dieses Hauses ist, daß ein Abgeordneter, der Vorsitzender des Finanz- und Budgetausschusses ist, hergeht, im Bereiche sich selbst zur Kontrolle erwählt, sich wie der Münchhausen selbst herausziehen möchte, zu einem solchen Akt der Manipulation greift, der damit die Kontrolle zur Farce macht, ist einfach unglaublich! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und mit der gleichen Lockerheit, mit der gleichen Lockerheit, meine Damen und Herren vom Hohen Haus, möchte der Herr Abgeordnete Tull darüber hinwegtanzen, daß der Herr Finanzminister um 25 Prozent sein Budgetdefizit übersehen hat. (*Ruf bei der ÖVP: Er ist nervös!*)

Aber nicht nur das, meine Damen und Herren. Wieder wie ein roter Faden der Unterschied: sozialistische Versprechungen, sozialistische Sonntagsreden und sozialistische Wirklichkeit.

Der Herr Finanzminister hat versprochen, der Staatshaushalt 1978 werde weitere Einschränkungen bei den Auslandsreisen bringen: Unwahr. Erhöhung.

Der Herr Finanzminister hat versprochen, es werde zu weiteren Einsparungen bei der Schulbuchaktion kommen: Unwahr. Erhöhungen.

Der Herr Finanzminister hat versprochen, es werde zur Reduktion bei den Zuschüssen zu den Bundestheatern kommen: Unwahr. Erhöhung.

Herr Kollege Tull! Wir erwarten uns von Ihnen nicht, daß Sie die Kritik für die Opposition durchführen. Aber wir erwarten von Ihnen eines, daß Sie zumindest am Rande der Wahrheit gehen. Und wir erwarten von Ihnen eines, daß Sie etwa in die Nähe der Meinung Ihres Klubobmannes kommen, daß es hier bei diesen Problemen um eine Vielschichtigkeit geht. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben noch abschließend einen Kontrollbereich, der ebenso wichtig ist. Das ist die Frage der Kontrollmechanismen in der Verwaltung selbst.

Und wenigstens der Herr Bundeskanzler, der, als er noch voller Hoffnung war, diese Verantwortung zu erreichen, zur Kontrolle im Bereiche der Bürokratie bemerkt hat — ich zitiere —: Die moderne Gesellschaft ist sowieso schon bedroht von der in Wirklichkeit

2454

Nationalrat XV. GP — 25. Sitzung — 21. Feber 1980

**Heinzinger**

kaum kontrollierbaren Herrschaft der Bürokratie.

Man darf nun annehmen, unabhängig davon, daß wir die Ausfälle des Herrn Bundeskanzlers gegen die Beamtenschaft in kritischen Zonen, bei Gehaltsverhandlungen oder bei Wahlen, sehr deutlich kennen — darüber können die hier freundschaftlichen Erklärungen nicht hinwegtäuschen —, darf man daher annehmen, wenn das richtig ist, daß der Herr Bundeskanzler im Bereiche der Verwaltungsreform in dieser Frage neue Kontrollmechanismen eingebaut hat.

Ich habe im Ausschuß den Staatssekretär, der ihn hier vertreten hat, befragt, wie oft denn der Herr Bundeskanzler an diesen Beratungen teilgenommen habe. Man muß sich vorstellen: bewegt der Herr Bundeskanzler, die zentrale Frage, schon immer ein Anliegen des Herrn Bundeskanzlers. Sechs Sitzungen — der Herr Bundeskanzler ist kein einziges Mal dabeigewesen.

Und, meine Damen und Herren, die Ausrede war grotesk. Weil der Herr Bundeskanzler sechsmal nicht dabei war, befragt über die Effizienz, hat der Herr Staatssekretär erklärt, man müsse nachdenken, ob diese häufigen Tagungen der Privatwirtschaft zumutbar sind!

Bitte, das muß man noch einmal sagen, weil es so unglaublich ist. Der Herr Bundeskanzler hat sechsmal an diesen Tagungen der Verwaltungsreform nicht teilgenommen, wo alles erarbeitet werden soll. Die Gemischte Kommission; damals kleiner, jetzt bei der Steuerkommission haben wir schon 180, ein-einhalb Kompanien. Und der Herr Bundeskanzler hat nicht ein einziges Mal an diesen Beratungen teilgenommen. Und auf die Effizienz befragt, war nicht die Begründung, daß der Herr Bundeskanzler, aus welchen Gründen immer, nicht könnte, sondern man könne nicht so oft tagen, weil man das den Vertretern der Privatwirtschaft nicht zumuten könne.

Ich erkläre hier, ohne daß das mit unseren Freunden vom Wirtschaftsbund abgestimmt wurde, ich bin gerne bereit, dem Herrn Bundeskanzler, ohne Bezüge, ohne Diäten, eine Gruppe von Wirtschaftstreibenden zu nennen, die gerne behilflich sind, bei der Verwaltungsreform mitzuwirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das eigentliche Problem, das da dahintersteckt, ist, daß wir heute ein zunehmendes Unbehagen verspüren in die großen Organisationen, in die Macht der Verbände und in die Unkontrollierbarkeit, in die Undurchschaubarkeit dieser Entscheidungen. Das zieht

sich durch alle Bevölkerungsbereiche und durch alle politischen Bereiche.

Und wir kommen nun zu neuen Formen, zu neuen demokratischen Formen. Die Forderung nach mehr Föderalismus, die Forderung nach Bürgermitbestimmung, die Forderung nach persönlichem Wahlrecht, um verbessert zu kontrollieren. Und auch in diesen drei Bereichen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wieder sozialistische Doppelbödigkeit.

Mehr Föderalismus wurde verlangt, tränenreich für die Bezirke. Ich möchte auf diese Debatte nicht eingehen. Nur ein Hinweis. In der Arbeiterkammer und im ÖGB gäbe es wunderbare Möglichkeiten zu beweisen, daß die Wahlergebnisse der Bezirke in den Organen der Bezirke berücksichtigt werden. — Überhaupt nicht der Fall. Krasses Mehrheitswahlrecht. Nichteinhalten der Organtage dort, wo man Angst hat, die Mehrheit zu verspielen. Völlig einseitig ausgerichtete Besetzung der Bezirksstellen der Arbeiterkammer.

Bürgerinitiativen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie kennen diese problematische Studie des Herrn Dr. Gehmacher, wie hier angeregt wurde, wie man Bürgerinitiativen bekämpfen solle. Durch Pressionen, verehrte Kollegen, durch soziale Pressionen sollten Bürgerinitiativen bekämpft werden! (*Ruf bei der SPÖ: So ein alter Kas!*) Das ist kein alter Kas! (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*)

Meine Damen und Herren: Bürgerinitiativen. Ich glaube schon, daß Sie das gerne hätten, daß wir das vergessen. (*Zwischenruf.*) Wir werden das nicht vergessen! Wir werden ganz sicherlich nicht vergessen, Herr Kollege: die SPÖ in Salzburg, nicht irgendeine Jugendgemeinschaft, der man das zutrauen kann, nein, „Spezialseminar für sozialistische Mandatäre“, Teilnehmer, Zielgruppe: Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglieder des Bundesrates, sozialistische Salzburger Landesregierungsmitglieder.

Meine Damen und Herren! Dann kommen die Ratschläge. Repression wird empfohlen: „Verhinderung oder Unterdrückung ... im Einzelfall oder auch allgemein, auf gesetzlichem Weg oder durch Beeinflussungstaktiken (sozialer Druck ...).“

Und dann noch einmal: „Im Einzelfall kann jede der drei Strategien den jeweiligen Umständen sinnvoll entsprechen.“

Auch das, bitte sehr, muß man zweimal lesen, was sich hier abspielt: Repression — auf gesetzlichem Weg —, im Einzelfall sinnvoll entsprechen.

Das ist eine Summe von ganz betrüblichen Ereignissen. Wir haben gar keine Ursache,

**Heinzinger**

Einzeldinge aufzubauschen. (*Abg. Kammerhofer: Das ist „Demokratie“!*)

Wir haben hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein System vor uns, das ganz deutlich zeigt, daß mit der Zunahme der sozialistischen Macht die demokratische Kontrolle abnimmt.

Sie sollten, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, nicht soviel reden von Demokratie, sondern Sie sollten diesen gefährlichen Anfängen, die sich schon als Weg verdichten, abschwören. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich kann Ihnen nur eines versichern: Wir von der Österreichischen Volkspartei werden unsere Aufgabe als Kontrolle und als Initiative umso konsequenter und umso beherzter durchsetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Dr. Tull zu Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Tull** (SPÖ): Meine Damen und Herren! Es ist nicht wahr, daß ich den Versuch unternommen hätte, ein zehenseitiges Elaborat widerrechtlich in den Bericht des Rechnungshofausschusses hineinzubringen. (*Abg. Kammerhofer: Warum so nervös, Herr Tull?*)

Tatsache ist, Herr Kollege, daß der Herr Präsident des Rechnungshofes im Zusammenhang mit der Frage der Vorfinanzierung von Bundesstraßen, der Aufnahme von Finanzschulden für den Bundesstraßenbau sowie Entwicklung der Rücklagen für den Bundesstraßenbau an Hand dieses Elaborates dem Rechnungshofausschuß zur Kenntnis gebracht hat, daß am 10. Dezember im Rechnungshof unter Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes eine Besprechung zwischen Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen und des Rechnungshofes stattgefunden hat.

Der dieser Besprechung zugrunde liegende Sachverhalt und das Besprechungsergebnis wird im folgenden wiedergegeben. Der letzte Punkt, Punkt 3/7, lautete auf Seite 10: Weiters bestand Einverständnis darüber, daß die Frage der Wiederaufführung der in den Jahren 1977 bis 1979 aus der Bundesministerialölsteuerrücklage inkamerierten Beträge ungeachtet der beiderseitigen Rechtsstandpunkte vom Rechnungshof nicht weiterverfolgt wird.

Nachdem der Herr Präsident des Rechnungshofes das mitgeteilt hat, bin ich zum Herrn Präsidenten gegangen und habe ihn gebeten, er möge mir das einen Augenblick geben, ich möchte mir diese Unterlage an-

sehen. Er hat dies getan. Nachdem ich den Inhalt gelesen hatte, stellte ich zunächst den Antrag, daß der Inhalt dieses Papiers in den Bericht aufgenommen werden soll. (*Abg. Heinzinger: Stimmt völlig! Sie haben den Bericht gelesen, wir nicht!*)

Nachdem dann Bedenken geäußert worden sind, daß der Inhalt dieses Papiers den anderen Fraktionen nicht zur Kenntnis gebracht werden könnte, habe ich meinen Antrag dahin gehend abgeändert, daß ich gesagt habe, dieses Papier möge dem Bericht beziehungsweise dem Protokoll beigelegt werden.

Da der Herr Präsident des Rechnungshofes aufgrund der neuen Geschäftsordnung die Möglichkeit hat, sich hier im Hause jederzeit zu melden, ersuche ich ihn zu erklären, ob meine Darstellung richtig ist oder nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagspiel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Hagspiel** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Gerade durch die letzte Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Tull, der heute einen sehr strengen Tag hat, hat er eigentlich selber wiederum bestätigt, daß er ja den Antrag gestellt hat, daß dieses Papier, dieses zehenseitige Papier in den Bericht aufgenommen werden solle. (*Abg. Dr. Tull: Das ist ja kein Geheimpapier!*) Sie haben es wieder bestätigt.

Wenn der Herr Abgeordnete Tull sich so maßlos aufgeregt hat wegen meinen Äußerungen im Rechnungshofausschuß, muß ich doch dazu sagen, daß ich nur aus dem Rechnungsabschluß, aus diesem Papier berichtet habe, und die Konsequenz wäre daraus, daß die Sozialistische Partei ihren eigenen Rechnungsabschluß ablehnen müßte.

Ich möchte noch einmal zitieren, was ich im Rechnungshofausschuß zitiert habe: Der Rechnungsabschluß 1978 weist einen Abgang von 50 649 Millionen Schilling aus, und dies bestätigt, daß die Warnungen der Österreichischen Volkspartei, daß die Einnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angesetzt sind, leider bestätigt worden sind und daß vor allem die Finanzschulden, die Verwaltungsschulden explodiert sind und daß die Eventualverbindlichkeiten von 1969 mit 41 373 Millionen Schilling 1978 auf 317 003 Millionen gestiegen sind, das sind 766 Prozent. Herr Abgeordneter Tull! 766 Prozent! Und das ärgert Sie so.

Ich habe auch erklärt, daß diese ungute Entwicklung vollzogen worden ist, obwohl die Steuerschraube angezogen worden ist, und

**Hagspiel**

daß eine Aushöhlung des Budgetrechts immer weiter fortschreitet, die Beweglichkeit immer mehr einzementiert wird durch die Vorbelastungen.

Wenn Herr Abgeordneter Tull meint, daß hier vor allem etwas maßlos übertrieben worden wäre, muß doch gesagt werden, daß ein Konzept, das zur Sanierung des Staatshaushaltes führt, nicht erkennbar ist. Oder wollen Sie beweisen, wenn man über 25 Prozent mehr ausgibt, als im Voranschlag beinhaltet ist, daß dann ein Konzept vorhanden sein soll?

Nun, ich möchte mich vorrangig mit der Landwirtschaft befassen und möchte auch zu den Ausführungen des Abgeordneten Stögner zurückkommen. Er hat sich getraut, sogar das Sozialaufkommen zu erwähnen, das der Landwirtschaft gegenüber erbracht wird, obwohl wir gestern eine dringliche Anfrage in diesem Parlament behandelt haben — ein Schandfleck in der Gesetzgebung des österreichischen Parlamentes —, weil doch Bundeskanzler Kreisky erklärt hat, man könne niemandem etwas wegnehmen, und 14 000 kleine Bauernrentner in Österreich bekommen weniger als vor 1980.

Wenn man immer wieder den österreichischen Bauern vorhält, daß für die Sozialleistungen so viel vom Staat getan wird: Zum ersten wurde dieses Gesetz 1969 beschlossen, heute hätten wir kein grünes Licht von den Sozialisten mehr bekommen. In der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei war es möglich, dieses Gesetz zu verwirklichen.

Und auf der anderen Seite muß doch auch festgestellt werden, daß gerade bei den bäuerlichen Familien die abwandernden Kinder in eine andere Sozialversicherung und nicht für die eigenen Eltern einbezahlen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte besonders die Problematik der Bauern hier in den Vordergrund stellen und kenne den Stehsatz der Sozialisten, die wiederum sagen werden: Ja, auf der einen Seite kritisieren Sie, daß die Schulden immer mehr steigen, und auf der anderen Seite wollen die Bauern Geld von der Regierung.

Nun, wie sieht es eigentlich aus in diesem Abschluß von 1978. Der Gesamtschuldenberg ist um 25 Prozent höher als vorgesehen.

In der Landwirtschaft hat man 128 800 000 S weniger ausgegeben, als in dem Voranschlag vorgesehen war, und zwar in wesentlichen Bereichen bei der Verkehrserschließung, bei der Regionalförderung, beim Förderungsprogramm im Rahmen des Grünen Planes wurden 49,3 Millionen Schilling weniger ausgegeben. Dazu muß noch gesagt werden, daß vor allem die Bauern sicher Verständnis aufbringen,

wenn man sparen würde, aber sparen soll man auf allen Gebieten. Gestiegen sind die Aufwendungen bei den Repräsentationen und vor allem auch in der Propaganda. Darf ich hier ein Zitat aus der „Wochenpresse“ bringen.

Es heißt hier: „Bauern-Sekretär!“ „Einen gewaltigen Sprung nach oben auf der Karriereleiter tat Ernst Strasser, Schwiegersohn von FPÖ-Klubobmann Friedrich Peter und Ex-Bundespressesprecher der blauen Opposition: Vor zwei Wochen hat das ehemalige FP-Sprachrohr die Chefredaktion der Wiener Blut- und Busen-Postille, WieWo' mit einem Sessel im Landwirtschaftsministerium vertauscht. Als dritter Pressesekretär von SP-Minister Günter Haiden verkauft er statt Sex und Crime nunmehr Agrarisches. Um ein durch Sondervertrag gesichertes Salär von rund 20 000 S netto monatlich bastelt er an der Monatszeitschrift ‚Agrarwelt‘, die in einer Auflage von etwa 280 000 Stück erscheint und vom Ministerium kräftig subventioniert wird. Damit stockt er den persönlichen Stab Haidens auf bereits sieben Mann auf. Für Haiden werken nebenbei vier Hauptsekretäre und drei Pressesekretäre im Sold des Agrar-Ressorts.“ Also hier wird nicht gespart.

Es ist der Ausfluß, daß dafür in der Zone I die Bergbauern keinen Bergbauernzuschuß mehr bekommen, daß diese zudem noch rückwirkend für Viehexporte gestrichen wurden?

Die Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen hatte einen Termin bei Bundeskanzler Kreisky zu einer Aussprache, um die Sorgen darzulegen im Beisein von Bundesminister Haiden und Staatssekretär Schober. Sie bekam wohl einen Termin, eine Zeit von 1 ½ Stunden, nach außen mag es sehr lang erscheinen, aber was ist dabei herausgekommen? — Das Ende war, daß Bundeskanzler Kreisky erklärt hat: Die Länder nehmen so viel aus dem Finanztopf heraus, sie haben auch Zeit zu bezahlen. Ist dies die ganze Agrarpolitik, die die Bundesregierung für uns Bauern macht, daß man immer mehr auf die Länder abschiebt?

Es gibt auch ein Versprechen von Bundeskanzler Kreisky, weil die Landwirtschaft bei der EG ausgeschlossen wurde, daß hier der Schutz der des Bundes gesichert wäre. Nun, wo haben wir einen Schutz und wo wandert unser Bundeskanzler Kreisky hin? Ich kann mich nicht erinnern, daß er einmal in Brüssel war, um die Sorgen der österreichischen Landwirtschaft dort vorzutragen. Er wandert immer mehr in den Osten, und wir werden immer mehr abhängig vom Osten. (*Abg. Dr. Gradenegger: Und wohin wandert der Taus? — Abg. A. Schlager: Gradenegger macht „gescheite“ Zwischenrufe!*)

**Hagspiel**

Zu dem möchte ich noch sagen, daß wir bei der Milchproduktion eine Einschränkung aufgelegt bekommen haben, und es ist ein hoffnungsloses Unterfangen, wenn wir an der Grenze keinen Schutz haben. Im EG-Raum wird jährlich mehr produziert als die österreichische Landwirtschaft an Milchprodukten in zwei Jahren überhaupt produzieren kann. Was nützt dann die Einschränkung, wenn wir an der Grenze keinen Schutz bekommen?! Unsere Bauern stehen im Konkurrenzkampf mit den EG-Bauern, und wir müssen vor Neid erblassen, wenn wir sehen, welche Zuschüsse, Direktzahlungen vor allem die Bergbauern im EG-Raum bekommen. Bei uns versteht man es vor allem, mit Propaganda so zu tun, als ob man den Bergbauern helfen wolle, auf der anderen Seite wird aber immer mehr gekürzt: Der Beweis ist die Streichung des Zuschusses für die Bergbauern beim Viehexport, die kürzlich erfolgt ist.

Immer mehr werden die Länder zur Kasse gebeten, aber bei der Mitbestimmung werden sie immer mehr ausgeschlossen. Ein Beweis sind die Förderungskommissionen, die installiert werden sollen, wo scheinbar das Aufgabengebiet des Staatssekretärs Schober liegt.

Warum eigentlich diese Sticheleien, die nichts bringen. Das Unangenehme wird immer mehr den Ländern und den Kammern zugeschoben und warum nicht mehr Zusammenarbeit in dieser kritischen Situation?

Ähnlich ist es aber beim Kapitel Bauten. Die Länder werden genauso zur Kasse gebeten, um überhaupt Investitionen durchführen zu können. Darf ich hier kurz ein Ringenspiel, wie es um den Amberg-Tunnel in Vorarlberg, gegeben hat, bringen. Am 24. Mai 1978 hat der damalige Bautenminister Moser behauptet, es bestehe überhaupt kein Zusammenhang zwischen Amberg-Tunnel und dem Eisenbahntunnel in Bregenz, daß hier unterschiedliche Finanzierungsformen wären. Er hat auch erklärt, daß vor allem der Amberg-Tunnel, wenn der Pfänder-Tunnel fertiggestellt worden ist, in Angriff genommen werden soll. Vor einem Jahr im Rechnungshofausschuß hat auch der damalige Bautenminister Moser erklärt, daß kein Zusammenhang bestehe.

Der Vorarlberger Landtag hat am 21. März 1979 einen Prioritätenkatalog aufgestellt: Zuerst Amberg-Tunnel,

zweitens: Zweigleisiger Ausbau der Österreichischen Bundesbahnen Feldkirch—Bludenz und

drittens: der Pfänder-Eisenbahntunnel.

Am 22. März 1979 hatten auch der Vizekanzler Finanzminister Androsch dem Bundes-

rat Dr. Pitschmann gegenüber erklärt, daß zwischen diesen Projekten kein Zusammenhang bestehe.

Am 27. November 1979 im Bautenausschuß hat wiederum der neue Bautenminister Sekanina erklärt, daß ein Zusammenhang gesehen werden müsse von zwei Problemkreisen, vor allem Eisenbahntunnel und zweigleisiger Ausbau zwischen Feldkirch und Bludenz.

Vizekanzler Androsch hat wiederum knapp vor Weihnachten in einem Interview dem ORF und dem „Feldkircher Anzeiger“ erklärt, daß der Amberg-Tunnel wiederum im Zusammenhang mit dem Eisenbahntunnel gesehen werden müsse. Die eine Aussage widerspricht der anderen.

Am 15. Jänner im Rechnungshofausschuß hat der zuständige Bundesminister für Verkehr, Lausecker, wiederum erklärt, daß überhaupt kein Zusammenhang bestehe, daß er überhaupt nicht informiert wäre, daß der Eisenbahntunnel junktimiert werden soll mit dem Amberg-Tunnel. Am selben Tag, am Abend, hat der Finanzminister Androsch erklärt, daß es zusammen gesehen werden müsse, weil alle drei Projekte Geld kosten.

In Vorarlberg gibt es doch keinen Menschen, der glaubt, daß alle drei Projekte auf einmal gemacht werden sollen.

Und dann wiederum die Antwort von Sekanina: Er hat erklärt, daß am 8. Februar eine gemeinsame Aussprache in Vorarlberg stattfinden würde, und er möchte unseren Landeshauptmann nicht präjudizieren und nicht mit einer vorgefaßten Meinung nach Vorarlberg kommen.

Am 8. Februar in Vorarlberg hat der Bautenminister Sekanina wiederum erklärt: Die Entscheidung falle erst im Mai, und am Tag darauf bei einem Interview mit der „Neuen Tageszeitung“ hat er wiederum erklärt, daß im Herbst 1980 begonnen werden soll; und dies soll vor allem ein Erfolg des sozialistischen Abgeordneten Dr. Keckeis sein.

Ich glaube, es ist ein unnützer Vaterschaftsstreit. Tatsache ist doch, daß sich vor allem der Bürgermeister Dr. Pilz von Feldkirch sehr intensiv dafür eingesetzt hat. Nun hoffen wir, daß diese Zusage wenigstens hält.

Klarheit bringt vielleicht noch in den ganzen Wirrwarr die letzte Beantwortung einer Frage meines Kollegen Dr. Feurstein, die besagt, daß das Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr zum wiederholten Male klargestellt hat, daß für die aus kommunalen und städtebaulichen Erwägungen ins Spiel gebrachte Hang-Tunnel-Trasse die Gesamtfinanzierung

**Hagspiel**

erst gesucht werden muß und in der Verantwortung der Stadt Bregenz liegt.

Ich verstehe nicht ganz, daß sich der Bauminister so vom parteipolitischen Getriebe, nachdem ja vor allem die Gemeinderatswahlen in Vorarlberg ihre Schatten vorauswerfen, leiten läßt.

Seine Staatssekretärin, die Frau Eypeltauer, hat auch im Ausschuß erklärt, daß sie auf Schlüsselsuche wäre für neue Wohnbauförderungsmittel. Wir haben schon mehrmals — auch hier im Hohen Haus — die Ungerechtigkeit des abgestuften Bevölkerungsschlüssels vorgetragen, und gerade der abgestufte Bevölkerungsschlüssel hat in der Wohnbauförderung bestimmt keinen Platz und ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß.

Es hat mich nicht wenig überrascht, als im Parlament bei der Föderalismusdiskussion der Herr Landesrat Mayr, der Finanzreferent von Wien, erklärt hat, daß der abgestufte Bevölkerungsschlüssel eine große Ungerechtigkeit wäre. Aber im umgekehrten Sinn: Daß Wien — obwohl Wien mehr als Doppelte im Finanzausgleich pro Kopf der Bevölkerung bekommt als eine kleine Gemeinde — vor allem für die Ausgaben im Schulwesen und für die Krankenhäuser aufkommen muß.

Hier liegt sicher ein Trugschluß drinnen. Das müssen die Länder draußen genauso. Nur ist dort eine Dreiteilung: In den Ländern draußen müssen das Land, die spitalerhaltende Gemeinde und die Gemeinde, von der die Patienten kommen, am Spitalsabgang mittragen. In der Stadt Wien ist dies alles unter einem Dach. Daher nicht diese Dreiteilung. Daher ist es ungerecht, wenn man sagt, die Gemeinde Wien würde zu wenig bekommen. Hier müßte man sicherlich einen anderen Schlüssel finden, denn dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist nicht mehr zeitgerecht. Ich kann dies beweisen, weil ja die Ausgaben, die früher von der Stadt gegenüber der Landbevölkerung erbracht worden sind, nicht über Umlagen wieder kassiert worden sind, wie dies jetzt der Fall ist.

Bei der Schulerhaltung und bei verschiedenen anderen Sachen werden ja die Gemeinden mitbelastet. Die Gemeinden haben heute auch viele Aufgaben, die sie früher nicht gehabt haben. Es ist die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Wegeerhaltung, die Schneeräumung und vor allem die Kanalisation, die jetzt in den ländlichen Gemeinden genauso notwendig ist. Das macht nach Berechnungen das Sechsfache aus gegenüber dem in der Stadt, wo eine verdichtete Bauweise ist.

Wir sind auch der Auffassung, daß die Wohnbauförderung mehr verländert werden müßte, denn die Verhältnisse sind ganz verschieden.

Es kann nicht alles über einen Leisten gezogen werden. (*Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Auch die Sozialisten haben sich die letzte Zeit als Föderalisten gezeigt. Sie glauben auch, daß den Ländern mehr Rechte und mehr Entscheidungen zugestanden werden sollen, weil sie ja bedeutend lebensnaher sind. Wir hoffen nur, daß es Wirklichkeit wird und nicht in einer endlosen Diskussion erstickt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Thalhammer:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident des Rechnungshofes Dr. Kandutsch. Ich erteile es ihm.

**Präsident des Rechnungshofes Dr. Kandutsch:** Hohes Haus! Obwohl ich nicht sehr viele Probleme sehe, die es aufzuklären gibt — denn alle Ausschußmitglieder waren Zeugen des Vorganges, und es hat eigentlich nur Auseinandersetzungen gegeben über die Geschäftsordnung wegen der Behandlung des Papiers —, möchte ich doch der Aufforderung nachkommen, auch noch einige klärende Worte zu sprechen, vor allem zu der Frage — nicht: Wie kam das Salz ins Meer?, sondern —: Wie kam das Papier in die Ausschußberatung?

Ich habe Ihnen aus diesem Papier ja ausführlich zitiert und mit Genugtuung darauf hingewiesen, daß es uns gelungen ist, für die Zukunft einige strittige haushaltsrechtliche Fragen, also Streitfragen zwischen Finanzministerium und uns, auszuräumen, und zwar für die Zukunft, das heißt mit der klaren Betonung, daß die Gegensätze, was die Vergangenheit betrifft — und der Rechnungsabschluß ist ja ein historisches Dokument —, natürlich aufrecht bleiben. Da der wesentliche Inhalt der Unterlage über die Straßenbaufinanzierung von mir dem ganzen Ausschuß vorgetragen wurde, habe ich nichts dabei gefunden, dem Wunsch des Herrn Abgeordneten Dr. Tull, er möge sich lesend noch etwas darin vertiefen, zu entsprechen.

Ich habe natürlich auch keinen Einfluß gehabt und nehmen können oder wollen, daß er dann erklärt hat, dies solle in den Ausschußbericht hinein. Schließlich kam ja das Protokoll zustande, welches folgendes wiedergibt:

„Der Präsident des Rechnungshofes verteilt an die Abgeordneten im Ausschuß eine Information laut Beilage 2 und gibt hiezu ergänzende Erklärungen ab“, über die Herr Abgeordneter Dr. König heute schon gesprochen hat.

Das war der ganze Vorgang, wie er sich abgespielt hat. Ich war natürlich im höchsten Maß interessiert, daß die Abgeordneten von dieser Regelung erfahren, von der ich nur sagen muß, daß sie richtigerweise schon vor der Abfassung des Bundesrechnungsabschlusses hätte erfolgen

**Rechnungshofpräsident Dr. Kandutsch**

sollen. Aber in der offiziellen Auseinandersetzung nach dem § 9 des Rechnungshofgesetzes hat das Finanzministerium keine Einwendungen gegen die betreffenden Textstellen vorgebracht. Erst später sind wir dann in diese Beratungen eingetreten, von denen wir sagen können, daß der Rechnungshof seine Rechtsanschauungen eigentlich voll durchgesetzt hat.

Ich bin auch sehr froh darüber und kann mich nicht darüber beklagen, wenn das Finanzministerium auf unsere Intentionen eingeht. Denn wir machen ja Bemängelungen nicht als „l'art pour l'art“, also Kritik um der Kritik willen, sondern weil wir in diesem Bereich dafür sorgen sollen, daß die Prinzipien der Ordnungsmäßigkeit und Legalität respektiert werden.

Da ich am Wort bin, möchte ich noch einen zweiten Punkt kurz anschnitten, der auch heute schon mehrfach berührt wurde: Das ist die Frage der fiskalischen Gesamtbelastung, der sogenannten Belastungsquote oder Staatsquote, wo sich ja herausgestellt hat, daß zwischen dem Finanzministerium und uns auch in den amtlichen Darstellungen immer wieder Differenzen auftauchen — aber nicht nur zwischen Finanzministerium und uns, sondern auch zwischen Finanzministerium und Statistischem Zentralamt —, wobei letzteres schließlich eine dritte Quote auch noch bekanntgegeben hat, nämlich an die OECD, die wieder mit den anderen Zahlen nicht übereinstimmt hat.

Ich habe Ihnen im Ausschuß mitgeteilt, daß wir eine Besprechung mit dem Ziele hatten, eine Vereinheitlichung aller Bewertungskriterien herbeizuführen, damit man schließlich zu einem unbestrittenen Ergebnis gelangt. Eine solche Besprechung hat stattgefunden, und zwar mit einem Vertreter des Finanzministeriums, dem Hofrat Kausel als Leiter der Abteilung für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Zentralamtes — ich berufe mich auf Kausel deswegen so gern in diesem Zusammenhang, weil er nicht in dem Geruch steht, etwa irgendwelchen pessimistischen Tendenzen nachzuhängen, daß er . . . (*Rufe bei der SPÖ: Polemik! — Rufe bei der ÖVP: Das ist keine Polemik! — Weitere anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der SPÖ und ÖVP. — Präsident Thalhammer gibt das Glockenzeichen.*) — Polemik, Herr Abgeordneter? — Der Aschermittwoch ist ja schon vorbei. Ich hoffe, ich darf ein bißchen Fröhlichkeit auch einem Kärntner gegenüber hier anbringen.

Also mit Kausel zusammen ist folgendes Ergebnis besprochen worden:

Die ursprünglich auf Grund vorläufiger Daten im Bundesrechnungsabschluß angegebene fiska-

lische Gesamtbelastung erreicht nach den vom Österreichischen Statistischen Zentralamt bereitgestellten neuesten Daten die Höhe von 40,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes 1978.

Allerdings: Die aus dem Entgeltfortzahlungsgesetz sich ergebende Belastung ist bis heute in diese Belastungsquote nicht eingerechnet worden, weil — wie uns erklärt worden ist — der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen als das zuständige Gremium sich noch nicht mit dieser Frage befaßt hat. Es wird aber angenommen und steht außer Zweifel, daß sie mit etwa 0,7 Prozent berücksichtigt werden muß, sodaß schließlich eine Belastung von 41,5 Prozent herauskommen könnte, welche eine Größe ergibt, die zwischen der Zahl laut OECD-Bericht und der ursprünglichen Rechnungshofangabe etwa in der Mitte liegt.

Diese letzte Ziffer kann man jetzt annehmen, aber ich sage: Mit dem letzten Vorbehalt, daß das noch einmal vom Statistischen Zentralamt bestätigt werden muß. Ich hoffe ganz zuversichtlich, daß es letzten Endes in Zukunft vermieden werden kann, daß in einer politisch so bedeutsamen Aussage irgendeine ziffermäßigen Differenzen auftreten. — Danke. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Also keine Manipulation meinerseits! — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Fauland. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Fauland** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Der Herr Kollege Heinzinger, Sprecher des ÖAAB, hat es heute hier glänzend versucht, von der eigentlichen, notwendigen und wichtigen Debatte über den Bundesrechnungsabschluß abzuweichen und abzulenken, indem er begonnen, hat mit der Machtposition, der Machtposition des Gewerkschaftsbundes, mit der Machtposition der Arbeiterkammer. Herr Kollege Heinzinger, du weißt ja ganz genau: Der Gewerkschaftsbund setzt sich zusammen nach den Ergebnissen, wie es in den einzelnen Betrieben bei Belegschaftswahlen ausgeht, nach den Vertrauensmännerwahlen, und es ist doch bekannt, daß im Gewerkschaftsbund nicht nur die sozialistische Fraktion vertreten ist, sondern daß auch eine Reihe anderer Fraktionen vertreten sind und daß auch von der Fraktion des ÖAAB Vizepräsidenten gestellt werden und daß auch die Fraktion des ÖAAB in den einzelnen Ausschüssen vertreten ist.

Ich frage daher: Wie ist eine Macht dort möglich, wenn eine große Kontrolle vorhanden ist, die Kontrollmöglichkeit gegeben ist, genauso wie bei der Arbeiterkammer? Die Arbeiter-

**Fauland**

kammer wird doch gewählt von den Arbeitnehmern in Österreich, von den Arbeitern und Angestellten in Österreich, von diesem Vertrauen getragen, den Präsidenten stellen wieder meistens die zwei großen Fraktionen, die sozialistische Fraktion wie der ÖAAB. Wieder eine Kontrollmöglichkeit. Ich frage, wo ist da die Macht.

Aber, Herr Kollege Heinzinger, man könnte fragen. Uns ist ja bekannt, welche Möglichkeiten bei Ihrer Handelskammer, bei der Bauernkammer, in der Ärztekammer zur Kontrolle gegeben sind, welche Möglichkeiten der Kontrolle wir dort von unserer Fraktion haben.

Ich möchte noch weiter fragen: Wie schaut es aus von Ihrer Seite bei den Zeitungen? Er hat die Medien angeschnitten. Ich frage nur, wer kontrolliert denn den größten Teil der Zeitungen in Österreich, wenn nicht Ihre Fraktion. Ich traue mir sogar zu behaupten, es sind rund 60 bis 70 Prozent, wo Sie Einfluß nehmen. Und auch die sogenannten unabhängigen Zeitungen stehen zum größten Teil in Opposition gegen die Regierungspartei und stehen Ihnen zugute.

Meine Herren, man soll da vorsichtig sein, Herr Bergmann. Wie schaut es in Niederösterreich aus? Wie schaut es in der Steiermark aus? Wie schaut es in den Landesregierungen aus? Schauen Sie einmal dort hin, was für eine Kontrollmöglichkeiten dort unsere Leute im Landtag haben! Ob in Niederösterreich oder in der Steiermark! Welche Kontrollmöglichkeiten haben wir dort, meine Herren? (*Beifall bei der SPÖ.*) Schauen Sie sich das einmal an! Und da spricht man von einer Macht und von Beeinflussung.

Herr Kollege Heinzinger versuchte halt heute hier das so darzustellen, weil er gesehen hat, daß eben dieser Bundesrechnungsabschluß zugunsten der Regierung ausgeht. Und wenn ich das sage — meine Damen und Herren, Sie mögen heute darüber lachen —, wenn ich das hier heute behaupte, dann behaupte ich es aus diesem Grunde, weil mit den Budgets, wie sie erstellt wurden, den Haushalten, wie sie erstellt wurden, von dieser Bundesregierung, sozialistischen Regierung, nicht nur für 1978, auch die vorangegangenen Jahre, oder auch für 1979, bewiesen worden ist, daß sie mit größter, größter Verantwortung getragen sind und daß sie auch Verständnis gefunden haben bei den Wählerinnen und Wählern hier in Österreich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Werte Damen und Herren! Man braucht ja nur hinauszuschauen über die Grenzen von Österreich. Wie zeigt sich die Lage dort, und wie ist die Situation bei uns? Bei uns in

Österreich gibt es eine Vollbeschäftigung, eine Preisstabilität, soziale Sicherheit, eine Konjunkturbelebung, die Wirtschaft floriert. Wenn Sie ins Ausland schauen, in den westlichen Industrieländern sind es 16 bis 17 Millionen Arbeitslose. Aber nicht nur die 16 bis 17 Millionen Arbeitslosen sind die, die uns drücken, sondern daß auch große Jugendarbeitslosigkeit dort herrscht.

Und bei uns, werte Damen und Herren von der rechten Seite, bei uns: — Die Arbeitslosenquote, eine der niedrigsten laut Statistik — sie ist heute ja schon ein paarmal vorgelesen worden —, bei uns keine Jugendarbeitslosigkeit, bei uns sind mehr Angebote an Lehrstellen, als Lehrlinge vorhanden sind. Und da spricht man von einer Katastrophenstimmung, von einer schlechten Wirtschaft und davon, daß diese Regierung nicht imstande ist, die Wirtschaft zu sichern.

Werte Damen und Herren! Wie hat es 1970 ausgesehen hier in Österreich? — 2 300 000 Beschäftigte. Wieviel Beschäftigte sind heute in Österreich? Heute sind es rund 2 800 000 Beschäftigte, um fast 500 000 Beschäftigte mehr. Ich will aber nicht behaupten, verehrte Damen und Herren, daß nur die Regierung allein das gewesen ist, die die 500 000 Arbeitsplätze geschaffen hat. Sicher im Zusammenwirken mit der Industrie, sicher im Zusammenwirken mit den Ländern. Aber wer hat es möglich gemacht? — Diese Regierung mit ihrer Einstellung eben zur Industrie, zum Gewerbe und zu den Bauern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und, werte Damen und Herren, ich glaube, man muß heute auch anschauen, was diese Regierung in einer Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in einer Zeit der Rezession hier in diesem Lande geleistet hat: im Verkehrswesen, in der Bautenpolitik, in der Schulbaupolitik, im Sozialwesen. Werte Damen und Herren, da gibt es Beispiele, und man kann diese Beispiele echt hier heranziehen und man sieht, was diese Regierung imstande war zu leisten. (*Abg. Kammerhofer: Die Pensionen!*) Sie werden von mir eine Antwort kriegen, ich komme noch auf die Pensionen zu sprechen.

Ich möchte nur eines heute hier sagen. Was haben wir heute in Österreich im Zusammenwirken dieser Regierung und der Wirtschaft? — Ein modernes Arbeitszeitgesetz, wir haben heute die 40-Stunden-Woche in Österreich. Was kann sich heute ein Arbeitnehmer in Österreich mit diesen 40 Stunden Arbeitszeit leisten, und was hat er sich leisten können in dieser Zeit, in der Sie die Alleinregierung gehabt haben, in der der Arbeiter 48 Stunden gehabt hat? Da gibt es schöne Beispiele.



**Fauland**

Wenn ich nur ein Beispiel anführen darf, um wieviel mehr der Arbeiter heute zum Beispiel mit seinem Monatslohn mehr bekommt, als er damals bekommen hat. In Ihrer Zeit konnte er sich mit seinem Einkommen — so trotz der großen Belastungen, die uns vorgeworfen werden; 14,4 oder 41,4 Prozent, da streiten sich ja darüber einige Herren — 423 Kilogramm Brot kaufen, 423 Kilo Brot mit seinem Schnitteinkommen. Und heute kann er sich 842 Kilogramm Brot kaufen. Das muß man auch einmal sagen und aufzeigen! (*Zwischenruf des Abg. Kammerhofer.*)

Es kommt ja noch etwas dazu. Ich kann ja heute auch sagen, wie lange er arbeiten mußte für einen Kühlschrank. Wieviel Stunden er aufwenden mußte. Wieviel Stunden wendet er heute auf? Wieviel Stunden hat er aufgewendet, daß er sich ein Paar Schuhe kaufen konnte? Ich muß Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren, in Ihrer Zeit hat er sich sechs oder sieben Paar Schuhe kaufen können, sechs bis sieben Paar Schuhe mit seinem Einkommen, und heute kauft er sich 17 Paar Schuhe mit seinem Einkommen!

Meine Damen und Herren! Das muß man sehen. Und da sprechen Sie davon, daß es den Arbeitnehmern in Österreich immer schlechter geht. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das muß man einmal aufzeigen und hier einmal feststellen. (*Abg. Kammerhofer: Wenn die Regierung die Schuhe machen würde, ginge er in Socken!*)

Wissen Sie, was das macht? — Das machen diese Milliarden, die Sie heute der Regierung vorhalten, daß sie Verschwendung betrieben hätte, daß sie mehr ausgegeben hätte und zur Arbeitsplatzsicherung hier eingesetzt hat. Das ist das, was dazu beigetragen hat, und nichts anderes, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und das müssen Sie halt einmal hier zur Kenntnis nehmen.

Ich habe die Wortgefechte von Kollegen Heinzinger gesehen. Und weil er gewußt hat, was da herauskommt, daß nur Sie nur schlechter abschneiden können, hat er gesagt, ich gehe auf die andere Seite hin, ich spreche von der Macht und von der Kontrolle, denn von der einen Seite wird es für uns ein bißchen schlecht. Und daß es schlecht ist, das beweise ich Ihnen, meine Damen und Herren, auch mit anderen Beispielen.

Sie haben zum Beispiel die Pension erwähnt. Das stimmt, es sind die Höchstbeitragsgrundlagen angehoben worden. 1970 waren es 7 650 S, heute sind es 19 500 S. Aber wie schaut es auch bei der Alterspension aus? Die Alterspension ist 1970 bei 2 000 S gelegen und liegt

heute, 1980, bei 5 264 S im Schnitt. Sehen Sie, so schaut heute die Situation aus. Und so „schlecht“ geht es heute unseren Pensionisten. Und den Ausgleichszulagenbeziehern... (*Abg. Kammerhofer: Reden Sie von den Indizes! — Abg. Bergmann: Reden Sie von den 14 000 Bauernpensionisten!*)

Über die 14 000 Bauernpensionisten, Herr Bergmann — ich weiß nicht, ob ich noch sagen kann, Herr Kollege, oder auch Herr Direktor sagen muß —, ist ja gestern schon gesprochen worden, eingehendst diskutiert worden in diesem Raum. Warum soll ich das heute noch einmal behandeln? Gestern ist dieses Kapitel abgeschlossen worden, meine Damen und Herren!

Ich kann Ihnen nur eines sagen. Die Ausgleichszulagenzuschüsse, die Sätze waren für die Ledigen und für Witwen 1970 1 283 S. Die liegen heute bei 3 493 S. Für Verheiratete waren sie 1970 1 782 S und liegen heute bei 4 996 S. Sehen Sie, so schaut das heute bei uns in Österreich aus. Und so kann ich das weiter fortführen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Herr Kollege, über Inflation würde ich heute in diesem Hohen Haus nicht reden. Sie wissen ganz genau, daß die Inflationsrate in Österreich eine der niedrigsten ist. (*Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.*) Wer sagt Ihnen das? Wo nehmen Sie diese Ziffern her?

Herr Kollege Gorton! 1978 bei der Budgetdebatte für 1979, wo Sie gewußt haben, daß 1979 die Wahlen vor der Türe stehen, hat jeder einzelne Redner von Ihnen brav gesagt: Gott sei Dank wird dieses Katastrophenbudget das letzte sein, dieses Budget für 1979, denn die Wähler werden ja begreifen, was hier geschieht, was los ist. Sie werden das Vertrauen verlieren, und wir werden mit einer Stärke, mit einer Macht hier einziehen.

Und was ist geschehen? Die Wähler haben begriffen, was diese Regierung für sie gemacht hat. Daß diese Regierung für sie den sozialen Frieden gebracht hat, die Stabilität gebracht hat und die Arbeitsplätze gesichert hat. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dkfm. Gorton: Budgetdefizit!*) Das war dann das Ergebnis der Wahlen.

Ich würde da ein bißchen vorsichtiger sein, Herr Dkfm. Gorton! Ich schätze Sie sehr, aber es ist halt schwer einzubekennen, wenn man weiß, daß diese Regierung große Leistungen erbracht hat. Ich könnte das jetzt fortführen mit der Familienbeihilfe. Wenn ich daran denke, daß die Familienbeihilfe in der Zeit von 1970 bis 1979 zehnmal erhöht wurde. Heute sind wir bei 910 S, und das soll ja bekanntlich 1981 auf 1 000 S erhöht werden.

**Fauland**

Das gleiche ist bei der Geburtenbeihilfe: eine Erhöhung von 2 000 S auf 16 000 S. Ich weiß, diese Ziffern hören Sie nicht gerne, Herr Bergmann. Aber das ist eine familienfreundliche Politik. *(Abg. Bergmann: Und was haben Sie für die 14 000 Bauernpensionisten getan?)*

Herr Bergmann! Sie haben gestern die Antwort bekommen. Das sind Tatsachen für Millionen von Österreichern, für die ich heute hier spreche. Und wenn heute 16 000 S für Geburtenbeihilfen aufgewendet werden und auch eine nützliche Einrichtung, der Mutter-Kind-Paß, geschaffen wurde, der bewirkt hat, daß in Österreich die Säuglingssterblichkeit von 26 Prozent auf 15 Prozent gesenkt werden konnte, dann sind das alles Leistungen, die heute anerkannt werden müssen, die Sie aber nicht gerne hören, weil sie nicht bequem für Sie sind. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es waren bei uns 26 Prozent, und die sind auf 15 Prozent zurückgeführt worden. Ich hoffe, die Statistik stimmt. *(Abg. Doktor Schwimmer: Die Dezimalzahlen verwechselt!)* Bitte, ich lasse mich berichtigen, aber ich habe mir diese Zahlen aufgeschrieben.

Weiter geht es, werte Damen und Herren! Was ist in Österreich im Straßenbau gemacht worden? Sie wissen ganz genau: 1970 haben wir in Österreich 412 km Autobahnen gehabt, heute haben wir 875 km Autobahnen in Österreich. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist ja ein Aprilscherz!)*

Herr Kollege Kohlmaier! Fernsprechan-schlüsse: 1970 886 000 und heute 2,024 Millionen. Wir haben sogar heute vom Herrn Minister gehört, 2 040 000. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das sind alles Leistungen und Zahlen, die man sehen muß.

Und zu den Autos, weil es den Arbeitnehmern in Österreich so „schlecht“ geht, meine Damen und Herren! 1965 war für 9,4 Einwohner ein PKW, 1978 entfällt auf 3,5 Einwohner ein PKW. Das ist ein Beweis ... *(Abg. Hietl: Das ist eine natürliche Entwicklung!)*

Das ist eine natürliche Entwicklung? Warum ist das eine natürliche Entwicklung? Weil die Kaufkraft gestiegen und besser geworden ist, weil die Leute heute mehr verdienen und sich mehr leisten können. Das ist die Tatsache, werte Damen und Herren. Das sind die Zahlen und die Ziffern. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: 30 Prozent Steuer!)*

Werte Damen und Herren! Ich möchte nicht näher darauf eingehen, sondern nur eines sagen: Jedenfalls ist es gelungen, ein modernes Arbeitszeitgesetz einzuführen, ein

modernes Urlaubsgesetz, die Arbeiterabfertigungen und auch die Krankenentgeltfortzahlungen einzuführen. Das sind alles Gesetze, die den Arbeitern etwas gebracht haben, die sicher den Unternehmern zum Teil auch etwas gekostet haben, und Sie waren davon nicht begeistert und haben halt versucht, zum Schluß mit aufzuspringen und mitzustimmen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Zum Beispiel die verstaatlichte Industrie!)* Ich komme genau darauf noch zu sprechen, Herr Dr. Kohlmaier.

Ich darf nur eines hier sagen, werte Damen und Herren. Ich wollte hier aufzeigen, daß mit all diesen Budgets, die diese Regierung in diesen Jahren erstellt hat, mit all diesen Budgets, für die sie die Verantwortung getragen hat, die Regierung recht gehabt hat, große Leistungen erbracht hat, daß bei uns in Österreich der soziale Friede, die Sicherheit, die Stabilität und die Vollbeschäftigung eingekehrt sind. Das können Sie nicht wegleugnen, es wird auch von den OECD-Berichten immer wieder bestätigt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Werte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, noch ein Problem anzuschneiden, das ist das Problem der Verstaatlichten. Ich möchte jetzt auf ein Problem zu sprechen kommen, das mich persönlich für die Steiermark betrifft, das Problem der Fusion der VOEST-Alpine. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Haben Sie Anteile gehabt, weil es Sie persönlich betrifft?)* Es betrifft mich als Belegschaftsvertreter, weil ich als Betriebsratsobmann in einem Betrieb tätig bin. Erlauben Sie mir, daß ich sage, daß es mich persönlich betrifft, weil ich Arbeitnehmer der VOEST-Alpine und gleichzeitig auch Betriebsratsobmann bin. Sollten Sie das nicht gewußt haben, wollte ich Sie nur aufklären, Herr Kollege Kohlmaier.

Es ist jedenfalls eines geschehen. Es wurde 1973 die Fusion der verstaatlichten Betriebe VOEST und Alpine vollzogen. Ich kann mich noch an die Unkenrufe und auch an die Einstellung der ÖAAB-Vertrauensmänner seinerzeit in der Steiermark erinnern, die gegen diese Fusion aufgetreten sind, die dagegen im Landtag aufmarschiert sind und behauptet haben, durch diese Fusion der VOEST mit der Alpine werden die Betriebe in der Steiermark zugrunde gerichtet werden, die Betriebe in der Steiermark werden draufzahlen, es werden Arbeitsplätze verlorengehen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ist das nicht der Fall?)* Und wie schaut es wirklich aus, werte Damen und Herren? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Von Judenburg erzählen Sie nichts!)* Ich komme darauf zu sprechen, Herr Kohlmaier.

Es ist eines geschehen: Es ist besser geworden. All die Betriebe der Steiermark, wo man von der ÖAAB-Seite, von der ÖVP-Seite

**Fauland**

her geglaubt hat, es wird zu Schwierigkeiten kommen, die Betriebe werden ruiniert werden, sind besser gestellt worden. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ist alles in Butter!)* Ich komme auf das alles zu sprechen.

Schauen Sie sich heute das an. Ich nehme meinen Betrieb, wo ich beschäftigt bin, die Hütte Donawitz. In der Hütte Donawitz wurden in dieser kurzen Zeit der Fusion fast 4 Milliarden Schilling investiert, 4 Milliarden Schilling zur Strukturbereinigung und zur Errichtung von neuen Betrieben.

Schauen Sie nach Kindberg: In Kindberg wurden fast 2 Milliarden Schilling für die Errichtung eines Nahtlosrohrwerkes und für die Infrastruktur investiert. Schauen Sie heute nach Eisenerz. Dort wurden moderne Einrichtungen geschaffen, Investitionen wurden getätigt ... *(Abg. Dr. Kohlmaier: Auch unmoderne! Überall Sorgen genug, und Sie verniedlichen das! So große Sorgen hat es noch nicht gegeben!)*

Herr Kohlmaier! Ich komme darauf noch zu sprechen, hören Sie bitte einmal zu. Wissen Sie, was die Sorgen gewesen sind? Sorgen hätte es gegeben, wenn wir nicht fusioniert worden wären. Die Fusion 1973, die Bundeskanzler Kreisky eingeleitet hat, war die Rettung für uns.

Ich kann Ihnen nur eines sagen, Herr Kohlmaier. Sie wissen genau: 1977/78 kam es zu einer Stahlkrise, auch schon 1976. In all diesen Jahren wurden im Ausland, ganz egal, ob es Belgien, ob es England gewesen ist oder ob es andere Länder waren, Hunderttausende von Arbeitskräften in der Stahlindustrie freigesetzt, sogar die Produktion wurde zurückgenommen. Und wie ist es bei uns gewesen? Bei uns wurde die Vollbeschäftigung aufrechterhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und womit war es möglich, in den Betrieben die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten? Durch die Fusion. *(Abg. Dr. Blenk: Sie wissen es doch besser!)*

Aber Herr Kollege! Sie sagen, daß vom Staat gefördert worden ist, und der Kollege Wimmersberger hat sich im Dezember hier beschwert, daß von Seiten des Staates viel zu wenig gemacht worden wäre für die verstaatlichten Betriebe. Welches Geschenk haben die verstaatlichten Betriebe bekommen? Der verstaatlichte Betrieb zahlt genauso seine Steuern wie jeder private Betrieb. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Geh, der zahlt doch keine Steuern!)* Das bestätigt mir der Kollege Burger jederzeit, der hier sitzt. Er führt genauso seine Dividenden ab wie jeder andere, Herr Kollege. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wann hat denn die VOEST das letztemal Dividenden abgeführt?)*

Ich rede von der Verstaatlichten, ich habe nicht gesagt, die VOEST. Die Verstaatlichte hat die Dividenden abgeführt.

Eines steht fest, werte Damen und Herren, das können Sie nicht leugnen: daß in der verstaatlichten Industrie, in der Stahlindustrie die Arbeitsplätze gesichert gewesen sind durch die Fusion, daß dementsprechende Investitionen getätigt wurden und durch die Investitionen auch heute in der Steiermark die Arbeitsplätze in den Betrieben, wie Donawitz, Kindberg, Eisenerz, Zeltweg, gesichert sind. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Auch in Judenburg?)* Auch in Judenburg.

Weil Sie, Herr Kohlmaier, jetzt Judenburg anschneiden: Sie wissen ganz genau, daß nicht die Regierung es war, die gesagt hat, in Judenburg muß geschlossen werden oder in Judenburg etwas geändert werden, sondern daß diese Vorstellung von Seiten des Vorstandes der VEW vorgetragen worden ist und daß sich die Regierung, weil es nicht gut gegangen ist, die Regierung mit Bundeskanzler Doktor Kreisky eingeschaltet hat, hingegangen ist zur Belegschaft nach Judenburg, sich mit dem Vorstand auseinandergesetzt hat und als Endziel herausgekommen ist, daß eben Judenburg nicht geschlossen wird und daß in Judenburg eine neue Produktion geschaffen wird und die Belegschaftsmitglieder dort erhalten werden können. Sehen Sie, das war das Ergebnis von Judenburg, meine Damen und Herren!

Ich möchte aber eines hier heute nicht leugnen und zu einem meine Stellungnahme heute hier abgeben: Obwohl in der verstaatlichten Industrie die Arbeitsplätze gehalten werden konnten, gebe ich unumwunden heute hier zu, meine Damen und Herren, daß es keine Vermehrung gewesen ist, ja sogar eine geringfügige Zurücknahme, die gesamte ÖIG betrachtet, wo heute 114 000 Beschäftigte sind. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Und Arbeitsplätze verlorengehen!)* Aber, Herr Kollege, das stimmt ja gar nicht. Daß sie heute mehr sind in der Industrie, das ist klar. 114 000 Beschäftigte sind in der verstaatlichten Industrie, und die sind gehalten worden. Aber worum es mir heute geht — mir geht es um eines, verehrte Damen und Herren, was ich heute hier noch vorbringen möchte, weil es die Steiermark und die Obersteiermark betrifft —: Es wird trotzdem notwendig sein — und das möchte ich heute hier auch aussprechen —, in der Steiermark, besonders im Murtal, Vordernberger Tal, Liesingtal, in Zukunft neue Produktionsstätten zu schaffen, neue Produktionen hinzubringen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wann wird das möglich sein? — Es wird nur dann möglich sein, wenn auch die Voraussetzung, die Infrastruktur entsprechend geschaffen

**Fauland**

wird, das heißt, die dementsprechenden Straßen errichtet werden.

Und da komme ich auch auf ein Problem zu sprechen: Was 25 Jahre in der Steiermark von der Steiermärkischen Landesregierung verabsäumt wurde, konnte die heutige Bundesregierung natürlich in den 10 Jahren nicht aufholen. Es wird notwendig sein in der nächsten Zeit — und da ersuche ich auch den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik —, Prioritäten zum Ausbau der Infrastruktur, der Straßen für die Obersteiermark zu setzen, damit es auch dort in Zukunft möglich ist, moderne, neue Industrien anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube heute hier aufgezeigt zu haben, daß diese Regierung wohl imstande ist und imstande gewesen ist, ihre Budgets so zu erstellen, damit dementsprechende Leistungen erbracht werden können. Sie trägt ja auch die alleinige Verantwortung gegenüber den Wählern, und der Wähler hat bis jetzt bewiesen, daß er mit der Vorgangsweise und mit der Arbeit dieser Regierung einverstanden ist. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Thalhammer:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Gorton. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem es doch angebracht ist, auch kurz auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen *(Abg. Dr. Kohlmaier: Obwohl er es nicht verdient!)* — ich möchte darüber kein Werturteil abgeben —, möchte ich zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fauland sagen, daß die rosige Darstellung der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, die er hier unter Lobdarbringungen gegenüber der Bundesregierung vorgebracht hat, zweifellos an einigen wesentlichen Tatsachen vorübergeht.

Ich möchte Ihnen eines zubilligen, Herr Abgeordneter Fauland, und ich gebe auch als Oppositionspolitiker der Regierung zu, daß ihr eines gelungen ist: Es ist ihr gelungen, das eigentlich angebrachte drückende Schuldenbewußtsein, das wir in Österreich auf Grund der Staatsverschuldung und auf Grund der gesamten Wirtschaftspolitik dieser Regierung haben müßten, irgendwie zu vernebeln, sodaß es heute nach wie vor unserem ganzen Volk eigentlich noch nicht richtig zu Bewußtsein gekommen ist. *(Zwischenruf des Abg. Fauland.)*

Es ist sich eigentlich noch niemand der Lasten bewußt, die der Staat zu tragen hat auf Grund der Politik der vergangenen Jahre, und wenn im Jahre 1978 die Verschuldung

auch wieder um zirka 35 Milliarden angewachsen ist, so glaubt jeder noch nicht recht daran.

Und wenn Sie heute sagen, ich weiß nicht, wer angeblich Steuern hinterziehen würde und so weiter *(Zwischenruf des Abg. Fauland)* — nein, die Regierungspartei, nicht Sie persönlich —, so sind das jetzt die Folgen, daß man plötzlich versucht, irgendwo Schuldige zu finden. Das drückende Schuldenbewußtsein fehlt also dieser Regierung und fehlt natürlich auch weitestgehend der Regierungspartei. Sie sollten eigentlich dafür ein drückendes Schuldbewußtsein haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren und Herr Abgeordneter Fauland! Ich schätze Sie zweifellos als fleißigen und in der verstaatlichten Wirtschaft sicherlich auch sachkundigen Abgeordneten. Wenn Sie hier aber darstellen wollen, daß in der Steiermark durch die Stahlfusion die Probleme gelöst worden wären, so würde ich dies den Steirern, den Österreichern und uns allen herzlich wünschen. Aber wenn Sie heute sagen, auch in Judenburg sind die Probleme mit der Stahlfusion gelöst worden und neue Produktionen wären festgelegt worden, so ist uns darüber nichts bekannt. Und ich glaube, wenn das so wäre, hätte die Regierung sicherlich mit einer Information darüber nicht gespart. Tatsache ist sicherlich, daß die Federnproduktion etwas ausgeweitet werden konnte. Das trifft, ich weiß nicht, 20 bis 30 Leute. Aber für 1 200 bis 1 500 Leute, die betroffen sind, ist immer noch der Arbeitsplatz sehr in Frage gestellt. *(Abg. Fauland: Herr Abgeordneter Gorton, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Der Herr Generaldirektor Bayer hat selbst erst vor zwei Monaten erklärt, daß er eine neue Produktionsstätte für 400 Leute ...)* Sie sprechen hier von Sicherheiten, und ich wünsche es den Judenburgern und uns allen, daß hier unter dieser Ära diese Möglichkeiten getroffen werden. Aber wenn eventuell die eine oder andere Produktionsmöglichkeit von Kapfenberg oder von Ternitz nach Judenburg hin verlagert werden soll, so hoffen wir, daß hier vielleicht Problemlösungen aufgezeigt werden. Aber Tatsache ist, daß heute nach wie vor über den Arbeitnehmern in Judenburg und darüber hinaus noch über mehreren im Raum Aichfeld-Murboden die Ungewißheit der Arbeitsplatzhaltung schwebt und daß hier genauso die erdrückende Sorge herrscht, wie sie in der letzten Zeit bei uns in Hüttenberg war, wo auch das Problem nicht gelöst wurde. Daß man hier das alles in rosigen Farben darstellen will anläßlich des Rechnungsabschlusses 1978,

**Dkfm. Gorton**

ist, so glauben wir, sicherlich keineswegs angebracht.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Rechnungsabschluß eines Jahres — hier also für das Jahr 1978 — stellt die vom Rechnungshof erarbeitete und in Ziffern, Erläuterungen und bisweilen auch Fußnoten — und das betone ich bei diesem jetzigen Rechnungsabschluß ganz besonders — gekleidete Zusammenfassung des Vollzuges eines Budgetgesetzes dar. Er hat das Parlament darüber zu informieren, ob die Regierung und insbesondere der Finanzminister sich als Ausführungsorgan der Gesetzgebung hier an das Budgetgesetz gehalten hat, wenn auch das Budgetgesetz natürlich gegen unsere Stimmen beschlossen wurde, weil wir mit dieser Art des Budgets und mit dieser Regierungspolitik uns nicht einverstanden erklären können.

Es steht also der Befund des Rechnungshofes über die Budgetdurchführung mit seinen besonders auch kritischen Feststellungen hier zur Debatte und zur Beschlußfassung. Diese Beschlußfassung, wie von unserer Seite auch betont wurde, ist uns auf Grund der Ausschußverhandlungen — ich werde darauf auch noch zu sprechen kommen — möglich gemacht worden. Wenn wir also diesem erstellten Jahresabschluß als Opposition zustimmen, so eben nur den darin getroffenen Feststellungen mit all ihrer Kritik, und das bedeutet natürlich nicht, daß wir damit auch die Grundsätze des seinerzeit festgelegten Budgets 1978 akzeptieren können.

Meine Damen und Herren! Die in diesem Rechnungsabschluß dargelegten Kennziffern für die Finanz- und Wirtschaftspolitik ergeben keineswegs eine solch rosige Darstellung, wie sie von meinem Vorredner hier dargebracht wurde. Ich muß noch einmal in Erinnerung rufen, daß im Jahre 1978 ein Gebarungsabgang von 50,6 Milliarden Schilling festgestellt wurde, daß die Nettoverschuldungszunahme in diesem Jahr 34 Milliarden Schilling betragen hat, daß es nur ein Wachstum von 1,5 Prozent gegeben hat — im Vorjahr waren es 3,5 Prozent — und daß dabei die fiskalische Gesamtbelastung des Bruttoinlandsproduktes im Rechnungsabschluß mit 41,8 Prozent beziffert wurde. Das wurde vom Finanzminister in Frage gestellt. Wir haben den Ausführungen des Herrn Rechnungshofpräsidenten heute entnommen, daß sich letzten Endes unter Berücksichtigung des Entgeltfortzahlungsgesetzes diese Belastungsquote auf 41,5 Prozent beläuft, auch bei vorsichtiger Miterarbeitung durch die Vertreter des Finanzministeriums und den Herrn Hofrat Kausel.

Also erfolgreiche Ziffern sind das keineswegs. Sicherlich widerspiegelt sich darin die Regie-

rungspolitik und die ganze Wirtschaftspolitik.

Hier möchte ich doch auch auf die Exportfähigkeit, auf die diesbezügliche Situation im ganzen Bundesgebiet kurz zu sprechen kommen.

Meine Damen und Herren! Als unlängst der Integrationsbericht hier behandelt wurde, waren diese Fragen nicht zu übersehen. Wir haben damals zwar entnehmen können, daß im Jahr 1978 das Handelsbilanzpassivum im Vergleich zu 1977 nicht unbedeutend zurückgegangen ist; das war aber darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1977 gewaltige Vorimporte auf Grund der Gesetzgebung — ich erinnere an das 2. Abgabenänderungsgesetz, an die erhöhte Umsatzsteuer ab 1978 und so weiter — getätigt wurden. Diese Entwicklung im Jahr 1978 ist keineswegs noch als eine Trendumkehr bei der Entwicklung der negativen Art unserer Handels- und Leistungsbilanz zu betrachten, weil wir im Jahre 1979 beobachten konnten, daß in den ersten elf Monaten das Handelsbilanzdefizit schon wieder auf über 60 Milliarden Schilling angestiegen ist.

Meine Damen und Herren! Daran ist zweifellos auch die übertriebene Hartwährungspolitik der Bundesregierung schuld, die sich ja auch in der ganzen Wirtschaftspolitik des Jahres 1978 widerspiegelt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch sagen: Die an und für sich begrüßenswerten Maßnahmen auf dem Sektor der Exportfinanzierung und Exportversicherung sind sicherlich anzuerkennende Hilfswerkzeuge für längerfristige Lieferverträge und zur Einschränkung vieler Risiken. Aber in der Preisgestaltung und im internationalen Wettbewerb können sie nur Hilfskrücken sein. Sicherlich wäre bei einer anderen Wirtschaftspolitik diese gewaltige Art von Hilfskrücken nicht in dieser Art erforderlich. In einem Kleinstaat wie Österreich wird jedenfalls die Wirtschaft maßgeblich von der Außenwirtschaftspolitik beeinflusst.

Die fast erschreckenden Folgen der importbegünstigenden und auf der anderen Seite der exporterschwerenden Politik der Bundesregierung widerspiegeln sich besonders auch — und hier komme ich noch einmal kurz auf den Integrationsbericht zurück — in der Tabelle 10 des Integrationsberichtes. Hier wird die Entwicklung des Anteiles der österreichischen Industriegüterproduktion am Inlandsmarkt von 1970 bis 1978 dargestellt, und aus dieser Darstellung finde ich es doch sehr besorgniserregend, daß der Anteil der österreichischen Industriegüterproduktion am Inlandsmarkt während dieser acht oder neun Jahre sozialisti-

**Dkfm. Gorton**

seher Politik von 61,3 Prozent kontinuierlich auf 53,2 Prozent zurückgegangen ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hier scheint sich allmählich ein gefährlicher Abstieg unserer Wirtschaft von einem Industrieproduktionsland zu einem Importhandelsland hin zu vollziehen.

Ich glaube, daß man auch bei Betrachtung des Rechnungsabschlusses 1978 und der ihm zugrundeliegenden Wirtschaftspolitik dieser Regierung auf diese Entwicklung in ernstester Art und Weise hinweisen muß. Um die Exportfähigkeit und um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf den Exportmärkten zu gewährleisten, muß immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß wir bei unseren Exporten noch eine Reihe von Belastungen haben, die in anderen Ländern nicht vorhanden sind. Ich möchte hier nur auf die international nicht übliche Lohnsummensteuer und auch auf die Bundesgewerbesteuer hinweisen. Hier müßten Wege gefunden werden, um für die Exportwirtschaft diese zusätzlichen Belastungen, die eben international den Wettbewerb für uns so schwer machen, zu erleichtern und eine Grenzausgleichsfähigkeit herbeizuführen. Das betrifft die gesamte Wirtschaft, natürlich auch die sehr exportorientierte verstaatlichte Industrie. Ich glaube, daß durch solche Grenzausgleichsmaßnahmen doch entsprechende Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit erreichbar wären.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte aber auch zu einigen Punkten des Rechnungsabschlusses nochmals Stellung nehmen, die sehr kritisch Maßnahmen ausgeleuchtet haben.

Weil jetzt der Herr Verkehrsminister dasitzt: Ich habe ihn heute früh auch zu solchen Themen befragt. Er hat zwar gesagt, daß das nicht ganz in die Anfrage hineinpaßt. Ich glaube aber doch, daß, wenn von den Ausbaumaßnahmen, also von den Investitionen unserer Österreichischen Bundesbahnen gesprochen wird, auch in einer mündlichen Zusatzfrage dieses Thema angeschnitten werden soll und kann.

Ich habe von einer unerfreulichen Budgetplanlosigkeit auf dem Sektor der Verkehrsbetriebe, also der Bundesbahnen gesprochen. Wenn nämlich der Rechnungshof hier feststellt, daß bei den Investitionsausgaben der Ansätze 79313, 79823 und 79903 Überschreitungen in der Höhe von 24,2 Prozent, mehr als 42 Prozent und mehr als 32 Prozent festgestellt wurden, insgesamt also von mehr als 676 Millionen Schilling, so sind das Überschreitungen, die zweifellos rechtzeitig vom Finanzminister

und auch durch ein Budgetüberschreitungs-gesetz genehmigt zu werden haben. Hier waren die Österreichischen Bundesbahnen anscheinend in der ungünstigen Lage, daß sie schon am 7. August 1978 entsprechende Ausgabenermächtigungen erteilt haben, obwohl eigentlich der zuständige Ressortminister und auch der Finanzminister nicht rechtzeitig Budgetvorsorge dafür getroffen haben, und hier wurde ein zweifellos rechtlich nicht gedeckter Vorgang durch den Rechnungshof festgestellt.

Ich habe den Herrn Verkehrsminister heute früh gefragt — ich wiederhole meine Frage nochmals —, ob solche Vorgangsweisen auch im Jahr 1979 notwendig waren beziehungsweise durchgeführt wurden, also solche rechtlich nicht gedeckten Maßnahmen, ob die Bundesbahnen dazu gezwungen waren, denn ich kann mir ja vorstellen, daß für die Investitionen die Aufträge erteilt und die Verträge abgeschlossen werden müssen, ob also auch im Jahre 1979 wieder solche vom Rechnungshof gerügte Vorgangsweisen zu verzeichnen waren und welche Maßnahmen er getroffen hat, daß im Jahre 1980 so etwas nicht wieder stattfindet. Denn es ist eben Sache des Verkehrsministers und des Finanzministers, daß die Bundesbahnen nicht in solche Situationen gedrängt werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben im Zuge der Behandlung des Rechnungsabschlusses aber auch hinsichtlich des Straßenbaues — besonders möchte ich hier den Autobahnbau hervorkehren — sehr eigenartige Feststellungen treffen müssen. Ich habe durch Befragung und auch vom Rechnungshof bestätigt bekommen, daß die Budgetziffern mit den Bauprogrammen, insbesondere für den Ausbau der Autobahnen, wenig Übereinstimmung zeigen.

Ich möchte daher folgende Gegenüberstellung bringen: Im Jahre 1977 waren bei den Ansätzen 64333 und 64343 — sie betreffen den Straßen- beziehungsweise den Autobahnbau — 3 874 Millionen Schilling budgetiert. Laut Bauprogramm waren 3 286 Millionen Schilling Ausgaben vorgesehen, und laut Bundesrechnungsabschluß 1977 sind tatsächlich 3 069 Millionen Schilling ausgegeben worden. Hier ist also ein Unterschied der Ausgaben gegenüber dem Voranschlag von 805 Millionen Schilling festzustellen.

Dieses Geld ist nicht verbaut worden, es ist laut Budget im Jahre 1977 zur Verfügung gestanden. Im Jahre 1978 waren die vergleichbaren Zahlen im Budget 3 848 Millionen Schilling, und gemäß Artikel VIII a des Bundesfinanzgesetzes gab es zusätzliche Kreditermächtigungen in der Höhe von 850 Millionen

**Dkfm. Gorton**

Schilling. Das wären insgesamt 4 698 Millionen Schilling zur Verfügung stehende Straßenbaumittel gewesen.

Laut Bauprogramm haben diese Mittel 3 762 Millionen Schilling betragen, und laut Bundesrechnungsabschluß 1978 sind tatsächlich 3 139 Millionen Schilling ausgegeben worden.

Meine Damen und Herren! Der Unterschied zum Voranschlag einschließlich der Ermächtigungen nach Artikel VIII a im Jahr 1978 betrug also hier 1 559 Millionen Schilling. Das sind sehr beachtliche Milliardenbeträge, die für den Autobahnbau laut Budget, laut Ermächtigungen zur Verfügung gestanden wären, aber nicht verwendet wurden. Gerade für die Süd Autobahn bei uns in Kärnten müßten doch reichlich Mittel vorhanden sein, und es erhebt sich natürlich die Frage, weshalb diese Autobahnbaubeträge bei diesen Budgetierungen — und ich möchte in dem Fall sagen: beschlossenen Budgetreserven — nicht entsprechend eingesetzt wurden oder heute nicht eingesetzt werden.

Ich möchte den gerade anwesenden Herrn Bautenminister ersuchen (*Zwischenruf des Abg. Sekanina.*) — Sie hören wahrscheinlich sonst am Lautsprecher draußen zu, jetzt sind Sie ad personam im Saal anwesend —, ich möchte also sehr dringend Sie, sehr geehrter Herr Bautenminister, als neuen Ressortchef ersuchen, daß Sie diese Mittel, die ja irgendwo zur Verfügung stehen müßten, Ihrerseits vom Finanzminister auch flüssiggemacht erhalten, um sie dorthin zu lenken, wo der Straßenbau unbedingt notwendig wäre.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Jetzt doch noch einige Worte zu der Rechnungshofkritik und den Meinungsunterschieden zwischen Rechnungshof und Finanzminister zu dieser sogenannten Fußnote auf der Seite 550 des Bundesrechnungsabschlusses. Ich habe im Rechnungshofausschuß gerade in dieser Frage insistiert, worauf wir die vollen Aufklärungen, die hier der Herr Rechnungshofpräsident nun ergänzt und zum Teil auch erläutert hat, bekommen haben.

Zu diesem Zehn-Seiten-Papier, das der Herr Abgeordnete Dr. Tull in den Ausschlußbericht aufgenommen bekommen wollte, möchte ich zunächst folgendes feststellen: Als dieses Papier vom Herrn Rechnungshofpräsidenten dem Abgeordneten Tull gegeben wurde, hat er es durchgelesen und hat, ohne daß wir davon in concreto informiert waren, sofort beantragt, dieses Papier in den Bericht aufzunehmen. Ich möchte feststellen, daß das Papier selbst ja nicht Verhandlungsgegenstand war, daher in den Bericht nicht

aufgenommen werden konnte. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, daß uns dieses Papier als Beilage dann auch zur Information gegeben wurde. Der Herr Rechnungshofpräsident hat es uns natürlich nicht vorenthalten, sondern hat es uns auch zur Verfügung gestellt, und wir haben dieses Papier einem Studium unterzogen.

Und hier möchte ich doch, Herr Rechnungshofpräsident, eines feststellen: Ich habe zunächst mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß Sie um Ihren Rechtsstandpunkt mit dem Herrn Finanzminister gekämpft haben. Ich habe zur Kenntnis genommen und ich habe dort auch gesagt, daß die Verankerung dieses Ihres Standpunktes im Bundesrechnungsabschluß für uns mit einer wesentlichen Grundlage darstellt, daß wir diesem Rechnungsabschluß als Opposition unsere Zustimmung geben können.

Ich war, als ich das Papier durchgelesen habe, insofern etwas eigenartig berührt, als der letzte Absatz — ich glaube, Dr. Tull hat ihn auch schon hier zitiert — ausgesagt hat:

„Weiters bestand Einverständnis darüber, daß die Frage der Wiederaufführung der in den Jahren 1977 bis 1979 aus der Bundesministerialsteuerrücklage inkamerierten Beträge, ungeachtet der beiderseitigen Rechtsstandpunkte, vom Rechnungshof nicht weiterverfolgt wird.“

Ich habe dort erklärt, wenn der Rechnungshof das jetzt ad acta legt, mehr oder weniger solche Vorgangsweisen künftig nicht mehr verfolgen wird oder kein entsprechender Niederschlag sich darüber im Rechnungsabschluß finden würde, daß das für uns als Opposition nicht tragbar wäre. Sie haben dann in der Beilage 3, die wir bekommen haben, klar zum Ausdruck gebracht, daß durch Aufnahme einer entsprechenden Fußnote der Rechtsstandpunkt des Rechnungshofes, wenn der Finanzminister sich solcher Vorgangsweisen befleißigt, weiterhin Verankerung finden wird.

Wie gesagt: Die in der Beilage 3 von Ihnen uns mitgeteilte und auch als Empfehlung, so möchte ich das auffassen, festgelegte Vorgangsweise findet unsere Billigung, und ich möchte nur erwarten, daß auch in künftigen Berichten oder im Rechnungsabschluß für das Jahr 1979, falls sich der Finanzminister wieder solcher Vorgangsweisen befleißigt, bei denen sich die Rechtsstandpunkte entzweien und wo nach Auffassung des Rechnungshofes ein gesetzlich ungedeckter Vorgang zu verzeichnen ist, das seinen Niederschlag findet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nur die unverhüllte Darstellung aller wichtigen

**Dkfm. Gorton**

Gebahrungsfeststellungen durch den Rechnungshof im jeweiligen Rechnungsabschluß, ob es sich um gesetzlich ungedeckte Ausgaben, Anweisungen oder ähnliches handelt, auch wenn das in Fußnoten erfolgt, nur diese unverhüllte Darstellung durch den Rechnungshof kann für uns als Opposition die Grundlage sein, einem Rechnungsabschluß zuzustimmen, auch wenn wir das ihm zugrundeliegende Budget natürlich abgelehnt haben.

Meine Damen und Herren! Beim Rechnungsabschluß 1978 war dies der Fall, und daher geben wir ihm auch unsere Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ing. Ressel. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ing. **Ressel** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hoffe, Sie erwarten von mir jetzt nicht, daß ich mich auch mit diesen ominösen zehn Seiten des Rechnungshofes auseinandersetze. Ich möchte mich bei der Behandlung des Rechnungsabschlusses 1978 in erster Linie mit der Tätigkeit des Wasserwirtschaftsfonds beschäftigen, und zwar deshalb, weil dieser Fonds auf einem Sektor tätig ist, der immer mehr im Blickpunkt der Bevölkerung steht.

Das Verlangen nach einem verstärkten Umweltschutz, nach einer verstärkten Umweltpolitik wird immer deutlicher, eine Forderung, die auch mit der Regierungserklärung und mit dem Parteiprogramm der Sozialistischen Partei übereinstimmt.

Während in den sechziger Jahren der Ruf gegolten hat: „Wachstum ist gut, mehr Wachstum ist besser!“, wurden wir alle mit der Trendumkehr konfrontiert, die Forderung nach dem Nullwachstum wurde in bestimmten Bereichen unserer Gesellschaft formuliert, und heute gilt die reale Situation, daß einerseits die Forderung nach Wachstum, andererseits aber gleichberechtigt zur Seite die Forderung nach umweltfreundlichen Produktionsformen besteht. Aus diesem Grund spielt die Tätigkeit des Wasserwirtschaftsfonds eine immer wesentlichere Rolle.

Mit der Erkenntnis, daß Naturschätze nicht bedenkenlos ausgebeutet werden können, auch Wasser nicht, stieg die Bedeutung des Fonds, aber es stieg auch die Bereitschaft, die erforderlichen Mittel hierfür aufzubringen und aufzuwenden.

Wurden in der Zeit von 1959 bis 1969 Förderungsmittel in der Höhe von 4 Milliarden vergeben, so stieg dieser Beitrag des Fonds im Zeitraum von 1970 bis 1979 auf das Siebenfache an, und das war mit ein aktiver Beitrag

unserer Bundesregierung zur Arbeitsplatzsicherung. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn durch die gewährten Mittel in der Höhe von 31,7 Milliarden konnte ein Bauvolumen von 61 Milliarden initiiert werden, und Tausende von Arbeitsplätzen wurden dadurch gesichert.

Mehr Mittel für den Fonds konnten zusammen mit der Vereinbarung über die Krankenanstaltenfinanzierung im Jahre 1979 aus dem dritten Mehrwertsteuersatz vereinbart werden, und bereits in diesem Jahr fließen dem Wasserwirtschaftsfonds Mehreinnahmen in der Höhe von 1,2 Milliarden Schilling zu.

Das ist auch erforderlich, denn eine Studie aus dem Jahre 1977 schätzt den erforderlichen Bauaufwand bis in die neunziger Jahre auf ungefähr 90 Milliarden Schilling, jedenfalls genug, um der Bauwirtschaft noch einige Male kräftig unter die Arme greifen zu können. Denn 1 Milliarde, in diesem Bereich investiert, schafft zwischen 1 000 und 1 500 Arbeitsplätze. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da aber die Trinkwasserversorgung von Frau und Herrn Österreicher nahezu perfekt ist, stürzt sich der Fonds auf die Beseitigung von Abwässern und auf betriebliche Abwasserreinigungsanlagen, und zwar mit der gleichen Intensität, mit der er bereits Jahre vorher den österreichischen Seen zu Leibe gerückt ist. Hier wurden mit einem Investitionsaufwand von 9 Milliarden die österreichischen Seen wieder algenfrei gemacht, das Wasser ist wieder klar, der Urlauber- und Fremdenverkehr konnte dadurch kräftig belebt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber wir wissen schon, daß nicht überall in den österreichischen Gewässern eine ausreichende Gewässergüte herrscht, vor allen Dingen dann nicht, wenn sich an den Läufen unserer bedeutenden Gewässer siedlungsmäßige Ballungszentren befinden oder aber wenn die Zellstoff- oder Zuckerindustrie ihre Abwässer einleitet. Und ich frage Sie: Wer denkt schon daran, daß 1 Tonne produzierter Zellstoff in sehr vielen Fällen 1 Tonne Verschmutzung in unseren Flüssen bedeutet?

Als daher die Mur-Verordnung aus dem Jahre 1973 vorschrieb, die Wassergüte der Mur um eine Güteklasse zu heben, und zwar bis zum Jahresende 1978, war das ein deutliches Signal für die Zellstoffkocher entlang der Mur. Die Gemeinden an Mur und Mürz haben sich zu Abwässerverbänden zusammengeschlossen. Die Eisen- und Stahlindustrie in der Obersteiermark hat ihre Anstrengungen verdoppelt. Wir alle wissen, daß besonders im Bereich der Zellstoff- und Papierindustrie die Situation eindeutig am schwierigsten war,



**Ing. Ressel**

denn da war ein enormer finanzieller Aufwand erforderlich, um eine Änderung herbeizuführen.

Eine umso größere Bedeutung kommt daher dem Projekt der Leykam-Mürztaler zu, das in Zusammenarbeit mit den Ministerien und mit dem Wasserwirtschaftsfonds verwirklicht wurde.

Von Anbeginn war klar, daß nur große Produktionseinheiten die Rentabilität von Umwelanlagen garantieren können. Daher mußte die Struktur der Industrie, die Besitzstruktur, geändert werden, und es kam zum Zusammenschluß der Papierfabrik Schweizer, der Zellstofffabrik und Papierfabrik Brigl & Bergmeister und der Leykam-Mürztaler A.G. mit den Werken in Bruck und Gratkorn. Erst dieser Zusammenschluß schuf die Möglichkeit, eine gemeinsame Produktionsstätte für Zellstoff für diesen gesamten Bereich zu errichten.

Die Frage, die sich dabei für den Fonds stellte, war also neu, und zwar ging es insbesondere um die Abgrenzung der Anlagen und die Abgrenzung für die Förderungswürdigkeit, ein Problem, das sicher bei der Trinkwasserversorgung und bei den kommunalen Abwasseranlagen nicht die Bedeutung gespielt hatte.

Im Anlaßfall wurde folgende Methode angewandt: Beamte des Bundes und des Landes untersuchten unter Hinzuziehung von Sachverständigen und in Zusammenarbeit mit dem Investor jedes Aggregat, jede Anlage und schätzten die prozentmäßige Förderungswürdigkeit ein, sodaß es am Ende praktisch voll zu fördernde Einrichtungen, teilweise zu fördernde Einrichtungen, die sowohl für die Abwasserreinigung als auch für die Strukturbereinigung und Rationalisierung erforderlich sind, und nicht zu fördernde Anlagen gab.

Obergrenze der Förderung waren 50 Prozent der fiktiven Kosten, die der Umbau der alten Anlage gekostet hätte.

Somit ergab sich eine Finanzierung, bei der die Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds die Basis bildeten, und zwar ein Drittel, das waren rund 700 Millionen Schilling, zu einem Zinssatz von drei Prozent, rückzahlbar in 20 Halbjahresraten, ein weiteres Drittel wurde von der Bundesregierung auf Grund des Strukturbereinigungsgesetzes mit einem Zinszuschuß von vier Prozent gefördert, und nur das letzte Drittel war durch Eigenmittel oder Lieferantenkredite aufzubringen.

Für die Auswahl des Verfahrens war entscheidend, daß die Umweltsituation wesentlich verbessert werden mußte, aber natürlich

spielten auch die Rohstoffnutzung unter Berücksichtigung des im Inland aufzubringenden Holzverbrauches und in Zeiten der Energieknappheit eine möglichst hohe Energienutzung eine wesentlich Rolle.

Es war nicht leicht, das entsprechende Verfahren zu finden. Denn die Beibehaltung der bisherigen Produktionsweise hätte bedeutet, daß wohl auf der einen Seite eine wesentliche Verbesserung der Wassergüte eingetreten wäre, daß aber andererseits diese Verbesserung durch eine Verschlechterung des Schwefelausstoßes in die Luft bei weitem kompensiert worden wäre.

Das Sulfatverfahren, eine weitere Möglichkeit, konnte deshalb nicht angewendet werden, weil es gerade bei diesem Verfahren sehr leicht zu Geruchsbelästigungen kommt. Wegen der exponierten Lage dieses Unternehmens im Großraum Graz mußte auch dieses Verfahren ausgeschlossen werden, und gewählt wurde schließlich das Magnefitverfahren.

Nun sehen Sie, meine Damen und Herren: Trotz sorgfältigster Planung ist es nicht gelungen, die Geruchsproblematik völlig zu beseitigen oder zu verhindern.

Bürgerinitiativen traten auf den Plan, und es war klar, daß der technische Standard, wie er bisher vor allem in Skandinavien angewandt wurde, den Anforderungen dieser speziellen Situation nicht gerecht wurde.

Die technische Weiterentwicklung wurde mit allen Mitteln vorangetrieben, und wir können heute einen positiven Nebenaspekt dieser Bürgerinitiativen feststellen: Die Geruchsbelastungen, die für die Arbeitskräfte in diesem Unternehmen, aber auch für die Bevölkerung aufgetreten waren, sind beseitigt, und der technische Standard, der hier erzielt wurde, ist sicherlich international beispielgebend.

Aber der Erfolg dieser Investition war eine Reduktion der Murbelastung von ursprünglich 1,2 Millionen Einwohnergleichwerten auf 300 000 im ersten Schritt, und das trotz einer Kapazitätserhöhung von ursprünglich 80 000 Jahrestonnen auf 175 000 Jahrestonnen.

Besonders interessant aber ist die Tatsache, daß die Ablauge, die bei der Zellstoffproduktion anfällt und die vorher, vor der Verwirklichung des Projektes, in den Vorfluter abgeleitet wurde und damit die Mur so stark biologisch belastete, nun zur Energieerzeugung herangezogen wird. Es ist gelungen, die gesamte Zellstofffabrik mit elektrischer und thermischer Energie aus der Verbrennung dieser Ablauge zu versorgen.

**Ing. Ressel**

Meine Damen und Herren! Die Energieversorgung aus dieser Anlage entspricht einem Öläquivalent von ungefähr 60 000 Tonnen im Jahr. Die weiteren Schritte, die nun nochmals vorgenommen werden, sind die gemeinsame Bildung eines Abwasserverbandes zwischen Industrieunternehmen und den vier angrenzenden Gemeinden. Auch das ist für Österreich neu, weil hier der Anfall der industriellen Abwässer zirka 90 Prozent ausmacht.

Entscheidend ist aber, daß es durch diese Maßnahme gelingen wird, die Verschmutzung von diesen noch bestehenden 300 000 Einwohnergleichwerten bis auf 50 000 zu reduzieren, und — was sicherlich auch interessant ist — durch Hinzuziehen der Holzrinde, die bei der Zellstoffproduktion anfällt, wird man also ohne zusätzlichen Energieträger den Klärschlamm der biologischen Kläranlage verbrennen können.

Ein Problem muß vielleicht im Zusammenhang mit den betrieblichen Abwasserreinigungen noch zu klären sein. Das ist die Frage, ob es sinnvoll ist, von der Gesetzesseite aus bei diesen Anlagen eine offene Ausschreibung zu verlangen, weil es überhaupt keine Frage ist, daß nur wenige potente Hersteller in der Lage sind, Anlagen mit einer derart komplexen Technologie anzubieten. Ich würde also sagen, daß man sich die Frage überlegen sollte, ob es nicht sinnvoller wäre, gemeinsam zwischen Investor und den Beamten des Wasserwirtschaftsfonds und des Bautenministeriums jene in Frage kommenden Lieferanten festzulegen.

Ich habe deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Beispiel so ausführlich dargelegt, weil es, glaube ich, wichtig ist aufzuzeigen, daß es gelingt, einerseits durch die Tätigkeit des Wasserwirtschaftsfonds und damit des Bautenministeriums, andererseits durch Maßnahmen des Handelsministeriums und der Bundesregierung, durch die Initiative von Vertretern der Gebietskörperschaften und nicht zuletzt durch die Tätigkeit der Manager in der Industrie Projekte zu verwirklichen, die alle Anforderungen der heutigen Zeit erfüllen, die umweltfreundlich, energiesparend, arbeitsplatzsichernd und wirtschaftlich sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Thalhammer:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lausecker. Ich erteile es ihm.

**Bundesminister für Verkehr Lausecker:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Gorton hat sich veranlaßt gesehen, noch einmal die Post 79 313 und eine Überschreitung anzusprechen. Ich habe dazu sowohl im Rechnungshofausschuß

Stellung genommen als auch in einer ergänzenden schriftlichen Beantwortung und möchte nun nicht den Eindruck im Raume stehen lassen, daß bei einer Überschreitung, die dann durch das Finanzministerium und durch das Überschreitungsgesetz ordnungsgemäß gedeckt wurde, in dem Zeitpunkt, in dem die Bestellung gegeben wurde, nicht der ordnungsgemäße Budgetvollzug gegeben gewesen wäre.

Der Finanzminister hat in seiner Stellungnahme — das ist dem Rechnungsabschluß auf Seite 303 zu entnehmen — auch klar zum Ausdruck gebracht, daß der Dispositionsspielraum gegeben gewesen ist. Es ist um 24 Lokomotiven und um Waggons gegangen. Ich könnte jetzt des langen und breiten reden, was das für die Stabilität der Auftragslage und für die in der Industrie Beschäftigten sowie für die betrieblichen Ziele der Österreichischen Bundesbahnen bedeutet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Entscheidend war, daß der Finanzminister diese Erklärung schon abgegeben hat, daß es ordnungsgemäß durch das Budgetüberschreitungsgesetz gedeckt ist, daß das jetzt zum dritten Mal hier zur Sprache gebracht wird und jetzt auch zum dritten Mal beantwortet ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Thalhammer:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hietl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Hietl (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der Bundesrechnungsabschluß gibt alljährlich Gelegenheit, sich mit den Problemen, die dieser Staat zu bewältigen hat, zu befassen und sich insbesondere mit einzelnen Problemen, die letzten Endes auch den eigenen Berufsstand betreffen, auseinanderzusetzen.

Der Abgeordnete Dr. Tull — ich glaube, das kann man hier nicht oft genug betonen — hat sich erlaubt, von diesem Pult aus wieder einmal festzustellen, es wären die Unternehmer, die die von Arbeitnehmern einbehaltene Lohnsteuer nicht zur Gänze abführen würden.

Ich kenne solche Unterstellungen, die einerseits der Herr Abgeordnete Tull immer wieder von sich gibt und wo andererseits der Herr Abgeordnete Nowotny in der Steuerreformkommission ja behauptet hat, Milliardenbeträge seien es, die alljährlich in Österreich an Steuern hinterzogen werden, ohne nur den geringsten Beweis für diese Behauptung anführen zu können.

Ich glaube, es ist ein Hohn gegenüber allen Steuerzahlern in Österreich, daß man österreichischen Menschen einfach unterstellt, sie würden ihren Verpflichtungen dem Staate gegenüber nicht nachkommen. Ich weise dies

**Hietl**

mit aller Härte zurück! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Vielleicht, meine Damen und Herren, kennen Sie solche Tatsachen, die Sie hier behaupten. Kommen Sie hierher zum Rednerpult, stellen Sie diese Behauptungen richtig und erklären Sie, wer irgendwelche Steuern hinterzogen hat. Kommen Sie her, behaupten Sie das und beweisen Sie das. Nicht mit Zwischenrufen hier von den Bänken aus agieren, ohne den geringsten Beweis dafür antreten zu können, Herr Abgeordneter Wille. Gerade von Ihnen würde ich erwarten, daß Sie solche Behauptungen auch beweisen und nicht hier verteidigen, was zweifellos niemals bewiesen wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Lehr hat in einem Zwischenruf — wenn ich ihn richtig verstanden habe — im Zusammenhang mit einem von seiner Fraktion im Dezember des vergangenen Jahres beschlossenen Gesetz, das gestern behandelt wurde, geleugnet, daß 14 000 Bauernpensionisten echt etwas weggenommen wurde. Anscheinend weiß er nicht, worüber er mit seiner eigenen Fraktion hier im Dezember des vergangenen Jahres abgestimmt hat. Ich würde dem Herrn Abgeordneten schon nahelegen, sich etwas zu überlegen, welche Gesetzesvorlagen hier behandelt werden.

Herr Abgeordneter Fauland, Sie haben hier Vergleiche angestellt, die zeigen sollen, wie sich das Einkommen des arbeitenden Menschen in Österreich von 1970 bis 1980 verbessert hat. Sie haben hier Beweise angeführt.

Ich kann jeden einzelnen Arbeitnehmer in Österreich dazu nur beglückwünschen, wenn es tatsächlich so ist, wie es hier festgestellt wurde, daß der Arbeitnehmer sich nämlich wesentlich mehr Kilogramm Brot oder wesentlich mehr Paar Schuhe leisten kann als vor zehn Jahren.

Ich werde Ihnen hier den Beweis bringen, um wieviel weniger sich die Landwirtschaft zwischen 1970 und 1980 leisten kann — wobei ich es jedem arbeitenden Menschen in Österreich gönne, wenn er sich heute mehr leisten kann als vor zehn Jahren —, nur um die Einkommensdisparität, die zwischen den einzelnen Berufsständen in Österreich entstanden ist, auch hier klarzustellen.

Die Budgetentwicklung seit 1970 beweist ja, daß das Gesamtbudget um 185 Prozent gestiegen ist, während das Budget für die Landwirtschaft nur um 62 Prozent erhöht wurde. Und ich darf dazu auch gleich den Herrn Finanzminister berichtigen.

Der Herr Finanzminister hat in einer Aussendung behauptet, daß 1970 für die Landwirt-

schaft 3,45 Milliarden Schilling ausgegeben wurden und 1980 8,3 Milliarden Schilling. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist richtig!*) Das würde eine Steigerung um 115 Prozent sein. — Herr Kollege, ein bißchen vorsichtiger mit Richtigbestätigungen!

Tatsache ist, daß 1970 nicht 3,45, sondern 5,7 Milliarden Schilling für die Landwirtschaft ausgegeben wurden und 1980 nicht 8,3, sondern 7,4 Milliarden, also bloß eine Steigerung um 30 Prozent und nicht um 115 Prozent.

Das beweist, wie richtig ich gelegen bin mit meinen Ausführungen, daß gegenüber von 185 Prozent Steigerung Gesamtbudget die Landwirtschaft lediglich um 62 Prozent im Budget gestiegen ist.

Ich würde auch den Herrn Finanzminister bitten, nicht irreführende Bemerkungen von sich zu geben.

Herr Minister Haiden hat erklärt, daß dies eine sehr erfreuliche Situation sei. So im Rechnungshofausschuß. Ich weiß nicht, wie ein Minister für Land- und Forstwirtschaft eine solche wesentlich geringere Steigerung des Budgets als erfreuliche Situation hinstellen kann. Anscheinend ist er in Wirklichkeit nicht ein Minister für, sondern ein Minister gegen die Land- und Forstwirtschaft, sonst könnte er diese geringe Budgetsteigerung nicht als erfreulich bezeichnen. Dies beweist, daß er im öffentlichen Bereich ohnedies bereits unglaublich geworden ist.

Man könnte diese wesentlich geringeren Ausgaben für die Land- und Forstwirtschaft im Budget hier mit verschiedenen Beispielen fortsetzen, beispielsweise für den Güterwegbau, der ohnedies zu einem beträchtlichen Teil für die Fremdenverkehrswirtschaft gehört, werden heute drei Viertel seitens des Landes und nur mehr ein Viertel seitens des Bundes ausgegeben. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich glaube, das muß man auch hier mit aller Deutlichkeit einmal feststellen.

Das bäuerliche Einkommen, das in den siebziger Jahren 60 Prozent gegenüber jenem der Industriearbeiter betrug, ist 1977 bereits auf 55 Prozent gesunken und ist im Jahre 1978 weiterhin absinkend gegenüber dem Einkommen der Industriearbeiter gewesen. Das beweist meine eingangs zitierten Beispiele, um wieviel weniger sich der einzelne Bauer, die Bäuerin heute gegenüber vor zehn Jahren für sich, für ihre Familie, für ihren Hof leisten können. Ich glaube, diese Zahlen allein müssen doch den Beweis erbringen.

Weiters muß ich feststellen, daß 1977 um 40 Prozent mehr Getreideerlös notwendig war, sich das gleiche anzuschaffen wie beispielsweise 1970.

**Hietl**

Ich frage mich: Welche Wege geht diese Regierung, und wie stellt man sich vor, daß man das auf die Dauer mit der Landwirtschaft machen kann?

SPÖ für Bauern, heißt es hier in einer Aussendung: Immer mehr tut die SPÖ für die Bauern. Beispielsweise: Die Sozialistische Partei tritt für eine aktive, wachstumsorientierte Agrarstrukturpolitik ein, damit die Landwirtschaft die sich ihr stellenden Probleme bewältigen kann.

Mit einer derartigen Budgetpolitik, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, wird die Landwirtschaft ihre Probleme sicherlich nicht lösen können, da ist zweifellos eine etwas vernünftigeren und auch ein bisschen einsichtigeren Politik dieser Regierung notwendig.

Oder: Die Größenunterschiede zwischen den in der Landwirtschaft erzielten Einkommen sind für eine moderne Gesellschaft mit demokratischer Struktur völlig untragbar.

Auch das in einer sozialistischen Aussendung anlässlich der bevorstehenden niederösterreichischen Kammerwahl, wo man ja vor fünf Jahren ein Ergebnis erzielte, das eindeutig bewiesen hat, wem der niederösterreichische Bauer sein Vertrauen gibt, und Sie können überzeugt sein, meine Damen und Herren, es wird am 9. März das Ergebnis sicherlich kein anderes sein, weil unsere bäuerlichen Menschen genau wissen, von wem sie in diesem Land Vertrauen und Unterstützung erwarten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht auch hier wiedergegeben die Stellungnahme — weil Sie die überhaupt nicht gerne hören wollen —, die Ihr Staatssekretär Schober von der Regierungsbank aus sehr deutlich abgegeben hat: Die ersten Entlassungen, wenn es solche gibt, werden auf alle Fälle die Nebenerwerbsbauern betreffen.

Ich frage mich: Was hat er damit gemeint? Ich könnte hier der Regierung Kreisky zweifellos empfehlen: Wenn man einmal entgegen Ihrer sonstigen Gewohnheit eine gute Tat für die Landwirtschaft setzen will, dann soll sie den 400-Schweine-Halter Staatssekretär Schober von dieser Bank entlassen und diese Mittel der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Es wäre zweifellos der österreichischen Landwirtschaft mehr gedient! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder glauben Sie, daß Sie damit der österreichischen Landwirtschaft oder dem Nebenerwerbsbauern helfen, den Sie heute so ansprechen, weil er vielleicht doch für Sie eine Stimme übrig haben soll, daß Sie ihm keine Arbeitslosenunterstützung geben, deswegen, weil Schober ihn vorher zum Arbeitslosen

macht, oder weil Sie durch die Erhöhung der Einheitswerte den Bauern neue Belastungen auferlegen? Ich glaube, all das muß eindeutig hier erklärt werden, wie diese Regierung für die Nebenerwerbsbauern sorgt.

Ein Arbeitsplatz, hat der Herr Bundeskanzler erklärt, bei General Motors kostet 1,5 Millionen Schilling und es ist ihm lieber, diesen Betrag auszugeben, als Arbeitslose zu haben. Man kann darüber reden. Aber wir von der Landwirtschaft verlangen gar nicht solche Beträge. Wir wären allein schon damit zufrieden, wenn man uns die Möglichkeit gäbe, durch eine gezielte Agrarpolitik für die Landwirtschaft den einzelnen Bauern auf seinem Hof zu belassen, der damit zweifellos wesentlich mehr für den österreichischen Staat leisten könnte. Aber durch Ihre Politik werden so viele bäuerliche Kollegen von ihren Höfen vertrieben.

Ist das eine gezielte Politik, meine Damen und Herren, für den gesamten Staat, wenn man auf diese Art und Weise eineinhalb Millionen Schilling für einen Arbeitsplatz investiert und umgekehrt dem Bauern, der sehr, sehr billig seinen Arbeitsplatz behalten würde, von seinem Hof verjagt? Überlegen Sie doch einmal in Ihrem Bereich, welche Politik das überhaupt ist! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Hirscher: Wer verjagt wen?)*

Herr Kollege! Mit einer Aushungerungspolitik für die Land- und Forstwirtschaft werden Sie keine gezielte Agrarpolitik erreichen. Alle Ihre Zwischenrufe ändern nichts daran. Kommen Sie hierher und beweisen Sie, wie Sie für die Landwirtschaft tatsächlich arbeiten, was Sie in Zukunft für diese Land- und Forstwirtschaft in Österreich tun wollen!

Wir brauchen nur die agrarische Handelsbilanz anzusehen. Hoch defizitär, meine Damen und Herren! 11 Milliarden Schilling ist das Defizit der agrarischen Handelsbilanz. Man wirft uns Bauern vor, Überschußgüter zu produzieren. Meine Damen und Herren! Darüber überhaupt zu reden, wenn um 11 Milliarden Schilling Produkte aus dem Ausland nach Österreich importiert werden, und dann uns die Produktion von Überschüssen vorzuwerfen, so einfach geht das wirklich nicht! *(Ruf bei der SPÖ: Welche Produkte sind das? — Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Gemüse, ...!)*

Schließen Sie Handelsverträge — wir sind gerne bereit, Sie zu unterstützen —, die der österreichischen Land- und Forstwirtschaft die Möglichkeit bieten, auch ihre Produkte entsprechend an den Mann zu bringen und, wo Überschüsse produziert werden, sie entsprechend an das Ausland verkaufen zu können. Die bäuerlichen Betriebe — das ist eindeutig

**Hietl**

bewiesen — leisten mehr als andere Beschäftigte. Dafür auch ein Beispiel. Sie können das nachlesen, Sie können das prüfen, meine Damen und Herren, wenn Sie wollen.

Der Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde Wien ist sehr, sehr defizitär. Das ist doch der Beweis, daß der einzelne bäuerliche Betrieb nur durch Mehrleistung des Betriebsführers, durch Mehrleistung der Familie den Hof noch erhalten kann und dadurch produktiv für den österreichischen Staat arbeitet. Der Kleinbetrieb, der Familienbetrieb ist letzten Endes der, der für den österreichischen Staat die Ernährung sichert. Sehr oft kann überhaupt kein Urlaub in Anspruch genommen werden, was sehr oft auf Kosten der Gesundheit geht.

Aber 5 Millionen beispielsweise — so war im Rechnungsabschluß festzustellen — werden für bäuerliche Organisationen ausgegeben. Ich habe den Herrn Minister im Ausschuß gefragt, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Betrag auf diesem Konto zu streichen und ihn für das Beratungswesen, für die bäuerliche Jugend, für die fachliche Ausbildung der Bäuerinnen zur Verfügung zu stellen, was zweifellos mehr Erfolg für den gesamten Staat bringen würde.

Wissen Sie, es nützt sehr wenig, wenn die sozialistische Landtagsabgeordnete Gertrude Mischits aus Kärnten, eine Beamtin der Kärntner Landesregierung, in einer Propagandaschrift zu den Kammerwahlen in Niederösterreich erklärt, an der Arbeitsüberlastung, unter der viele Bäuerinnen zu leiden haben, hat sich leider kaum etwas geändert. Sie muß es ja wissen. Zehn Jahre sozialistische Regierung! Soll man zweifeln, daß eine sozialistische Abgeordnete recht hat? Nur an Ihre Adresse, meine Damen und Herren, gehören diese Worte gerichtet.

Oder: Ganz besonders liegt der Abgeordneten die Einführung eines Mutterschaftsgeldes für Bäuerinnen am Herzen, und sie bedauert, daß ein eigener Beitrag für die Versicherten vorgesehen gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! An Ihrer sozialistischen Kollegin sollten Sie sich ein Beispiel nehmen! Ihr sozialistischer Staatssekretär aus Kärnten hat das mit ganz anderen Worten erklärt, die ich nicht in den Mund nehmen will, weil ich unsere Bäuerinnen wesentlich höher einschätze, als der Herr Staatssekretär das von diesem Pult aus getan hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Oder weiter: Sie spricht von einem Dank für den großen Einsatz, den die Altbäuerinnen und Altbauern geleistet haben, anerkennt die familienfreundlichen Maßnahmen der Bun-

desregierung. Ja haben Sie den gestrigen Tag schon vergessen: daß wir darüber diskutiert hatten, daß 14 000 Altpensionisten, Kleinpensionisten, Gelder weggenommen werden? Diese Altpensionisten werden sich bei Ihnen bedanken, meine Damen und Herren. Da nützen alle Ihre Flugschriften nichts, das muß man mit Klarheit und Offenheit hier auf den Tisch legen. Ihre Politik für die bäuerlichen Menschen, für die Menschen in diesem Staate, meine Damen und Herren, ist durchschaut, und Sie dürfen nicht überrascht sein, wenn Ihnen das auch bei den kommenden Wahlen mit entsprechender Klarheit vor Augen geführt wird.

Es gibt schwierige Situationen. Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Produktionszweige einzugehen. Die schwierige Situation auf dem Schweinesektor beispielsweise. Die industrielle Produktion, meine Damen und Herren, ist es, die den Bauern in Schwierigkeiten bringt, und ich möchte hier klarstellen: Immer wieder wird von Ihrem Herrn Minister, dem Herrn Minister gegen Land- und Forstwirtschaft, behauptet, die Kammern seien es ja, die dafür zuständig sind.

Niemand anderer als sein eigener Staatssekretär Schober hat ihn ja Lügen gestraft, indem er erklärte, für ihn, den Staatssekretär, der über 400 Schweine auf seinem Hof hat, wird das in seinem eigenen Büro erledigt. Meine Damen und Herren! Wenn der Minister nicht weiß, was sein Staatssekretär sagt, und der Staatssekretär nicht weiß, was sein Minister sagt, dann ist das wohl Ihre Angelegenheit, aber der Beweis, daß hier beide sehr, sehr falsch liegen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Gestern, meine Damen und Herren, ist eine dringende Schrift bei mir eingelangt — Kollege Hagspiel hat schon darauf hingewiesen —, wieder eine neue Tat des Herrn Landwirtschaftsministers. Bergbauernbetriebe der Zone I erhalten den Zuschuß von 1 000 S pro exportiertem weiblichem Rind nicht mehr, was für unseren Viehabsatz gerade im Waldviertel einen schweren Schlag bedeutet. Die Tatsache, daß zirka 60 Prozent aller Zucht- und Kontrollbetriebe in die Bergbauernzone I fallen, zeigt, daß sich diese unverständliche Maßnahme in Niederösterreich und insbesondere im Waldviertel am gravierendsten ausdrückt.

Meine Damen und Herren! Eine Fülle von Beispielen kann man bringen, um aufzuzeigen, wie wenig Sie für die gesamte Land- und Forstwirtschaft hier in diesem Hause und in dieser Bundesregierung übrig haben.

Lassen Sie mich bitte noch mit einem Spezialproblem, das mir persönlich besonders am

**Hietl**

Herzen liegt, fortsetzen: dem österreichischen Weinbau. Am vergangenen Samstag hatte ich die Ehre, eine Weinkost im Weinviertel zu eröffnen. Dort hat der Obmann bei der Eröffnung festgestellt, es hat von der Qualität her gesehen die beste Ernte seit vielen Jahren gegeben, doch mit Bedauern mußte er feststellen, daß von den Bauern der schlechteste Preis seit Jahrzehnten dafür erzielt wird.

Ich kann mich erinnern, daß der Herr Abgeordnete Pfeifer im Jahr 1974 — als infolge von kleinen Ernten ein hoher Preis war — festgestellt hat, die Bundesregierung ist für diesen hohen Preis verantwortlich. Wenn Sie, meine Damen und Herren, für den hohen Preis verantwortlich sind, dann haben Sie aber auch für den Niedrigpreis die Verantwortung zu übernehmen und sie nicht abzuschieben.

Wir verlangen, daß auch im Weinbau eine Marktordnung auf lange Sicht getätigt und eine vernünftige Importpolitik gemacht wird. Wenn die Statistik richtig ist, dann würden wir im Jahr 1980 400 000 Hektoliter des bestehenden Lagers abbauen, weil die Ernte geringer war, als der anzunehmende Verbrauch im Jahre 1980 sein wird.

Ich hoffe nur, daß sich der Herr Minister dadurch nicht gleich wieder bei Importen großzügig zeigt und diesen Abbau durch Importe ausgleicht, was zweifellos das Preisniveau drücken würde. Daher die Forderung nach einem bundeseinheitlichen Konzept, in dem der Weinbau als landwirtschaftliches Produkt verankert wird, die Forderung nach einer langfristigen Regelung. Der Herr Minister trägt letzten Endes für die Export- und Importregelung die Verantwortung, denn auch der relativ hohe Export, den wir in den vergangenen Jahren erzielen konnten, hat nicht den entsprechenden Preis gebracht. Und Export ist nur dann günstig, wenn er auch für den Produzenten einen Preis erbringt, der ihm ein Einkommen für sich und seine Familie ermöglicht.

Auch der Inlandsabsatz wäre meiner Ansicht nach steigerungsfähig. Und hier bin ich sehr neugierig, was am 26. dieses Monats die Steuerreformkommission beschließen wird, welche Ergebnisse sie erzielen wird, ob sie auf unsere Vorschläge für eine echte Entsteuerung des Produktes Wein eingehen wird. Wenn der Herr Minister zu Beginn der Verhandlungen vor einem Jahr bereits erklärt hat, das gleiche Aufkommen müsse gewährleistet sein, dann muß ich feststellen, daß das keine Möglichkeit einer Reform ist, wenn am gesamten Steueraufkommen nicht gerüttelt werden darf. Ich frage mich, was diese Kommission hier dann überhaupt beschließen soll.

Abschließend einige Worte zur Sozialversicherung, meine Damen und Herren. Das Gesetz wurde — das, glaube ich, kann man auch nicht oft genug betonen — im Jahr 1969 von der ÖVP-Alleinregierung beschlossen. Gott sei Dank, muß ich dazu sagen, denn bei Ihrer Politik wäre es sicherlich nicht mehr möglich. Es wurde gestern bereits eingehend über die Verschlechterung diskutiert, die inzwischen bei 14 000 Kleinpensionisten eingetreten ist.

Nach zehn Jahren Bauernpension möchte ich feststellen, meine Damen und Herren — nehmen Sie das meinetwegen als meine persönliche Ansicht —, daß es sicherlich notwendig ist, darüber nachzudenken, wie man die enormen Lasten, die heute in der Pensionsbeitragsleistung für den einzelnen bäuerlichen Betrieb bereits da sind, im Sinne einer gerechten Familienpolitik auf Grund der Familiengröße oder, wenn Sie wollen, der Kinderzahl in dem einzelnen Betrieb aufteilen könnte. Der Rückgang der Geburtenrate, meine Damen und Herren, ist ohnedies bereits beängstigend. Sicherlich auch ein „Erfolg“ Ihrer ein Jahrzehnt lang betriebenen Politik.

Die Geburtenrate wirkt sich heute in den einzelnen Kleingemeinden auf die Kindergärten aus, in Fortsetzung auf die Schulen, sie wird sich natürlich später einmal auch auf die Pensionsleistung auswirken. Wäre es nicht denkbar, meine Damen und Herren, zu überlegen, ob man die Mehrkinderfamilie nicht auch in der Beitragsleistung berücksichtigen könnte? Denn wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir doch feststellen, daß jene Familie, die kein Kind oder nur ein Kind hat, sicherlich zumindest in den ersten zehn bis fünfzehn Jahren ein freieres, ein mit mehr Freizeit verbundenes Leben führen kann als die Mehrkinderfamilie, aber von der Mehrkinderfamilie letzten Endes alle Kinder auch für ihre Eltern einmal Pensionsbeitragsleistungen tragen. Da müßte man sich doch auch einmal überlegen, ob nicht doch eine Staffelung in diesem Sinne möglich wäre.

Wenn man uns immer vorwirft — das, glaube ich, muß man auch wieder feststellen —, was der Staat für die Bauernpension leistet, dann, meine Damen und Herren, muß man letzten Endes auch die andere Seite einmal hernehmen: was der einzelne Bauer für den Staat leistet. Hier nur ein Vergleich — ich muß das immer wieder feststellen, damit mir nicht von Ihnen verschiedenes unterstellt wird —, was ein Bundesbahnpensionist den Staat kostet: Es sind rund 90 000 S im Jahr. Ein bisschen Gerechtigkeit werden doch wir für unseren Berufsstand letzten Endes auch noch verlangen dürfen. Wo bleibt bitte die Anerkennung der Leistung des Bauern?

**Hietl**

Auch die ärztliche Versorgung, meine Damen und Herren, ist ein Problem, über das man sich im ländlichen Raum Gedanken macht. Ich würde Sie bitten, auch darüber einmal nachzudenken. Wir können uns eben nicht ausuchen, ob wir am Montag, am Samstag oder am Sonntag krank werden. Auch das, glaube ich, ist ein Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen sollen.

Herr Kreisky hat einmal gefragt, was uns denn unsere Gesundheit wert ist. Ich möchte meinerseits fragen, wohin denn die verschiedenen Gesundheitsschillinge gekommen sind, die wir inzwischen alle bezahlen mußten?

Ich glaube, daß man über die Werte des Menschen auch in diesem Hohen Hause einmal nachdenken soll, egal, ob es auf dem Sozialsektor ist, egal, ob es auf dem Justizsektor ist. Welche Maßnahmen wird diese Regierung ergreifen, um den Schutz des arbeitenden Menschen in Österreich zu erreichen? Hier trägt die Regierung die Verantwortung.

Wollen wir, meine Damen und Herren, eine gesicherte Existenz, wollen wir ein gesichertes Einkommen jedes Österreicher, wollen wir den sozialen Frieden und wollen wir den Schutz des Menschen, dann sind rasche Maßnahmen notwendig. Der Österreicher hat ein Recht darauf — am Zug ist die Regierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Bergmann. Ich erteile ihm das Wort. *(Ruf bei der SPÖ: Ausgedinge!)*

Abgeordneter **Bergmann** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Den lustigsten Zwischenruf auf meinem Weg zum Rednerpult habe ich jetzt von der linken Seite bekommen, nämlich das Wort „Ausgedinge“. Ich verstehe nicht, warum Sie als parlamentarischer Kollege eine Tätigkeit im Parlament mit dem Begriff „Ausgedinge“ versehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Das Urteil über das Budget 1978, über seine Durchführung ist gesprochen.

Erstens: Es wurde als Hausnummernbudget bezeichnet, und es hat sich herausgestellt, es ist ein Hausnummernbudget gewesen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zweitens: Die sozialistische Regierung hat die Einnahmen bewußt höher und die Ausgaben bewußt tiefer angesetzt und damit eine öffentliche Täuschung begangen. *(Neuerliche lebhaft Zustimmung bei der ÖVP.)*

Drittens: Die sozialistische Regierung hat mit dem Budgetdefizit die 50-Milliarden-Schilling-Grenze überschritten, obwohl für sie

wenige Jahre zuvor noch 7 Milliarden Schilling ein Wahnsinn waren.

Viertens: Der Bundesrechnungsabschluß 1978 ist der in Zahlen gegossene Beweis dafür, daß die Österreicherinnen und Österreicher in den nächsten Jahren noch sehr tief in die Tasche werden greifen müssen, um Ihre Defizitwirtschaft abzudecken. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und fünftens: Der Finanzminister hat sich auch bei diesem Budget wieder nicht an die haushaltsrechtlichen Bestimmungen gehalten: Für 1,2 Milliarden Schilling gibt es keine gesetzliche Deckung.

Die Kritik und die Beurteilung des Rechnungsabschlusses 1978 sind daher klar. Wie aber hat sich die Mehrheit, wie hat sich die Regierung zu dieser Kritik und damit zur Kontrolltätigkeit des Rechnungshofes, eines Organs dieses Hauses, verhalten?

Wer heute seit 1/211 Uhr die Debatte in diesem Hohen Haus verfolgt hat, mußte feststellen, daß die Regierungsbank bei weitem zu groß ist. Der Finanzminister hat noch vor der Rede des Abgeordneten Tull das Haus verlassen und hat mit keinem einzigen Satz bisher zu dem Rechnungsabschluß Stellung genommen. Allmählich hat man den Eindruck, daß sich bei der Regierung das einbürgert, was bei Tageszeitungen seit langem gang und gäbe ist. Dort gibt es nämlich einen Sitzredakteur, und hier gibt es allmählich den Sitzstaatssekretär, zumeist weiblichen Geschlechts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe im Rechnungshofausschuß den Herrn Bundesminister für Finanzen einmal kurz bedauert, weil ich nicht verstehe, warum er es verdient, daß ihn der Abgeordnete Tull immer verteidigen muß. Ich nehme nicht an, daß sein Abgang heute vor der Tull-Rede im Zusammenhang mit dieser Bemerkung gestanden ist.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit diesem Rechnungsabschluß und im Zusammenhang mit der Debatte von heute, mit dem Verhalten der Abgeordneten der linken Seite, hat sich wieder einmal gezeigt, daß der Vorwurf, der gelegentlich in der Politik gemacht wird, daß es sich nämlich bei Ihrem Verhalten in der SPÖ weitgehend um ein Verhalten handelt, das aus der Arroganz der Macht kommt, durchaus eine beweisbare Behauptung darstellt.

Der Herr Abgeordnete Tull hat es heute nicht für wichtig empfunden, zu dem ungeheuerlichen Manipulationsvorwurf, den der Herr Abgeordnete König erhoben hat, Stellung zu nehmen. Keine Entschuldigung, im Gegen-

2476

Nationalrat XV. GP — 25. Sitzung — 21. Feber 1980

**Bergmann**

teil, der krampfhaft Versuch, den Spieß umzukehren.

Auch der Herr Klubobmann Dr. Fischer hat es nicht notwendig gefunden, Dinge zu entschuldigen, die in eklatanter Form geschäftsordnungswidrig und im nachhinein zweifellos erklärungs- oder aufklärungsbedürftig sind. Diese Haltung, diese Vorgangsweise fällt eben in das Kapitel: Die Arroganz der Mächtigen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und wenn Sie heute die Debatte verfolgt haben, so werden Sie gemerkt haben, daß der Herr Abgeordnete Tull, im besonderen Ausmaß auch der Herr Abgeordnete Fauland, mit Vehemenz darauf hingewiesen haben, wie gut es uns in Österreich doch geht, daß hier Vollbeschäftigung herrscht und daß wir uns im internationalen Vergleich an jener und jener Stelle befinden und daß es insgesamt eigentlich so fein ist, daß wir all das der sozialistischen Regierung verdanken und daß darüber hinaus eigentlich nichts mehr zu regeln ist.

Sie sehen und sie hören nicht, daß sie damit 14 000 Bauernpensionisten einfach das Recht auf Wiedergutmachung für ein Unrecht verweigern. Der Herr Kollege Fauland hat gemeint: Darüber haben wir ohnehin gestern gesprochen. Bitte, daß Sie über etwas reden, saniert die 14 000 Fälle nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben Vergleiche gebracht, daß sich der eine oder andere Österreicher plötzlich im Durchschnitt 17 Paar Schuhe kaufen darf gegenüber 7 Paar von vorhin, Sie haben nur nicht gesagt, wieviel die Schuhe kosten und ob das Paar etwa in der Preislage der Kreisky-Patscherln um 4 000 S liegen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das, Herr Kollege, ist Arroganz der Macht und der Mächtigen, weil ich nämlich gestern den Eindruck hatte, daß es Ihnen nicht angenehm war, so über dieses Ding hinwegzugehen. Man konnte bei der Frage meines Kollegen Schwimmer: Gefällt Ihnen das eigentlich?, sehen, wie viele von Ihnen reagiert haben, und dem entnehmen, daß es Ihnen nicht gefällt. Ich frage mich halt: Warum sanieren Sie es dann nicht? — Nur weil es eine dringliche Anfrage von uns war oder weil wir im Ausschuß gelegentlich darüber geredet haben, daß man die Mindestpensionen doch um das nicht ganze ein Prozent erhöhen soll.

Übrigens alles Beträge, die ein Zehntel von dem ausmachen, was der Herr Finanzminister ohne Genehmigung im Budget an Überschreitung zu verzeichnen hatte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist Darüberhinweggehen über Kritik. Da hat sich nämlich der Herr Dr. Tull hierher gestellt und gesagt: Wir nehmen die Kritik so wahnsinnig ernst. Ja Sie nehmen sie so ernst, daß von dieser Regierungsbank aus niemand zuhört und wenn man Ihnen einen Vorschlag macht, dann lehnen Sie ihn mit Mehrheit und Arroganz ab.

Der Finanzminister — ich verstehe nicht, warum Sie ihm das zulassen, denn auch das stört Sie ja im wesentlichen — ist bekannt dafür, daß er sich über Gesetze hinwegsetzt. Er setzt sich auch über die Kritik des Rechnungshofes hinweg. Wenn Kritik kommt, dann sagt er eben, ich bin anderer Auffassung und schon kann man die Kritik beim Salzamt beheben, weil sie keine Wirkung mehr hat.

Sie sind aber letztlich mit diesen ständigen Gesetzesverletzungen konfrontiert, und aus Ihren Reaktionen merkt man — zumindest bei vielen von Ihnen —, daß Ihnen das nicht gleich ist. Ich frage mich, warum Sie Androsch nicht dazu bringen, im Ablauf eines Finanzjahres auch die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Aber auch das gehört zum Kapitel Arroganz der Mächtigen von dieser Regierungsbank aus.

Ich sage es noch einmal und werde es hier immer wieder sagen: Solange diese Regierungsbank diese Form hat, wird sie jedes Regierungsmitglied dazu verführen, diese Arroganz selbst der eigenen Fraktion gegenüber zur Anwendung zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Dr. Tull hat sich hierher gestellt und hat am Anfang den Eindruck erweckt, als ob er diesen ungeheuerlichen Vorwurf des Dr. Nowotny zurücknehmen würde, bei den selbständig Tätigen in Österreich handle es sich ohnehin nur um Steuerhinterzieher. Aber er hat sich schon im Halbsatz wieder eingebremst und eine neue Verdächtigung ausgesprochen. Auch das gehört zum Kapitel Arroganz der Macht, daß man, statt denen zu danken, die mitgeholfen haben, die Vollbeschäftigung in Österreich zu erhalten, die Pauschalverdächtigung vorwirft, Gesetzesbrecher zu sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ihr letzter Redner hat seine Ausführungen hier damit begonnen, daß er das ominöse Papier des Rechnungshofes gar nicht besprechen wolle. Warum denn nicht, warum ist es denn ominös? Ich möchte nur zwei Zitate, wenn der Herr Präsident das gestattet, Ihnen vorlegen. Da heißt es unter anderem: „Der Rechnungshof stellte dazu fest, daß ihm trotz mehrfacher Urgegnen vom Bundesministerium für Bauten bisher keine Unterlagen über mittelfristige Bau- und Finanzierungsabsichten übermittelt worden sind.“ Und das zweite Zitat:



**Bergmann**

„Überdies herrscht Übereinstimmung, daß auf Dauer die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel für die Bundesstraßenverwaltung, Neubau, Erhaltung, Schuldentilgung und so weiter, sei es aus laufenden Einnahmen oder aus Kreditoperationen, nur an Hand einer langfristigen detaillierten Ablaufplanung möglich sein wird.“

Schluß eines einfachen Abgeordneten: Es gibt diese Planung nicht. Warum bitte ist es dann ein „ominöses“ Papier, das man ablegt, und führt nicht dazu, daß die sozialistische Mehrheitsfraktion endlich darangeht, den Bautenminister aufzufordern, ein langfristiges Planungskonzept für den österreichischen Straßenbau zu erstellen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das gehört in das Kapitel Arroganz der Mächtigen.

Und zum Schluß: Ich entnehme der heutigen Ausgabe der Zeitung „Kurier“ einen Artikel mit dem Titel „Budgetsanierung nur in Kooperation“, eine Erklärung des Vorsitzenden der Steuerreformkommission beim Finanzminister, Bruno Schimetschek, in der es in einem Absatz wörtlich heißt — ich darf das wieder zitieren:

„Er“ — Schimetschek — „kommt zu dem Schluß, daß eine Budgetsanierung nur noch in Zusammenarbeit der großen Parteien möglich sei, denn es könne sich dabei lediglich um unpopuläre Maßnahmen handeln.“

Daß das kein Gefälligkeitsartikel für die Opposition ist, geht aus dem Rest hervor, weil er auch mit Maßnahmen und mit Aktionen von uns nicht einverstanden ist. Ein sehr ausgewogener Bericht also.

Was heißt das? — Ich ziehe daraus zwei Schlüsse. Wenn es wirklich so ernst ist, daß es nur mit der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien geht, dann frage ich mich, warum Sie mit der Methode Arroganz der Macht alles tun, um eine Zusammenarbeit auszuschließen. Und ich frage mich zweitens, was es heißt, daß unpopuläre Maßnahmen notwendig sind, die offensichtlich in unserer Demokratie nur mehr gesetzt werden können, das heißt also, sehr, sehr unpopuläre Maßnahmen, wenn beide großen Parteien zusammenarbeiten.

Und da frage ich mich, wo der Herr Dr. Tull, der Herr Fauland und alle, die heute gesprochen haben, ihren Optimismus hernehmen, mit dem sie die heile Wirtschaftswelt in Österreich deklariert haben. Oder ob es so ist, daß diese Regierung, die sie selber stellen, ihnen gar nicht sagt, worum es in Zukunft gehen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn dem aber so ist, dann ist die Formel „Arroganz der Mächtigen“ in Ihre Richtung nahezu zur Skurrilität geworden. Es handelt

sich nämlich dann um die Arroganz der Mächtigen vis-à-vis der Arroganz der Ohnmächtigen. Wir haben in den Ausschüssen wiederholt versucht, Sie gerade im Sozialbereich zu ein paar kleinen Korrekturmaßnahmen zu gewinnen, die Sie selbst eingesehen haben. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, Demokratie wirklich ernst nehmen, wenn Sie das, was der Herr Dr. Tull hier heute gesagt hat, daß er Kritik und Anregung ernst nimmt, wirklich tun, dann müssen Sie in Zukunft der Kontrolltätigkeit des Rechnungshofes wesentlich positiver gegenüber treten und Sie müssen die Kontrolltätigkeit der Opposition respektieren. Ohne einen solchen Respekt gegenüber der Opposition, gegenüber einem Organ des Hauses, nämlich dem Rechnungshof, werden Sie zu gemeinsamen Maßnahmen nicht kommen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) — *Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Sie werden sich dann aber auch gelegentlich mißverstanden fühlen, und Sie werden manchmal den Eindruck haben, daß Sie von der Opposition zu hart angegangen worden sind. Sie können sich die Sprache, die hier geredet wird, selbst aussuchen. Im Zuge der Beratungen um das Budget 1978, bei dem Sie immerhin das Budgetdefizit um 10 Milliarden Schilling erhöht haben, haben wir den Eindruck für eine faire Bereitschaft zu gegenseitiger Argumentation nicht vorgefunden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 234 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

**2. Punkt: Erste Lesung des Antrages 36/A (II-570 der Beilagen) der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Bundesgesetz über die Stärkung der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (Mittelstandsgesetz)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Erste Lesung des Antrages 36/A

**Präsident**

der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Bundesgesetz über die Stärkung der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (Mittelstandsgesetz).

Wir gehen in die Debatte ein.

Gemäß § 69 Abs. 4 der Geschäftsordnung gebührt zunächst dem Antragsteller das Wort, doch hat dieser darauf verzichtet.

Ich erteile daher nunmehr dem als Redner gemeldeten Abgeordneten Ing. Sallinger das Wort.

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute wird im Parlament der Entwurf für ein Mittelstandsgesetz in erster Lesung behandelt. Wir haben dieses Gesetz schon im Jahre 1978 eingebracht, es ist damals jedoch nicht zur Behandlung gekommen, weil die Wahlen vorverlegt worden sind. Wir von der Österreichischen Volkspartei haben dieses Gesetz wieder mit einem gleichen Text eingebracht.

Ich will dieses Mittelstandsgesetz von zwei Seiten aus betrachten, weil es vielleicht einmal notwendig ist, die Bedeutung des Mittelstandes nicht nur hier im Hohen Haus, sondern auch der Öffentlichkeit gegenüber aufzuzeigen und ihr zu sagen, welchen Inhalt dieses Gesetz hat.

Gerade wegen der wirtschaftlichen Struktur in unserem Land ist der Mittelstand von besonderer Bedeutung. Bei verschiedenen Gelegenheiten schon haben die hier vertretenen Parteien die Wichtigkeit des Mittelstandes, dieser kleinen und mittleren Betriebe, positiv betont. Wir werden heute bei den Stellungnahmen sehen, wie die Bekenntnisse, die hier ausgesprochen worden sind, wirklich gemeint sind. Die Parteien haben dabei die Gelegenheit, die Probleme aufzuzeigen und verständlich zu machen, ob sie die Schwierigkeiten des Mittelstandes kennen, ob sie die Absichten verstehen, die diesem Gesetzentwurf zugrunde liegen, ob sie bereit sind, für diese kleinen und mittleren Betriebe nicht nur zu reden, sondern auch für sie einzutreten. Ich hoffe, daß diese Anliegen in unserem Gesetzesantrag zur Beratung in den Unterausschuß kommen und daß dann doch die Möglichkeit besteht, eine Zustimmung zu bekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man allerdings die gesetzten Maßnahmen der letzten Zeit auf dem Gebiet Wirtschaftspolitik betrachtet, so kann man nicht sagen, daß diese Wirtschaftspolitik mittelstandsfreundlich ist. Wenn es aber Erfolge des Mittelstandes und dieser kleinen und mittleren Betriebe gibt — ich möchte hier auf

die Arbeitsplatzsicherung, auf die Ausbildung der Jugend hinweisen —, dann hat der Erfolg dieses Mittelstandes viele Väter.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, und wir alle freuen uns, wenn jemand für diese kleinen Betriebe eintritt, ganz gleich, wer es ist, wenn sich alle für die Menschen einsetzen, die sich diesem Mittelstand zugehörig fühlen.

Ich selbst habe hier im Parlament keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um auf die Schwierigkeiten und auf die Probleme dieser kleinen Betriebe in aller Öffentlichkeit hinzuweisen. Man kann das nicht oft genug tun und muß das immer wieder sagen, weil von seiten der Regierung aus diese kleinen Betriebe allzu oft zu wenig beachtet oder manchmal überhaupt vergessen werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Für mich als Präsident der Bundeskammer ist es ein besonderes Anliegen. Ich kann das besonders glaubhaft unterstreichen, weil ich selbst aus dem Gewerbe komme, weil ich mich selbst dem Mittelstand zugehörig fühle und weil ich weiß, was diese kleinen Betriebe leisten können, wenn man sie arbeiten läßt und nicht hindert.

Ich hoffe, daß wir doch bei der Verwirklichung der Anliegen des Mittelstandes, die ja Gegenstand dieser heutigen Vorlage sind, eine Zustimmung erreichen können. Wenn man die gesetzten Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik betrachtet, wird man zur Erkenntnis kommen, daß es einer Diskussion bedarf, um zu dokumentieren und zu beweisen, daß dieses Gesetz unbedingt notwendig ist. Ich selbst kenne die Freuden und ich kenne die Leiden dieser kleinen und mittleren Betriebe, weil ich ja selbst von morgens an und auch spät abends im Betrieb bin und weiß, wie schwierig die Probleme sind.

Der Initiativantrag der Österreichischen Volkspartei, der heute zur Behandlung steht, zielt darauf ab, den mittelständischen Betrieben in der Öffentlichkeit jene Beachtung zu geben, die sie auf Grund ihrer Leistungen und auf Grund ihres Verhaltens verdienen.

Es gibt sicher gewisse Förderungen für kleine und mittlere Betriebe. Ich will das nicht ableugnen, denn das wäre vielleicht nicht recht. Ich habe den Mut dazu, es zu sagen, aber auch dazu, darauf hinzuweisen, daß die wesentlichen Teile unserer Forderungen nicht behandelt oder überhaupt nicht verwirklicht werden.

Ich kann mir schon vorstellen, daß mein Nachredner von der Regierungspartei eine ganze Liste aufzeigen und vorlesen wird, was alles gemacht worden ist. Der Herr Abgeordnete Mühlbacher lacht jetzt schon. Ich muß aber dazu feststellen, daß viele Forderungen von

**Ing. Sallinger**

uns schon viel früher erhoben worden sind und daß niemand hier im Hohen Haus ist, der sagen kann, ich habe mich für diesen Mittelstand nicht schon immer eingesetzt.

Diese Forderungen, die von seiten des ÖWB und der Bundeskammer aufgestellt worden sind, sind nur zu einem geringen Teil von der Regierung verwirklicht worden, und ich glaube, daß noch dazugesagt werden muß, daß ein großer Teil der Forderungen durch die Belastungen, die gekommen sind, weitaus überdeckt worden ist.

Diese steuerlichen Belastungen treffen alle Wirtschaftsbetriebe, aber eben besonders die kleinen. Man nimmt der Wirtschaft und man nimmt den Betrieben ein Vielfaches von dem weg, was nachher als Förderung deklariert wieder zurückgegeben wird und wodurch noch ihre Unabhängigkeit und ihre freie Unternehmensentscheidung eingeengt wird. Dagegen nehmen wir Stellung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Regierung hat in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß sie eine besondere Vorliebe für einzelne Großbetriebe und auch Großprojekte hat. Als Vertreter der gesamten österreichischen Wirtschaft — da habe ich alle Bereiche und alle Sektionen zu vertreten, ob sie nun der Industrie, dem Gewerbe, dem Handel, dem Verkehr, dem Fremdenverkehr oder dem Geld- und Kreditwesen angehören, und ich tue es auch, und ich tue es auch im besonderen für die Industrie, weil ich der Meinung bin, daß wir eine große Industrie brauchen, weil wir die Wertschöpfung kennen und weil wir der Industrie auch eine Schrittmacherrolle hier in unserem Lande zuerkennen — möchte ich aber deutlich feststellen, daß die vielen kleinen und mittleren Betriebe, die überwiegend in der österreichischen Struktur aufscheinen, genauso betrachtet und genauso beachtet werden sollen. Wir lehnen deshalb eine einseitige Förderung grundsätzlich ab! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Mir geht es vor allem darum, daß die österreichischen Betriebe in der Förderungspolitik nicht schlechter behandelt werden dürfen als neue Projekte, auch wenn es ausländische Konzerne sind.

Es wird sicher Bereiche geben, wo man gerade den österreichischen Betrieben Vorrang einräumen muß.

In der Handelskammerorganisation, meine Damen und Herren, haben alle Betriebe ihre Heimat und alle Betriebe ihre Unterstützung, ob sie groß sind, ob sie klein sind, ob sie privat sind oder auch ob sie verstaatlicht sind.

Wir haben gerade in der letzten Zeit und in den letzten Jahren unsere Serviceleistungen

in der Handelskammerorganisation stark ausgebaut. Wir sind dabei, dies noch weiter auszubauen, und zwar in allen Landeskammern und auch von seiten der Bundeskammer. Wir wollen allen Betrieben eine echte Hilfestellung geben.

Ich möchte dabei auf unsere Wirtschaftsförderungsinstitute verweisen, die ohne Bürokratie überall dort eingreifen, wo jemand an sie herantritt, und die überall dort auch aufscheinen, wo es gerade diesen kleinen Betrieben rasch eine Hilfeleistung zu geben gilt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte aber auch auf unsere Außenhandelsorganisation hinweisen, deren Mitarbeiter sicher als lebendige Vertreter oder lebendige Botschafter der Wirtschaft agieren und allen Betrieben, besonders auch den mittleren Betrieben, eine gute Hilfestellung geben, weil sie über die Marktchancen orientieren.

Unseren Schwerpunkt haben wir bei der beruflichen Ausbildung und bei der beruflichen Weiterbildung gesehen sowie bei Betriebsberatungen auf organisatorischem, technischem oder kaufmännischem Gebiet.

Wir unterstützen alle unsere Mitglieder bei der Anpassung an die internationale Entwicklung. Es ist, glaube ich, notwendig, daß sie gerade aus der Praxis heraus mit unseren Außenhandelsstellenleitern ein Gespräch führen können, wo sie darauf aufmerksam gemacht werden, wie die Marktchancen stehen und welche Produkte sie absetzen können. Das ist sowohl für die Großen als auch für die Kleinen sehr wichtig.

Wir legen einen besonderen Wert auf die Exportförderung, wobei gerade in den letzten Jahren die kleinen und mittleren Betriebe einen wesentlichen Anteil haben und in einem beachtlichen Ausmaß auf den Weltmärkten Fuß gefaßt haben. Gerade diese kleinen und mittleren Betriebe sind als Zulieferer, sind als Spezialerzeuger für den Export besonders wichtig. Wenn man den Export in die Oststaaten betrachtet, so wird jetzt nicht nur die verstaatlichte Industrie und die Privatindustrie herangezogen, sondern wir sehen immer mehr und mehr, daß auch diese Mittelbetriebe dort im Export tätig sind.

Die Serviceleistungen der Handelskammerorganisation können aber eine Wirtschaftspolitik nicht ersetzen, die die Leistungskraft und die Initiativen der Wirtschaft, im besonderen der kleinen und der mittleren Betriebe, fördert.

Es ist uns lange Zeit der Vorwurf gemacht worden, daß unsere kleinen und mittleren Betriebe, die sich vielleicht nicht so leicht dem

**Ing. Sallinger**

technischen Fortschritt anpassen können, daß also dieser Mittelstand beharrend ist, daß er starr ist. Das stimmt nicht! Ich möchte genauso sagen, daß dynamische Kräfte bei diesen kleinen Unternehmern vorhanden sind und daß sie sich wirklich bemühen, auf dem Weltmarkt mit ihrer technischen Leistung mitzuhalten.

Wenn wir ihre Einrichtungen betrachten — ich habe das bei vielen Betrieben gemacht —, dann können wir feststellen, daß sie mit der Zeit gegangen sind und daß die Einrichtung dieser Betriebe den technischen Neuerungen entspricht.

Unter Mittelstand verstehen wir heute Menschen, die mit beiden Füßen im Leben stehen, die Ideen haben, die etwas leisten wollen — und die auch etwas leisten — und die auch Verantwortung tragen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleich unseren Handelsminister ansprechen, der das Wort „Mittelstand“ nicht gern hört. Er denkt an verschiedene andere Stände. Ich möchte ihm aber raten, daß er sich doch ein bisserl auf den Mittelstand hin orientiert. Denn diese kleinen Leute können dieser Politik, der Politik des Handelsministers eine sehr gute Hilfestellung leisten. Wenn er sich dort einfindet, dann wird er sehen, welche Nöte, welche Schwierigkeiten, welche Probleme da sind und wo man am zielsichersten eingreifen kann. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Eine Umfrage in Österreich hat ergeben, daß sich rund 70 Prozent aller Österreicher zu dieser Bevölkerungsschicht zählen. Dazu gehören Leute des Handwerks oder des Gewerbes, des Handels, der freien Berufe, der Bauern und auch der Angestellten. Gerade in letzter Zeit sind es viele Facharbeiter, die sich ebenfalls zu diesem Mittelstand zählen.

Ich habe schon oft gesagt, daß in Österreich die kleinen und die mittleren Betriebe bei weitem überwiegen. Wir haben zirka 2,8 Millionen Arbeitnehmer in unserem Lande. Rund 2 Millionen gehören der gewerblichen Wirtschaft an. Zirka 1,7 Millionen arbeiten in den kleinen und mittleren Betrieben, wo sie ihren sicheren Arbeitsplatz haben. In diesen Betrieben sind sie keine anonymen Arbeitnehmer, wie es vielleicht in Großbetrieben gar nicht anders möglich ist. Dort sind sie Mitarbeiter, dort sind sie Partner, und bei den kleinsten Betrieben sind sie oft Freunde. Ich glaube, sie fühlen sich auch auf diesem menschlichen Weg sehr wohl.

Diese Betriebe haben es auch in den Rezessionsjahren 1974 und 1975 bewiesen. Der Arbeitsplatz in solchen Betrieben ist vielleicht sicherer als anderswo. Ich glaube: Auch dann, wenn die Auftragslage nicht sehr rosig gewesen

ist, haben diese kleinen Unternehmer nicht gleich den Rechenstift in die Hand genommen, sondern sie haben als Menschen gehandelt und haben die Arbeitsplätze gehalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese menschliche Beziehung sollte, glaube ich, für viele ein Vorbild sein. Ich möchte deshalb auch heute wieder deutlich sagen, daß eine mittelständische Wirtschaftsstruktur in unserem Land keine Schwäche, sondern eine Stärke unserer Volkswirtschaft ist. Eine Vielzahl von Unternehmen, wie sie bei uns eben üblich ist, garantiert eigentlich erst, daß viele Menschen ihre Begabungen und ihre Fähigkeiten einsetzen können und daß Probleme, die auftauchen, auch praxisnah gelöst werden.

Meine Damen und Herren! Darum glaube ich auch, daß die Vorteile dieses Mittelstandes groß und vielfältig sind. Diese kleinen und mittleren Betriebe sind im Strukturwandel anpassungsfähig. Sie sind eben wegen ihrer Struktur und ihrer Größe wendig. Sie sind widerstandsfähig gegen verschiedene Krisen. — Das haben sie auch gezeigt. Wir alle wissen es.

Sie sind es auch, die Ausbildungsstätten für unsere Jugend schaffen. Sie haben gerade in den letzten Jahren zusätzlich 200 000 Arbeitsplätze geschaffen. Wenn wir in den nächsten Jahren noch 300 000 zusätzliche Arbeitsplätze brauchen, also jährlich zirka 30 000 zusätzlich, dann werden wir uns sicher alle bemühen. Aber ohne diese kleinen und mittleren Betriebe wird das nicht möglich sein.

Das gilt in ganz besonderem Maße — ich habe es schon erwähnt — für die Ausbildung und die Beschäftigung unserer Jugend. Die Berufsausbildung in der Wirtschaft ist nicht nur für die Aufstiegschancen dieser jungen Menschen von großer Bedeutung, sondern ist auch ein zusätzlicher Faktor für die Jugendbeschäftigung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Derzeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, stehen zirka 194 000 Lehrlinge in der Berufsausbildung, davon 170 000 bei diesen kleinen und mittleren Betrieben. Das heißt, daß 90 Prozent der Jugendlichen ihre Ausbildung und ihren Ausbildungsplatz bei diesen mittelständischen Betrieben erhalten.

Die Ausbildung dieser jungen Menschen ist aber auch eine Grundlage dafür, daß unsere Facharbeiter — denn aus diesen jungen Menschen, die ausgebildet werden, kommen ja unsere Facharbeiter — im Inland und auch im Ausland einen hohen Stellenwert haben und daß sie Produkte erzeugen, die wir wirklich exportieren und die in aller Welt auch Anerkennung finden. Unsere Unternehmer und ihre hochqualifizierten Mitarbeiter produzieren nicht

**Ing. Sallinger**

„daneben“, wie oft gesagt wird, denn sonst könnte unser Exportprozentsatz nicht in diese Höhe steigen.

Gerade in der letzten Zeit hat sich gezeigt, daß trotz schwierigsten Bedingungen und trotz schärfstem Konkurrenzdruck die Exporte gestiegen sind. Man darf allerdings nicht allein die Exportziffern sehen und mit dem Prozentsatz operieren, wie es von der Regierung gern gemacht wird, sondern man muß wissen, daß die Erträge auf Grund der Belastungen in unserem Land zurückgegangen sind und nicht mit den Zuwachsraten Schritt halten, daß es oft keinen Ertrag und manchmal sogar rote Ziffern gibt.

Für alle diese Leistungen, meine Damen und Herren, müssen wir den Unternehmen und den darin Beschäftigten danken. Wir dürfen das aber nicht immer nur in Worte kleiden, sondern es sollen auch einmal Taten folgen.

Es sind aber nicht nur die unmittelbaren Leistungen der mittelständischen Wirtschaft, die für unsere Gesellschaft so wichtig sind. Das Bestehen und das Funktionieren sind wesentliche Voraussetzungen für die soziale Marktwirtschaft. Das möchte ich besonders betonen.

Nur eine Vielzahl von Betrieben sichert einen funktionierenden Wettbewerb und nur eine Vielzahl von Betrieben garantiert die Konsumfreiheit und bietet eine große Auswahl von Beschäftigungsmöglichkeiten je nach Neigung und je nach der Begabung der einzelnen Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine dezentralisierte Produktion und ein breitgestreutes Eigentum von Produktionsmitteln, wie sie die mittelständische Wirtschaft bietet, wirken den ökonomischen und auch den politischen Machtkonzentrationen entgegen. Und ich glaube, auch das ist von Wichtigkeit.

Daher ist der Mittelstand, meine Damen und Herren, ein tragendes Element einer freien, demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß schon, daß die sozialistische Regierung eine andere Wirtschafts- und eine andere Gesellschaftsordnung vertritt als wir. Mittelstand und soziale Marktwirtschaft passen eben nicht in das Programm der Sozialisten.

Es ist aber auch kein Zufall, daß die Regierungspolitik die marktwirtschaftliche Ordnung mehr und mehr aushöhlt und die mittelständischen Belange aus diesem Grunde hintanstellt.

Ich möchte hier auf das leistungsfeindliche Steuersystem und auf die zusätzlichen Steuer-

belastungen, die die Betriebe durch das 2. Abgabenänderungsgesetz erfahren haben, verweisen. Mit diesem Gesetz wurde den Betrieben die Möglichkeit genommen, für Abfertigungen und Pensionen ihrer Mitarbeiter ausreichend vorzusorgen, und kurz darauf wurde auch die Abfertigung für Arbeiter generell eingeführt.

Ich habe damals schon gesagt, daß wir diese Abfertigung für Arbeiter schon in unseren Kollektivverträgen haben, daß wir nicht grundsätzlich dagegensind, sondern daß wir auf Grund der von uns aufgezeigten Schwierigkeiten verschiedene Vorschläge gemacht haben, die nur zum Teil angenommen wurden.

Das Gesetz hat auch zur Folge, daß Firmen-PKW steuerlich nicht mehr als Werkzeug anerkannt werden, was zusätzlich einer Steuererhöhung gleichkommt.

Wir haben von Anfang an gegen das 2. Abgabenänderungsgesetz protestiert und verlangen nach wie vor die Abschaffung dieser wirtschaftsfeindlichen Bestimmungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das 2. Abgabenänderungsgesetz war eine Erfindung der Sozialisten. Und wenn jetzt von sozialistischer Seite gewisse Milderungen, die es noch gar nicht gibt, als Erfolg verkauft werden, so möchte ich dazu sagen, daß die Handelskammer nicht nur eine Milderung vertritt, sondern für die Abschaffung des gesamten Gesetzes eintritt und dies immer wieder sagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte es noch einmal sagen, man kann verschiedene Sachen nicht oft genug in die Öffentlichkeit stellen, nämlich daß die Steuerbelastungen die Erträge und die Eigenkapitalbildung sehr beeinträchtigt und geschwächt haben.

Die Politik der Regierung ist darauf ausgerichtet, die mangelnde Eigenkapitalbildung durch Fremdfinanzierungshilfen zu ersetzen, und dadurch werden die kleinen und die mittleren Betriebe — ich glaube, das wird jeder verstehen — von vornherein benachteiligt, weil für sie der Zugang zum Fremdkapital viel schwieriger ist als für Großbetriebe. Eine solche Politik bewirkt nichts anderes als einen steigenden Staatseinfluß auf die Wirtschaft, daß man für unerträgliche dirigistische Eingriffe sorgt und daß auch eine zentralistische Bürokratie Platz greift, die allmählich an die Stelle der Unternehmer selbst tritt.

Hohes Haus! Was der Mittelstand braucht, sind nicht nur Förderungsmaßnahmen, sondern ist im besonderen auch ein Klima des Vertrauens. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Ing. Sallinger**

Alle Menschen, die arbeiten und die etwas leisten, müssen darauf vertrauen können, daß sich ihr Einsatz lohnt und daß er nicht bestraft wird. Sie müssen darauf vertrauen können, daß Sparen und Eigenvorsorge sinnvoll sind und damit auch eine Sicherheit vorhanden ist. Und es muß glaubhaft sein, daß das Eigentum frei gebildet werden kann, daß es auch frei verfügbar ist und frei verfügbar bleibt.

Eigentum muß dem Unternehmer die Kraft geben, daß er frei disponieren, daß er frei entscheiden kann, aber — und ich möchte noch eines genauso deutlich dazusagen — daß er für diese Entscheidungen auch das Risiko übernehmen muß, daß er das Risiko selbst tragen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben in der letzten Woche, also einige Tage vor der heutigen Parlamentssitzung, so leise anklingen gehört, daß die Sozialisten zu diesem Mittelstandsgesetz nein sagen können. Und es wurde auch behauptet, daß es diesen kleinen und mittleren Betrieben besser geht als je zuvor und daß sie sehr zufrieden sind.

Ich glaube, daß diese kleinen und mittleren Betriebe herzlich wenig davon wissen, und ich bin auch der Meinung, daß man sich das sehr genau überlegen muß, denn so wird die Regierung kein Klima des Vertrauens schaffen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte auch festhalten, daß von seiten der Österreichischen Volkspartei, von seiten des Wirtschaftsbundes und auch von der Wirtschaft immer wieder ein Forderungsprogramm an die Regierung herangetragen worden ist, in dem wir unsere Sorgen zum Ausdruck gebracht und in dem wir die Probleme klar und deutlich aufgezeigt haben. Wir haben immer wieder die Wünsche und Probleme herangetragen, und ich habe der Regierung gegenüber auch persönlich zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, hier eine Hilfestellung zu geben.

Daher wollen wir bei diesem Mittelstandsgesetz diskutieren, um der Öffentlichkeit die Probleme vor Augen zu führen und sichtbar zu machen, was versprochen worden ist und was gehalten wurde.

Die Grundlagen einer mittelständischen Politik sind meines Erachtens folgende: zunächst ein leistungsgerechtes Steuersystem. Die mittelständische Wirtschaft erwartet vom Staat keine Steuergeschenke, muß sich aber dagegen zur Wehr setzen, daß man die Substanz der Betriebe aushöhlt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dazu gehört weiters, daß die Eigenkapitalbildung erleichtert wird und die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten für die Betriebe erhalten bleiben. Eine mittelständisch orientierte Politik erfordert

auch, daß die unbezahlten Verwaltungsarbeiten — wir haben ja schon öfter darüber gesprochen — für die öffentliche Hand, die sicher sehr groß sind, verringert werden.

Der Wettbewerb muß so gestaltet werden, daß eine Chancengleichheit auf den Märkten besteht und hauptsächlich Diskriminierungen vermieden werden.

Die Start- und Strukturverbesserungshilfen müssen gewährleisten, daß der Zugang zum Unternehmertum offenbleibt und daß vor allem möglichst vielen jungen Menschen Betriebsgründungen oder Betriebsübernahmen möglich gemacht werden.

Meine Damen und Herren! Wie oft haben wir darüber geklagt, wir brauchen eben mehr Unternehmer, mehr Unternehmer auch deshalb, damit wir mehr und sicherere Arbeitsplätze schaffen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Interesse der Beschäftigungssicherung und der Berufschancen unserer Jugend wird es notwendig sein, eine moderne und eine praxisnahe Berufsausbildung noch mehr, als es bis jetzt der Fall gewesen ist und von den Handelskammern gemacht wird, in den Betrieben zu fördern.

Das Ziel des in Diskussion stehenden Gesetzes ist es, eine mittelstandsorientierte Politik zu gewährleisten und auch konkrete Vorschläge und Maßnahmen zu setzen.

Meine Damen und Herren! Das Mittelstandsgesetz soll die soziale Marktwirtschaft gesetzlich verankern, die Chancengleichheit zwischen den Groß- und den Kleinbetrieben herstellen und die staatliche Strukturpolitik verbindlich auf mittelständische Erfordernisse ausrichten.

Meine Damen und Herren! Ich weiß ganz genau, was ich da sage, wenn ich verlange, Groß- und Kleinbetrieben gleiche Chancen zu geben. Ich möchte, daß das so gemacht wird, daß diese kleinen Betriebe auch leben können und man sie entsprechend ihrer Größe auch beschäftigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Gesetz ist auch ein Mittelstandsprogramm vorgesehen, das bewirken soll, daß private und öffentliche Unternehmer gleich behandelt werden. Die Gründung und die Übernahme von Betrieben, ich habe das schon gesagt, und auch die freiberufliche Tätigkeit sollen gefördert werden; die Weiterbildung und die Umschulung von Arbeitnehmern und Selbständigen sollen unterstützt sowie Innovation, Forschungsarbeit und auch eine erhöhte Exportanstrengung gewährleistet werden. Gerade in diesem mittelständischen Bereich wird das notwendig sein.

In einem eigenen Gesetz soll die Möglichkeit zu einem Selbständig-Sparen geschaffen wer-

**Ing. Sallinger**

den, vergleichbar dem Bausparen. Und damit kann der Start zum Selbständigwerden von einer besseren Eigenkapitalbasis aus erfolgen.

Die von den Klein- und Mittelbetrieben für die öffentliche Hand geleistete Verwaltungsarbeit stellt eine Belastung von zirka 1 Milliarde Schilling dar. Diese mittelständischen Betriebe sollen eine Abgeltung für diese Kosten, für diese Arbeiten erhalten und sollen in Zukunft zwei Prozent der einbehaltenen Lohnsteuer abziehen können.

Die Vorschriften, die Verordnungen, die Richtlinien des Bundes — ich glaube, das brauche ich hier nicht zu erläutern, das wurde von Ihnen allen schon einmal gesagt — müssen einfacher werden, sie müssen verständlicher werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Kontrolle, meine Damen und Herren, soll beim Bundeskanzler ein Beirat errichtet werden, der konkrete Vorschläge für eine Verwaltungsvereinfachung im Interesse des Mittelstandes auszuarbeiten hat.

Die Klein- und Mittelbetriebe sollen bei öffentlichen Aufträgen mehr als bisher zum Zuge kommen. Der Anteil der kleinen und der mittleren Betriebe an den öffentlichen Aufträgen soll auch im Parlament bekanntgegeben werden. Ich weiß, daß das nicht so einfach ist. Aber es wird sicher dazu kommen, daß sich mehrere kleine Betriebe zusammenschließen und dann die Möglichkeit und auch die Kraft zur Ausführung von Aufträgen haben, die von der öffentlichen Hand vergeben werden.

Die öffentliche Hand soll Arbeiten nur dort vornehmen, wo nicht Privatbetriebe es billiger und günstiger machen können; das muß auch genau überlegt werden. Aber es ist eine Möglichkeit, diese Kleinbetriebe zu beschäftigen, und es ist eine Möglichkeit zur Einsparung.

Alle drei Jahre soll dem Nationalrat berichtet werden, welche dieser Arbeiten an Private übertragen worden sind. Einmal im Jahr muß der Herr Handelsminister in einem eigenen Mittelstandsbericht dem Parlament über die Lage der mittelständischen Wirtschaft Rechenschaft geben, ähnlich wie es im Sozialbericht und im Grünen Bericht, den wir bejahen, der Fall ist.

Ich glaube, damit würde die Öffentlichkeit sehen, was der Mittelstand für unser Land leistet, und ich meine, daß diese kleinen Betriebe wirklich einen Dank verdient haben sowie auch, daß man sich um sie kümmert und das auch aufzeigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es wichtig ist, daß die österreichische Bevölkerung erfährt, was der Mittelstand nicht nur für die Betriebe, nicht nur für die Wirtschaft,

sondern auch für die gesamte Bevölkerung in unserem Land tut.

Hohes Haus! Ich sehe in einer mittelstandsorientierten Politik die einzige Möglichkeit, die Probleme, die in der nächsten Zeit und im nächsten Jahr auf uns zukommen, zu meistern und auch für den Wohlstand der österreichischen Bevölkerung zu sorgen und mitzuhelfen, diesen zu sichern. Ich bin der festen Überzeugung, daß unsere Zukunft sehr wesentlich von den Selbständigen abhängt, aber nicht nur von den selbständigen Unternehmern, sondern von allen selbständigen Menschen, die bereit sind, Leistungen zu erbringen, Ideen zu haben und dafür auch Verantwortung zu tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Wirtschaft ist eine Minderheit in unserem Staat, und wir müssen eben Freunde suchen, wir müssen durch Leistungen und gute Argumente überzeugen.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß alle im Parlament vertretenen Parteien, die die Bedeutung des Mittelstandes betonen — bei den Verhandlungen im Ausschuß und dann hier im Hohen Haus —, ihr Wort einlösen und dem von der Österreichischen Volkspartei eingebrachten Mittelstandsgesetz ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vordredner hat also versucht, die seinerzeitige Mittelstandskampagne, die von der ÖVP als Wahlkampagne vor der Nationalratswahl geführt worden ist, fortzusetzen und hier wieder die Mittelstandspolitik ins Gespräch zu bringen.

Man hat also nichts gelernt aus der Konferenz, die in Salzburg vom Wirtschaftsbund veranstaltet wurde und die als Ergebnis damals überhaupt nichts gezeigt hat. Die einzig richtige Beurteilung des Mittelstandes hat damals der Herr Generalsekretär Mussil gemacht: Auf die Frage eines Journalisten, der ihn gefragt hat „Was ist der Mittelstand?“, sagte er: Das ist eine Zwölferfrage! *(Abg. Graf: Der war schon immer gescheiter als Sie!)* Und dabei ist es geblieben. Denn wenn ich auch heute wieder gehört habe, daß der Herr Präsident Sallinger zuerst die Klein- und Mittelbetriebe als Mittelstand bezeichnet hat und dann anführte, wer aller zum Mittelstand gehört — nämlich beginnend vom Facharbeiter über die Angestellten bis zum Landwirt, Künstler und so weiter —, dann muß ich fragen: Wieso ist es dann Aufgabe des Wirtschaftsbundes, den Mittelstand zu vertreten, wo sich

**Mühlbacher**

der Wirtschaftsbund als ein Interessensvertreter der gewerblichen Wirtschaft aus gibt? Da werden sich sicherlich Schwierigkeiten bei den Kollektivvertragsverhandlungen ergeben, wenn der Wirtschaftsbund gleichzeitig der Vertreter der Angestellten und auch der Selbständigen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wobei aber noch zu sagen ist: Wenn man davon ausgeht, daß sich auf Grund einer Umfrage 70 Prozent der Bevölkerung zum Mittelstand gehörig fühlen, dann kann ich Ihnen eines sagen: Vor 5 Jahren waren es bestimmt nicht 70 Prozent. Und ich kann Ihnen ferner voraussagen: In fünf Jahren werden es fast 100 Prozent sein. Denn in dieser Selbsteinschätzung kommt ja nur das Gefühl des österreichischen Bürgers zum Ausdruck, daß es ihm besser geht. Daher sagt er: ich gehöre zum Mittelstand. Und die sozialistische Regierung wird es so weit bringen, daß alle sich zum Mittelstand gehörend fühlen, daß es jedem besser geht in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Interessant, verehrte Damen und Herren, ist es aber auch, daß aus dem großen Mittelstandskonzept, das die ÖVP vor der Nationalratswahl 1979 gehabt hat, heute ein Papier geworden ist, das wohl Mittelstandsgesetz betitelt ist, aber in Wirklichkeit schon auf zwei Berufsgruppen eingeschmolzen ist, nämlich auf ein Bundesgesetz über die Stärkung der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe. Das heißt, alle anderen Berufssparten, die seinerzeit genannt worden sind, sind also bereits herausgefallen. Das Mittelstandsgesetz soll nur mehr für die mittelständische gewerbliche Wirtschaft und freien Berufe gelten. Also bringen wir einmal wirklich den Mittelstand dort hin, wo er hingehört! Wer ist denn der Mittelstand? *(Abg. Doktor Blenk: Sie sind schon auch der Meinung, daß man diesen Mittelstand stärken soll?)*

Wir kommen genau dort hin, was ich immer sage. Denn in dem Entwurf wird im § 1 definiert, wer mittelständische Wirtschaft ist, und da kommen wir darauf, daß es die kleineren und mittleren Unternehmen sind. Davon sprechen wir immer, und diese werden von uns auch immer gefördert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wobei — und ich habe das Papier genau studiert — mir etwas aufgefallen ist: Mittelständische Unternehmen sind solche, die den Kammern der gewerblichen Wirtschaft angehören — gut — und die hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten der Höhe des Umsatzes, der Kapitalausstattung und der Stellung am Markt als kleine und mittlere Unternehmen anzusehen sind *(Abg. Graf: Gut! Gut!)* — gut — und in denen der Eigentümer oder Miteigentümer als Unternehmer einen wesentlichen Teil der Leistungsfunktionen selbst ausübt.

Ja, ich würde viel weiter gehen. Wir sollten doch auf unsere vielen tausende Handwerker und Kaufleute hinweisen, die selbst voll in ihrem Betrieb mitarbeiten. Wir sollten doch aufzeigen, daß der Handwerker genau eine solche Arbeit leistet wie sein Mitarbeiter, daß der Spenglermeister genauso auf dem Dach arbeitet wie sein angestellter Geselle. Und wir sollten darauf hinweisen, daß beim Kaufmann der Selbständige genauso hinter dem Pult steht und verkauft wie seine Verkäufer.

Es erscheint mir viel wichtiger, auf den voll in seinem Betrieb mittätigen Selbständigen hinzuweisen, denn nur so können wir für seine berechtigten Anliegen mehr Verständnis bei der Bevölkerung erreichen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wenn man heute wieder vom besonderen Interesse des Wirtschaftsverbandes und dessen Vertreter für die kleinen und mittleren Betriebe gehört hat, muß ich sagen: Es kommt mir verdächtig vor, wenn soviel gesprochen wird, denn in Wirklichkeit haben Sie offensichtlich das Gefühl, daß die Selbständigen nicht mehr davon überzeugt sind, daß die ÖVP wirklich für die Interessen der Kleinen und Mittleren eintritt. Es besteht bei den Selbständigen ein Unbehagen, und man ist nicht davon überzeugt, daß Sie, die Funktionäre des Wirtschaftsverbandes, für diese Gruppe tatsächlich eintreten. Das hat praktisch Ihre Tätigkeit in den letzten Jahren gezeigt, und ich kann Ihnen das an Hand von Beispielen aufzeigen.

Gehen wir zurück zur Schaffung des Fonds bei der Lohnfortzahlung. Wir haben von Haus aus darauf hingewiesen, daß es nur notwendig ist, einen Fonds zu schaffen für Unternehmen, die bis zu 20 beschäftigte Arbeiter haben. Wir haben damals bereits aufgezeigt, daß es bei der Fondseinzahlung eine Verschiebung geben wird, wenn man sämtliche Gewerbebetriebe in Österreich und die Industrie mit hineinnimmt. Man hat es trotzdem gemacht, denn die ÖVP-Wirtschaftsbundfunktionäre haben darauf bestanden, daß alle in den Fonds hineinkommen.

Nach zwei Jahren ist das eingetreten, was ich vorausgesagt habe, daß nämlich die Kleinen im Verhältnis viel mehr einzahlten, als sie aus dem Fonds herausbekamen, und daß sie sozusagen die Großen subventionierten. Aber das hat ÖVP und Wirtschaftsverband am Anfang nicht wahrnehmen wollen, man wollte das für die Klein- und Mittelbetriebe nicht gleich so machen. Dann sind wir wieder gekommen und haben gesagt: Jetzt wollen wir eine Bereinigung, nehmen wir nur die Selbständigen hinein, die bis zu 10 oder 20 Arbeiter beschäftigen, denn das sind jene, die einen solchen Risikenausgleich brauchen. Wieder waren Sie es, die



**Mühlbacher**

darauf bestanden haben, daß alle drinnen bleiben.

Das merken sich die Selbständigen. Sie können wohl unterscheiden, wie sich die Wirtschaftsbundfunktionäre in ihren Kammerfunktionen verhalten, und für wen sie eintreten.

Ein zweites Beispiel: Am 1. Jänner 1979 haben wir uns hingesetzt und über eine Gewerbesteuerreform mit dem Finanzminister verhandelt. Unsere Forderung war, daß der Gewerbesteuerfreibetrag wirksam erhöht wird, und zwar auf 120 000 Schilling, und daß die Gewerbesteuer bis zu einem Gewerbeertrag von 240 000 Schilling verbilligt wird.

Was haben die ÖVP-Wirtschaftsbundfunktionäre dort gesagt? Kommt gar nicht in Frage, eine so große Erhöhung können wir nicht brauchen! — Mit Ach und Krach hat man dann einer Erhöhung von 40 000 auf 60 000 Schilling zugestimmt. Da muß sich doch der Kleine draußen fragen, wieso es kommt, daß seine Interessenvertretung gegen eine Anhebung des Gewerbesteuerfreibetrages ist.

Wir wissen, warum Sie dagegen gestimmt haben: Weil die öffentliche Interessenvertretung nämlich mit dem Kammerbeitrag an der Gewerbesteuer mitbeteiligt ist und daß es hier einen Entgang gegeben hätte. Aber dafür können doch nicht die kleinen und mittleren Selbständigen verantwortlich gemacht werden; auch das haben sie sich gemerkt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Daher zweifeln immer mehr Selbständige, ob der Wirtschaftsbund wirklich der richtige Vertreter und der richtige Partner für den kleinen Selbständigen ist. Das ist er nämlich nicht, das zeigen diese Vorgänge. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ein nächstes Beispiel. Bleiben wir bei der Arbeiter-Abfertigung. Wir haben hier im Haus einstimmig die Arbeiter-Abfertigung beschlossen und gleichzeitig sollten Verhandlungen mit der öffentlichen Interessenvertretung der Gewerbetreibenden geführt werden. Man war bereit, einen Fonds zu gründen, der die Existenzgefährdung der kleinen Gewerbebetriebe hintanhält, wenn Abfertigungszahlungen anfallen. Was ist passiert? Der Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, der Generalsekretär Dr. Mussil, hat gesagt: Wir brauchen das nicht, wir nehmen die arbeitsrechtliche Lösung. Das war damals.

Dann haben wir vom Freien Wirtschaftsverband weiter gesagt: Nein, wir wollen auf jeden Fall eine Fondslösung haben, denn für die Handwerker ist es unbedingt erforderlich,

daß sie abgesichert sind, wenn eine Arbeiter-Abfertigung anfällt. Wieder hat die öffentlich-rechtliche Interessenvertretung, haben die Funktionäre des Wirtschaftsbundes gesagt: Das brauchen wir nicht, eine Fondslösung machen wir nicht. *(Abg. Graf: Das ist die Kammerwahlrede, die Sie hier halten!)* Es waren wieder wir, die gesagt haben: Machen wir doch einen Fonds für die Kleinen, die bis zu 10 oder 20 Arbeiter haben. — Abgelehnt. Glauben Sie, daß eine Regierung gegen die öffentliche Interessenvertretung etwas beschließen wird, wenn diese sagen: Wir brauchen keine Fondslösung! *(Abg. Graf: Sicher glauben wir das! Natürlich glauben wir das, Herr Mühlbacher!)* Dann kam es Gott sei Dank zu der Lösung — wo wir dahinter waren, daß es überhaupt zu einem Fonds kommt, der nun bei den Landeskammern geführt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weil wieder von der sozialen Marktwirtschaft gesprochen wurde: Der kleine und mittlere Betriebsinhaber weiß ganz genau, daß das Beharren auf dieser sozialen Marktwirtschaft die Konzentration in der Wirtschaft fördert und daß das gegen die kleinen und mittleren Betriebe gerichtet ist. Das müssen Sie doch einmal erkennen! Die Betriebe draußen erkennen es schon, und daher müssen Sie sich das auch anders überlegen. Beharren Sie doch nicht so strikte auf dieser sozialen Marktwirtschaft in Reinkultur, wie Sie immer sagen. Überlegen Sie sich das doch einmal. In der Praxis gibt es ja ohnehin einen Mittelweg. *(Abg. Dr. Schüssel: Was ist Ihr Modell?)*

Herr Präsident Sallinger hat gesagt: Bei der Förderung werden Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit eingebüßt. Die soziale Marktwirtschaft sagt: Wir brauchen überhaupt keine Förderungen. Dabei wissen die kleinen Betriebe, daß sie die Förderung zur Bewältigung der Strukturveränderungen brauchen. *(Abg. Dr. Blenk: Sind Sie für die Förderungsmaßnahmen, oder sind Sie dagegen?)*

Ich muß sagen, die Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Vertretung der Kleinen haben Sie verloren. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Und ich muß dem Mag. Höchtel recht geben, der unter seinen zehn Thesen bei der fünften sagt:

Die Volkspartei braucht mehr Glaubwürdigkeit. Grundsätze prägen sich erst dann ins Bewußtsein des einzelnen Menschen ein, wenn sie durch jede tagespolitische Aktion und durch das tatsächliche Verhalten jedes einzelnen ÖVP-Repräsentanten auch zum Ausdruck kommen und verwirklicht werden.

Meine Herren von der Österreichischen Volkspartei! Bitte beachten Sie also diese These von

**Mühlbacher**

Magister Höchtl, Ihrem Mann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn ich jetzt noch auf die Förderungen zu sprechen kommen darf. Die soziale Marktwirtschaft sagt: Wir brauchen keine Förderungen. Und der Präsident sagte: Sie führt zur Einbuße der Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit des Selbständigen.

Das ist gar nicht wahr! Fragen Sie doch einen der vielen Tausenden Selbständigen, die über die BÜRGES Bundeszuschüsse erhalten haben. *(Abg. Dr. Schüssel: Das war doch unsere Idee!)* Keiner fühlt sich in seiner Unabhängigkeit beeinträchtigt und keiner in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt. Es stimmt also nicht, was Sie hier sagen. Korrigieren Sie doch Ihre Haltung bezüglich der sozialen Marktwirtschaft.

Es passiert nämlich bei der BÜRGES, die ja die Gesellschaft ist, über welche die Bundesförderung erfolgt, etwas ganz anderes. Da geschieht es nämlich, daß die ÖVP-Wirtschaftsfunktionäre, soweit sie Kammerfunktionäre sind, demjenigen, der einen Zuschuß von dort bekommt, sofort schreiben und ihm mitteilen: Lieber Freund, der Wirtschaftsbund ... *(Abg. Dr. Schüssel: Sie machen das nicht?)*

Nein, wir machen das nicht! Nein, nein, nein! Aber bei Ihnen wird manchmal der Kammerfunktionär vergessen und dann steht nur mehr drunter: Der Bezirksobmann des Wirtschaftsbundes teilt mit, daß er für die Förderung eingetreten ist, und man stellt es so dar, als wäre die BÜRGES ein Kammerinstitut, bei dem die Bundesförderungen verteilt werden.

Ich darf Ihnen sagen, daß im Jahre 1979 über die BÜRGES Bundesförderungen in einem beträchtlichen Gesamtausmaß vergeben wurden. Im Jahre 1979 wurden 17 000 Anträge, das ist um 30 Prozent mehr als im Jahre 1978, bearbeitet. Das geförderte Kreditvolumen betrug 8,2 Milliarden Schilling. Das bedeutet, daß insgesamt ein Investitionsvolumen von 12 Milliarden gefördert wurde, und das alles für Klein- und Mittelbetriebe! Es ist Ihnen bekannt, daß dort nur diese Betriebe gefördert werden. Das ist für uns Förderungspolitik für Klein- und Mittelbetriebe! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die BÜRGES-Stammaktion feiert heuer ihr 25jähriges Bestehen. Einmal ist sie in Gefahr geraten. Wissen Sie, wann? Als Mitterer hat abdrehen müssen, weil er kein Geld gehabt hat. *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Irrtum!)* Staribacher hat sie wieder flottgemacht. Es war ein Glück, daß er zur rechten Zeit Handelsminister wurde. *(Beifall bei der SPÖ. —*

*Abg. Graf: Ich werde Sie nicht mehr stören; Sie müssen Ihre Wahlrede zu Ende führen! Ich sehe das ein! — Abg. Dr. Fischer: Aber wahr ist, was er sagt!)*

Dieses Stichwort gefällt mir, denn so wie die Mittelstandspolitik im Jahre 1979 Thema der Wahlkampagne zu den Nationalratswahlen für die ÖVP war, ist doch heute die erste Lesung von Ihnen nur deshalb beantragt worden, weil die Kammerwahlen am 20. April sind. Machen wir uns doch nichts vor! Und wenn wir jetzt schon bei diesem Thema sind, dann reden wir darüber. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie werden mir das nicht verbieten. Zur BÜRGES im Jahre 1979: Das geförderte Kreditvolumen, das 1969 noch etwa 830 Millionen betrug, ist 1979 unter Einrechnung der Prämienaktionen auf acht Milliarden Schilling angestiegen und hat sich somit im Laufe eines Jahrzehnts mehr als verzehnfacht. In den Jahren der sozialistischen Regierung mehr als zehnmal soviel!

Verehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Das ist Politik für die kleinen und mittleren Betriebe *(Beifall bei der SPÖ)* und nicht Ihre große Umschreibung eines Mittelstandsgesetzes, was überhaupt nichts besagt. *(Abg. Grabher-Meyer: Sagen Sie doch, um wieviel die Belastungen gestiegen sind!)* Jetzt lassen Sie mich zuerst dieses Thema abschließen. *(Rufe bei der ÖVP: Die Steuern!)* Beruhigen Sie sich! Wir kommen noch zur Steuer. Sie werden es noch erwarten können. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Gehen wir die einzelnen Förderungsaktionen durch, verehrte Damen und Herren!

BÜRGES-Kleingewerbeaktionen: Wie gesagt seit 25 Jahren. Die Kredithöhe, die ursprünglich mit 50 000 Schilling im Einzelfall begrenzt war, wurde schrittweise angehoben, zuletzt im Jahr 1978 von 250 000 auf derzeit 500 000.

Im Jahr 1975 wurde außerdem eine Wahlmöglichkeit für den Kreditnehmer geschaffen, wo neben der Bürgschaft ein dreiprozentiger Zinszuschuß oder ein einmaliger Förderungszuschuß von 12 Prozent der Kreditsumme in Anspruch genommen werden kann.

Erstmalig wurde eine Förderung in Form von Prämien eingeführt, die bei Investitionen bar ausgezahlt werden. *(Abg. Dr. Schüssel: Was sagen Sie zum 2. Abgabenänderungsgesetz?)* Herr Schüssel! Sie können es auch nicht erwarten. Ich komme schon noch zur Steuer. Sie sind so nervös.

Fremdenverkehrssonderkreditaktion: Im Jahr 1978 wurde die Kredithöchstgrenze für den Einzelfall auf 1 Million Schilling angehoben. Daneben wurde die Möglichkeit geschaffen, nun

**Mühlbacher**

auch Neugründungen und Neubauten zu fördern. Auch diese Aktion wird im steigenden Ausmaß ausgedehnt. Auch hier gab es in den letzten Jahren eine Vervielfachung der Förderungsmaßnahmen.

Das wichtigste Instrument: Die Förderungsaktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz. Die Entwicklung auf diesem Gebiet war enorm. Die Dotierung hat sich vervielfacht und zeigt wirklich, wie investitionsfreudig unsere kleinen und mittleren Betriebe sind.

Um langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im In- und Ausland zu verbessern, hat die Bundesregierung zu Beginn der Jahre 1978 und 1979 zwei Strukturprogramme beschlossen, die unter anderem für Gewerbestrukturverbesserungskredite eine Anhebung der Kreditobergrenze von 2,5 Millionen zuerst auf 3,75 Millionen und 1979 auf 5 Millionen im Einzelfall brachten. Sie wissen: In Sonderfällen werden über den Beirat, der vom Handelsministerium eingesetzt wurde, auch höhere Förderungen gegeben.

Meine Damen und Herren! Das sind die Förderungen, die wirklich der „mittelständischen“ — wenn ich das so sagen darf — Wirtschaft helfen. Der Ausdruck „mittelständische“ Wirtschaft paßt mir nicht, denn wo soll da eine unterständige sein? Wir reden besser von den Klein- und Mittelbetrieben.

Jetzt darf ich zu einem weiteren Punkt in Ihrem sogenannten Mittelstandsgesetz kommen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Nein, einmal zu dem, was Sie da so schön formuliert haben: daß dem Selbständigen eine zweiprozentige Verwaltungsentschädigung gegeben werden soll. Eine „herrliche“ Sache, sie wirkt „wunderbar“, wenn damit vor einer Wahl hinausgegangen wird: Jeder Selbständige kann sich zwei Prozent der Lohnsteuer einbehalten dafür, daß ... (*Abg. Dr. Schüssel: Sind Sie dafür?*) Ich sage Ihnen meinen Weg. Ihr Weg ist kein gescheiter Weg. Das kann ich Ihnen gleich sagen. Er ist unüberlegt. Denn bedenken Sie doch eines ... (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Was ist Ihr Vorschlag?*) Hören Sie mir einmal zu?

Bedenken Sie eines: Wenn dieser Vorschlag wirklich verwirklicht würde, wäre es eine Dienstleistung, die der Umsatzsteuer mit 18 Prozent unterzogen werden müßte. Gleichzeitig wäre sie einkommen- und gewerbesteuerpflichtig. Das ist doch schon wieder eine Verkomplizierung und eine wirklich nicht durchdachte Sache. (*Abg. Dr. Fischer: Wieder nicht durchdacht!*)

Weiters: Ist Ihnen bewußt, daß der Staat gewisse Beträge für sein Budget braucht? Und wenn Sie da zwei Prozent von der Lohnsteuer

wegnehmen ... (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Ach, das ist der Grund!*) Wollen Sie also nicht mitverantwortlich sein für das Staatsbudget? Wollen Sie da nicht mitverantwortlich sein? Dann ist es also Ihr Wahlschlager, daß Sie, weil Sie nicht mitverantwortlich sind, hinausgehen und sagen: Wir versprechen euch zwei Prozent.

Das ist keine Kunst. Das ist demagogisch. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Selbständige — und jetzt komme ich wieder auf den Selbständigen zurück —, der voll im Betrieb mitarbeitet, der wirklich die Arbeit bei der Errechnung der Abgaben hat, der wirklich damit beschäftigt ist, soll eine Vergütung erhalten! Das war mein Äquivalentvorschlag: Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrages auf 120 000 und Tarifsenkung bis 240 000 Schilling.

Damit wären wirklich die kleinen Betriebe erfaßt und gefördert worden.

Wäre das keine Lösung gewesen? Das wäre doch eine Lösung gewesen, aber gegen diese sind Sie gewesen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber, verehrte Damen und Herren, machen wir das doch anders! Wir sind doch alle dafür, daß die Steuern vereinfacht werden, und dort in der Steuerreformkommission sitzen ja Sie und hauptsächlich die Vertreter des Wirtschaftsbundes. (*Abg. Graf: Sie haben etwas gegen den Wirtschaftsbund! Das sehe ich schon die ganze Zeit!*) Gefällt Ihnen das nicht? Wirtschaftsbund! Mir gefällt das gut! Was soll ich denn sagen? (*Abg. Graf: Er hat etwas gegen den Wirtschaftsbund! — Abg. Dr. Fischer: Weil der Wirtschaftsbund so eine „Wirtschaft“ macht!*) Da hätten Sie die Möglichkeit, mit Ihren Leuten in der Steuerkommission für eine Vereinfachung einzutreten, bei der Lohnverrechnung und so weiter.

Was passiert jedoch? Sie lachen, Herr Abgeordneter. Ich habe mir das einmal in der Steuerreformkommission angeschaut. Es sitzen überwiegend Ihre Vertreter drinnen: Wirtschaftsbundvertreter. Denn es sitzen vor allem auch die Beamten der Kammer drin. Das sind ja die Zwangsmitglieder des Wirtschaftsbundes: die Beamten der Handelskammern. (*Abg. Graf: Das ist eine Unterstellung!*) Stimmt das nicht? (*Abg. Graf: Nein!*) Die Beamten der Handelskammer sind nicht beim Wirtschaftsbund? (*Abg. Graf: Sie sind nicht Zwangsmitglieder!*) Ach, aber Mitglieder sind sie! — Sie hätten also dort wirklich etwas zur Vereinfachung beitragen können.

Da der Vertreter der Landwirtschaft so lacht, fällt mir die Kommission für die Vereinfachung der Getränkebesteuerung ein. Wis-

2488

Nationalrat XV. GP — 25. Sitzung — 21. Feber 1980

**Mühlbacher**

sen Sie, was dort bei der Getränkebesteuerung passiert ist? (*Abg. Graf: Sie werden es mir ja erzählen! Ich sage Ihnen: Sie überschreiten das erlaubte Maß!*) Wieso denn schon wieder? (*Abg. Graf: Wir haben keinen Beamten gezwungen, unserer Partei anzugehören!*) Er droht schon wieder, der Abgeordnete Graf. Er droht schon wieder! (*Abg. Graf: Ich drohe nicht! Sie haben eine Unterstellung hier gebracht!*) Aber wenn ich das Wort Kammer in den Mund nehme, erheben Sie den Zeigefinger. Was soll denn das?

Ich habe nur festgestellt, daß die Beamten der Handelskammern Mitglieder beim Wirtschaftsbund sind. (*Abg. Graf: Nein, „Zwangsmitglieder“ haben Sie gesagt!*) Da werde ich einen fragen, ob er freiwillig hingegangen ist oder nicht. (*Abg. Graf: Aber natürlich! — Abg. Dr. Fischer: Freiwillige Zwangsmitglieder!*) Vielleicht beweise ich es Ihnen! (*Abg. Graf: Sie überschreiten die Toleranzgrenze des guten Geschmacks in Ihrer Verlegenheit, Herr „Kooptierter“ Präsident!*) Na, das geht. Guter Geschmack stört mich nicht. (*Heiterkeit.*)

Darf ich also jetzt weitersprechen? (*Abg. Graf: Ich bin durchaus nicht empfindlich, aber es gibt Grenzen!*)

Herr Abgeordneter Graf! Bei der Getränkebesteuerung — das kann ich noch dem Herrn Abgeordneten Graf sagen — sind die Vertreter des Handels vom Wirtschaftsbund gegen die Vertreter der erzeugenden Industrie aufgetreten (*Abg. Graf: Kann vorkommen!*), und dann sind alle zwei über die Weinbauern hergefallen (*Abg. Graf: Das kann auch passieren!*) und sie sind zu keinem Ergebnis gekommen. (*Abg. Graf: Kann durchaus passieren!*)

Dort fehlt der Interessenausgleich. Dort sollte man zeigen, was eine Interessenvertretung kann: den Interessenausgleich herbeiführen, damit es wirklich zu einer Vereinfachung kommt.

Wir haben in den Kammern den notwendigen Apparat, wir haben dort Juristen und Fachleute, und wir haben wirklich die Möglichkeit, Vorschläge zu erarbeiten. Aber was herauskommt ist eine Streiterei, wie sich gezeigt hat. Das kann doch nicht der Sinn und Zweck sein. Und dann sagen Sie: die Regierung ist schuld. Aber selbst fand man keinen brauchbaren Lösungsvorschlag. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg, den wir brauchen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und jetzt noch zum Mittelstandsbericht, der hier gefordert wird. Weil der Herr Präsident Sallinger gemeint hat, ich hätte gesagt, den Klein- und Mittelbetrieben geht es heute am besten oder so ähnlich. Das hat er in der Zeitung gelesen. Damals meinte ich folgendes:

Ein Mittelstandsbericht erübrigt sich wirklich, weil gerade der Stand der gewerblichen Wirtschaft besonders gut informiert ist. Die ständige Verbindung zum Handelsministerium erübrigt einen solchen Bericht. (*Abg. Doktor Schüssel: Neue Interpretation!*) Der Herr Handelsminister ist jeden Montag in der Bundeskammer, da wird alles besprochen. Welche Branchenvertretung hat denn das noch? Im Handelsministerium sind mehr als ein Dutzend Ausschüsse, die mit den Vertretern der Bundeskammer und aller anderen Interessenvertretungen besetzt sind, wo alles beraten wird und wo diesen Ausschüssen alle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, Sie haben sowieso den vollen Einblick, wofür brauchen Sie einen Bericht?

Dazu kommt noch etwas. Wir behandeln doch viermal im Jahr den Wirtschaftsbericht. Was wollen Sie noch mehr? Sie haben doch mindestens viermal im Jahr im Hohen Haus die Möglichkeit zu fragen, zu reden und zu diskutieren. (*Abg. Graf: Wir wollen noch mehr: Einen Mittelstandsbericht, den wollen wir noch dazu!*)

Was heißt Mittelstandsbericht? Wir brauchen einen Bericht über die gewerbliche Wirtschaft, oder ist das dasselbe? Bringen Sie das doch nicht immer durcheinander. Soll der Handelsminister über die Offiziere und über die Landwirte erzählen, oder was wollen Sie? (*Abg. Graf: Jetzt haben wir Ihnen gesagt, was wir wollen, und Sie wollen uns nicht begleiten!*) Sie sehen ja, daß es nicht stimmt, was Sie da gesagt haben.

Darf ich also zum Schluß kommen und zusammenfassen, was zu dem Gesetz zu sagen ist. Ich darf Sie darauf hinweisen: Alle von Ihnen gewünschten grundsätzlichen Erklärungen sind bereits festgelegt. Ich lese Ihnen diesen Satz vor, er ist viel kräftiger als das, was in dem vorliegenden Entwurf steht. In der Erklärung, auf die ich mich beziehe, heißt es: „Klein- und Mittelbetriebe haben großen Anteil an Österreichs Wirtschaft. Sie sind für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung von besonderer Bedeutung und haben in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit ihre Flexibilität unter Beweis gestellt. Die gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wird in verstärktem Ausmaß fortgesetzt werden.“ — Regierungserklärung vom 19. Juni 1979. Das ist viel kräftiger und wirksamer als alle Ihre Erklärungen, die in Ihrem Entwurf stehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zu den Förderungen muß ich noch etwas ergänzen, weil Herr Präsident Sallinger gesagt hat, es müßte etwas für die Existenzgründung und die Neugründung der Betriebe geschehen.

**Mühlbacher**

Weiß er nicht, daß wir bereits eine Existenzgründungsaktion haben, die wirklich eine gute Sache ist und die noch von den Ländern aufgestockt wird, wo es eine sozialistische Regierung gibt, während das in den anderen Ländern noch nicht geschieht? Da gibt es ein breites Betätigungsfeld für Sie. Gehen Sie hinaus zu Ihren Landeshauptmännern und sagen Sie ihnen, daß sie bei der Existenzgründungsaktion auch mitarbeiten sollen, beim zweiten Teil nämlich, denn der Bund gibt ja schon die eine Hälfte.

Verehrte Damen und Herren! Ich möchte jetzt schließen mit einer Antwort auf die Worte des Herrn Abgeordneten Schüssel. (*Abg. Graf: Das ist eine gute Idee!*) Er meinte: Dieses Gesetz ist wieder eine Nagelprobe für die sozialistische Wirtschaftspolitik. Dazu: Wir haben bewiesen, daß wir für die Klein- und Mittelbetriebe sehr viel tun und daß unsere Förderung die richtige ist. Ich kann bei weitem nicht zustimmen, daß dieses Gesetz — wieso Sie dazu kommen, weiß ich nicht — eine VP-Initiative zur wirtschaftlichen Absicherung der Vollbeschäftigungspolitik sein soll. Das kann ich nicht erkennen. Aber eines kann ich Ihnen versichern: Wir bleiben bei unserer Vollbeschäftigungspolitik, denn die war und ist erfolgreich. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Nicht ohne ein gewisses Amusement haben wir Freiheitlichen diesen sozialpartnerschaftlichen Schlagabtausch verfolgt. Oder sollte ich besser sagen die sozialpartnerschaftliche Abtätschelei, denn die Schläge sind ja wie bei einem Schaukampf sehr dosiert zurückgehalten worden. (*Abg. Doktor Fischer: Sonst gibt es ja momentan sowieso nicht viel Amusement in der FPÖ!*)

Aber eines war für uns signifikant: Wie gerade der Herr Abgeordnete Mühlbacher jetzt darauf hingewiesen hat, daß ja den Herren der Wirtschaftskammer wie den anderen Interessenvertretungen auch alle Unterlagen allein schon im Rahmen der bestehenden Beiräte und so weiter im Handelsministerium bekannt seien.

Er hat daraus die Folgerung abgeleitet, es sei überhaupt nicht notwendig, beispielsweise einen Mittelstandsbericht zu geben. Herr Abgeordneter Mühlbacher! Könnte nicht auch der Gedanke richtig sein, daß vielleicht nicht nur die Interessenvertreter, die in den Kammern sitzen, sondern auch hier die vom Volk gewählten Abgeordneten gerne einen solchen Bericht hätten und daß daher ein legitimes Interesse des Nationalrates daran besteht, derartige Berichte zu erhalten?

Aber nun zum gegenständlichen Gesetzesantrag. Ich möchte hier deponieren, daß wir Freiheitlichen grundsätzlich positiv zum Antrag auf ein Mittelstandsgesetz stehen. Das bedeutet aber nicht, daß wir uns mit allen hier vorgeschlagenen Einzelbestimmungen identifizieren. Wir werden das sicherlich im Zuge der Ausschlußverhandlungen noch klarmachen.

Mir geht es vielmehr um etwas anderes. Unser grundsätzliches positives Bekenntnis zu einer Mittelstandspolitik verfolgt eine ungebrochene Linie freiheitlicher Politik. Ich darf das beweisen.

Bereits im Jahr 1976, und zwar im Dezember, haben die Abgeordneten Josseck und Stix einen Entschließungsantrag im Nationalrat mit dem Wortlaut eingebracht: „Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehest einen unter der Federführung des Herrn Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auszuarbeitenden Entwurf eines Bundesgesetzes zuzuleiten, welches das für eine gezielte Förderung der mittelständischen Wirtschaft notwendige Instrumentarium bietet und alle diesem Zweck dienenden Maßnahmen in übersichtlicher Form zusammenfaßt.“ Soweit unser freiheitlicher Entschließungsantrag aus dem Jahre 1976.

Ich darf aber noch weiter zurückgreifen, gewissermaßen auf die Grundlage unserer freiheitlichen Gesellschaftspolitik, nämlich auf das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik. Da heißt es unter dem Kapitel „Bewährung im Wettbewerb“:

„Wir vertreten eine dynamische Mittelstandspolitik, die ein mehrfaches Ziel verfolgt: wettbewerbsfähigen Betrieben des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft zu helfen, die Probleme des Wachstumssprunges oder des Umstellungszwanges zu meistern; Selbständigen aus nicht wettbewerbsfähigen Betrieben des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft den Übertritt in andere Berufe zu erleichtern; Unselbständigen durch ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten, durch Änderung der gewerberechtlichen Bestimmungen und durch die Gewährung von Gründungskrediten den Weg zu selbständiger unternehmerischer Tätigkeit zu ebnen; die Förderung von lebensfähigen, aber vorübergehend gefährdeten Klein- und Mittelbetrieben, zum Beispiel durch die Errichtung von Auffanggesellschaften, und schließlich dem kleinen Betrieb die Möglichkeit zu bieten, im Wettbewerb seine Hauptwaffe, die größere Anpassungsfähigkeit, unbehindert einzusetzen.“

Soweit die Umriss einer freiheitlichen Mittelstandspolitik aus dem gesellschaftspolitischen Manifest. Aber ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die freien Berufe hin-

**Dr. Stix**

weisen. Diesen ist allein schon im freiheitlichen Parteiprogramm ein eigener Abschnitt gewidmet. Es heißt dort wörtlich — das ist zitiert aus dem Parteiprogramm der FPÖ aus dem Jahre 1968 —:

„Die Stellung der freien Berufe ist ein Maßstab der inneren Freiheit einer Gesellschaft. Die geistige und wirtschaftliche Unabhängigkeit der freien Berufe ist deshalb zu schützen und zu fördern. Der beste Weg hiefür ist die Möglichkeit einer angemessenen Vermögensbildung. In erster Linie darauf soll ihre soziale Sicherheit beruhen. Die freien Berufe dienen einer freien Entwicklung von Wirtschaft, Forschung, Lehre, Rechtsprechung, Kunst und Presse.“

Ich glaube, daß diese wenigen Zitate genügen, um meine Behauptung zu erhärten, daß es sich bei dieser heutigen freiheitlichen Zustimmung für die Schaffung eines Mittelstandsgesetzes um eine in der Tat ungebrochene Linie freiheitlicher Politik handelt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist aber nicht uninteressant, auch die Praxis heranzuziehen, was wir als österreichische Freiheitliche leider am besten nur dadurch tun können, daß wir einen Blick über den Zaun zum deutschen Nachbarn werfen. Dort, in der Bundesrepublik Deutschland, ist in den letzten Jahren praktisch eine ungeheure Fülle an positiven Maßnahmen zur Förderung des Mittelstandes getroffen worden. Das ist dort ein Verdienst der FDP, die es im Rahmen der sozial-liberalen Koalition verstanden hat, dieser Mittelstandspolitik auch jenes praktische Gewicht zu verleihen, das wir Freiheitlichen hier in Österreich theoretisch ebenfalls seit Jahren formulieren.

Ich möchte aber jetzt den Eindruck vermeiden, daß nach unserer Auffassung der Mittelstand nur Selbständige — sei es aus dem gewerblichen oder Handelssektor, sei es aus der Landwirtschaft, sei es aus den freien Berufen — umfaßt. Wir bekennen uns zu einem modernen Mittelstandsbegriff, der auch wesentliche Teile der Arbeitnehmerschaft umfaßt und miteinschließt.

Ich persönlich glaube auf Grund zahlreicher Indizien, nicht zuletzt auf Grund getätigter Meinungsforschung, daß in Wirklichkeit heute bereits den größeren Teil des soziologisch zu verstehenden Mittelstandes die Arbeitnehmer auch in unterschiedlicher Schichtung bilden.

Für diese Entwicklung gibt es sicherlich zwei Gründe. Sie spielen zusammen. Man kann sie aber getrennt analysieren. Der eine Grund ist mehr ein innerer, psychologischer. Es ist eine Frage des Lebensstils. Es haben heute viele

Menschen unbeschadet ihrer Art selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit einen gewissen Lebensentwurf vor ihrem Auge; einen Lebensentwurf, in dem so Dinge Platz haben wie individuelle Unabhängigkeit, private Eigentumsbildung, was sich ja nicht nur im Produktivvermögen äußert, sondern auch in dem Streben nach Eigentumswohnung, nach Eigenheim, nach einem eigenen Haus, und das Ganze verbunden mit einer hohen beruflichen Leistungsbereitschaft und der natürlich dazugehörenden Verantwortungsbereitschaft. Es ist diese Lebensvorstellung, die den Mittelstand charakterisiert und die ihn auch so anziehend macht für weite Kreise der Bevölkerung, denen es heute verwehrt ist, selbständig zu sein.

Damit komme ich zur zweiten Ursache für die Entwicklung, der wir uns heute gegenübersehen. Wir wissen genau, daß es in früheren Zeiten weitaus mehr selbständige Existenzen gegeben hat. Es galt früher, vor dem gewaltigen Aufschwung unserer industriell arbeitsteiligen, kapitalintensiv organisierten Wirtschaft selbständig wirtschaftlich zu existieren. Diese Möglichkeiten sind gewaltig eingeschränkt worden. Das ist nicht nur irgendeine böswillige gesellschaftspolitische Machination von irgendeiner Seite, sondern zu einem Teil sicherlich die zwangsläufige und unvermeidliche Folge jenes Prozesses unserer Entwicklung zu einer kapitalintensiven arbeitsteiligen Wirtschaft mit der Entstehung von zahlreichen Formen von Großbetrieben. Da ist nun einfach seit dem Beginn der Industrialisierung die Möglichkeit für selbständige wirtschaftliche Existenzen gewaltig geschrumpft.

Diese Entwicklung hat sich leider auch in unserer jüngeren Vergangenheit rasant fortgesetzt. Ich darf einige wenige Zahlen zitieren.

Allein, wenn man jetzt das Jahrzehnt 1971 bis 1980 etwa vergleicht, wobei ich mich auf die Prognose 1981 stützen möchte, damit ich mit dem Jahr 1971 vergleichen kann.

Es hat im Jahr 1971 rund 365 000 Selbständige in der Landwirtschaft gegeben, im Jahr 1981 wird es nur mehr 240 000 geben. Es hat im Jahr 1971 in der Nichtlandwirtschaft 290 000 Selbständige gegeben, es wird 1981 nur mehr 221 000 Selbständige geben.

Wenn ich den Bericht über die Arbeitsmarktvorschau heranziehe, der uns dieser Tage auf den Schreibtisch geflattert ist, dann findet sich darin unter anderem auch die Prognose, daß es in diesem laufenden Jahr 1980 einen weiteren Rückgang um etwa 11 000 Selbständige geben wird.

Alle diese Zahlen zeigen also, daß aus den verschiedensten Gründen die Möglichkeit, selbständig zu sein, heute für viele Menschen verwehrt ist.

**Dr. Stix**

ständig zu wirtschaften, ständig eingeschränkt wird.

Die Folge davon ist natürlich logischerweise die: Sehr viele potentiell Selbständige müssen heute unter den Sachzwängen unserer arbeitsteiligen, großtechnisch organisierten Wirtschaft als Arbeitnehmer, als Unselbständige tätig werden; das heißt, ein erheblicher Teil unserer heutigen sogenannten Arbeitnehmerschaft wäre unter anderen wirtschaftlich-technischen Bedingungen willens und sehr wohl auch in der Lage, wirtschaftlich selbständig zu existieren. Daher rührt diese Tendenz in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft, sich ihrerseits dem Mittelstand zuzurechnen.

Erlauben Sie mir, daß ich noch eine sozialpolitische Querverbindung ziehe. Das Thema Mitbestimmung. Wir haben auch in diesem Hause oft über Mitbestimmung debattiert. Es gibt einen massiven Grund für den Wunsch nach Mitbestimmung in eben dieser Tatsache, daß es sehr vielen Unselbständigen durch die Sachzwänge der Wirtschaft heute verwehrt ist, ihrem eigentlichen Drange folgend selbständig zu sein.

Wer aber aus Sachzwängen sich fremdbestimmen lassen muß, der hat dann den Wunsch, diese Fremdbestimmung durch Mitbestimmung wenigstens zu mildern, wenigstens zu korrigieren. So ist in diesem Wunsch nach Mitbestimmung, nach Partnerschaft in der Wirtschaft nichts anderes zu erkennen als auch eine Art Ersatzhandlung jener Teile der Arbeitnehmerschaft, die bei anderen wirtschaftlich-technischen Bedingungen in Wahrheit gar zu gerne, um nicht zu sagen liebend gerne, selbständige Wirtschaftstreibende wären.

Dieses Faktum trägt ganz wesentlich dazu bei, daß der moderne Begriff des Mittelstandes sich eben nicht mehr auf die Selbständigen allein beschränkt, sondern wesentliche Teile der Arbeitnehmerschaft mit umfaßt.

Lassen Sie mich nun zurückkehren zu dem gegenständlichen Antrag, in dessen Mittelpunkt ja nun tatsächlich die Probleme der mittelständischen Betriebe stehen. Es wurden schon Daten bezüglich der Betriebsgrößenstruktur in Österreich hier vorgetragen. Aber es ist so interessant, und man kann es gar nicht oft genug sich vor Augen halten, in welchem Ausmaß die österreichische Wirtschaft klein- und mittelbetrieblich strukturiert ist.

28 Prozent aller Arbeitsstätten in Österreich beschäftigen überhaupt keinen Dienstnehmer, dort ist also der Betriebsinhaber zugleich auch sein eigener Arbeitnehmer, 19 Prozent der Arbeitsstätten beschäftigen einen Dienstnehmer, 25 Prozent der Arbeitsstätten be-

schäftigen zwei bis vier Dienstnehmer, 12 Prozent der Arbeitsstätten beschäftigen fünf bis neun Dienstnehmer, 7 Prozent der Arbeitsstätten beschäftigen 10 bis 19 Angestellte. Dann kommen erst die größeren Betriebe, und das sind alles noch keine Großbetriebe, und die lassen sich dann nicht einmal mehr in Prozenten, sondern nur mehr in Promillen ausdrücken. Es zeigt sich also, daß die österreichische Wirtschaft in einem ganz außerordentlich hohen Maße mittelständig strukturiert ist.

Interessanterweise ist dieser Umstand eine der Erklärungen für die weltweit bestaunte Widerstandskraft der österreichischen Wirtschaft gegenüber den wirtschaftlichen Rezessionen der jüngsten Vergangenheit, insbesondere bei der Rezession der Jahre 1974/1975. Es hat sich gezeigt, daß diese mittelständische und kleinbetriebliche Struktur wie ein ungeheuer elastisches Netz arbeitet, eine Anpassungsfähigkeit aufweist in seiner Gesamtheit, die durch Strukturen, die von einigen wenigen Großbetrieben dominiert werden, nicht erreicht werden können. Es liegt eben die Stärke der mittelständischen Wirtschaft erstens in der Flexibilität, in ihrer rascheren Anpassung und zweitens — das hängt eng mit dieser Flexibilität zusammen — in ihrer Fähigkeit zur Innovation. Es ist eine Tatsache, daß gerade die Klein- und Mittelbetriebe für den Fortschritt, für die Erneuerung, für die Innovation, von der heute alle Welt redet, eine ganz bedeutende Rolle spielen.

Lassen Sie mich nur als einen Beweis dafür eine ausländische Stimme zitieren. Es hat sich unlängst die westdeutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ mit dem Entstehen der neuen Märkte im Rahmen der Bewältigung der Energiekrise befaßt, und da hat sich herausgestellt, daß die am raschesten sich anpassenden Betriebe, daß diejenigen, die am schnellsten die neueren Notwendigkeiten erkennen und danach handeln, die kleinen und mittleren Betriebe sind. Ich darf zitieren:

„Es überwiegen jedoch, wie meist zu Beginn neuer Techniken oder neuer Anwendungsbereiche für bekannte Technologien, die kleinen und mittleren Firmen, die sich flexibler neuen Marktgegebenheiten anpassen können.“

Das ist nicht Theorie, sondern das ist Empirie, das ist durch die Praxis erhärtete Erfahrung.

Daher kommt gerade der österreichischen mittelständischen Wirtschaft ein ganz entscheidender Beitrag zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung hier in Österreich zu. Die Fachleute, insbesondere die ausgezeichneten Experten des Wirtschaftsforschungsinstitutes,

**Dr. Stix**

haben nämlich nachgewiesen, daß es in den letzten Jahren, insbesondere in den Jahren des wirtschaftlichen Rückganges 1974 und 1975, der Dienstleistungssektor war, der in Österreich die Vollbeschäftigung gerettet hat, während die anderen Sektoren Arbeitskräfte freigesetzt haben, gerade auch die Großbetriebe, gerade auch die Großindustrie, weil sie in einer schwierigen Lage war, die zu verstehen ist. Aber der Dienstleistungssektor war in der Lage, alle diese freigesetzten Arbeitskräfte aufzufangen und darüber hinaus zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Diese erstaunliche Entwicklung des klein- und mittelbetrieblich strukturierten Dienstleistungssektors in Österreich, der heute schon rund 50 Prozent aller Beschäftigten umfaßt, ist eine der Erklärungsursachen für die Tatsache, daß in Österreich trotz der schwierigen weltwirtschaftlichen Entwicklung ein hohes Beschäftigungsniveau gehalten werden konnte. Es besteht also ein eminentes Interesse der Wirtschaftspolitik an der Aufrechterhaltung eines gesunden Mittelstandes.

Nun kommen wir zu einem Paradoxon: Trotz der erwiesenen Leistungskraft dieser klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaft, trotz ihrer beobachtbar lebenswichtigen Rolle für die Gesellschaft wird eben diese mittelständische Wirtschaft von einem ganz tiefen Unbehagen erfüllt. Es beherrscht sie ein Gefühl des Verlassenseins. Dieses Gefühl des Verlassenseins geht hin bis zur Resignation. Es gibt heute zahllose Selbständige, die mit dem Gedanken liebäugeln, nicht um die Weiterführung ihres Betriebes zu kämpfen, sondern ihn aufzugeben, oder wo dieses Problem spätestens bei der Frage der Erbfolge aktuell wird. Es ist nicht wegzuleugnen, daß hier eine ganz tiefe Kluft herrscht, die ich paradox nenne: auf der einen Seite eben die erwiesene Leistungskraft der mittelständischen Wirtschaft, auf der anderen Seite das Gefühl, es immer schwerer zu haben, das Gefühl, aufgeben zu müssen, das Gefühl, unter einem kollektivistischen Druck zu stehen. Die Selbständigen werden heute von dem Gefühl beherrscht, daß ihnen gesellschaftspolitisch der kalte Wind ins Gesicht blase, und diese Emotion, diese Gefühlslage ist ein Faktum, ist eine Tatsache, man kann das nicht hinwegdiskutieren.

Daraus folgt aber, wenn man die Situation analysiert, daß für diesen Mittelstand offenbar das notwendige gesellschaftspolitische Klima fehlt. Der Mittelstand braucht einfach ein anderes gesellschaftspolitisches Klima, als dies heute herrscht.

Und jetzt kommen wir zum springenden Punkt, warum nämlich wir Freiheitlichen

glauben, daß ein Mittelstandsgesetz sehr wohl sinnvoll wäre: Der wichtigste Sinn eines solchen Mittelstandsgesetzes wäre nämlich, quasi offiziell dem Mittelstand jene gesellschaftspolitische Anerkennung mit Brief und Siegel zu geben, nach der er hungert und die er braucht, psychologisch braucht, um sich effektiv entfalten und halten zu können. Das wäre der wahre Sinn eines solchen Mittelstandsgesetzes.

Noch eine zweite Bedeutung würden wir einem solchen Mittelstandsgesetz zumessen, nämlich die Verstetigung der Rahmenbedingungen. Ich werde das gleich ein wenig erläutern. Ich möchte nur hinzufügen, daß diese Verstetigung der Rahmenbedingungen einer der wichtigsten Forderungspunkte im Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei zum 6. Mai 1979 darstellte. Lassen Sie mich das erläutern.

Selbständig sein heißt, egal in welcher Größenordnung Risiko auf sich nehmen, Risiko auf sich nehmen und dieses auch ständig zu tragen. Das geht aber nur, die Kraft dafür bringt man nur auf, wenn man bei allen seinen Planungen und Entscheidungen einigermaßen auf die Dauerhaftigkeit des Orientierungsrahmens bauen kann. Man muß sich darauf verlassen können, daß beispielsweise Steuergesetze nicht alle Nasen lang so geändert werden, daß drastische Verschlechterungen für die Planungen der selbständig Wirtschaftenden herauschauen. Man muß sich darauf verlassen können, daß einem eine gegebene Rechtsordnung, auf der man die eigene Planung, auf der man das eigene Unternehmen, den eigenen Betrieb, und sei es auch ein kleiner, aufgebaut hat, daß einem diese Rechtsgrundlage nicht nach einigen wenigen Jahren entzogen wird (*Zustimmung bei der FPÖ*) oder so verändert wird, daß sich alles, was man geplant hat, als auf Sand gebaut erweist.

In einer solchen Situation entsteht zwangsläufig eine gewaltige Verunsicherung bei den selbständig Wirtschaftstreibenden, und das zeitigt wiederum die Folge, daß es zu Resignationserscheinungen kommt, daß schließlich die Aktivität nachläßt.

Diese Verunsicherung muß ebenfalls bekämpft werden. Mir schiene es als ein zweiter sinnvoller Zweck eines solchen Mittelstandsgesetzes, eben dieser Verunsicherung in weiten Kreisen der mittelständischen Wirtschaft entgegenzuwirken. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein solches mittelständisches Rahmengesetz wäre ein wesentlicher Beitrag für eine Verstetigung der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen. In diesem Sinne würden wir



**Dr. Stix**

Freiheitlichen es begrüßen, wenn es zu einem solchen Rahmengesetz für die österreichische Mittelstandspolitik kommen würde. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Gemäß § 69 Abs. 6 der Geschäftsordnung weise ich den Antrag 36/A dem Handelsausschuß zu.

**3. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (97 der Beilagen): Bundesgesetz über die Gewährung eines Kredites der Oesterreichischen Nationalbank an die türkische Notenbank (180 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Gewährung eines Kredites der Oesterreichischen Nationalbank an die türkische Notenbank.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Veselsky.

Berichterstatter Dr. **Veselsky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird die Oesterreichische Nationalbank ermächtigt, der türkischen Notenbank einen langfristigen Zahlungsbilanzkredit in der Höhe von 15 Millionen US-Dollar bei einer Verzinsung von 4 Prozent zu gewähren. Österreich schließt sich damit einer von der Bundesrepublik Deutschland, von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA initiierten Hilfsaktion an, an der sich insgesamt elf OECD-Staaten beteiligt haben.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den vorliegenden Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 30. November 1979 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Dr. Broesigke sowie der Bundesminister für Finanzen Doktor Androsch. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (97 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzutreten.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 97 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den

Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

**4. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (175 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die wechselseitige Amtshilfe in Kraftfahr-(Straßenverkehrs-)angelegenheiten (251 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Vertrag mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die wechselseitige Amtshilfe in Kraftfahr-(Straßenverkehrs-)angelegenheiten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Lenzi:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die vielfältige Fluktuation der Bewohner beider Staaten über die gemeinsame Grenze äußert sich naturgemäß auch im Bereich des Kraftfahrwesens. Dies bringt mit sich, daß die multilaterale Grundlage des Kraftfahrverkehrs beider Staaten, das Pariser Übereinkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 24. April 1926, nicht mehr ausreicht, den Verwaltungszweck der staatlichen Aufsicht verlässlich zu erfüllen. Diesem Umstand trägt der vorliegende Vertrag nunmehr Rechnung. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander Amtshilfe in Verwaltungsangelegenheiten auf dem Gebiete des Kraftfahrwesens — mit Ausnahme der Strafsachen — zu leisten. Der Vertrag enthält insbesondere Regelungen über die Zustellung behördlicher Schriftstücke eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates und über die gegenseitige Vollstreckung von Bescheiden über die Aufhebung der Zulassung eines Kraftfahrzeuges oder Anhängers beziehungsweise über die Entziehung der Lenkerberechtigung sowie Vorschriften über die gegenseitige behördliche Auskunfterteilung.

Der Staatsvertrag enthält gesetzändernde und Gesetzesergänzende Bestimmungen; sein Abschluß bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 der Bundesverfassung der Genehmigung des Nationalrates.

Der Verkehrsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 19. Feber 1980 in Verhandlung genommen

**Dr. Lenzi**

und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Staatsvertrages zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Verkehrsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die wechselseitige Amtshilfe in Kraftfahr-(Straßenverkehrs-)angelegenheiten (175 der Beilagen) wird genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzutreten.

**Präsident:** Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen zur Abstimmung: Ich bitte aber, bei der Abstimmung die Plätze einzunehmen!

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 175 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

#### **5. Punkt: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates**

**Präsident:** Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Österreich entsendet sechs Mitglieder. Es sind diese sechs Mitglieder und ebenso viele Ersatzmitglieder zu wählen.

Vom Nationalrat werden hievon fünf Mitglieder und vier Ersatzmitglieder und vom Bundesrat ein Mitglied und zwei Ersatzmitglieder gewählt.

Es liegt mir nun bezüglich der vom Nationalrat zu wählenden fünf Mitglieder und vier Ersatzmitglieder folgender gemeinsamer Wahlvorschlag vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten DDr. Hesele, Dr. Marga Hubinek, DDr. Maderner, Dr. Reinhart und Dr. Ludwig Steiner.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Blenk, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Lanner und Dr. Steger.

Da nur dieser Wahlvorschlag vorliegt, werde ich die Wahl im Sinne des § 87 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht mittels Stimmzettels, sondern durch Erheben von den Sitzen vornehmen.

Besteht gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung? — Das ist nicht der Fall. Ich werde so vorgehen.

Ich bitte noch einmal, bei der Abstimmung auf die Plätze zu gehen!

Ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem von mir bekanntgegebenen Wahlvorschlag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 355/J bis 370/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 5. März 1980, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 16 Uhr 40 Minuten